

**BIBLIOTHEK
DER
WELTGESCHICHTE**

DOMANOVSKY

**GESCHICHTE
UNGARNS**



RÖSL & CIE
M U N C H E N

MAGYAR NEMZETI MUZEUM
ORSZÁGOS SZÉCHÉNYI KÖNYVTÁRA



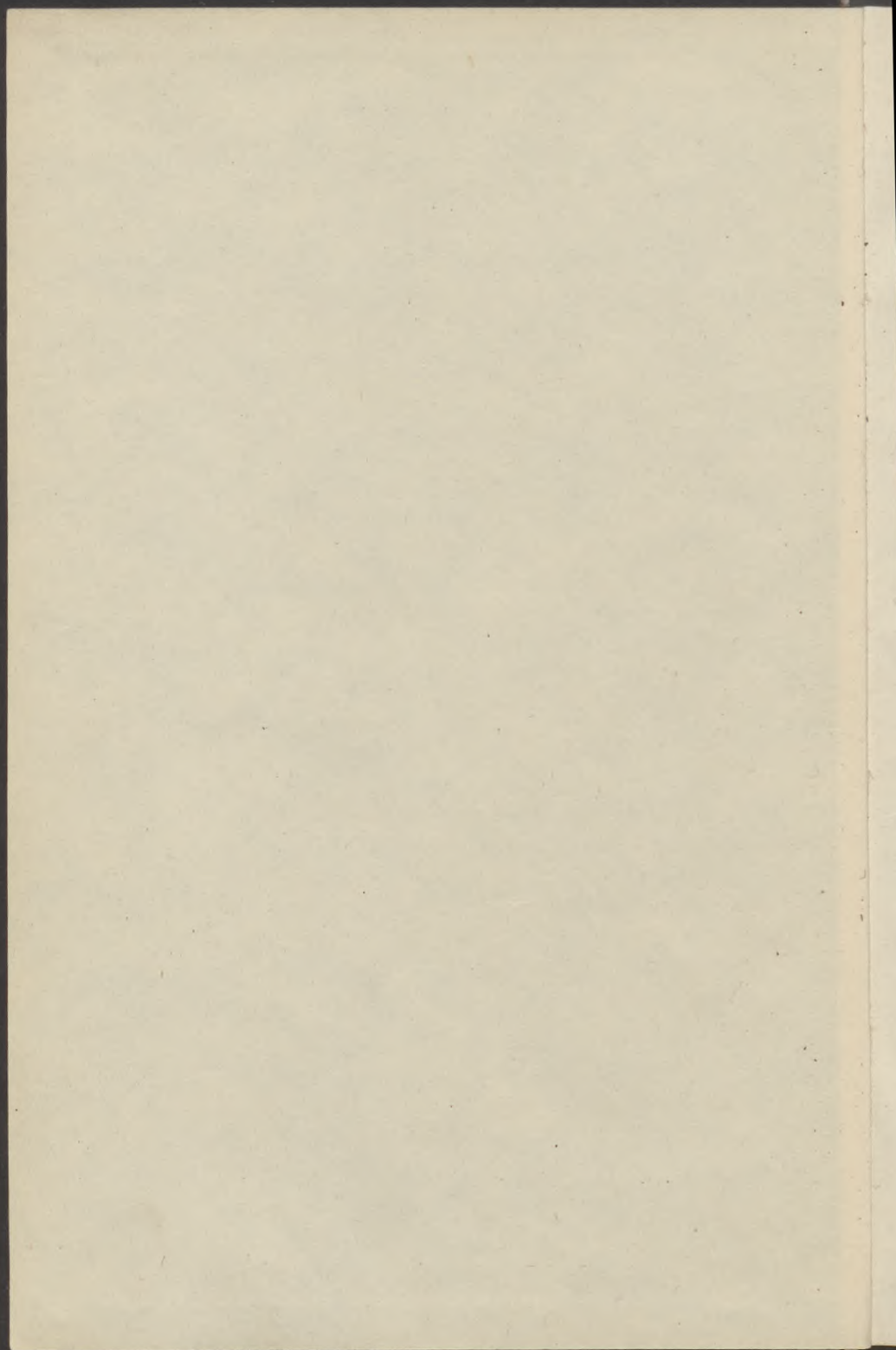
OLVASÓTERMI KÉZIKÖNYVTÁR

08445

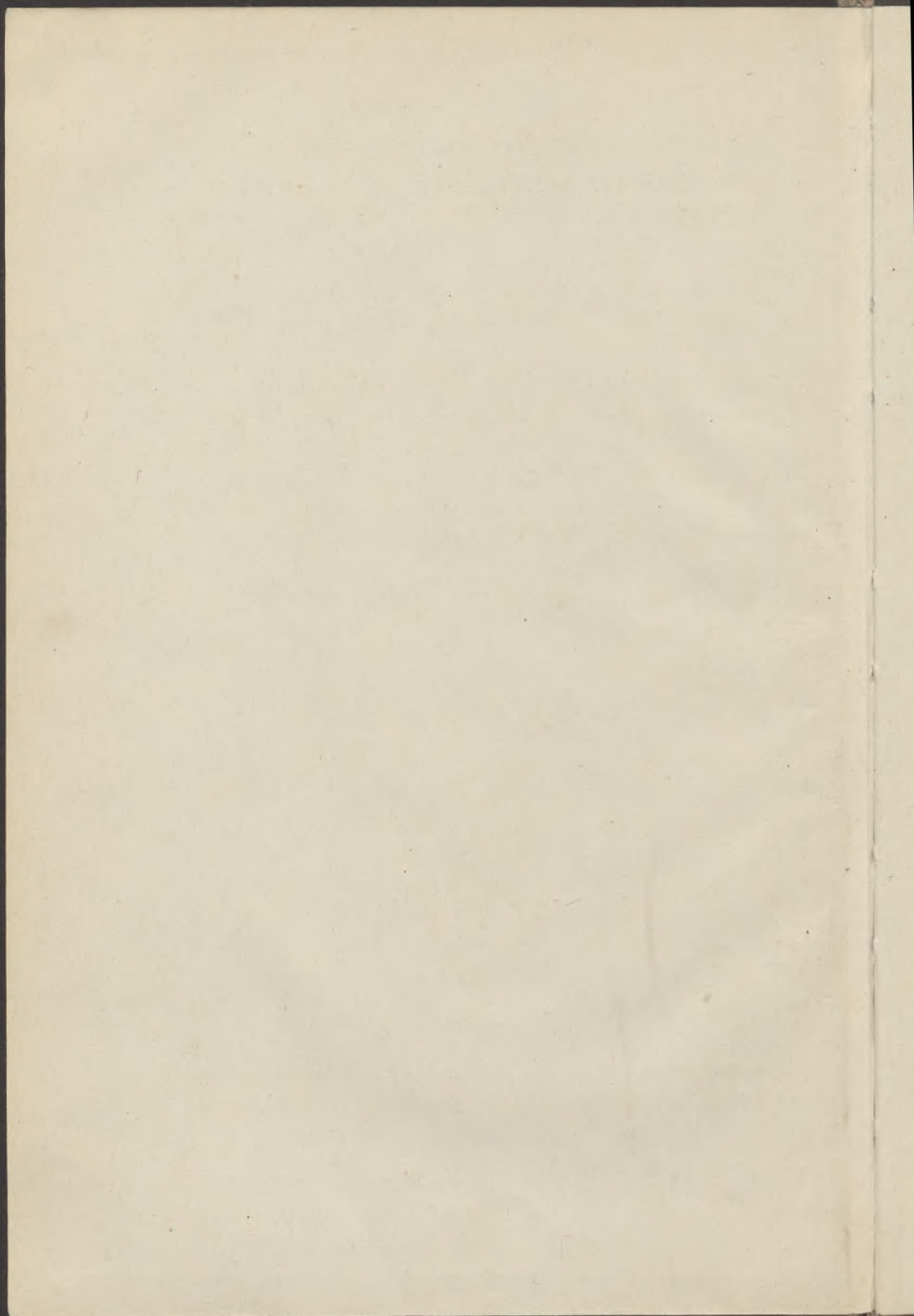
KIKÖLCSÖNÖZNI NEM SZABAD

Aug. 89 July 16. —

St. L.



DOMANOVSKY
DIE GESCHICHTE UNGARNS



BIBLIOTHEK DER WELTGESCHICHTE
HERAUSGEGEBEN VON
KARL ALEXANDER VON MÜLLER UND OTTO WESTPHAL

DIE GESCHICHTE UNGARNS

VON

ALEXANDER DOMANOVSKY



1

9

2

3

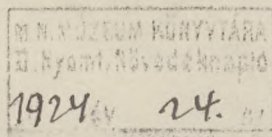
RÖSL & CIE., MÜNCHEN UND LEIPZIG

Handwritten:
~~1490-20~~



214384

Handwritten: 08445

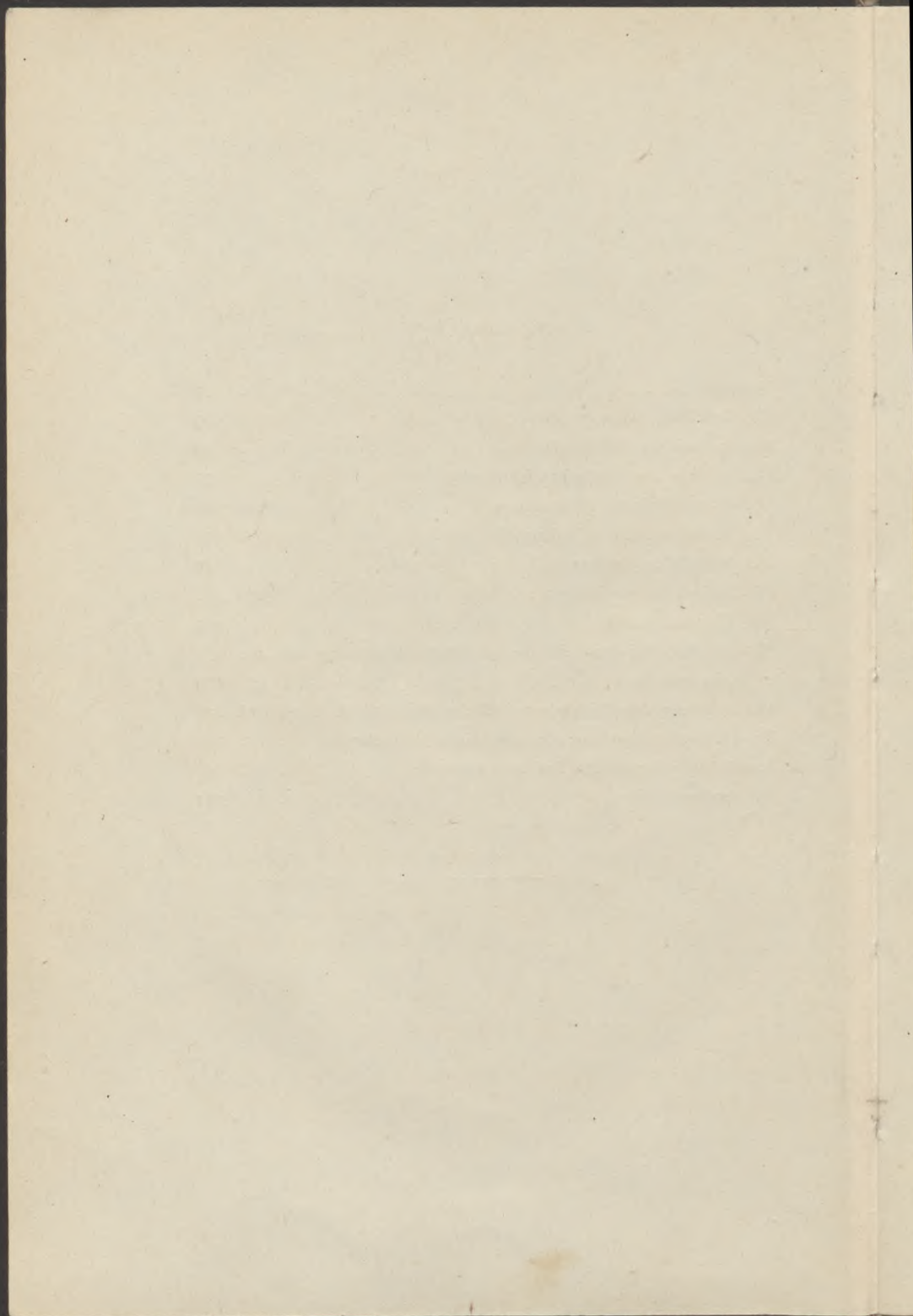


PRINTED IN GERMANY

ALLE RECHTE, INSBESONDERE DAS DER ÜBERSETZUNG, VORBEHALTEN

INHALT

Vorwort	7
Die Gründung des ungarischen Staates	9
Der Ausbau des Nationalstaates	36
Die Anfänge der ständischen Verfassung	52
Die Glanzperiode des Feudalismus	86
Der Kampf gegen den Halbmond	116
Der Verfall der Jagellonenzeit	149
Die Dreiteilung des Reiches	162
Die Türkenherrschaft	181
Kämpfe Siebenbürgens für die ungarische Verfassung und die Religionsfreiheit	196
Die Befreiung vom Türkenjoch und der Absolutismus Leopolds I.	220
Die Neuorganisation und der aufgeklärte Absolutismus	259
Das Zeitalter der großen Reformbewegungen	300
Die moderne Zeit	341

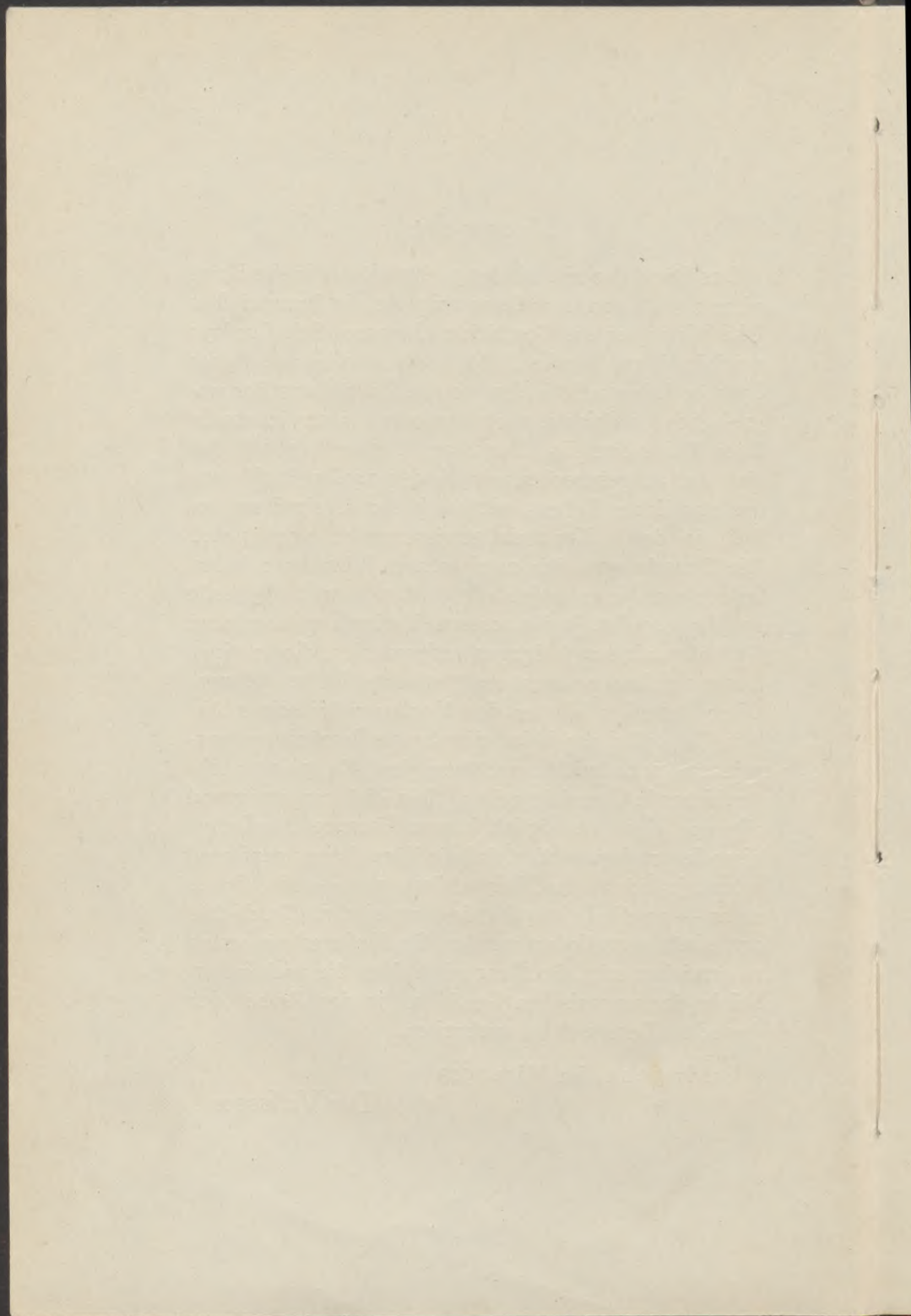


Vorwort

Das Buch, das hiermit der geehrte Leser in die Hand nimmt, will nichts anderes sein als ein kurzgefaßter Überblick über die Geschichte Ungarns. Seit Csudays zweibändigem Werke (1899) erschien in deutscher Sprache keine selbständige neuere Darstellung der ungarischen Geschichte, ausgenommen das verdienstvolle Buch Julius Szekfűs „Der Staat Ungarn“ (1918), das sich aber ausgesprochen nur mit den großen Problemen des staatlichen Lebens, nicht mit den Ereignissen befaßt, ja deren Kenntnis gewissermaßen voraussetzt. Die Forschungen der zwei letzten Jahrzehnte haben jedoch viel Neues aufgedeckt und mehrere bedeutende Probleme gelöst. Ja die neuesten Ereignisse haben neue Gesichtspunkte und Fragen aufgeworfen, die in einer Zusammenfassung nicht unbeantwortet bleiben können. Diese Bedenken leiteten den Verfasser bei seiner Arbeit. Er wollte also keine eingehende Bearbeitung vornehmen, auch nicht eine von den Ereignissen abstrahierende Übersicht geben. Sein Ziel war einzig und allein in einer womöglich kurzen Fassung die Ereignisse derart darzustellen, daß die Einzelheiten genügend betont, jedoch an die Hauptströmungen — man könnte sagen — an die Leitmotive der ungarischen Geschichte organisch angegliedert werden. So dürfte es am besten zu erreichen sein, die Kenntnisse über die wichtigsten Stücke der ungarischen Geschichte in den Reihen der deutschen Leserwelt zu verbreiten.

B u d a p e s t, im März 1923

Der Verfasser

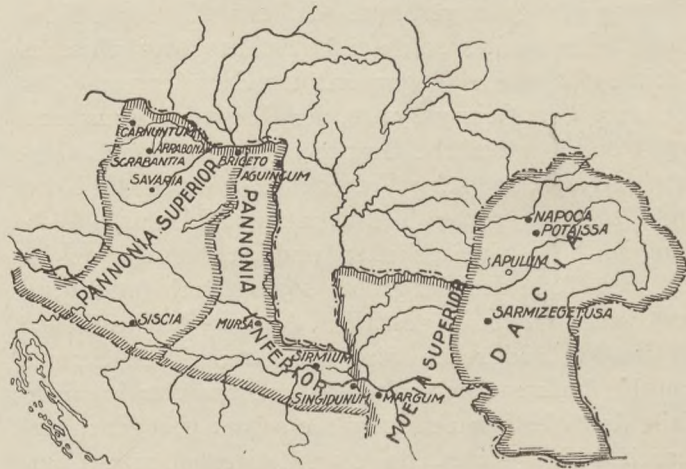


Die Gründung des ungarischen Staates

Seit E. Reclus' Ausführungen hat sich die Überzeugung genugsam verbreitet, daß es auf Europas Kontinent kein zweites solch einheitliches geographisches Gebilde gibt, wie es Ungarn vor dem Frieden von Trianon war. Vom Gebirgssystem der Karpathen umkränzt, ist es durch natürliche Grenzen von den Nachbarländern getrennt, und seine Grenzgebiete werden von Nord und Ost, zum größten Teil auch von Süd, durch Waldungen, hohe Gebirgsketten und Schneegebirge, im östlichen Teile der Südgrenze sogar durch breite, unbewohnte Territorien geschützt. Auch in der westlichen Hälfte der Südgrenze wird das Land durch Ströme von den Balkanvölkern abgesondert, und nur in einem Teile der Westgrenze fehlen die scharf gezogenen natürlichen Grenzlinien. Bei dieser geographischen Einheit kommt aber nicht allein das morphologische Moment der Gebirgsumrahmung in Betracht; das zentripetale Flußsystem, das innerhalb jener Gebirgsumrahmung die einzelnen Teile des Gebietes zu einer innigen Einheit verschmilzt, ist von einer noch größeren Bedeutung. Der nächstgrößte Fluß der Donau, die Theiß (Tisza) samt ihren Nebenflüssen, hat seinen Ursprung auf ungarischem Boden und mündet auch in Ungarn in die Donau. Außer dem Donaustrome nehmen die Flüsse ihren Lauf zumeist in Ungarn — die westlichen wenigstens in dessen unmittelbarer Nähe — und mün-

den auch außer zwei unbedeutenden Flüssen Siebenbürgens (Aluta und Zsil) auf ungarischem Boden in die Donau. Durch diese Einheit war das Land der Karpathen von uralter Zeit her zu einem einheitlichen Staatsgebilde wie geschaffen.

Die Römerherrschaft



Vor Erscheinen der Ungarn kam aber die Bedeutung dieser geographischen Lage keinem einzigen Volke zum Bewußtsein. Vor der Römerherrschaft schufen rechts des Donauufers Pannonier, in Siebenbürgen und am unteren Laufe der Donau Thrazier und Geten eine gewisse politische Organisation. Das römische Imperium nahm ebenfalls diese schon etwas kultivierten Gebiete in Besitz. Es organisierte im heutigen Siebenbürgen die Provinz Dazien nur sozusagen zur Ausbeutung ihrer Goldminen. Die auf diese Weise das Land durchqueren-

den Grenzen waren zur Verteidigung ungeeignet, und die Römerherrschaft wurde auch bald von den Wogen der Völkerwanderung hinweggeschwemmt. Ein großer Teil der Stämme der Völkerwanderung gelangte über ungarisches Gebiet auf den Boden Westeuropas oder Italiens, doch die in rascher Folge sich abwechselnden germanischen Völker, dann die Hunnen und Avaren haben sich da nicht derart festgesetzt, daß ihnen die geographische Einheit zur Grundlage ihrer Macht gedient hätte.

Ein wichtiges Moment in der Ausgestaltung des ungarischen Staates ist es eben, daß dieser das ganze innerhalb der Karpathen liegende Gebiet erfüllte und organisierte, hingegen darüber hinaus seine unmittelbare Macht nicht ausbreitete. Als das ungarische Volk hier erschien und seine plündernden Scharen sozusagen Jahr für Jahr die Länder Westeuropas überfluteten, drohte der seit Karl dem Großen sich entwickelnden europäischen Weltordnung von neuem eine große Gefahr. Diese Gefahr hörte erst auf, als die Ungarn in der zweiten Hälfte des X. Jahrhunderts, ihrer alten Lebensweise entsagend, durch Übertritt zum Christentum sowie durch Übernahme der Institutionen Karls des Großen auch ihrerseits sich der westlichen Staatsordnung anschlossen. Der französische Historiker Michelet erkannte die Bedeutung jener Rolle, die das Ungarntum in der Verteidigung der westlichen Kultur dem Halbmonde gegenüber einnahm. Wenn aber ein Rückblick auf die Geschichte der früheren Jahrhunderte geworfen wird, gewinnt Michelets These eine Erweiterung. Die Gestaltung des ungarischen Staates war nicht allein betreffs der Verteidigung der westeuropäischen Kultur

gegen Osten, den Kämpfen des Halbmondes gegenüber, sondern auch* in früheren Zeiten von größter Wichtigkeit.

Jene Kultur, die im Altertum um das Becken des Mittelländischen Meeres herum sich entwickelt hatte, wurde gegen Norden den Barbaren gegenüber durch die Gebirgsketten des Balkans, der Alpen und der Pyrenäen geschützt. Als das römische Reich sich über diese Strecken hinaus verbreitet hatte, verzichtete es auf diese natürliche Grenzlinie. Nach der Eroberung von Gallien und der Provinzen an der Donau ergab sich die Notwendigkeit, zur Verteidigung dieser Provinzen eine Reihe ununterbrochener Kämpfe zu führen. Als sich der westliche Teil des Reiches vom östlichen löstrennte und seine frühere politische Bedeutung einbüßte, fehlte es ihm schon an der Kraft, sich gegen die Einbrüche der Germanen zu verteidigen. Es ist kein bloßer Zufall, daß zwei mächtige römische Denksäulen aus der Zeit des Kaisertums, die Säulen Trajans und Antonins mit Reliefsen der in Dazien und an der Donau erfolgten Kämpfe bedeckt sind. Als das römische Reich, aus seiner Lage am Mittelländischen Meere heraus tretend, zuerst durch Galliens Unterjochung seine Macht auch auf das Innere des Kontinents ausbreitete, wurde das Donaubecken, das heißt das Gebiet des heutigen Ungarns, zum entscheidenden Kampfplatze. In den hier gefochtenen Kämpfen ist das römische Reich zusammengebrochen. Aus der Vermischung der Bewohner der westlichen Provinzen: Italiens, Hispaniens und Galliens und der germanischen Eroberer sind neue Länder und Völker entstanden. Nach jahrhundertelanger Gärung hat sich auf diesen Gebieten die west-

europäische Kultur herausgestaltet. Die Ausgestaltung wurde vor allem durch denselben geographischen Defekt, durch Fehlen einer natürlichen Verteidigungslinie beeinträchtigt, was auch beim Zerfall des römischen Reiches gewiß mitwirkte. Der Rhein erwies sich den Angriffen der vordrängenden Völker gegenüber als ein ungenügendes Hindernis. Karl der Große rückte also seine Macht bis zur Elbe und zum Donauknie hinaus, aber auch diese Gestaltung wurde durch Normannen, Slaven und Ungarn fortwährend bedroht. Nur durch die Staatenbildung der Ungarn und ihren Anschluß an die westeuropäische Kultur gewann dieser Kulturkreis einen von Natur aus befestigten Grenzwall, wo die nachfolgenden östlichen Angriffe der Petschenegen, Kumanen, Mongolen und Tataren zunichte wurden. Die Gestaltung des ungarischen Staates hatte also nicht nur zur Zeit der Türkenherrschaft, sondern infolge seiner geographischen Lage im allgemeinen die Aufgabe, mit seiner innerhalb der Karpathen geschaffenen Organisation den nach Osten vorgerückten Schutzwall für die westeuropäische Kultur zu bilden.

* * *

Die Gestaltung der ungarischen Nation ging im Süden des heutigen Rußlands, auf den nördlich vom Schwarzen Meere liegenden Territorien vor sich. Die Sprachwissenschaft lehrt uns, die Ungarn seien ein finnisch-ugrisches Volk. Sämtliche Grundbegriffe des Wortschatzes, die Benennungen der Zahlwörter, der Körperteile, der Verwandtschaftsverhältnisse, der primitivsten Begriffe von Zeit und Natur, die auch auf unterster Stufe der Kultur notwendig sind, sind finnisch-

ugrischen Ursprungs. Der überwiegende Teil der Bildungssilben entstammt ebenfalls der finnisch-ugrischen Ursprache; während die Morphologie der Sprache, im Gegensatz zu derjenigen der türkisch-tatarischen Völker, Übereinstimmung mit den ugrischen Sprachen aufweist. Die Völker der finnisch-ugrischen Sprachfamilie schieden aber schon vor langer Zeit, ungefähr vor drei Jahrtausenden voneinander, und von dieser Zeit an entwickelte sich die ungarische Sprache mit der eigentlichen ugrischen Gruppe, zu welcher außer den Ungarn auch noch die Voguler und Ostjaken gehören. Das Wort Ugor selbst wurde in den Wortformen „hungarus“, „ungar“ und in den slavischen „ugor“, „uhor“ der Name des Ungartums. Die Ungarn gerieten aber noch auf primitiver Stufe ihrer Entwicklung vom Wohnorte der ugrischen Gruppe, von den Gestaden der Volga - Kama - Bjelaja nach Süden verschlagen, unter türkischen Einfluß. Dieser Einfluß machte sich nicht nur insofern geltend, daß die in Entwicklung befindliche Kultur ihre neuen Begriffe mit türkischen Lehnwörtern bezeichnete, sondern sie kam auch besonders darin zum Ausdruck, daß sich das Volk in der Lebensweise ganz den Türken anpaßte. In diesem türkischen Milieu wurden die Ungarn zu einem militärischen Reitervolk, als das sie auch durch zeitgenössische arabische, persische und griechische Schriftsteller geschildert werden.

In den südlichen Steppen des heutigen Rußlands gab es damals ein chaotisches Wirrwarr der Völker. Während der Völkerwanderung erfolgten fortwährende Verschiebungen. Völker von entwickelterer Organisation und größerer Macht zwangen ihre Nachbarn zur

Anerkennung ihrer Herrschaft, und mächtige Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Attila, der Hunnenkönig, bildeten zur Zeit ihrer Herrschaft aus dem bunten Chaos der Völker weitausgedehnte Reiche, die aber mit ihrem Tode zumeist wieder in ihre Elemente zerfielen. In diesem Durcheinander können wir kaum dem Entwicklungsgang der einzelnen Völker folgen, es läßt sich kaum ein Unterschied machen zwischen unabhängigen Völkern und denjenigen, die von irgendeiner Nachbarmacht abhingen. Die Völker waren größtenteils nur Verbindungen gewisser Stämme und voneinander durch oft zwei bis drei Tagereisen sich erstreckende und wüste Grenzräume geschieden. Diese Abgrenzung bildet das markanteste Zeichen der selbständigen Gestaltung. In diesen Verhältnissen lebten im IX. Jahrhundert die Ungarn im Gebiete zwischen dem Don und Dnieper unter der Oberherrschaft des an den Gestaden des Schwarzen und Kaspischen Meeres gelegenen Kasaren-Reiches. Nach den orientalischen Schriftstellern besaß aber der Kasarenfürst nur ein Heer von 10 000 Reitern, während die Ungarn über eine doppelte Anzahl verfügten. Die Oberherrschaft der Kasaren konnte also nur auf die Weise erhalten bleiben, daß die Kasaren mit dem 10 000 Mann starken Heere der Burtassen vereint die größere militärische Macht der Ungarn paralysierten. Unter den primitiven Verhältnissen der Zeit bedeutete diese Abhängigkeit kaum mehr als eine gewisse Pflicht, im Heere des Kasarenfürsten in den Krieg zu ziehen, worin die kriegerischen Völker keine Demütigung für sich sahen, wovon vielleicht allein ihr Stammeshäuptling wußte, und

worin die große Masse kaum mehr als ein stärkeres Bündnis erblicken konnte.

In kultureller Hinsicht hatten die Ungarn schon in diesem Gebiete — das nach dem an Größe und Stärke mächtigsten Fürsten seines Stammes Lebed „Lebedia“ genannt wurde — eine gewisse Entwicklungsstufe erreicht. Die einzelnen Stämme lebten zwar noch zumeist für sich, und die politische Organisation befand sich noch in embryonalem Zustande, doch zwang die militärische Beschäftigung die Stämme wenigstens zu strenger militärischer Disziplin. Im Frieden bildete Viehzucht, Jagd und hauptsächlich die zu großer Vollkommenheit entwickelte Fischerei ihre Hauptbeschäftigung. Zur Sommerszeit siedelten sie mit ihren weidenden Herden auf Gebiete, die abseits von den Flüssen lagen, während sie im Winter an die Flußufer zogen und eine der heutigen Plattensee-Fischerei, so wie sie im Winter gehandhabt wird, ähnliche Fischereimethode betätigten. Ackerbau beschäftigte sie noch wenig; ihre geringe Landwirtschaft wurde größtenteils durch Sklaven betrieben. Der Schein der Kultur tritt uns in ihrer Art sich zu schmücken entgegen. Die Vornehmen zogen in prächtigem Schmuck in den Krieg, und auch ihre Rosse schmückten sie in reicher Weise. Ihr friedlicher Verkehr mit anderen Völkern vollzog sich hauptsächlich in der am Ufer des Asowschen Meeres gelegenen Stadt Kertsch, wo sie die Kostbarkeiten der Handelsleute aus dem Orient und dem griechischen Reiche mit Sklaven und teuren Pelzen bezahlten, die sie aus dem Norden bezogen.

Aus Lebedien wanderten sie in der zweiten Hälfte des IX. Jahrhunderts weiter gegen Westen in das Ge-

biet zwischen den Flüssen Dnjeper, Dnjester, Bug, Seret und Prut. Die Donlinie mußten sie infolge der vordringenden Petschenegen aufgeben, die wieder von den Kumanen gegen Westen gedrängt wurden. Die Kasaren versuchten diesen Angriff zurückzuschlagen, und mit Hilfe der verbündeten Völker retteten sie auch ihr eigenes Gebiet vor der Invasion der Petschenegen und Kumanen; doch das Kasarenreich wurde durch die Petschenegen umgangen, und die Ungarn wurden aus dem Gebiete zwischen Don und Dnjeper verdrängt. Im Momente der Gefahr trennte sich ein Teil der Ungarn von den westwärts ziehenden und wanderte gegen Osten zurück. Als Ersatz für diese gewann das ungarische Volk drei Stämme der Kasaren, die nun von ihren Brüdern abgetrennt, ihren Weg mit den Ungarn vereint fortsetzten.

Solange zwischen Ungarn und Kasaren die geographischen Berührungen bestanden, war es nicht im Interesse der Kasaren, den politischen Kristallisierungsprozeß der ungarischen Nation zu befördern. Durch das Vordringen der Petschenegen wurde diese Lage nun geändert. Im Kampfe gegen sie bedurften die Kasaren auch weiterhin der Unterstützung der losgetrennten Ungarn. Unter dem Einflusse dieser Umstände ließ der Kasarenfürst Lebed den Häuptling des ersten Stammes zu sich rufen und überredete ihn, daß im Interesse des erfolgreichen Widerstandes die Stämme sich unter der Führung eines einzigen Fürsten vereinigen müßten. Wie sehr dieser Gedanke fruchtbaren Boden fand, das bezeugt am besten der Umstand, daß an Stelle des kinderlosen Lebed der Sohn des Häuptlings des zweiten Stammes, Árpád, zum Fürsten ge-

wählt wurde, damit das monarchistische Prinzip von den Gefahren der Nachfolgestreitigkeiten verschont bleibe. Auf diese Weise bildete sich auf Anregung der Kasaren die politische Einheit der ungarischen Nation und ihre monarchische Organisation. Diese wurde einstweilen durch die Persönlichkeit des Fürsten repräsentiert, doch die Persönlichkeit Árpáds war stark genug, um die partikularen Bestrebungen niederzuhalten, und er konnte auch den im Frieden abgesondert lebenden Stämmen ein großzügiges gemeinsames Ziel stecken.

Der Aufenthalt in der neuen Heimat, in Etelköz, währte nur kurze Zeit. In der Nähe des griechischen Reiches zog die Stärke der Ungarn auch die Aufmerksamkeit der Griechen auf sich. Im Jahre 895, als der Bulgarenfürst Simeon Griechenland angriff, bat der Kaiser von Byzanz, Leo VI., der Weise genannt, die Ungarn um Hilfe. Das ungarische Heer wurde damals vom Sohne des Fürsten Árpád, Levente, befehligt. Der Fürst Simeon mußte in eine seiner Burgen fliehen und ein großer Teil seines Landes wurde verheert. Doch die geschlagenen Bulgaren verbündeten sich mit den östlichen Nachbarn der Ungarn, mit den Petschenegen, und die beiden verbündeten Völker fielen im Jahre 896, als die ungarischen Scharen eben im Gebiete des Großmährischen Reiches herumstreiften, in die neue Heimat der Ungarn, in Etelköz, ein, plünderten sie in entsetzlicher Weise und besetzten auch ihren größten Teil. Diese zweite Niederlage, die sie von den Petschenegen erlitten, zwang die Ungarn zur Eroberung ihrer heutigen Heimat. Die Tiefebene zwischen der Donau und der Theiß war ihnen schon von der Zeit ihres Aufenthaltes in Etelköz her bekannt. Von Etelköz aus streif-

ten ihre Scharen auch im Westen herum, und in den neunziger Jahren des IX. Jahrhunderts nahm König Arnulf gegen den mächtigen Fürsten Svatopluk des in der Nachbarschaft des deutschen Reiches entstandenen Großmährischen Reiches die Hilfe der Ungarn in Anspruch. Seit diesen Streifzügen kannten sie das Tiefland, das ihrer nomadischen Lebensweise entsprach und sie wußten, daß sie dort auf keinen ernsten Widerstand stoßen würden.

Innerhalb des Gebirgssystems der Karpathen gab es zu dieser Zeit kaum irgendeine politische Organisation. Am bedeutendsten war jedenfalls das Großmährische Reich, das sich außer auf Mähren auch auf das heutige Böhmen und auf die zwischen den Kleinen-Karpathen und der Mündung des Gran-Flusses gelegenen Gebiete erstreckte. Das Großmährische Reich wurde aber durch den gemeinsamen Angriff Arnulfs und der Ungarn beträchtlich geschwächt und ging nach Svatopluks Tode im Jahre 894 wegen Streitigkeiten seiner Söhne einem raschen Verfall entgegen. Außer diesem Reiche gab es noch jenseits der Donau ein etwas stärkeres Gebilde, wo, abgesehen von einigen germanischen und avarischen Völkerresten ebenfalls eine unter fränkischer Oberherrschaft lebende slavische Bevölkerung das Land in einer verhältnismäßig losen Organisation inne hatte. Westeuropa erstreckte sich derzeit bis zur Donau, ostwärts von hier gab es nur spärlich zerstreute slavische Ansiedlungen mit unorganisierter Bevölkerung. Diese Slaven hielten ihre Freiheit über alles hoch, und ihre Hauskommunionen verhinderten die Entwicklung jedweder stärkeren Gemeinschaft. Einem so militärischen und kriegerischen Volke, wie es die Ungarn

waren, konnte die dortige Bevölkerung keinen Widerstand leisten.

Am leichtesten erfolgte die Ansiedlung an der Theiß, von wo aus aber schon nach einigen Jahren die west-

Siedelung der ungarischen Stämme



----- Beiläufiger Zug der inneren Verteidigungslinie (gyepü) zur Zeit Stephans des Heiligen.

..... Grenzlinie des Friedens von Trianon.

wärts von der Donau liegenden ehemals pannonischen Gebiete, sowie die anschließenden Teile des Großmährischen Reiches erobert wurden. Auf diese Weise besiedelten sie die ebenen und hügeligen Gebiete des Landes. Der fürstliche Stamm Megyer, von dem auch der Name Magyar stammt, besetzte die Gegend von Stuhlweißenburg (Székesfehérvár) und Sárviz sowie die Insel Csepel; ein anderer Stamm nahm die nachmaligen Komitate Gran (Esztergom), Komorn (Komárom),

Neutra (Nyitra), sowie den südlichen Teil des Preßburger (Pozsony) Komitates in Besitz. Der dritte Stamm ließ sich um den Plattensee (Balaton) herum in den späteren Komitaten Zala und Somogy nieder, während sich der Stamm Botonds beim Zusammenflusse der Donau und der Drau, teilweise aber südwärts von der Drau ansiedelte. Drei anderen Stämmen diente das Gebiet an der Theiß bis zum unteren Laufe der Szamos als Ansiedlungsgebiet, während sich in der Gegend der nördlichen Nebenflüsse der Theiß aller Wahrscheinlichkeit nach ursprünglich die drei Kasarenstämme niederließen. Als Fischervolk nahmen die einzelnen Stämme ihren Wohnsitz an beiden Ufern der Flüsse, so daß diese keine Scheidelinien zwischen ihnen bildeten.

Die Ungarn bedrohten von nun an die Völker und Ländergebiete Westeuropas von diesen ihren neuen Wohnsitzen aus, so daß ihr Erscheinen in den entsetzten Menschen die Erinnerung an die Hunnen und Avarn erweckte und die albernen Chronisten dieser Zeit sie auch unter diesem Namen erwähnten. Sie waren 70 Jahre lang ununterbrochen der Schrecken für Westeuropa, indem sie Italien, Deutschland, besonders aber die bayerischen und sächsischen Stammgebiete, ja auch die Rheingegend und Frankreich durchstreiften und selbst bis an den Atlantischen Ozean und die Pyrenäische Halbinsel gelangten.

Ihre Erfolge finden teils in ihrem eigenartigen kriegerischen Charakter, besonders aber in der Schwerfälligkeit der westlichen feudalen Kriegsorganisation ihre Erklärung. Jener Kaiser Leo der Weise, der ihre Hilfe gegen die Bulgaren benützt hatte, behandelte in

seiner „Taktik“ eingehend ihre Kriegskunst. Auch die westlichen Quellen und die Beschreibung von einigen ihrer Kämpfe stehen im Einklang mit Leos Nachrichten. Ihre Stärke haben sie vor allem ihrer persönlichen Tapferkeit, dann ihrer leichten Rüstung, ihren kleinen, flinken Rossen und ihren raschen Bewegungen zu verdanken. Nur die Vornehmen trugen schwerere Rüstung und bedeckten selbst ihre Rosse mit orientalischen Schuppenpanzern. Ihre leichte Kavallerie trug übrigens nur Lederhelme und Lederpanzer und konnte infolge der Minderwertigkeit ihrer Schutzwaffen im Handgemenge nicht lange Stand halten. Den mit Lanzen bewaffneten Rittern des Westens gegenüber hatten sie eben im Handgemenge nicht viel Hoffnung auf Erfolg. Im modernen Sinne des Wortes war ihre Organisation noch nicht so stark, daß im Gefechte selbst das zielbewußte Zusammenwirken gesichert worden wäre. Die Disziplin lastete zwar schwer auf ihnen und schloß sie fest aneinander, doch infolge der noch unentwickelten Organisation mußten sie demnach das Handgemenge meiden. Daher bestand das Wesen ihrer Kampfweise darin, daß sie die feindliche Kampflinie, bevor es zum Handgemenge kam, aufzulösen trachteten, um so den Sieg über das aufgelöste Heer des Gegners zu erringen. Darum umritten sie in kleinen Scharen die gegen sie ausziehenden Truppen, um diese zum Kampfe zu reizen und dadurch in Unordnung zu bringen. Auch überschütteten sie den Gegner mit einem wahren Hagel von Pfeilen, um ihn in Verwirrung zu bringen. Dem gleichen Zwecke diente auch der große Lärm, mit dem sie den Kampf begannen. Wenn sie mit diesen Mitteln keinen Erfolg erzielten, ließen sie sich in kein ernstes

Gefecht ein, sondern zogen sich zurück, auch während der Flucht noch den Bogen selbst rücklings meisterhaft handhabend. Ihre Scheinflucht bildete das gefährlichste Mittel ihrer Kampfweise. Wenn nämlich die Reihen des Feindes während der Verfolgung sich aufgelöst hatten, stellten sich die Ungarn auf ein gegebenes Zeichen in Reih und Glied und erneuerten den Kampf. In anderen Fällen lockten sie durch ihre fliehenden Truppen die Gegner in den Hinterhalt, wo dann den Verfolgern eine verborgene Abteilung in die Flanke fiel; oder aber man schied einen Trupp aus, der die Aufgabe hatte, den Feind von rückwärts anzufallen und in seinen Reihen eine Unordnung zu bewirken. In den aufgelösten Reihen konnten sie mit Schwert und Lanze ein entsetzliches Blutbad anrichten. Die westlichen Völker kannten aber die geschlossene Kampfordnung nicht, mit deren Hilfe allein sie ihnen gegenüber hätten Erfolge erreichen können.

Das Feudalsystem machte eben damals am stärksten seine zersetzende Wirkung in den Wehrorganisationen des Westens fühlbar. Nur wenige konnte man zum neuen Reiterdienste verpflichten. Die Stärke der an Zahl verhältnismäßig geringen Truppenkörper wurde durch ausgezeichnete Krieger ersetzt, die schwere Rüstung trugen. Auch bei diesem System gab es nur wenig Kooperation. Jedermann betätigte seine persönliche Tapferkeit, ohne sich um die Einhaltung einer festen Schlachtordnung zu kümmern. Ein weiteres großes Übel der westlichen Kriegsorganisation bestand darin, daß das Heer sehr schwerfällig war und seine Sammlung eine große Zeit in Anspruch nahm. Bis die Lehnsherren ihre Heere zusammenbrachten, waren die

herumstreifenden Ungarn nach Verwüstung weiter Gebiete längst wieder verschwunden. Das in Waffen gerufene unkriegerische Volk einzelner Ortschaften, Städte oder Länderteile konnte aber den Kampf mit den schnellen Reitern gar nicht aufnehmen.

Bei ihren Streifzügen machten sie sich mit einer großen Anzahl von Handpferden auf den Weg und teilten ihre Truppen in kleine Gruppen ein, um sich leichter verpflegen und besser ihren Plünderungen nachgehen zu können. Nur zur Zeit drohender Gefahr oder vor größeren Aufgaben vereinten sie sich. In zweifelhafter Lage zogen sie sich oft in eine Wagenburg zurück, von wo sie ihre kleinen Scharen zum Raub ausschickten. Sie suchten besonders die Klöster und die ohne Schutzmauern gelassenen Orte auf, wo sie leichte Beute hatten. Diese Streifzüge waren zu meist nur Unternehmungen einzelner Führer, denen sich die Krieger frei anschlossen. Jährlich zogen verschiedene Scharen auf Streifzüge nach verschiedenen Ländern aus, und manchmal fanden sich in demselben Jahre an demselben Gebiete auch mehrere Scharen ein.

Der erste dieser Streifzüge wurde nach Italien, in die Poebene (899) unternommen. Auch hier vereinten sich ihre Truppen erst, als König Berengar I. mit arger Verspätung gegen sie zog. Ihre von der Flucht ermüdeten Truppen erklärten sich an der Brenta schon bereit, die ganze Beute und alle Gefangenen auszufolgen, wenn man sie in Frieden heimkehren ließe. Als aber die Verfolger in sicherer Siegeshoffnung dieses Angebot zurückwiesen, brachte eine ungarische Schar in der Abenddämmerung die Brenta überschreitend, die im Lager schmausenden Gegner zwischen zwei

Feuer und metzelte die Überraschten größtenteils nieder.

Diesen überraschenden Angriffen waren zuerst die Bayern gewachsen. Sie trachteten nicht nach offenem Angriff, sondern sie griffen die Heimkehrenden aus dem Hinterhalte an, den man meist an einem Flusse legte, und es gelang ihnen auch zu wiederholten Malen, ihre Gefangenen wieder zu befreien, die Beute wegzunehmen und die Herumstreifenden zu dezimieren. Eine entscheidende Wendung trat aber erst ein, als zur Zeit der sächsischen Kaiser die Macht des ganzen deutschen Reiches ihnen entgegengestellt wurde. Ludwig das Kind wollte im Jahre 910 die Ungarn in ihrer eigenen Heimat schlagen, doch diese kamen ihm zuvor und trieben bei Augsburg seine Truppen auseinander. Erst zwanzig Jahre später gelang es Heinrich I. durch Erbauung von Burgen und Aufstellung einer schweren Reiterei, die er in geschlossenen Reihen in den Kampf führte, das Mittel zu schaffen, wodurch man ihren Plünderungen ein Ende machen konnte. Im Jahre 954 streiften sie in Frankreich herum, und die dort gewonnene reiche Beute bewog sie im folgenden Jahre zu einer ähnlichen Unternehmung. Ihr Zug vom verfloßenen Jahre wurde noch durch die schlechte innere Lage des Reiches und die Auflehnungen der Herzöge unterstützt; als sie aber im Jahre 955 jenen Weg wiederholen wollten, überraschte sie Otto I. während des Angriffes auf Augsburg und besiegte sie mit seinem in ungewöhnlich großer Anzahl versammelten sieben bis achttausend Köpfe starken Reichsheer in offener Schlacht. Auf diese Weise war den Ungarn nach und nach der Weg durch Bayern und Sachsen versperrt. In

den folgenden Jahren besuchten sie nur Griechenland, wo sie nach Verwüstung der Umgebung von Konstantinopel gewöhnlich auf fünf Jahre Frieden schlossen, unterdessen die Kaiser ihren Tribut zahlten. Endlich gelang es auch den Griechen durch nächtliche Angriffe über sie den Sieg davonzutragen, und so mußten sie ihre Streifzüge auch nach dieser Richtung hin einstellen.

Damit trat in der Landnahme der Ungarn der entscheidendste Moment ein. Die westlichen Länder waren allerdings noch nicht so stark, daß sie den einstmaligen Plan Ludwigs des Kindes erneuert und wie seinerzeit Karl der Große bis zum Knie der Donau zur Zermalmung der herumstreifenden Ungarn hätten gelangen können. Wenn aber diese Gefahr auch noch nicht bestand, begann sie unter Otto dem Großen zu drohen, als nach dem Siege von Augsburg ihm nicht nur die Vereinigung von Deutschland, sondern auch die Neuerrichtung des heiligen römischen Reichs gelungen war. Der von dieser Seite seinem Volke drohenden Gefahr beugte Fürst Géza (972—997) damit vor, daß er die Art und Weise des friedlichen Anschlusses an den Westen fand, indem er durch seine zu Kaiser Otto gesandten Boten um Missionäre bat, die sein Volk taufen sollten. Dieser Schritt dokumentierte aber nur äußerlich die Neigung zur gründlichen Wendung ihrer Politik, der aber noch viele äußere und innere Faktoren große Hindernisse in den Weg legten.

Das Zeitalter der Streifzüge setzte die monarchische Staatsordnung, das erst vor kurzem entstandene Fürstentum großen Erschütterungen aus. Arpáds Nachkommen waren keine ihm gleich bedeutende Persön-

lichkeiten. Infolge der kleinen Abenteuer und Unternehmungen verfiel die zentrale Macht immer mehr und mehr. Die bei den ausländischen Zügen zum Ruhme gelangten Führer lockerten nach und nach die Stammesverbände, indem sie alle in ihr Heer aufnahmen, die ihnen bei ihren Unternehmungen zu folgen bereit waren. Weder diese noch die Stammhäuptlinge leisteten dem Fürsten Gehorsam. Dazu kam noch, daß während ihres Aufenthaltes im neuen Lande sich auch ihre militärische Disziplin lockerte. Je größere Schwierigkeiten sich den Abenteurern von seiten der benachbarten Länder besonders in den letzten 3—4 Jahrzehnten entgegenstellten, um so mehr fühlten sie auch den Drang in sich, ihr Dasein auf neuer Grundlage zu sichern. Einige gingen fast unbemerkt zur friedlichen Beschäftigung über und begannen auch schon Ackerbau zu betreiben. Die großen Unternehmungen der fünfziger Jahre finden eben im Fehlschlagen der kleineren Züge ihre Erklärung. Ein größeres Heer, eine größere Organisation war dazu nötig, um die gewohnte Beute machen zu können, und doch waren beim Angriff auf die befestigten Städte der Franzosen die Führer manchmal bemüßigt, die von den Mauern zurückweichende Reiterei mit Peitschenhieben zu erneuertem Angriff vorzutreiben. In diesen kritischen Zeiten kämpften zwei mächtige Strömungen miteinander: das ungestümere, krieglerische Element, das bei der alten Lebensweise ausharrte und dasjenige, das allmählich wünschte, sich anzusiedeln. Letzteres bestand — wie es bei jedem sich ansiedelnden Volkselement der Fall ist — auf seinem Boden und stieß immer mehr die Abenteurer von sich ab. Die Kluft zwischen diesen beiden Parteien

wurde nach der Niederlage bei Augsburg immer tiefer, der Gegensatz immer schärfer. Lob verdient der scharfe politische Blick des Fürsten Géza, der sich in diesem Zwiespalt auf die Seite der neuen Richtung stellte und bei den inneren Zwistigkeiten in der Konsolidierung des Fürstentums sich auf das letztere Element stützte.

Die Schlichtung der inneren Krise war auch vom Gesichtspunkte der außerpolitischen Lage eine brennende Notwendigkeit. Das Slaventum bildete damals zwar noch keinen politischen Faktor, in Ungarn selbst gab es viel zu wenig Slaven, als daß sie für das Ungarn-tum gefährlich werden konnten. Die Ungarn bildeten nämlich zwischen den südlich und nördlich von Ungarn wohnenden slavischen Völkern einen ähnlichen Keil, wie früher die Avaren. Sie haben den Gedanken der Vereinigung von Nord- und Südslaven durch Niederwerfung des Großmährischen Reiches vereitelt. Doch konnten sie bei eventueller Erneuerung dieses Planes nur von Westeuropa her Unterstützung erwarten. Nördlich von den Karpathen hatten sich zur selben Zeit zwei slavische Staaten gebildet: Böhmen und Polen. Südlich von Ungarn die Balkanvölker immer mehr slavisiert. Auf Unterstützung von seiten dieser Völker, die mit der westeuropäischen Kultur noch nicht bekannt waren, konnte Ungarn in seinen Kämpfen mit dem Westen nicht rechnen, auf die der nördlichen slavischen Staaten um so weniger, da diese gleichzeitig ebenfalls unter den Einfluß der westlichen Kultur gerieten. Von Osten hingegen drohte noch immer der einst so mächtige Feind: es waren die Petschenegen. Davon, was Géza zur Lösung dieser Krise tat, war die Bekehrung zum Christentume einstweilen nur von sym-

bolischer Bedeutung. Die Legenden Stephans des Heiligen schildern Géza als einen blutrünstigen Fürsten, der mit unerschütterlicher Energie an die Niederwerfung der partikularistischen Bestrebungen schritt. In dieser Hinsicht bestanden seine größten Erfolge in der Bändigung der Stammhäuptlinge und der Führer, die sich während der Streifzüge ausgezeichnet hatten, sowie in der Umgehung der bewaffneten Volksversammlung. Während dieser inneren Konvulsion, als die kriegsgewohnten Elemente geneigt waren, mangels äußerer Abenteuer ihre Waffen gegeneinander zu erheben, wies seine Energie den Ereignissen die Richtung und es gelang ihm, sein Volk aus dem Chaos der Umgestaltung hinauszuführen. Diese Streitigkeiten im Inneren setzten sich auch unter seinem Sohne Stephan dem Heiligen (997—1038) fort, der aber von seinem Vater schon eine gefestigte Macht übernommen hatte und die Angelegenheiten in einer ganz anderen Weise weiter führte, da er ganz im westeuropäischen Geiste erzogen worden war.

Während bei Géza der Anschluß an das Christentum nur reine Äußerlichkeit war, wurzelte die Politik des heiligen Stephans schon ganz in der christlichen Weltanschauung. Als dem Fürsten Géza durch die an seinen Hof berufenen Missionäre vorgeworfen wurde, daß er auch heidnischen Göttern Opfer darbringe, tat er den Vorwurf einfach mit der Antwort ab, daß er reich genug sei, um zwei Göttern dienen zu können. Stephan war aber schon durch am fürstlichen Hofe lebende christliche Priester erzogen worden, hatte die westeuropäische Kultur in ihren Auswirkungen zum Teil kennen gelernt und konnte die Ziele der Anpassungs-

politik viel bestimmter und klarer stecken als es sein Vater getan hatte.

Die Begründung der späteren Staatsordnung war so das Werk Stephans des Heiligen. Für sein Wirken ist die Festigung des Christentums im Lande und die Übernahme staatlicher Einrichtungen, die an Karls des Großen innenpolitische Tätigkeit anknüpften, charakteristisch. Nach seiner Ehe mit der bayerischen Prinzessin Gisella kamen ausländische Priester und Ritter in großer Anzahl an seinen Hof und verstärkten hier immer mehr die westlichen Kulturbestrebungen. Die religiöse Welle, die dem Jahre 1000 voranging, bewog zahlreiche nach der Märtyrerpalme schmachthende slavische, italienische, hauptsächlich aber deutsche Priester nach Ungarn zu kommen. Mit ihrer Hilfe nahm nun die Arbeit am königlichen Hofe ihren Fortgang. Sie waren die Ratgeber des Königs. Sie machten ihn mit den westlichen Einrichtungen bekannt und erklärten ihm deren Anwendung. In den westlichen Rittersn gewann der König auch eine Stütze gegen die Häuptlingsfamilien, welche sich gegen die Festigung der zentralen Macht auflehnten. Mit ihrer Hilfe schlug er die Empörung des am Plattensee (Balaton) angesiedelten Stammhäuptlings Koppány, dann diejenige Ajtonys und Gyulas nieder.

All diese Bewegungen zur Zeit Stephans des Heiligen nach der blutigen Herrschaft Gézas verraten, wie stark — trotz aller Umgestaltung — bei dem Volke der Hang zu den alten Sitten und Institutionen war. Jedoch warf der heilige König mit unerbittlicher Strenge diese Empörung nieder und schenkte einzig und allein dem schon zum Christentume übergetretenen

Häuptlinge Gyula das Leben, aber auch ihm entzog er seine Macht. Eben dieser Fall beweist am besten, daß der große Kampf, den er zu bestehen hatte, nicht so sehr gegen das Christentum, sondern vielmehr im allgemeinen gegen die neue Staatsordnung gerichtet war.

Die Verbreitung des Christentums als einer Religion stieß auf keine größeren Hindernisse. Das Volk, das ursprünglich eine Naturreligion hatte, war den neuen Lehren leicht zugänglich. Übrigens hatten die Ungarn schon in ihrer alten Heimat das Christentum kennen gelernt und die sich auf Äußerlichkeiten beziehenden Benennungen aus der bulgarischen Sprache übernommen. Einige hatten sich zur Zeit der Streifzüge sogar taufen lassen. Die in Konstantinopel lebenden ungarischen Geiseln — aus vornehmen Häuptlingsfamilien stammende Persönlichkeiten — hingen dort den Lehren der griechischen Kirche an und einer von ihnen, der Fürst Gyula, brachte griechische Missionäre mit sich, die in den südlichen Teilen des Landes die Lehre der orientalischen Kirche verbreiteten. Diese, dem Christentum im geheimen schon ergebenen Elemente boten den Missionären nach der amtlichen Einleitung der Bekehrung den besten Anknüpfungspunkt für ihre Tätigkeit. Doch blieben die Taufen noch lange Zeit hindurch ein politischer Faktor. Wir wissen aus der Legende des heiligen Gerhards, daß der Bischof mit seinen Missionsgefährten hie und da an einer politischen Zentralstelle hielt, wo das Volk versammelt worden war, und wo die Bewohner zu Hunderten, nachdem fremde Priester ihnen in fremder Sprache gepredigt hatten, kurzerhand getauft wurden. Dieser Übertritt mochte nur ein äußerlicher sein, und die wahre Chri-

stianisierung dürfte erst erfolgt sein, als die fremden Priester in ihre Schulen schon gebürtige Ungarn zum Priesterstand herangebildet hatten, die mit dem Volke in seiner eigenen Sprache verkehren konnten.

Das größte Hindernis für die Verbreitung der christlichen Weltanschauung bestand darin, daß sie von den zügellosen Kriegern, die ihre eigene körperliche Kraft als die größte Macht ansahen, Demütigung und Unterwerfung unter die Befehle der Kirche forderte. Es kostete eine harte Arbeit, den wilden Ungarn für diese Weltauffassung zu gewinnen. Andererseits war es schwer, den vom Westen verpflanzten Institutionen, den neuen Faktoren der Staatsordnung Anerkennung zu sichern. Das aus Bayern übernommene Vorbild des Karolingischen Verwaltungssystems fand vielen Widerspruch und besonders die Institution der Kirchensteuer, des Zehenten, war höchst unpopulär. Auch noch die anläßlich der späteren Thronstreitigkeiten vereinzelt entstandenen heidnischen Empörungen richteten ihre Spitze vor allem gegen die Einheber des Zehenten. Die heidnischen Reaktionen waren also Bewegungen, die sich in revolutionärer Weise gegen die neue politische Staatsordnung auflehnten und im konservativen Geiste des Volkes wurzelten. Diese politische Ordnung wurde aber gleichzeitig mit der Übernahme des Christentums eingeführt und war mit ihr derart verwickelt, daß jede politische Bewegung naturgemäß sich auch gegen die christliche Kirche richtete.

Das übrigens die Annahme der neuen politischen Ordnung zur Zeit Stephans des Heiligen wesentliche Fortschritte machte, bezeugt hauptsächlich die Erziehung seines Sohnes, des Prinzen Emmerich des

Heiligen, der ganz im asketischen Sinne der Zeit ein rein kontemplatives Leben führte. Nach dem Tode Stephans des Heiligen kam es nur mehr anlässlich des Thronwechsels zu vereinzelt schwächeren Aufständen derer, die Heiden geblieben waren. Und doch gab es für die Verbreitung des Christentums auch im ungarischen Nationalgefühl ein starkes Hindernis. Da die fremden Priester zumeist Deutsche waren und das Christentum von außen her hauptsächlich durch Deutschland unterstützt wurde, auch die fremden Institutionen als deutsche galten, sah sich ein großer Teil des Volkes, besonders die Bevölkerung, die von der Westgrenze entfernt in der Theißgegend wohnte, durch das Umsichgreifen der deutschgefärbten Richtung in ihrem nationalen Wesen bedroht. Die aus diesen Ursachen entstandenen Hindernisse hat ein späterer Nachkomme Stephans des Heiligen, Ladislaus der Heilige aus dem Wege geräumt. In seiner Person war der das Land dem fremden Einflusse gegenüber verteidigende nationale König schon so innig mit dem christlichen Fürsten verschmolzen, daß ihn eine ganze Reihe von religiösen Sagen umspann, die ihn als frommen, das Christentum beschützenden Herrscher verherrlichten. Während seiner Regierungszeit (1083) wurden Stephan der Heilige, dessen Sohn Prinz Emmerich der Heilige und Bischof Gerhard, der während eines heidnischen Aufstandes den Märtyrertod erlitt, heilig gesprochen.

Zur selben Zeit war derselbe Prozeß auch in den nördlichen Ländern zu beobachten, wo Polen und Böhmen zu Königreichen wurden. Doch während in Böhmen die Befestigung der monarchischen Staatsform die Anerkennung einer fremden Oberherrschaft, nämlich

die der Deutschen bedeutete, hat Stephan der Heilige diese Frage ohne Opferung der nationalen Selbständigkeit gelöst. Er erbat die Krone nicht vom römisch-deutschen Kaiser als dem weltlichen Oberhaupt des christlichen Westens, was ein Vasallenverhältnis bedeutet hätte, sondern vom Papste. Vom Jahre 1001 an war Ungarn ein Königreich, und als am Ende der Regierungszeit Stephans des Heiligen mit dem Kaisertum Reibungen entstanden, hat Stephan auch diesen Kampf siegreich bestanden.

Ein noch größerer Erfolg war, daß er auch die Kirche seines Landes allen äußeren Einflüssen gegenüber ganz selbständig eingerichtet hat. In dieser Hinsicht drohte der ungarischen Kirche ebenfalls von Deutschland her die Gefahr, in Abhängigkeit zu geraten. Noch zu Zeiten des Fürsten Géza entwickelte der Bischof Pilgrim von Passau eine eifrige Bekehrungstätigkeit. In seinen Berichten hat er aber seine Erfolge vielfach übertrieben. Da seine Diözese mit dem Gebiete der einstmaligen erzbischöflichen Diözese von Lauriacum (Lorch) zusammenfiel, wollte er sich von der Oberherrschaft des Erzbischofs von Salzburg lostrennen und mit der Erneuerung des Erzbistums von Lauriacum seinen Sprengel auch über das alte Pannonien ausbreiten. Diese Bestrebungen wurden vereitelt, und Stephan der Heilige errichtete zwei Erzbistümer und mehrere Bistümer, indem er die Kirche seines Landes unter der Leitung des Erzbischofs von Gran organisierte. Auch die Benediktiner Mönche erhielten große Donationen, und ihre Klöster wurden wichtige Brennpunkte des Kulturlebens, besonders ihr uraltes Kloster zu Martinsberg (Pannonhalma).

Diese religiöse Bewegung bewahrte das Land vor dem Übel der dogmatischen Zwistigkeiten. Die im Süden verbreitete griechische Orthodoxie konnte sich mit der kraftvoll entwickelten römischen Kirche nicht messen und stellte dem Anschluß an den Westen keine Hindernisse in den Weg.

Nach den ein halbes Jahrhundert währenden Kämpfen war Ungarn zur Zeit des Todes Stephans des Heiligen schon ein nach westlichem Vorbilde verwaltetes christliches Land. Stephan der Heilige ließ die eigenen Familienmitglieder, die die neue Staatsordnung durch ihre Sympathie zur alten gefährdet hätten, aus dem Wege räumen. Obwohl nach seinem Tode (1038) wirre Kämpfe um die Erbfolge ausbrachen, konnten diese das Christentum und die monarchische Staatsordnung nicht mehr gefährden, und diese bestand trotz einiger revolutionärer Bewegungen siegreich die Feuerprobe. So wurde innerhalb der Karpathen durch Stephan den Heiligen auf fester Grundlage ein christliches Staatswesen geschaffen, als dessen Träger uns eben die Ungarn entgentreten, die nicht viel früher noch mit ihren plündernden Reiterscharen ein Schrecken Europas gewesen waren.

Der Ausbau des Nationalstaates

Jene neue Staatsordnung, die Stephan der Heilige geschaffen hatte, ging eigentlich aus den Institutionen Karls des Großen hervor, die aber in einer Gestalt nach Ungarn gelangten, wie sie sich bei den benachbarten Völkern, besonders bei den Bayern entwickelt hatten. Da die meisten Fremden, die am Hofe Stephans des Heiligen bedeutendere Stellen einnahmen, bayerische Ansiedler waren, ist es ganz natürlich, daß die durch Stephan den Heiligen geschaffenen Institutionen den bayerischen nachgebildet wurden. Was aber Stephan der Heilige aus der Fremde übernahm, war nur ein Vorbild für das, was er zu verwirklichen strebte, das aber durch die ganz anderen Verhältnisse beeinflußt, wesentliche Änderungen erlitt. Die Einrichtung des ungarischen Hofes, obwohl sie eine Kopie der kaiserlichen Pfalz war, war in ihren Ansprüchen noch viel einfacher und konnte bei ihrer Naturalwirtschaft noch keine so differenzierte Organisation schaffen, wie es diejenige der kaiserlichen Hofhaltung war. Die Kanzlei, der Fiskus und andere Ämter wiesen ganz am Anfang höchst einfache Formen auf.

Den Kardinalpunkt der Staatsordnung bildete die Verwaltung des Landes, zu der das Gausystem das Muster lieferte. In dieser Hinsicht waren aber auch die Sitten der benachbarten und unter den Ungarn zerstreut lebenden Slaven von einem gewissen Einflusse.

Das Oberhaupt des neuen Verwaltungskreises erhielt mit Anlehnung an das slavische Wort „Zsupan“ den eingebürgerten Namen „Ispán“ (Gespan). Auch das ungarische Komitat, die Nachbildung des Gaues, war nicht überall jenes königliche Verwaltungsgebiet, wie es sich ihre Gründer vorstellten. Dort, wo die königliche Macht ihren Willen weniger zur Geltung zu bringen vermochte, wurde es als ein gewisses autonomes Verwaltungsorgan betrachtet. Es scheint, daß die einzelnen Komitate größtenteils mit den Ansiedlungsgebieten der einzelnen Sippen zusammenfielen, und nach Beseitigung der Sippenmacht trachtete diese ihr Recht im Komitate zur Geltung zu bringen. Diese Gegensätze sind erst nach und nach geschwunden, und die Sippe suchte auch späterhin im Komitat, das doch königliches Verwaltungsgebiet sein sollte, ihren Einfluß geltend zu machen. So wie es Stephan der Heilige wollte und wie sich im großen und ganzen die Lage später gestaltete, hatte der durch königliches Vertrauen an die Spitze des Komitates gestellte Gespan die militärische Macht und die Verwaltung in seinen Händen, er zog die königlichen Steuern ein, und auf niederer Stufe übte er auch die Justiz. In dieser Hinsicht unterschied sich das ungarische Komitat insofern vom deutschen Gau, daß seine Entwicklung nicht in feudaler Richtung vor sich ging. Die Gespane wechselten häufig, und einstweilen entwickelte sich bei ihnen keine Erbaristokratie. Bis ans Ende des XII. Jahrhunderts übten die ungarischen Könige eine patriarchale Macht aus. Alle Zweige der Gewalt liefen in ihren Händen zusammen. Jene Fremden, die im XII. Jahrhundert nach Ungarn kamen, wunderten sich — in feudalem Milieu erwachsen —

über die Einrichtungen des Landes und die große Macht des Königs seinen Untertanen gegenüber, die es ihm ermöglichte, auch den mächtigsten ungarischen Herrn durch einen unbewaffneten Boten vor seinen Richterstuhl rufen zu können. Auch den Boden des Landes, den die Stämme zur Zeit der Landnahme nicht besetzten, betrachtete der König als sein Eigentum, und wenn er ihn auch verschenkte, so verfügte er im Falle des Aussterbens der geradlinigen Nachkommenschaft des Beschenkten wieder über das Gut (*ius regium*). In dieser Epoche stammte auch der größte Teil des königlichen Einkommens aus dem Ertrag der Felder. Für die weitere Entwicklung des ungarischen Staates war es eben von besonderer Bedeutung, daß die königliche Macht so wenig beschränkt war. Der ruhige Verlauf des Ausbaues der Landesorganisation war zum großen Teil durch diesen Faktor gesichert.

Auch den Bestrebungen der größeren Nachbarreiche gegenüber konnte Ungarn seinen erfolgreichen Widerstand dem Umstande verdanken, daß der Feudalismus seine Kräfte noch nicht zersetzte. Nach dem Tode Stephans des Heiligen entstanden zwar Wirren um die Besetzung des Thrones, aber diese konnte nicht einmal ein so mächtiger Fürst, wie es Kaiser Heinrich III. war, dazu benützen, um seine Oberherrschaft auch über Ungarn auszubreiten. Stephan dem Heiligen folgte unmittelbar Peter (1038—1041), der Sohn seiner Schwester und des aus Venedig vertriebenen Otto Orseolo. Da Peter als Fremdling den nationalen Wünschen nicht entsprechend Rechnung trug, wurde an seiner Stelle ein anderer Verwandter Stephans des Heiligen, Aba Samuel (1041—1044) erhoben. Heinrich III. gelang es

zwar, Peter für zwei Jahre (1044—1046) zurückzuführen, bei welcher Gelegenheit er ihn auch veranlaßte, dem deutschen Kaiser den Vasalleneid zu schwören, aber eben dieser Umstand zog den abermaligen raschen Sturz Peters nach sich. Nach ihm gelangten die noch zu Stephans Zeit vertriebenen Prinzen vom Árpádenhause zur Macht, und die Kämpfe des Königs Andreas I. (1046—1060) und seines Bruders Béla I. (1060 bis 1063) waren so erfolgreich, daß Heinrich III. und seine Nachkommen Ungarn nicht mehr in ihrer Abhängigkeit erhalten konnten. Das Volk, besonders die Bevölkerung der Theißgegend, widersetzte sich mit voller Kraft ähnlichen Versuchen von deutscher Seite. Andreas, dann auch dessen Sohn Salomon (1063—1074) verloren eben deshalb ihren Thron, weil ihre Partei deutsche Hilfe in Anspruch nahm. Béla I., noch als Prinz und Inhaber des dritten Teiles des Landes, dann seine Söhne Géza I. (1074—1077) und Ladislaus der Heilige (1077—1095) waren die Häupter der Gegenpartei, die ihre Volkstümlichkeit in diesen Kämpfen erwarben, deren Ziel die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit war.

Mit ihren übrigen Nachbarn gerieten die Ungarn damals noch in keinem ernsteren Konflikt. Einstweilen drohte ihnen nur von Deutschlands Seite Gefahr. Die deutschen Ansiedler hatten sich zur Zeit der Streifzüge bis zur Enns zurückgezogen; östlich von hier verblieb nur eine kleine Anzahl der Bevölkerung niederen Standes. Als aber die Streifzüge aufhörten, suchte die expansive Kraft der Deutschen sich in dieser Richtung geltend zu machen, indem sie in der zwischen den ungarischen und deutschen Gebieten gelegenen Gegend

neue Ansiedelungen schufen. Zur Zeit Stephans des Heiligen kam es an der Westgrenze schon zum Konflikt, ihm gelang es, aber schon über die heutigen Grenzen hinaus seiner Macht Anerkennung zu verschaffen. Nur in den nach seinem Tode entstandenen Erbfolgestreitigkeiten wurde als Grenzlinie der mittlere Lauf der Leitha (Lajta) bestimmt, der dann bis zur Verbindung mit Österreich auch dem später geschlossenen Abkommen gemäß die Landesgrenze blieb. Nach den Kämpfen der Kaiser Heinrich III. und Heinrich IV. bedrohte bis Ende des XIII. Jahrhunderts von seiten des deutschen Reiches und dessen Herzogtümern Ungarns Unabhängigkeit und territoriale Integrität keine neue Gefahr.

Um so größer war aber die Gefahr, die vom Osten her, nicht von seiten schon ausgebildeter Staaten, sondern von solchen Völkern drohte, die ebenso kriegerische Nomaden waren, wie ehemals die Ungarn selbst. Die Petschenegen, die einst mächtigen Gegner, mit denen die ungarischen Fürsten nach der Landnahme nicht einmal im Bündnisse mit den Griechen einen neuen Krieg zu beginnen wagten, wurden vernichtet. Die von dort drohende Gefahr war schon zu Zeiten Stephans des Heiligen überwunden. Einige ihrer Scharen siedelten sich damals und in den späteren Jahrzehnten sporadisch unter den Ungarn an. Ein Teil besetzte auf Stammgütern des Fürstengeschlechtes einige Orte des heutigen Weißenburger (Fejér) Komitates. Ein Teil wurde zum militärischen Grenzdienst im Westen verwendet. Ein anderer wurde südlich von der Maros-Mündung sesshaft, doch außer diesen schufen sie im ganzen Lande überall Ansiedelungen, an welche

Ortsnamen wie Besnyő, Bessenyő und Pecsényéd erinnern. Jedoch viel ernstere Sorgen bereitete ihnen nach dem Zerfall des Petschenegen-Reiches, das sich innerhalb der Grenzen des heutigen Rumänien ausdehnte, das Erscheinen der Kumanen an der unteren Donau. Ihre Angriffe zur Zeit Ladislaus des Heiligen (1077—1095) waren keine geringere Plage für Ungarn, wie es seinerzeit die Ungarneinfälle in die Gebiete ihrer westlichen Nachbarn gewesen waren. Schon Ladislaus dem Heiligen gelang es aber, einzelne ihrer Scharen auf friedliche Weise anzusiedeln und ihren fortwährenden Einfällen in Kämpfen auf siebenbürgischem Gebiete ein Ende zu machen.

Jedoch Mitte des XII. Jahrhunderts brachte ein den deutschen Bestrebungen ähnlicher politischer Plan neue erbitterte Kriege über Ungarn und erneuerte die schlimmen Wirren der früheren inneren Parteikämpfe. Der kriegerisch gesinnte byzantinische Kaiser Emanuel aus dem Geschlechte der Komnenen wünschte damals Ungarn in die Interessensphäre seines mächtigen Griechischen Reiches zu ziehen. Den Vorwand dazu bot ihm der Thronprätendent Borics, ein unrechtmäßiger Sohn Königs Koloman (1095—1116), für den er Partei nahm. Als er sah, daß Borics im Lande keinen Anhang fand, verfolgte er diesen Plan durch Aufstellung von Thronprätendenten und Gegenkönigen. Seine Losung war, daß in Ungarn keine geradlinige Sukzession bestehe, sondern die Gewalt nach dem Ableben des Königs seinen Brüdern gebühre. Griechenlands Einfluß begann schon drohend zu werden, am drohendsten schien die Lage, als der am Hofe Manuels erzogene Béla III. (1172—1196) den ungarischen Thron bestieg.

Doch eben dieser Béla III. war es, dessen Regierung die griechischen Bestrebungen völlig vereitelte.

Die übrigen Nachbarn bedeuteten noch keine Gefahr für den ungarischen Staat. Es gab zwar zur Zeit Stephans des Heiligen im heutigen Trencsiner (Trencsén) Komitate Konflikte mit Polen um das Gebiet des damals noch fast unbewohnten Waag-Tales, doch wurde Polen zurückgeschlagen und machte dort auch keine weiteren Ausbreitungsversuche. In die Zwistigkeiten der nordöstlichen russischen Fürstentümer, besonders der Fürsten von Halicz, mischten sich im Laufe des XIII. Jahrhunderts die ungarischen Könige zu wiederholten Malen ein, was aber vom Gesichtspunkte der Entwicklung Ungarns keine Bedeutung hatte. Die Fürsten dieser Gebiete erbaten bei ihren Erbfolgestreitigkeiten die Unterstützung Ungarns, und so wurden die Arpadenfürsten die Schiedsrichter in diesen Angelegenheiten.

Gleichzeitig wurde der innere Ausbau, die Besitznahme der noch unbesetzten Gebiete, fortgesetzt. Die im Innern des Landes auftauchenden Probleme beschäftigten die Herrscher und das Volk in solchem Maße, daß sie gar nicht an äußere Eroberungen dachten. Selbst die Einmischung in die Haliczzer Erbfolgestreite betrachtete man in Ungarn mit scheelen Augen, und zur Zeit Stephans II. (1116—1131) versagten die ungarischen Herren ihre Teilnahme an den zwecklosen ausländischen Kämpfen.

Nur nach einer Seite kam es zu Eroberungen. Der östliche Teil zwischen der Drau (Dráva) und der Save (Száva) war seit der Landnahme durch Ungarn besiedelt. Es entstanden dort ungarische Komitate, und

in kirchlicher Hinsicht gehörte es zur Bácszer Diözese. Im westlichen Teile zwischen der Drau und Save, in der Umgebung des heutigen Agram (Zágráb) lag das damalige Slavonien. Südlich davon an der Meeresküste erstreckte sich das Land der kroatischen Könige. Diese letzteren Gebiete waren politisch noch schwach organisiert, und die inneren Streitigkeiten gaben schon Ladislaus dem Heiligen (1077—1095) Gelegenheit zur Eroberung Slavoniens. Später eroberte der wegen seiner Weisheit und seiner wichtigen Verwaltungsreformen berühmte König Koloman (1095—1116), die Bestrebungen seines Vorfahrens fortsetzend, Kroatien sowie auch die an der Meeresküste liegenden dalmatinischen Städte. Ihre Eroberung wurde durch die niedere Kultur der südslavischen Bevölkerung und ihren Gegensatz zu den von Italienern bewohnten Hafenstädten erleichtert. Die italienische Bevölkerung dieser Städte erhoffte sich nämlich von der ungarischen Herrschaft die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz vor dem Wettbewerb der mächtigen Republik Venedig. Darum öffneten ihm die dalmatinischen Städte nacheinander freiwillig die Tore.

Diese Eroberung hatte zur Folge, daß die von Fremden bewohnten neuerobernten Gebiete mit Respektierung der Sitten ihrer Völker aber durch betraute Organe des ungarischen Königs als Teile des ungarischen Reiches verwaltet wurden. Besonders wurden die Rechte der dalmatinischen Städte beachtet. Diese Städte erhielten eine jede für sich von König Koloman besondere Privilegien. Ihre Bürger durften auch später mit ihren Angelegenheiten von den eigenen Richtern an jene italienischen Städte appellieren, von denen sie einst ihr

Rechtssystem übernommen hatten. In Kroatien sowie in Slawonien blieb die nationale Rechtspflege auch erhalten, und der ungarische König stellte nur Appellationsgerichte auf. An die Spitze der Landesverwaltung aber setzte er als seinen Stellvertreter einen Banus. Für Ungarn war diese Eroberung insofern von großer Bedeutung, als es dadurch einen Weg zum Meere bekam. Um den neuen Besitz zu wahren, strebte die ungarische Politik in den Kämpfen um das Adriatische Meer danach eine engere Beziehung zu den Normannen zu gewinnen.

Nach dieser Erwerbung war der König von Ungarn bemüht, sich in den südlich angrenzenden Gebieten, wo der Staatsbildungsprozeß noch in vollem Flusse war, einen politischen Einfluß zu verschaffen, um auf diese Weise sein Land gegen die von dieser Seite drohenden Gefahren rechtzeitig zu sichern. Die Verhältnisse am Balkan waren damals noch wenig geklärt, und bei den auf tieferer Kulturstufe stehenden Völkern waren starke Wanderbewegungen bemerkbar. Bei den Serben, deren ursprüngliche Heimat eigentlich in der Gegend der Flüsse Lim und Ibar sowie am oberen Laufe der Drina und der Morava lag, war das Streben, sich nach Norden hin auszudehnen, deutlich merkbar. In ähnlicher Richtung breiteten sich von den Geländen südwärts der Donau, die einst unter der Oberherrschaft der Petschenegen, jetzt der Kumanen stehenden Walachen, im Gebiete zwischen der Donau und den Karpathen aus. Ende des XII. Jahrhunderts siedelten sie sich hauptsächlich in der Ecke zwischen der Donau und Aluta (Olt) an und ließen ihre Herden auf den Almenflächen der südlichen Karpathen weiden, beson-

ders im heutigen Komitate Fogaras, das am Anfange des XIII. Jahrhunderts der Wald der Petschenegen und Walachen genannt wurde.

Als auf die Zeit der Streifzüge die der friedlichen Ansiedelungen folgte, errichteten die Ungarn eine künstliche Schutzlinie um ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet herum. Im waldigen Gebiete türmte man Baumstämme übereinander; wo es Flüsse gab, ließ man sie anschwellen und verwandelte so die anliegenden Gebiete in Sumpfland, um sich eventuellen Angriffen gegenüber leichter verteidigen zu können. Diese Linie, in der nur gewisse Ausgänge und Tore gelassen wurden, die die Grenzwachen von stärker befestigten Plätzen aus schützten, wurde „gyepü“ (= Hecke) genannt. Die außerhalb dieses Schutzwerkes gelegenen Grenzödelände waren von der inneren Zivilverwaltung abweichend ganz militärisch organisiert und hießen im Gegensatz zu den inneren Komitaten: Provinz, Terra, ungarisch „gyepüelve“. Im weiteren Verlaufe des Sesshaftwerdens suchten die Teile des ungarischen Volkes, die keinen Besitz an Grund und Boden hatten und solchen anstrebten, gerade auf diesen dem Könige unterworfenen Gebieten sich anzusiedeln. Wenn dann die Kulturverhältnisse innerhalb einer solchen Grenzmark eine gewisse Höhe erlangt hatten, bezog man sie in den Kreis der Komitatsverwaltungen ein, schuf eventuell neue Komitate daraus und rückte die Verteidigungslinie weiter nach auswärts. Gegen Westen erreichte man alsbald die politische Grenzlinie. Im Norden und im Osten, wo von seiten eines fremden Volkes sich keine solchen Ausbreitungsbestrebungen zeigten wie von seiten der Deutschen, ging dieser Prozeß lang-

samer vor sich, da das gebirgige Land die das Step-
penleben gewohnten Ungarn nur wenig anzog. Hier
machte die Kolonisation entlang der Täler ihre größten
Fortschritte.

Der bedeutendste Erfolg aber war noch zur Zeit
Stephans des Heiligen die Besitzergreifung von Sieben-
bürgen (Erdély). Die Ansiedelungen im Szamos-Tale
wiesen unwillkürlich auf das Innere Siebenbürgens
hin. Diese zweite Talebene und die daran anschließen-
den niederen Gebirge führten die Ungarn gleich einer
Brücke in das mittlere hügelige Gebiet von Sieben-
bürgen. Das Bebauen der Salzbergwerke an der Maros
und der Umstand, daß man dieses Salz am leichtesten
auf diesem Flusse in das Innere Ungarns liefern konnte,
bewies bald die Wichtigkeit dieses Flußtales. Gegen
die äußeren Angriffe wurden diese Ansiedelungen an-
fangs durch die südwärts von der Maros errichteten
Warten geschützt. Zur Zeit Ladislaus des Heiligen
zwangen aber die Angriffe von Osten her den König,
dieses Gebiet wirksamer zu schützen. Zu diesem Zwecke
wurden an der östlichen Grenze in der Gegend des Har-
gittagebirges und der Karpathen die Székler verwendet.
Es wurde ihnen als Grenzwachen ihre besondere Or-
ganisation samt ihren hergebrachten Sitten zugesichert.
In Zusammenhang mit den Székler Stühlen entstanden
zu gleicher Zeit auch an den Nebenflüssen der Aluta
zum Schutze der einzelnen Talmündungen ungarische
Warten. Dieses Verteidigungssystem wurde dann im
Laufe des XII. Jahrhunderts durch die Ansiedelung der
Sachsen an den Südgrenzen Siebenbürgens ergänzt, die
sich ursprünglich auf die Gebiete zwischen den Flüssen
Maros, Kokel (Küküllő) und Aluta erstreckte. Im

XIII. Jahrhundert wurden die obenerwähnten Verfügungen noch durch die Berufung des Deutschen Ordens in das Burzenland (Barczaság), im heutigen Komitate Kronstadt ergänzt. Dieser letzte Versuch schlug aber fehl. Da nämlich der Deutsche Orden nach Selbständigkeit strebte, wurden seine Ritter von den Königen verjagt, wonach auch hier sächsische Ansiedelungen entstanden. Die Sachsen erhielten als fremde Ansiedler Privilegien, nach denen sie sich ihren eigenen Sitten und Gesetzen gemäß verwalten konnten. Als die walachischen Hirten in größerer Anzahl innerhalb der Landesgrenzen auftauchten, boten sich ihnen anfangs nur die Grenzmark von Fogaras, sowie das waldige, gebirgige Gebiet der Komitate Hunyad und Krassó-Szörény und im Norden die von Bistritz (Besztercze-Naszód) und Mármaros zur Ansiedelung dar.

In den nördlichen Gegenden drang die Bevölkerung durch die Täler der Waag (Vág), Gran (Garam) und Hernád ins Gebirge ein. Die dem Innern des Landes ähnliche Organisierung der Verwaltung und das Hinausschieben der Verteidigungslinie erfolgte am frühesten an der Stelle, wo am meisten äußere Angriffe zu befürchten waren, d. h. in der Richtung des Popper (Poprád)-Tales. Dort entstand zuerst ein ungarisches Wartgebiet, der spätere sogenannte Bezirk „der Lanzeaten“ im heutigen Zipser (Szepes) - Komitate, dann machten sich auch dort Deutsche, Sachsen, ansässig. Auch diese Elemente schufen sich ihre Organisation auf Grund der ihnen verliehenen Privilegien und behielten sie auch in den späteren Jahrhunderten. Am spätesten erfolgte die politische Organisierung in den Gebirgsgegenden der Niederen- und Hohen-Tátra. Die-

ses Gebiet, das lange Zeit den westlichen und östlichen Teil Oberungarns durch seine ungangbaren Gebirge und Waldungen voneinander trennte, betrachteten die ungarischen Könige nur als Jagdgebiet, und es wurde dem Gespan von Sohl (Zólyom) unterstellt. Nur durch die königliche Domänenorganisation gelang es, die spärliche Bevölkerung in diesen Gebieten zu vermehren. Die Ansiedler waren anfangs zumeist Slowaken, Abkommen jener Slaven, die nach dem Sturze des Großmährischen Reiches sich in die nördlichen Teile der jetzigen Komitate Preßburg (Pozsony) und Neutra (Nyitra) zurückgezogen und sich der Oberherrschaft der Ungarn unterworfen hatten. Ihren Volksüberschuß siedelte die Verwaltung der königlichen Domänen in dieser Gebirgsgegend an. Die höhere kulturelle Entwicklung erfolgte aber auch hier erst, als im XIII. Jahrhundert auf den brachliegenden Talebenen Ackerbau betreibende Ungarn angesiedelt wurden. Infolge dieses Nebeneinanderlebens haben sich die Ungarn und Slowaken stark vermischt, was sie in ihrer Entwicklung immer wieder mit neuen Banden aneinander fesselte. Die dem Innern des Reiches ähnliche Komitatsorganisation erfolgte erst, als der ungarische Siedlungsprozeß schon in vollem Gange war, eben auf Initiative der ungarischen Elemente.

Die Ansiedelung von nicht privilegierten fremden Elementen auf den Gebieten außerhalb der inneren Verteidigungslinie ging immer von der königlichen Domänenverwaltung aus und entsprach dem Bestreben der Könige und ihrer Beamten, den Schutz dieser Grenzgebiete intensiver zu gestalten. Als Mittelpunkt der im Innern des Landes entstandenen Komitate

diente ebenfalls die Burg, und das Komitat bildete den zu dieser Burg gehörenden Verwaltungsbezirk. Als auf den königlichen Domänen der Grenzödlände der Gang der Besiedelung vorwärtsschritt, erhoben sich auch dort immer neue Burgen, und um sie herum bildeten sich neue Verwaltungsbezirke und neue Komitate. Im XIII. Jahrhundert wurde das Komitat zu einer autonomen Körperschaft. Mit dieser Wendung machten die Grenzgebiete der königlichen Domänen denselben Entwicklungsgang durch wie die im Innern des Landes gelegenen Teile, wo einst die Eroberer ihre Zelte aufgeschlagen hatten.

In dieser eben besprochenen ersten Zeit empfand Ungarn nicht die Notwendigkeit, mit den angrenzenden Ländern in friedlichen Verkehr zu treten. Bis zum Anfang des XIII. Jahrhunderts wurde das Bestreben sehr stark betont, daß sich das Land vor seinen Nachbarn verschließen müsse. Auf dieser Stufe der Entwicklung war der Schutz gegen außen und nicht der Verkehr mit den Nachbarn das maßgebende Prinzip der Politik. Zur Zeit Ladislaus des Heiligen gewährte der König den hierher kommenden Kaufleuten noch von Fall zu Fall selbst die eventuellen Ausfuhrerlaubnisse.

Dieses Verschließen bedeutete aber noch keinen feindlichen Standpunkt den Fremden gegenüber, ja die Ungarn nahmen während der ganzen Epoche die Fremden, die ihnen im Urbarmachen des Bodens zu Hilfe kamen freundlichst auf. In der Kulturvermittlung fiel eine höchst wichtige Rolle denjenigen westlichen Volkselementen zu, die sich schon seit der Zeit Stephans des Heiligen in kleineren Gruppen angesiedelt hatten und hauptsächlich den Städten ihre Bevölkerung lieferten.

Diese trieben Handwerk und Gewerbe, und ihre Städte erhielten ebenfalls Privilegien. Vor allem entwickelte sich das Stadtleben in Stuhlweißenburg, (Székesfehérvár), das eine königliche Residenz war, dann dasjenige von Gran und Pest. Auch die Bergleute waren größtenteils Fremde, die sich in einzelnen Bergstädten niederließen. Es waren dies hauptsächlich Deutsche, doch gab es neben ihnen auch Italiener und Griechen. Im Laufe des XII. Jahrhunderts bildete sich im Erlau(Eger)-Tal eine französische Kolonie, und in den Siedelungen in der Zips spielten die Wallonen eine große Rolle. Diese Fremden wurden aber zum großen Teile durch die Ungarn assimiliert, nur die Stadtbevölkerung deutscher Zunge konnte infolge ihrer größeren Anzahl ihren nationalen Charakter jahrhundertlang bewahren. Nur sie vermochten die Vorrechte, die sie besaßen, zur Erhaltung ihrer nationalen Eigenart und Kultur fruchtbar zu machen. Solche waren das Recht, ihre Angelegenheiten ihren heimischen Sitten gemäß zu erledigen, und bei einigen sogar das Recht, Fremdsprachigen die Aufnahme in ihre Städte verweigern zu können.

So erstarkte unter kraftvoller Regierung der Könige — trotz aller Erbfolgestreitigkeiten — im XI. und XII. Jahrhunderte der ungarische Nationalstaat. Von den Ansiedlern des Westens übernahm er deren höhere Kultur und vermittelte sie seinerseits wieder den hier vorgefundenen und den aus dem Osten gekommenen Völkerschaften mit tieferer Kultur. Den westlichen Einwanderern gegenüber wurde dagegen die nationale Widerstandskraft durch jene aus dem Osten kommenden Scharen verstärkt, die ihrer Rasse nach dem Ungartum näherstanden. Die Leitung lag überall in den



Händen der Ungarn, und indem sie sie im Interesse ihrer eigenen nationalen Ziele ausübten, bedeuteten weder die fremden Stadtbewohner noch die Slowaken im Norden oder die Walachen in Siebenbürgen eine Gefahr für den Nationalstaat.

Die Anfänge der ständischen Verfassung

Die Ergebnisse des XII. Jahrhunderts brachten die Ungarn, die in früheren Jahren innerhalb der Reichsgrenzen ein ziemlich abgeschlossenes Leben führten, in immer lebhafteren Verkehr mit ihren Nachbarn. Dieser Verkehr wurde durch die Verwicklungen in die westlichen, nördlichen und Balkanangelegenheiten gefördert, infolge deren die Dynastie auch mit fernen Herrscherhäusern Fühlung suchte, und Béla III. aus Frankreich, sein Sohn Emmerich aber aus Aragonien sich seine Gattin holte. Dieser Verkehr mit dem Ausland nahm eben zu der Zeit seinen Aufschwung, als sich in den westlichen Staaten im Gegensatze zu der früheren asketischen Auffassung weltliche Lebensweise und Luxus entwickelten. Der ungarische Staat, der in seiner patrimonialen Organisation bis dahin sich völlig auf der Grundlage der Naturalwirtschaft entfaltet hatte, begann plötzlich eine Geldwirtschaft zu betreiben.

Den Thron hatte damals Andreas II. (1205—1235) bestiegen, der auch seinem Bruder Emmerich (1096 bis 1204) und dessen Sohne Ladislaus III. (1204) gegenüber schon die Macht an sich zu reißen versucht hatte. Er war im Grunde genommen ein schwacher, willensloser Fürst, der in seinen Bestrebungen durch seine hoffärtige Gemahlin Gertrude von Andechs stark beeinflusst wurde. Die fremde Umgebung der Königin, besonders ihre Verwandtschaft, bewog den bis dahin in

patriarchaler Einfachheit lebenden Hof plötzlich zur Entfaltung einer großen Pracht. Jenes größtenteils von den königlichen Gütern stammende Einkommen, das noch zur Zeit von Andreas' Vater, Béla III., dem Hof reichlich genügt hatte, reichte nun bei der eingebürger-ten Pracht nicht mehr aus. Das Übel wurde noch dadurch vergrößert, daß während der zwischen Emmerich und Andreas entstandenen Zwistigkeiten die beiden Fürsten die einträglichen königlichen Güter in verschwenderischer Weise unter ihren Anhängern verteilten. Da aber mit diesen Gütern auch das Einkommen den neuen Eigentümern zufiel, verringerte sich der Ertrag der königlichen Wirtschaft eben zu der Zeit, als die neue Lebensweise größere Ansprüche hervorrief. Nach seiner Thronbesteigung war Andreas II. in der günstigen Lage, durch keinen Thronprätendenten bekämpft zu werden, und so hätte er gute Gelegenheit gehabt, die durch die Erbfolgestreite der letzten Jahrzehnte wirtschaftlich geschwächte königliche Gewalt wieder zu stärken, doch wurde er in dieser Politik durch seine Schwäche und seine Verschwendung gehindert. Gleichzeitig mit der Zunahme des höfischen Prunkes gewöhnten sich auch die Herren des Hofes sowie die dort verkehrenden Großgrundbesitzer ebenfalls ein luxuriöses Leben an. Die Schlichtheit von früher löste eine große Prunk- und Putzsucht ab. Jedermann bemühte sich, sein Einkommen zu vermehren, um bei Hofe um so prächtiger und mit einem um so glänzenderen Gefolge erscheinen zu können. Andreas II. beförderte auch noch diese Bestrebungen durch ein gedankenloses Verschenken von Gütern, als es schon offenkundig war, daß die Veräußerung des königlichen Bodens seine Macht schädigte.

Auf diese Weise rief der Wandel der Weltanschauung und der Lebensweise am Anfang des XIII. Jahrhunderts im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben eine arge Krise hervor.

Die Macht des Königtums stützte sich bis dahin auf die Komitate, die um die Burgen herum organisierten königlichen Güter. Die Verwalter dieser Güter, die Gespane, lieferten die Produkte, die Steuern der Dienstleute dem Hofe ab und standen mit der Schar der kriegspflichtigen Mannen der Gespanschaft dem Könige zur Verfügung. Mit der Abnahme der Güter gingen also auch das Einkommen sowie das königliche Heer und Ansehen ihrem Verfall entgegen. Die ungarischen Könige waren zur Herbeischaffung der Hofhaltungskosten genötigt, außerordentliche Steuern einzuführen, und Andreas II. gab einige Einkunftsquellen an unternehmungslustige Pächter, besonders an Ismaeliten und Juden ab, um von ihnen die fälligen Einkünfte im vorhinein beheben zu können. Diese Politik brachte das Königtum in Gefahr und führte die unteren Volksklassen einer gesellschaftlichen Krise entgegen.

Unter den nach der Landnahme angesiedelten freien Ungarn hatten sich bis zu dieser Zeit noch keine eigentlichen Standesunterschiede entwickelt, doch machten sich in wirtschaftlicher Hinsicht seit Beginn der Niederlassungen wesentliche Unterschiede bemerkbar. Seitdem König Stephan der Heilige unter seinen Anhängern nach westlichem Gebrauch Privatgüter verteilte, machten sich im Besitze immer größere Ungleichheiten fühlbar. Schon seit Stephans Zeit begegneten wir einer Klasse von Großgrundbesitzern (Senioren), unter denen es auch viele Ritter von fremder Herkunft gab.

Der Besitzer durfte mit dem erworbenen Gut freier walten, als es mit dem alten Grund und Boden, den er zur Zeit der Landnahme erhalten hatte, möglich war. Der Besitzer dieser letzteren war nämlich durch das Grundrecht der Sippe beschränkt. Mit der Lockerung der Bande, die die Glieder der Sippe aneinander knüpfte, trat an Stelle des Gemeinbesitzes der Privatbesitz. Das führte zu einem Kampf, in dem seit der Zeit des Königs Koloman das Recht der Sippe und das Recht des Königs auf den Boden (*jus regium*) einander gegenüber standen. Letzterem lag die Auffassung zugrunde, daß jedes Gut ein Eigentum des Königs sei und nach Absterben der Erben oder im Falle von Treubruch wieder dem Könige zufallen müsse. Dieses königliche Grundrecht konnte aber auch König Koloman nur im Bezüge auf jene Bodenstücke geltend machen, die keine ursprünglichen, während der Niederlassung frei erworbenen Güter — nach dem Wortgebrauch des Westens würde man sagen Allodialgüter — waren, die also, wie sich das Gesetz ausdrückt, nach der Zeit Stephans des Heiligen erworben wurden. Im übrigen konnten im Falle des Aussterbens eines Geschlechtes auch die ferneren Zweige der Sippe ihrem Rechte Geltung verschaffen. Dies war aber nur dort möglich, wo die Sippchaftsverbände fester erhalten blieben, wo eine lebhaftere politische Tätigkeit der Sippenglieder oder die Größe des Güterobjekts die Verwandtschaft zur Erhaltung der Sippchaftsverbände bewog. Die Lage der kleineren freien Gutsbesitzer gestaltete sich ganz anders.

Nach Einstellung der Streifzüge kamen diejenigen freien Ungarn in eine günstige Lage, die schon früher

sich dem friedlichen Ackerbau zugewendet hatten. Die Umgestaltung betraf besonders das dem Kriegsleben ergebene Volk, das nicht für die wirtschaftliche Grundlage seines Daseins gesorgt hatte und durch die Auflösung der Sippenverbände die wirtschaftlichen Grundlagen seines Daseins größtenteils verlor. Diese Leute waren bei der neuen Ordnung gezwungen, ihr Schwert je einem Großgrundbesitzer oder dem Könige anzubieten, die wieder ihre Dienste damit belohnten, daß sie ihnen ein Stück Boden zum Nießbrauche überließen. Ein Teil der freien Ungarn kam also infolge dieser Krise unter die Oberherrschaft anderer, des Königs, der Kirche oder weltlicher Großgrundbesitzer. Das Gesetz und das Bewußtsein ihres freien Ursprungs beschützte sie zwar in ihrer persönlichen Freiheit und gewährte ihnen das Recht, ihren Herrn wieder verlassen zu dürfen, ihre Freiheit wurde aber dennoch infolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit in bedeutender Weise beschränkt. Für diejenigen, die keinen Kriegsdienst leisteten, setzte König Koloman eine Steuer fest, sozusagen eine Kriegsenthebungsgebühr, von der alle, die Kriegsdienst leisteten, sowie die freien Grundbesitzer befreit waren. Diese Verfügung trennte die beiden Kategorien der freien Ungarn in zwei Gruppen. Man kann nicht sagen, daß sich schon damals der ungarische Adel entwickelt hätte, aber seine Grundlagen können aus dieser Verfügung abgeleitet werden. Das Wort „nobilis“ kommt zwar sporadisch schon in den ungarischen Gesetzen, als ein aus der Fremde übernommener Ausdruck vor, wird aber noch nicht als Terminus gebraucht und hat keinen genauen rechtlichen Inhalt. Die Entstehung des Adelsstandes erfolgte erst in der Krise

des XIII. Jahrhunderts, als die Freien, die in fremden Diensten standen, gezwungen waren, ihre Freiheit zu beschützen. Jene Freien, die sich auf den Gütern des Königs oder der kirchlichen oder weltlichen Großgrundbesitzer angesiedelt hatten, gerieten dort zwischen die dienstleistenden Völkerschaften und bebauten den Acker des Dorfes mit diesen vermischt in derselben Feldgemeinschaft. Während der großen Krise des XIII. Jahrhunderts wollte die königliche Wirtschaft durch neuere Mittel ihren Übeln abhelfen und vermehrte die Lasten der Untertanen. Dieses Beispiel wurde bald auch von den kirchlichen und weltlichen Privatgrundbesitzern nachgeahmt. Die Dienstleute strebten nun danach, auch die unter ihnen wohnenden Freien zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu bewegen. Zu dieser Zeit gab es eine Unzahl von Prozessen, die den Zweck verfolgten, die Dienstleistungen der in gegenseitiger Nachbarschaft wohnenden Volkselemente zu regeln. Die Freien mußten in dieser Zwangslage zusammenhalten, um ihre uralten Rechte auf irgendeine Weise schützen zu können. So begann die Bewegung, welche von den bediensteten Freien des Königs (*servientes regis*) ihren Ausgang nahm und die schließlich zur Ausgestaltung des Adels führte.

Diese Bewegung wurde durch die Unzufriedenheit verursacht, die der Übergang zur Geldwirtschaft hervorrief. Die Überhäufung der Hofgünstlinge mit Ämtern und umfangreichen Gütern, die Schroftheit der neuen Grundbesitzer jenen in königlichen Diensten bestandenen Leuten — besonders den Freien gegenüber — die unter ihre Macht gerieten und die grausame Ausbeutung von seiten der Steuerpächter brachten das

ganze Land in Gärung. Jedermann wünschte sich jene guten patriarchalischen Zeiten zurück, die man noch zur Regierungszeit Bélas III., des Vaters von Andreas, genossen hatte, und suchte den Grund des Übelstandes in der Königin Gertrude und ihrer Umgebung. Während König Andreas gegen Halicz zog, entstand eine Verschwörung gegen die Königin, die auf einer Jagd getötet wurde. Die Fremden ihrer Umgebung mußten flüchten. Der König war den Verschwörern gegenüber ohnmächtig und ließ ihnen nicht nur das Leben, sondern auch ihre hohen Würden.

Die Wirrnisse erreichten ihren Höhepunkt, als der König in Erfüllung seines Gelübdes nach dem Heiligen Lande gezogen war. Dieser Kreuzzug war in seinen politischen Folgen ganz unbedeutend, aber für die inneren Zustände des Landes war er ein wahrer Schlag. Um für sein Heer die Überfahrt ins Heilige Land zu Schiffe bewerkstelligen zu können, schloß er mit Venedig ein schmähhches Übereinkommen, worin er dafür, daß man ihm Schiffe zur Verfügung stellte, auf die Stadt Zara verzichtete. Diese Stadt hatte Venedig mit Hilfe der am vierten Kreuzzug teilnehmenden Kreuzfahrer auf hinterhältige Weise Ungarn entrissen (1202). Den Rückzug mußte Andreas wegen seiner Geldschwierigkeiten zu Lande antreten, und in seiner Ohnmacht schloß er in jenen Ländern, durch die er zog, Heiratsverträge zwischen seinen Verwandten und den Mitgliedern der betreffenden Herrscherhäuser. Das größte Übel bestand aber darin, daß während seiner Abwesenheit die königliche Macht eine völlige Einbuße erlitt. Andreas ließ zwar vor seiner Abreise seinen Sohn, den Knaben Béla, zum Könige krönen und betraute den

Erzbischof von Gran (Esztergom) mit der Regierung; in Wirklichkeit gab es aber keine Gewalt, die das Land, und keine Autorität, die die zügellosen Herren zum Gehorsam hätten zwingen können. Bei seiner Rückkehr fand Andreas das Land in völliger Auflösung vor und vermochte auch in den folgenden Jahren die Ordnung nicht mehr herzustellen.

Der Hauptgrund der großen Umwälzung ist in der den westlichen Feudalländern gleichen Entwicklung des Großgrundbesitzes zu suchen. Béla III. leisteten noch alle Großgrundbesitzer unbedingten Gehorsam, doch waren durch die verschwenderischen Güterverleihungen der letzten Jahre so große Güterkomplexe entstanden, daß deren Eigentümer schon genug Kraft in sich fühlten, sich der königlichen Gewalt zu widersetzen. Dies war um so mehr möglich, da mit den Güterverleihungen zugleich für den König auch diejenigen kriegspflichtigen Freien verloren gegangen waren, aus deren Reihen das königliche Heer sich ergänzte, über das der Herrscher auch jenseits der Landesgrenzen unbedingt verfügen konnte. Der in Entwicklung begriffenen Klasse des Feudalhochadels standen die Interessen der alten Freien im Widerstreit, die unter der Oberherrschaft des Königs oder der Gutsherrn standen. Da aber der König viel zu schwach war, um sich zu irgendeiner Initiative entschließen zu können, begann sich um seinen Sohn, den schon gekrönten Béla, eine Opposition zu bilden, die gegen König Andreas und die ihn beherrschende Gruppe des Hochadels sich richtete und das Königtum in seinem alten Glanze wiederherstellen wollte. Zwischen dem Könige und seinem Sohne entstand wegen der Eheschließung des letzteren ein Gegen-

satz, den die Opposition zur Verwirklichung ihrer eigenen Ziele benützte. Im Jahre 1222 wurde der König zur Herausgabe eines Dekrets gezwungen, das unter dem Namen der „Goldenen Bulle“ bekannt ist und das einerseits die Herstellung der alten Ordnung, andererseits besonders den Schutz der im königlichen Dienste gestandenen Freien (Servientes) anstrebte.

An der traurigen Lage konnte aber selbst die Goldene Bulle nichts ändern. Jene Bestimmungen, welche zur Einstellung der Mißbräuche der letzten Zeit gemacht worden waren, blieben nur auf dem Papier. Die Umgebung des Königs sowie der Geist der Regierung blieb beim alten. Den verschwenderischen Verleihungen setzte nicht einmal jenes Schreiben des Papstes ein Ziel, worin er den König zur Zurücknahme seiner sinnlos vergeudeten Güter anrief. Im Jahre 1231 wurde auf Initiative kirchlicher Kreise die Goldene Bulle erneuert, indem man daran einige Veränderungen vornahm und auch die Privilegien der Kirche umschrieb. Während die Goldene Bulle von 1222 dem Adel das Recht gewährte, den König selbst mit Waffen zur Vollstreckung des Gesetzes zu zwingen, wurde dieser Sanktion im Jahre 1231 hinzugefügt, daß die Prälaten des Landes den König, sollte er das Dekret nicht vollstrecken, mit einem Interdikt bestrafen könnten. Die Kirche machte auch von diesem Rechte Gebrauch; zur Ausgleichung und zur Sanierung des Unwesens wurde ein Legat aus Rom abgeschickt, doch auch das änderte die Lage nicht wesentlich.

Die königliche Gewalt der patrimonialen Epoche beruhte auf jener Güterordnung, die das unbedingte Verfügungsrecht über den Boden dem Könige verlieh, und

einen bedeutenden Teil davon mittels der königlichen Komitatsorganisation unter seiner eigenen Oberherrschaft hielt. Als es zur Zersetzung der alten Grundbesitzverteilung kam, war die ganze Verfassung des Landes, die sozialen Verhältnisse, sowie die königliche Gewalt einer wesentlichen Verschiebung ausgesetzt. Obwohl schon das durch Stephan den Heiligen ins Leben gerufene Privatgütersystem seinem Wesen nach als feudal bezeichnet werden kann, war von einer zersetzenden Wirkung des Feudalwesens bis zur Zeit des XIII. Jahrhunderts in Ungarn nichts zu bemerken. Erst die Regierung Andreas II. lenkte die Entwicklung auf den Weg des eigentlichen Feudalismus, indem sie alle Gebrechen und Mißbräuche des Systems entwickelte. Andreas fehlte die Kraft dazu, um diesen Entwicklungsprozeß zur rechten Zeit aufhalten oder mindestens den Auswüchsen den Weg versperren zu können. Um so fester waren die minderbegüterten Freien, die von der geschwächten königlichen Gewalt den übermächtigen Herren gegenüber keinen Schutz mehr erwarten konnten, entschlossen, ihre Freiheit selbst zu verteidigen.

Von Anfang an stand Béla, der jüngere König, an der Spitze dieser Bewegung, den unter anderem auch der Umstand verbitterte, daß die Mörder seiner Mutter im Lande frei herumgingen, ja sogar die höchsten Würden inne hatten. Als nach dem Tode seines Vaters Béla IV. (1235—1270) den Thron bestieg, suchte er die schon früher gesteckten Prinzipien fest entschlossen zu verwirklichen. Die Exponenten des alten Regimes mußten weichen und gegen Gertruds Mörder wurde das Verfahren eingeleitet. Die Aristokraten, die

ihre Macht mißbraucht hatten, stellte man vors königliche Gericht und mehrere von ihnen wurden eingekerkert. Béla IV. gab sich damit nicht zufrieden. Der feudalen Entwicklung sich scharf gegenübersetzend, schuf er zur Wiedergewinnung der königlichen Komitatsgüter in den einzelnen Komitaten besondere Kommissionen. Sein Regierungssystem war ein arger Schlag für die neue Aristokratie, die sich beeilte, ihren Mißmut den Verfügungen gegenüber laut Ausdruck zu geben. Es war ein alter, noch aus den patriarchalen Zeiten stammender Brauch im Lande, daß der König, bevor er Verfügungen erließ, die Vornehmen um Rat fragte, und daß diese Adeligen im königlichen Beratungssaal ihre Sitze hatten. Bélas erste Tat war, daß er zur Wiederherstellung der königlichen Autorität diese Sitze aus seinem Hofe entfernen ließ. Wie zu Zeiten seines Vaters, stützte er sich auch jetzt auf die weiten Schichten der Gemeinfreien, obwohl diese ihm keine so große bewaffnete Macht zur Verfügung stellen konnten wie die Großgrundbesitzer.

In der Durchführung seiner für das Land so bedeutsamen Pläne wurde aber Béla durch eine unvorhergesehene Gefahr, durch den Einfall der Mongolen, verhindert. Vom ersten Moment seiner Regierung verfolgte er eine zielbewußte Außenpolitik. Die Zwecke, die er sich setzte, waren mit weniger Klarheit auch schon unter seinen Vorfahren zur Geltung gekommen. Er ließ Ungarn von der Südseite her mit einem Ringe von Vasallenfürstentümern befestigen. Es gelang auch, Bosnien, Serbien und Bulgarien, sowie das im heutigen Rumänien bestandene Kumanien durch Aufzwingen der ungarischen Oberherrschaft in ein ge-

wisses Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Dieses Verhältnis suchte Béla IV. besonders gegen Osten hin im Lande der Kumanen in noch höherem Grade durch die Verbreitung des Christentums zu verstärken. In diesem Bestreben unterstützten ihn besonders die Dominikaner, und da gegen Süden zu der Wall der Vasallenländer sich schon früher ausgebildet hatte, richtete sich Béla's Augenmerk hauptsächlich darauf, die von Osten drohende Gefahr abzuwenden. Im Bewußtsein der Ungarn lebte noch die Erinnerung, daß zur Zeit der Landnahme ein Teil von ihnen nach Osten zurückgewandert war. Mit diesen wollte Béla eine neue Verbindung herstellen, doch die Mönche, welche diese Aufgabe unternahmen, brachten vom Lande der zurückgewanderten Stammbrüder die Schreckensnachricht, daß ein Mongolensturm zu erwarten sei. Um diese Gefahr zu verhindern, suchte Béla noch eifriger die königliche Gewalt zu festigen, doch er wurde von den unzufriedenen Magnaten bald beschuldigt, daß er die ganze Geschichte nur ersonnen habe, um sie ihrer Rechte berauben zu können. Es stellte sich bald heraus, daß Béla nicht auf ihre aufrichtige Hilfe rechnen konnte.

Inzwischen aber rückte die Gefahr immer näher. Die Mongolen eroberten die heutige russische Steppe, und nachdem sie die Wolga überschritten hatten, stand die Gefahr für Ungarn unmittelbar bevor. Auch das Heer und das Reich der Kumanen war unter den Schlägen der Mongolen zusammengebrochen. Ein Teil von ihnen bat unter Führung ihres Königs Khuten um Wohnsitze in Ungarn. Béla, der der Hilfe des Hochadels nicht vertrauen konnte, nahm das Angebot des Kumanenkönigs, durch das er zu einer bedeutenden

militärischen Unterstützung gelangen konnte, mit Freuden auf. Er siedelte die Kumanen in dem zwischen der Donau und der Theiß gelegenen, noch spärlich bevölkerten sandigen und natronhaltigen Gebiete an. Diese Ansiedelung schuf aber nur neue Gegensätze, denn das Nomadenvolk verletzte immer wieder das Privateigentumsrecht der schon von länger her sesshaften Ungarn. Ihr Vieh richtete großen Schaden in den Saaten an, sie selbst aber schädigten den anderen Besitz. Eine Unmasse von Anklagen wurde gegen ihr zügelloses Betragen erhoben, doch der König, um sich ihre Freundschaft zu erhalten, stellte sich auf ihre Seite. Daraus entstanden neuerdings Mißverständnisse, die Béla's Feinde nur zu gut dazu auszunützen wußten, um die Unzufriedenheit ihm gegenüber noch zu steigern. Während ein Teil von ihnen die ganze Mongolengefahr leugnete, behauptete der andere, daß die Kumanen die Verbündeten der Mongolen seien und diesem Eroberervolke nur den Weg bahnten. Unter solchen Umständen brach der Mongolensturm, der schrecklichste Überfall, den das Reich in seinen Kämpfen gegen den Osten auszuhalten hatte, auf Ungarn herein.

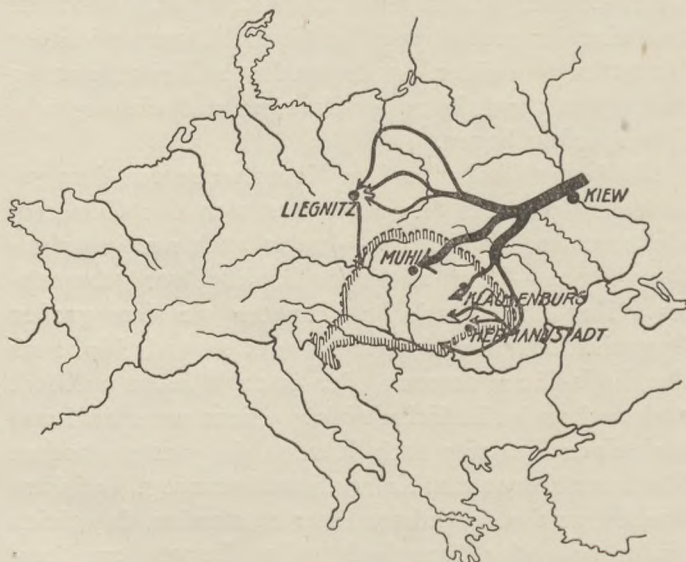
Die Heeresorganisation der Mongolen stand hoch über der des feudalen Europa. Die ritterliche Kampfarm bedeutete persönlichen Kampf des schwergerüsteten, gepanzerten Ritters; von einer Kooperation, von einer Disziplin konnte noch kaum die Rede sein. Der Führer gab beim Sturm seiner Truppe die Führung aus der Hand. Ungarn hatte zwar diese westliche Kriegsordnung nicht vollständig übernommen, doch seine Vornehmen kämpften seit der Zeit Ladislaus des Heiligen — der schon mit der Lanze focht und mit Salomon

einen wahren Zweikampf bestand, — nach ritterlicher Art. Die leichte Reiterei wurde nur selten einberufen, und schon im Jahre 1099 erlitt König Koloman von den den Russen zu Hilfe eilenden Kumanen eine Niederlage bei Przemysl, wo die Sieger den Ungarn mit Hilfe der altungarischen Kampfmethode eine Schlappe bereiteten. Bei dieser ritterlichen Kriegskunst konnte man aber der großzügigen Taktik und Organisation der Mongolen gegenüber, die der modernen Kriegsführung viel näher stand, keine Hoffnungen auf einen glücklichen Erfolg hegen.

Die Mongolen hatten ihre Kampfweise von dem gebildeten Volke des fernen Ostens, von den Chinesen, übernommen, die damals — wenn auch nur in primitiver Weise — auch schon das Schießpulver gebrauchten. Ihre Organisation verdankten sie dem großen Organisationstalent des Großchans Temudschin, auch Dschingis-Chan benannt, der nach Westen ziehend, nach und nach sämtliche Völker Asiens unterwarf und für seinen Feldzug nach Europa die westasiatischen Nomadenstämme zum Kriegsdienst heranzog. Auf diese Weise war das furchtbare Heer entstanden, das gleich einem reißenden Sturzbach selbst Europa zu überschwemmen drohte. Bei den großen Heeresmassen, die die Mongolen in Bewegung setzten, mußten sich gewisse taktische Regeln und eine solche Schlachtordnung entwickeln, bei der die Haupttruppe, die Flügel und die Reserven in verschiedene große Einheiten gegliedert waren, die alle ihre besondere Führung hatten, während beim Vormarsch und in der Schlacht alles unter einer einheitlichen obersten Leitung stand. Ein Beweis für die technische Höhe ihrer Kriegskunst ist,

daß ihrem obersten Führer ein zweiter Führer zur Seite stand, dessen Wirkungskreis sich mit dem eines modernen Generalstabschefs vergleichen ließe. Dieser hatte auch das Recht, den Oberkommandanten, wenn

Aufmarsch der Mongolen



dieser sich feige zeigen sollte, oder den Kampf vorzeitig aufgeben wollte, einfach seiner Stelle zu entsetzen und statt seiner die Führung zu übernehmen. Dazu kam noch der ausgezeichnete Kundschafter-, Aufklärungs- und Vorpostendienst, von dem die damalige westeuropäische Kriegskunst noch kaum einen Begriff hatte.

Nach dem Zusammenbruch des großen Kumanenreiches kam es zur Eroberung Polens und Ungarns.

Was für eine Macht damals Ungarn bedeutete, das bezeugt am besten der Aufmarsch der Mongolen, die gegen Polen nur ihren rechten Heeresflügel schickten und die Hauptmacht gegen Ungarn konzentrierten. Östlich von Kiew teilte sich ihr Heer in drei Teile: die mittlere Gruppe führte der Chan Batu in der Richtung des Vereczke-Passes gegen die ungarische Tiefebene, wobei er die obere Theißgegend als Vormarschlinie wählte. Der linke Flügel zog unter Kadans Führung gegen Siebenbürgen und das heutige Rumänien — das damals noch den Kumanen gehörte. Dieser Teil gliederte sich ebenfalls in drei Teile, die in der Richtung von Bistritz, beziehungsweise Kronstadt und Orsova auf ungarisches Gebiet vorrückten. Der nördliche rechte Flügel ging ebenfalls in dreifacher Gliederung über Polen vor und schlug am 9. April 1241 bei Liegnitz (westlich von Breslau) die Kriegsmacht der Polen und der zu ihrer Hilfe herbeigeeilten deutschen und böhmischen Ritter. Auch dieses Heer zog nach dem Siege bei Liegnitz von Norden her gegen Ungarn, wo die Entscheidung zwei Tage nach der Schlacht bei Liegnitz in der Nähe von Muhi am Flusse Sajó erfolgte.

Ungarn befand sich militärisch in einer etwas günstigeren Lage als Polen, denn wie sehr sich auch die ritterliche Kampfweise verbreitet hatte, konnte es noch immer eine sehr ansehnliche Zahl leichter Reiter aufbieten. Diese Kavallerie, deren Hauptwaffe der Bogen war, wurde zwar damals in Europa nicht geschätzt, da man anstatt des Bogens die viel schwerfälligere Armbrust bevorzugte, deren Pfeile zwar selbst den Panzer zu durchbohren vermochten, mit der man aber nicht so rasch schießen konnte. Da die Mongolen auch

eine große Anzahl von Schützen hatten, hatte die Kampfweise der Ungarn mit der der Mongolen eine gewisse Ähnlichkeit, so daß diese ihnen im Kampfe nicht so überlegen waren, wie anderen Völkern. Ja, da es Béla gelungen war, auch die Kumanen zur Waffenhilfe zu gewinnen und so die Zahl seiner Bogenschützen noch bedeutend zu vermehren, konnte er um so mehr einen guten Erfolg erhoffen.

Die Verrammelung des Vereczkepasses aber bewährte sich nicht. Die Mongolen ließen durch die erst vor kurzem besiegten Reste der Kumanen, die sie gezwungen hatten, mit ihnen im Verbande zu kämpfen, den Weg frei machen und schlugen die dort befindliche kleinere Truppenmacht, die unter Führung des Palatins stand. Die Eilboten des Palatins, dann er selbst, brachten auf ihren Rossen nach wilder Flucht die Schreckenskunde, daß die Mongolen die Landesgrenze überschritten hätten. Einige Tage später zeigten schon die in der Nähe der Hauptstadt in Brand gesteckten Dörfer die Vortruppen des Feindes an, der nach Überschreiten der Grenzen auf keinen Widerstand mehr gestoßen war. Die unter die Waffen gerufenen Ungarn waren in der Umgebung von Pest erst in Versammlung begriffen. Der Gegensatz der Magnaten zum Könige, ihr Haß gegen die Kumanen, die falschen Nachrichten: die Mongolengefahr sei bloß eine Fiktion, sie alle trugen dazu bei, daß diese Versammlung nur langsam vor sich ging. König Béla versuchte zwar, auch die Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen, und bat Kaiser Friedrich II. und den Papst um Unterstützung. Infolge des erbitterten Kampfes beider, waren sie aber verhindert, Ungarn auch nur

die geringste Hilfe zu leisten. Nur der benachbarte Herzog von Österreich, Friedrich der Babenberger, brachte eine kleine Ritterschar, mit der er in nächster Nähe der Stadt Pest eine dort herumstreifende Abteilung angriff. Der ganze Erfolg bestand darin, daß er diese Schar zurückschlug und zwei Gefangene machte. Er betrachtete nun seine Aufgabe als gelöst und kehrte wieder in seine Heimat zurück. Durch sein Erscheinen verursachte er mehr Schaden als Nutzen, da die Gefangenen eben Kumanen waren, die die Mongolen gezwungen hatten, an ihrer Seite zu kämpfen. Dadurch wurde der Haß gegen die Kumanen aufs Äußerste gesteigert und die Leute glaubten, daß auch König Khuten samt seinem Volke im Dienste der Mongolen stehe. Die aufgebrachte Menge überfiel das Zelt des Kumanenkönigs und metzelte ihn samt seiner Familie nieder, worauf sein Volk die Tiefebene verheerend, abzog, und das Reich verließ. Ungarn war also vor Beginn des eigentlichen Kampfes mit den Mongolen — man nannte sie in Ungarn Tataren, weil im Heere die Tataren im Übergewicht waren — allein auf sich angewiesen.

Als der ungarische König sich mit seinem Heere von der Donau her in Bewegung setzte, zog der Chan Batu seine vorgeschobenen Scharen bis zum Flusse Sajó zurück und stellte sein Heer zwischen den Flüssen Sajó, Hernád und der Theiß auf. Die vordringenden Ungarn stießen erst dort auf ernsteren Widerstand, worauf König Béla sein Heer bei Muhi in eine Wagenburg führte, die mit dem Rücken sich auf den Héjjö-Bach stützte. Die beiden Heere wurden durch den Sajó voneinander getrennt. Daß beide Teile sich zu einem

Angriff vorbereiteten, bezeugt der Umstand, daß sie die Brücke über den Sajó nicht zerstörten, sondern sie in ihren Besitz zu bringen suchten. Zwischen den beiden Heeren dürfte kein wesentlicher Zahlenunterschied gewesen sein. Nach den Berichten kann man ihre Größe auf je 65 000 Mann veranschlagen. Das war eine Kriegsmacht, wie sie damals in keinem anderen Lande Europas in Kämpfen in Verwendung trat. Die ersten Kämpfe fanden um die Brücke herum statt, wo die Mongolen, die Rast der vordringenden Ungarn benützend, schon am 10. August abends den Übergang versuchten, doch sich blutige Köpfe holten. Nach diesem beruhigenden Erfolge zog sich das ungarische Heer über Nacht in seine Wagenburg zurück und ließ nur am Brückenkopfe drei kleinere Abteilungen als Bedeckung zurück, die Abteilung des Herzogs Koloman, des Erzbischofs von Kalocsa und der Templarier. Die Tataren erneuerten morgens ihren Angriff und überschütteten die die Brücke verteidigenden Ungarn nicht nur vom jenseitigen Ufer mit ihren Geschossen, sondern umgingen sie auch mit einem Teil ihres Heeres unter der Führung Scheibans, indem sie etwas weiter nördlich den Sajó überschritten. Dadurch gestaltete sich die Lage kritisch. Der Überfall kam für die Wagenburg so rasch, daß sich das ungarische Heer nicht entwickeln konnte. Ein großer Teil vermochte überhaupt nicht die Wagenburg zu verlassen. Der Kampf war heftig, insbesondere um die Brücke wurde heiß gerungen. Es gab einen Augenblick, wo der Chan Batu den Kampf für verloren hielt und nur Subotajs energisches Auftreten verhinderte ihn am Rückzug. Es war eigentlich Subotaj, der den Sieg ausgefochten

hatte; indem er, während die Ungarn nördlich von der Wagenburg ihre Kräfte gruppieren, bei der östlichen Windung des Sajó den Fluß überschritt und das Lager auch von der Südseite angriff, so daß die Ungarn von zwei Seiten gefaßt wurden. Nur in der Richtung der Pester Landstraße gab es noch einen Ausweg zur Flucht. Nach dieser Richtung schlug sich Herzog Koloman, dann später auch König Béla durch. Die sie verfolgenden Mongolen richteten ein fürchterliches Massaker an. Einige Abteilungen aus der Theißgegend waren im Anrücken begriffen, sahen sich aber unerwartet den Tataren gegenüber, von deren Übermacht sie ebenfalls überrannt wurden.

Nach der Schlacht bei Muhi hatte Ungarn kein nennenswertes Heer mehr, das es den Eroberern hätte entgegenstellen können. Einstweilen wurden noch die Gebiete westwärts der Donau durch die mächtigen Wogen des Flusses geschützt. Was sich aber östlich von der Donau befand, wurde von den Tataren in schrecklicher Weise verwüstet. Wer am Leben blieb, floh in die Wälder oder verbarg sich im Schilf. Bei Muhi geriet aber auch der königliche Siegel in die Hände der Tataren, die jetzt mit dessen Hilfe die Leute aus ihrem Verstecke hervorlockten und zur Bebauung des Bodens zwangen. Anfangs schien es, als ob der Bauer auch unter der Mongolenherrschaft sein Auskommen finden würde. Als aber die Ernte zu Ende war, wüteten die Eroberer auch unter den Landleuten und es kam wieder zu einer allgemeinen Flucht.

König Béla IV. floh durch Oberungarn. Bei der March an der Landesgrenze wurde er vom Babenberger Herzog Friedrich erwartet, der ihn an seinen

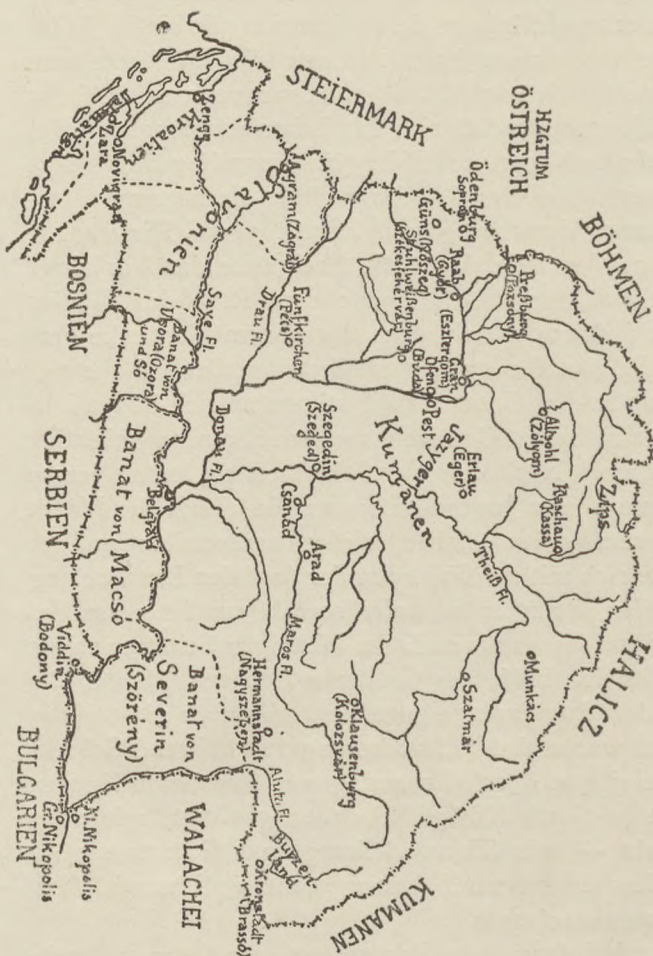
Hof einlud. Béla baute auf Hilfe, fand aber statt dessen einen sonderbaren Empfang. Der Herzog nahm ihm seine Krone und seine Schätze und verpflichtete ihn zur Zahlung jener 2000 Mark betragenden Summe, die er vor einigen Jahren auf Grund des mit Andreas II. geschlossenen Friedensvertrages diesem für den in den Grenzstreitigkeiten verursachten Schaden zu zahlen hatte. Da aber Béla kein Geld bei sich trug, ließ Friedrich sich bis zur Tilgung dieser Schuld drei Grenzkomitate: nämlich Wieselburg (Mosony), Ödenburg (Sopron) und Locsmánd (in der Südecke des heutigen Ödenburger Komitates) verpfänden. Nach dieser unfreundlichen Aufnahme kehrte Béla in die von den Feinden noch unbesetzten Gebiete seines Reiches zurück, wo er mit Hilfe des Palatins Paul den Widerstand organisierte. Der ungewöhnlich strenge Winter war aber für die Mongolen günstig. Vergebens ließ Palatinus Paul dem Ufer entlang die Eisdecke der Donau brechen, der große Strom fror dennoch ein und die Tataren konnten ihn überschreiten. Sie verwüsteten nacheinander die Städte, unter anderem auch die blühende Stadt Gran (Esztergom). Béla IV. war gezwungen, nach Dalmatien zu flüchten, wo er sich in die Feste Trau zurückzog. Die Tataren verfolgten ihn auch dorthin.

Aus dieser schrecklichen Gefahr wurde Ungarn durch einen Zufall, durch den Tod des Großchans Ogatai gerettet. Es war in Batus Interesse, der sein Nachfolger werden wollte, gelegen, mit seinem Heer so rasch als möglich in die Heimat zurückzukehren. Das Vorgehen der Mongolen war übrigens nicht dazu geeignet, ihre Herrschaft in der Donau-Theißebene zu

befestigen. Ohne Bodenbau konnten sie ihre Heere dort nicht erhalten, infolge der Metzeleien, die sie im Jahre zuvor angerichtet hatten, waren die Landleute von ihren Feldern weggeflüchtet. Sogar nach dem Abzug der Mongolen stellte sich das Leben nur langsam wieder ein und dem vom König in Angriff genommenen Wiederaufbau des Landes stellten Zerrüttung, Verwüstung, Verarmung und Furcht große Hindernisse in den Weg. Das durch die Ereignisse des Vorjahres eingeschüchterte Volk traute dem Rufe des Königs nicht und wagte sich nicht aus seinem Verstecke heraus. Béla mußte sozusagen alles vom Grunde aus neu anfangen. Bei dieser Arbeit stützte er sich hauptsächlich auf seine Getreuen und auf einige mächtige Familien. Nach den Geschehnissen mußte er jenem Traume seiner Jugend entsagen, die königliche Macht in ihrem vollen Glanze wieder herzustellen und er mußte sich mit den Faktoren der feudalen Entwicklung abfinden, denn er bedurfte sowohl im Interesse des Wiederaufbaues als auch des künftigen Schutzes seines Landes der Hilfe der Großgrundbesitzer. Man mußte sich der Tatarenplage gegenüber, die noch nicht völlig vorbei war und der Bevölkerung fortwährend Schrecken einjagte, durch Erbauung von steinernen Burgen schützen. Und König Béla war genötigt, mit allen Mitteln — mit Güterverleihung und Gütertausch — die Gutsbesitzer zur Erbauung von möglichst viel Burgen zu veranlassen.

Das Wiederaufbauwerk gelang zuerst nur am rechten Ufer der Donau und in Oberungarn. Die Theißgegend und Siebenbürgen, die am meisten zu leiden hatten, konnten nur mit schwerer Mühe neu bevölkert

POLLEN



werden. Um eine möglichst große Anzahl von Kolonisten in diese verödeten Gebiete zu ziehen, erneute er die Würde eines jüngeren Königs, was schon zur Zeit seines Vaters soviel Anlaß zu äußeren und inneren Kämpfen gegeben hatte. Durch den Glanz des in den Ostgebieten eingerichteten Hofhaltes des jüngeren Königs wurde die Einwanderung von Kolonisten gefördert. Zur Besiedlung der Gebiete zwischen der Donau und der Theiß rief Béla IV. auch die Kumanen, die vor der Schlacht am Sajó abgezogen waren, wieder zurück und verlieh ihnen im Gebiete des heutigen Großkumanien große Privilegien und autonome Rechte. Er organisierte gegen Süden den Grenzschutz südlich von der Donau und Save, schuf neue Banate, nämlich die von Ozora (Usora), Só und Macsó (die heutige Matschwa), während er den Schutz einer wichtigen Strecke der östlichen Südgrenze des zum großen Teile jenseits der Karpathen gelegenen Banates von Severin (Szörény) dem Johanniter-Orden anvertraute, der ihm in seiner Aufbauarbeit auch sonst mit großem Eifer unterstützte.

Ungarn gelangte hiermit in eine ganz neue Epoche seiner Entwicklung. Aus dem durch die schreckliche Verwüstung verursachten Chaos konnte man die Ordnung im Lande nur auf einer völlig neuen Grundlage wiederherstellen, die von der früheren verschieden war. Es war für Béla IV. tragisch, daß er sich eben auf diejenigen stützen mußte, deren Macht er früher vernichten wollte. Den Kumanen zu liebe verheiratete er seinen Sohn Stephan IV. mit der Kumanenprinzessin Elisabeth. Die Hoffart dieser zügellosen Frau führte zu solchen Gegensätzen und Mißverständnissen zwi-

schen Vater und Sohn, daß schon nach einigen Jahren der offene Kampf zwischen beiden ausbrach. Die Gegensätze wurden von den Magnaten noch geschürt, da sie von diesen Kämpfen die Erstarkung ihrer eigenen Macht erwarteten. Das Reich blühte zwar empor, doch als Béla schon alt war, trugen die Ambitionen seines Sohnes und der Magnaten viel zur Untergrabung der königlichen Macht bei. Seine Befehle konnte er öfters nicht durchführen, ja einige zügellose Herren widersetzten sich ihm offen in ihren Burgen.

Und in dieser traurigen Lage, wo Angriffe aus dem Osten das Land ganz zugrunde richteten, sah Béla voll Erbitterung, daß seine westlichen Nachbarn, die er früher nicht zu befürchten hatte, seine Verlegenheit zu ihrem Vorteile ausnützten. Infolge der schmachvollen Handlung Friedrichs IV. kam es zuerst zu Reibungen mit Österreich. Béla nahm mit bewaffneter Hand die drei Komitate zurück, deren Verpfändung ihm der Herzog abgezwungen hatte. In diesen Kämpfen fiel Friedrich selbst (1246) und mit ihm starb das Haus der Babenberger aus. Infolgedessen entstanden aber neue Kämpfe um das erledigte österreichische Herzogtum. Auch Béla erhob seinen Anspruch auf das Erbe der Babenberger, auf Österreich und Steiermark. Es erstand ihm aber ein mächtiger Gegner in Ottokar II., dem Könige von Böhmen, dem der riesenhafte Plan vorschwebte, durch Erwerbung dieses Zwischengebietes die Tschechen, Mährer und Südslaven unter seinem Szepter zu vereinigen. König Béla IV. war aber viel zu sehr mit seinem eigenen Lande beschäftigt, um durch zwecklose Kämpfe seine Kraft zu zersplittern. Er strebte daher eine friedliche Auseinandersetzung

mit dem Böhmenkönig an. Aber diese Vereinbarungen waren nur von kurzem Bestand und wurden von Otto-
kar dazu benützt, um zum weiteren Ausbau seiner
Pläne Zeit und Kraft zu gewinnen.

Nach dem Tode Bélas IV. ergriff sein Sohn Stephan V. (1270—1272) ebenfalls energisch die Zügel der Regierung, um seine Autorität überall zu festigen. Doch seine nur zwei Jahre währende Regierungszeit war zu kurz, um den Fehler gut zu machen, den er durch die Kämpfe gegen seinen Vater begangen hatte. Mächtige Herren, die sich seiner Politik widersetzten, verstanden es, den Thronfolger, seinen Sohn, ihm zu entreißen, um ihn gegen den König auszuspielen. Die dadurch verursachten Aufregungen hatten Stephans V. Tod zur Folge. Ihm folgte ein Kinderkönig Ladislaus IV. (1272—1290), an dessen Stelle seine Mutter Elisabeth, die zügellose Kumanin, regierte. Die entgegengesetzten persönlichen Interessen führten zu immer schärferem Gegensatze und es bildeten sich kleine politische Gruppen, die einen unerbittlichen Kampf gegeneinander führten. Auch in den Adern des jungen Königs floß wildes Kumanenblut, er liebte den Umgang mit Kumanen viel mehr als den mit Ungarn, weshalb er der Kumaner benannt wurde. Wegen seiner Zügellosigkeit kam es zu einem scharfen Konflikte mit der Kirche, die zu wiederholten Malen ihm gegenüber die schreckliche Waffe des Interdikts gebrauchte und wieder mußten päpstliche Legaten ins Land kommen, um die Gegensätze auszugleichen.

Bei dieser Gelegenheit fanden jedoch die Legaten eine viel ernstere Lage vor, als zur Zeit Andreas II. Sie mußten das Christentum, die Kirche, die westliche

Kultur gegen den Einfluß der Kumanen, die Sitten der Nomaden und die von dieser Seite ausgehende Verwilderung beschützen. Die Verwirrung wurde durch die von Westen ausgehende Verweltlichung und das Fortschreiten des Feudalwesens nur noch vergrößert. Die Macht geriet in die Hände einzelner Sippen, von denen die der Gutkeled, dann Csák, Héder und Aba am mächtigsten waren. Die Parteien wechselten einander rasch in der Regierung ab und ihr Regime bedeutete zumeist die Herrschaft einiger Familien und deren Anhänger, die zur Kräftigung ihrer Macht zu den gewaltsamsten Mitteln griffen. Nicht nur die kleinen Adeligen, auch die schwächeren Großgrundbesitzer zwangen sie, ihre Herrschaft anzuerkennen, die Widerspenstigen verjagten sie von ihren Gütern und schrakten in ihren Kämpfen selbst vor Vernichtung von kulturellen Gütern nicht zurück. In einzelnen Teilen des Landes erwarben einzelne Familien mit Gewalt in der Tat eine schrankenlose Macht. Die endgültige Ausgestaltung des Adels war mit den im Jahre 1267 erlassenen Gesetze zwar beendet, doch indem dadurch alle jene für adelig erklärt wurden, die ihre Freiheit bewahren konnten, wurde dies von den mächtigen Herren nicht respektiert und die Landesbarone — so hieß man die Magnaten — unterdrückten den Kleinadel. Kumanen, Ausschweifungen, Parteikämpfe der Magnaten und die Launen des Königs und seiner Mutter gestalteten die Lage noch trüber. Die Unsittlichkeit des Hofes ging so weit, daß die Schwester Ladislaus des Kumaniers, als Oberin des bei Ofen auf der Margarethen-Insel befindlichen Nonnenklosters durch ihren lasterhaften Lebenswandel im ganzen Lande Anstoß

erregte. Elend, völlige Auflösung der allgemeinen Ordnung, tiefer Verfall der Kultur waren die Folgen.

Die Einrichtung der alten königlichen Komitate hat im Verlaufe dieser Entwicklung eine völlige Umgestaltung erfahren. Die Könige vermochten die Kosten ihrer Hofhaltung nicht mehr aus dem Ertrag ihrer Domänen zu decken, und deshalb wurden dem Volke außerordentliche Steuern auferlegt. Diese lasteten besonders auf den Schultern des Kleinadels, der sich aber seit Andreas II. in den ununterbrochenen sozialen Kämpfen schon sehr fest organisiert hatte und bei der großen Umwälzung genug Kraft in sich dazu fühlte, um die Leitung seiner Geschicke selbst in die Hände zu nehmen. Aus den Bestrebungen nach Autonomie — die bei den alten Sippen nie erloschen waren und die später der Kleinadel in seinen Kämpfen gegen die Übermacht des Hochadels verfolgte — entwickelte sich unwillkürlich der Gedanke, die aufgelöste Komitatsverwaltung an sich zu reißen. Sie wählten in jedem Komitate vier Stuhlrichter (*iudex nobilium*). Vor deren Richterstuhl stellten sie die Magnaten, die ihre Macht mißbrauchten. Auf diese Weise entwickelte sich die Einrichtung des adeligen Komitats, in dem von nun an der Komitatsadel die Ausübung jener Gewalt übernahm, die früher in den Händen der königlichen Beamten, des Gespans und dessen Subalternen konzentriert war.

Nur im Grenzgebiete des Landes, in Oberungarn, Siebenbürgen und Slavonien ging die Entwicklung der Komitatsautonomie von den inneren Komitaten abweichend vor sich. In diesen Territorien fehlten der Entwicklung jene Momente, die die Ausgestaltung der

Autonomie hervorriefen. In diesen Gebieten wurde also unter anderen Verhältnissen jene Einrichtung nachgeahmt, die zuerst im einstigen Pannonien ins Leben gerufen worden war. Die bewaldeten Gebiete Oberungarns wurden z. B. durch die königliche Verwaltung erst im XIII. Jahrhunderte in Komitate eingeteilt. Nebst der im königlichen Dienste stehenden slavischen Bevölkerung bekamen dort zum Kriegsdienst angesiedelte Ungarn kleinere Güter, und der Adel ging um die Mitte und in der zweiten Hälfte des XIII. Jahrhunderts aus diesen und den ebenfalls mit Gütern belehnten slavischen Gutsbesitzern hervor, die zugleich in paralleler Entwicklung auch die Komitatsautonomie in ihre Heimat verpflanzten.

Die Hofwürdenträger übten schon seit Andreas II. staatliche Funktionen aus, doch hing ihre Ernennung von der freien Wahl des Königs ab. Als nun bei der Bewerbung um diese Stellen zwischen einigen Familien wilde Kämpfe ausbrachen, reifte immer mehr der Wunsch, daß auch der Adel bei der Besetzung dieser Würden mitreden soll.

Nebst dem Parteikampf und den Verfassungskämpfen wurde die Herrschaft des Königs Ladislaus IV. auch noch durch schwere äußere Verwicklungen kompliziert. Sein Vater hatte einst an seine Person anknüpfend eine großzügige Außenpolitik inauguriert. Indem sie sich die Lehren des Mongolentumes zunutze machten, begannen die Könige Verbindungen mit dem Auslande anzuknüpfen. Es tauchte der Gedanke eines Bündnisses mit dem Hause Anjou auf, das infolge der Verbindungen der Anjous mit dem Balkan Ungarn auch hier einen größeren Rückhalt gesichert hätte. Aus diesem

Grunde kam es zu einer Doppelheirat: die Ladislaus des Kumaners, mit der Tochter Karls II. von Anjou und die zwischen seiner Schwester Marie und Karl Martell, dem Sohne Karls von Anjou. Der Gedanke dieser Verbindung litt sehr unter der Kumanenfreundschaft des Königs Ladislaus, da der junge Herrscher Kumaninnen zuliebe seine Frau von sich stieß. Die Eide, die er dem päpstlichen Legaten leistete, daß er zu seiner Gattin zurückkehren und die Privilegien der Kirche in Achtung halten wolle, hat er immer wieder gebrochen und es konnte sich zwischen den beiden Ehehälften kein inniges Familienleben entwickeln. Am Ende seiner Regierungszeit hielt die Politik des Bündnisses mit den Anjous eher seine Schwester Marie aufrecht. Ihre Ehe mit Karl von Anjou bot diesem die Möglichkeit, daß im Falle des Ablebens des kinderlosen Ladislaus das Haus Anjou Anspruch auf den ungarischen Thron erhebe.

Ladislaus Außenpolitik kennzeichnete im allgemeinen Unschlüssigkeit. Nur den Magnaten war es zu verdanken, daß Ungarn in entscheidenden Momente dennoch den richtigen Weg einschlug. Der böhmisch-ungarische Gegensatz verschärfte sich seit Ende der Regierungszeit Bélas IV. immer mehr. Davon konnte zwar keine Rede sein, daß der König von Ungarn die Babenberger beerbe, doch konnten in dieser Angelegenheit infolge der hochfliegenden Pläne Ottokars II. für Ungarn noch immer große Gefahren entstehen. Diese Gebiete verließ der neu erwählte deutsche Kaiser Rudolf von Habsburg nach der Wahl seinem Sohne Albrecht als Lehen. Von diesem Zeitpunkte brach der Kampf zwischen den Häusern Habsburg und Przemysl aus.

Ottokar II. besaß im Reiche eine größere Macht als der Kaiser selbst, aber seinen weitreichenden Plänen gegenüber ging die ungarische Politik mit den Interessen der Habsburger Hand in Hand und im Jahre 1278, als sich Kaiser Rudolf zum Entscheidungskampfe entschloß, griff Ladislaus IV. an seiner Seite ein. Am Schlachtfeld an der March, bei Dürnkrut erschien Ladislaus mit einem viel größeren Heere als der Kaiser, und der Habsburger verdankte seinen Sieg über Ottokar II. dem Bündnisse mit Ungarn. Mit dem Tode des mächtigen Böhmenkönigs brachen seine politischen Pläne zusammen und Ungarn entging der Gefahr, die ihr von dieser Seite drohte. Ladislaus dem Kumanen fehlte aber die politische Einsicht, um die geleisteten Dienste zu seines Reiches Gunsten auszunützen. Seine unreife Politik bewog die Habsburger, daß sie auch auf Ungarn Anspruch erhoben. Der Kaiser verlieh seinem Sohne dasselbe Ungarn als Lehen, dem sein Haus die Begründung seiner Macht zu verdanken hatte. Die Habsburger setzten noch bei Lebzeiten Ladislaus des Kumanen mit ihren politischen Intrigen ein, die auf die Erwerbung Ungarns abzielten; indem sie die gegen ihn entstandene Unzufriedenheit benützten und den letzten Mannessprossen des Árpáderhauses, Herzog Andreas — den in Venedig geborenen und erzogenen Enkel König Andreas II. — gegen ihn als Thronprätendenten auftreten ließen und ihn an ihrem Hof bewirteten, um an seiner Seite nach Ungarn einmarschieren zu können. Als die Kumanen selbst Ladislaus, als er bei seiner Geliebten weilte, ermordet hatten, erhoben aber die Stände Andreas III. (1290—1301) zu ihrem Fürsten. Die trübe Lage wurde auch von den

anderen Nachbarn zu ihren Gunsten ausgenützt. Vom Süden betonte Karl Martell seine Erbrechte, im Westen erhob der einstige Protektor Herzog Albrecht Ansprüche. Nur die unverbrüchliche Treue, welche die Ungarn gegen ihre nationale Dynastie hegten, rettete damals das Königreich vor ernsteren Übeln. Herzog Albrechts Anspruch schlug fehl, und er mußte im Jahre 1291 feierlich seinen Ansprüchen entsagen.

Jedoch das Durcheinander und die Kopflosigkeit, die schon zu Zeiten Ladislaus des Kumanen so tiefe Wurzeln im Lande schlugen, bereiteten auch dem König Andreas III. ernste Sorgen. Man mußte unter dem Deckmantel der Thronbewerbung der Anjou's immer wieder den Ausbruch von Parteikämpfen befürchten. Karl Martell, dann sein Sohn Karl Robert gefielen sich während der ganzen Regierungszeit Andreas' in der Rolle von Thronprätendenten. Der Ernst des Königs Andreas verhinderte jedoch, daß es so weit kam, wie zur Zeit seines Vorfahren. Er schritt mit Hilfe des niederen Adels höchst energisch an die Bekämpfung der Gewalt der Magnaten und schuf sogar ein Gesetz, wonach er ihre Burgen, auf die sich ihre Macht besonders stützte, im Notfalle auch mit fremder Hilfe zerstören könne.

Die Hilfe, die die schwächeren Edelleute dem übermächtigen Hochadel gegenüber dem Könige anboten, gab die Gelegenheit zur endgültigen Ausgestaltung der Verfassung. Unter der Regierung Andreas III. wurde der erste formelle Reichstag zur Einstellung der Mißbräuche und zur Bändigung der Zügellosigkeit bestimmt. Anlässlich seiner Thronbesteigung geschah es zum erstenmal auf Vorschlag der Kirche, daß der

König sich durch einen Schwur zur Einhaltung der ihm unterbreiteten Bestimmungen verpflichtete. Auch sprach man zu seiner Zeit in Ungarn das Prinzip der ministeriellen Verantwortung aus. Dadurch wurden der königlichen Macht gewisse Schranken gesetzt, und der Schwerpunkt der Regierung fiel den Ständen zu.

Die Tendenz richtete sich aber noch immer darauf, durch Kräftigung des königlichen Ansehens die feudale Zersetzung nach Möglichkeit aufzuhalten. Jedoch der verhältnismäßig früh, im Jahre 1301 eingetretene Tod des Königs versetzte das Reich nochmals in dieselbe Lage, in der es sich unter Ladislaus dem Kumanen befand. Alles stimmte darin überein, daß nach dem Erlöschen der männlichen Linie des Herrscherhauses nur die Nachkommen aus der weiblichen Linie der Árpáden den Thron besteigen sollten. Da aber mehrere Prätendenten dieser Art miteinander um die Krone stritten, benutzten die Magnaten diese Lage dazu, um ihre unter Andreas III. ins Wanken geratene Macht wieder herzustellen. Wenzel, der Sohn des gleichnamigen böhmischen Königs, dann Otto der Bayer, regierten nur kurze Zeit und konnten nur in einem Teile des Landes von ihrer Macht Gebrauch machen. Ihnen gegenüber repräsentierte die Rechte der Anjous Karl Robert, der in Südungarn erschienen war. Da er noch ein Kind war, war die Macht tatsächlich in den Händen jener Familien, die auch schon unter Ladislaus dem Kumanen die Hauptrolle spielten. Im nordwestlichen Hochland regierte Matthias Csák, jenseits der Donau die zur Sippe der Héder gehörenden Némétújváris, in der Umgebung von Kaschau die Familie der Amadés aus der Sippe der Abas. Sieben

Jahre währte dieser Zustand, bis endlich infolge der Anerkennung Karl Roberts die Anjous die königliche Macht wieder herstellten und diese im ganzen Reiche zur Geltung brachten. Mit ihrer Thronbesteigung feierte das Feudalwesen seinen endgültigen Triumph, aber die Tatsache, daß sie einhellig anerkannt wurden, sicherte die konstitutionelle Ordnung und auf feudaler Grundlage die weitere unabhängige Entwicklung des Nationalstaates. Sie ließen sich auch in ihrer inneren Politik durch die nationalen Traditionen der Árpádenzeit leiten.

Die Glanzperiode des Feudalismus

Die Schöpfung der Apáden bildete der bis zu den natürlichen geographischen Grenzen ausgebaute Nationalstaat. Obzwar die Ungarn zur Zeit ihrer Ansiedelung nicht das ganze Land auf einmal bevölkern konnten, haben sie doch die ursprünglich unbesetzten Gegenden teils durch Bebauung der inneren sumpfigen und waldigen Gebiete, teils, in den Grenzgebieten, den gebieterischen Verteidigungsrücksichten gemäß während der drei Jahrhunderte der Árpádenzeit unter einer einheitlichen nationalen Regierung vereint. Im XIII. Jahrhundert wird die alte innere Schutzlinie aufgelassen, außerhalb welcher früher das Leben noch schwächer pulsierte und deren Organisation ebenfalls von der der inneren Teile abwich. Die Grenze verlief schon auf dem Rücken der Karpathen und längs der Donau und der Save, ja gegen Süden zu entstanden sogar unter der Regierung Bélas IV. neue, vorwärtsgerückte Grenzschutzgebilde. Auch gegen Westen war die Grenze festgestellt, obwohl es besonders an dieser Seite Grenzstreitigkeiten gab, da man hier in der Grenzföhrung weniger an natürliche Fixpunkte anknüpfen konnte.

Jene slavische Bevölkerung, die die Ungarn zur Zeit der Landnahme vorfanden, wurde von ihnen absorbiert. Am frühesten verschwanden die sehr spärlichen bulgarischen Siedelungen an der Theiß und an ihren

Nebenflüssen, deren Bewohner von den byzantinischen Kaisern hierher verpflanzt worden waren. Ebenso verschwand westlich der Donau die altslovenische Bevölkerung. Ihre Verschmelzung mit den Ungarn wurde von jener sozialen Umgestaltung beschleunigt, die im XI. und XIII. Jahrhunderte die Ungarn selbst in verschiedene Klassen spaltete. Nebst den der Obrigkeit der Gutsbesitzer, besonders aber des Königs unterstellten Slaven leistete auch ein überaus großer Teil der Ungarn den Gutsbesitzern Dienste und durch die Gleichheit ihres Dienstes wurde die Verschmelzung sehr gefördert. Nur die im Nordwesten wohnenden Slowaken haben der außerhalb der inneren Verteidigungslinie befindlichen Gegend ihren nationalen Charakter bewahrt. Slowakische Kolonisten wurden darin durch die königliche Verwaltung in den folgenden Jahrhunderten in den wilden Gegenden der Sohler Forstgespanschaft (die späteren Komitate Sohl, Turócz, Liptau und Árva) eingesetzt, von wo sie später auch in östlicher liegende Komitate gelangten, deren alte bulgarisch-slavisches Bevölkerung inzwischen ganz verschwunden war. In diesem Gebiete war der einzige größere Nationalitätenkomplex in ganz Ungarn. Die Entwicklung dieses Volkes schritt aber in einer dermaßen engen Verbindung mit der der Ungarn fort, und im XIII. Jahrhundert haben sich auch so viele Ungarn hier unter ihnen angesiedelt, daß die gemeinsame Entwicklung die ethnischen Unterschiede zum Teile verwischt hat. Dies konnte um so eher geschehen, da die ungarischen Könige seit der Zeit der Bildung des Adels die oberungarischen Slowaken ebenso in den Adelsstand erhoben wie die Ungarn. Die von der siebenbürgischen Grenze her allmäh-

lich eindringenden walachischen Ansiedler bildeten einstweilen keine bedeutendere Völkerschaft. Im Gebiete von Fogaras, in den Wäldern der heutigen Komitate Hunyad und Krassó-Szörény, dann in den gebirgigen Gegenden von Bistritz (Besztercze-Naszód) und Mármaros konnten die Leute ihre Herden weidend nur in sehr spärlicher Anzahl ihr Leben fristen und standen auf der tiefsten Stufe der Kultur.

Außer ihnen lebte im Inneren des Landes nur ein Volk fremder Herkunft in größerer Anzahl beisammen: die Kumanen und die mit ihnen eingewanderten Jazyger. Ihre Privilegien sicherten ihnen zwar eine Autonomie zu und ermöglichten das Gedenken an ihre Abstammung, doch im Laufe des XIV. Jahrhunderts haben auch sie sich zum größten Teil mit den Ungarn verschmolzen und zu Ende des XIV. Jahrhunderts waren sogar die letzten Spuren ihrer Sprache verschwunden. Die Autonomie, die die Siebenbürger und Zipser Sachsen oder die Städtebewohner deutscher Abstammung genossen, gewährten zwar diesen kleineren Gruppen die Möglichkeit, ihre besondere Kultur und ihre Sprache zu bewahren, brachten sie aber zum Gros der Ungarn nicht in Gegensatz, ja sie verknüpften sie sogar inniger mit diesen durch die gemeinsame Geschichte und gemeinsame Interessen.

Indem Ungarn mit dem einstigen Reiche Karls des Großen in unmittelbarer geographischer Verbindung stand, wurde es stets durch dessen Kultur beeinflusst, übernahm sie aber niemals vollends, sondern suchte den Einfluß der deutschen Nachbarschaft durch gewisse lateinische Kulturströmungen auszugleichen. Der Erzieher des Sohnes Stephans des Heiligen war der aus

Venedig gebürtige heilige Gerhard. Ladislaus der Heilige bevölkerte die Abtei zu Zalavár mit Mönchen von Saint-Gilles, und die jungen Priester des XIII. Jahrhunderts erhielten ihre wissenschaftliche Ausbildung zumeist an der Pariser Universität. Von den Beziehungen zu Frankreich und Aragonien abgesehen, machte sich besonders nach Eroberung von Dalmatien auch von Italien her ein lateinischer Kultureinfluß geltend. Die Nation widersetzte sich erst den von Westen her kommenden fremden Einflüssen, da sie sich deshalb in ihrer nationalen Existenz bedroht fühlte, wie dies zur Zeit des Kaisers Heinrich III. und IV., der Babenberger oder der Bestrebungen Ottokars II. geschah. Der ungarische Staat konnte also an der Grenze von Ost und West mit seiner Front gegen den Orient gerichtet genug Kraft entfalten, um jedwede westliche Oberherrschaft, ja auch jede politische Einmischung in seine Angelegenheiten zu verhindern. Die nationale Dynastie war sich dieser Lage wohl bewußt und trieb eine nationale Politik, die aber nicht willens war, das Reich über seine natürlichen Grenzen hinaus zu erweitern. Es wurde höchstens die Anerkennung der Oberherrschaft Ungarns in den noch schwachen Nachbarfürstentümern angestrebt, um hierdurch die Grenzen des Reiches gegen unvorhergesehene Angriffe zu schützen. Die Versuche der Könige Andreas II. und Bélas IV. das Haliczzer Königtum, beziehungsweise die Steiermark für ihre Söhne zu erwerben, fand im Reiche keine günstige Aufnahme und konnte mangels nationaler Unterstützung auch nicht aufrechterhalten werden.

Der Gedanke des Nationalstaates aber, wie er sich

zur Zeit der Árpáden entwickelt hatte, wurde von der fremden Dynastie aufgenommen. Als fremde Könige sich nach ihren dynastischen Interessen richteten, stellten sich die Ungarn ihnen gegenüber, und sie lehnten auch eine Eroberungspolitik ab, die sich auf dynastische Motive zurückführte.

Als die Ungarn nach Vermittlung des Kardinals Gentilis, des Legaten Papst Bonifaz' VIII., Karl Robert (1308—1342) einstimmig zu ihrem König erwählten, und bei fester Betonung ihres freien Willens, die der weiblichen Linie entstammenden Nachkommen des Árpáden-Hauses auf den Thron erhoben, bedeutete das in Ungarns Geschichte doch eine große Wendung. Mit den Anjous gelangte eine Dynastie zur Herrschaft, die vorher keine Verbindung mit dem Volke hatte und zu deren Traditionen es gehörte, ihrem Hause womöglich stets neue Besitztümer zu erwerben. Nie kam in der ungarischen Politik so sehr der dynastische Gesichtspunkt zur Geltung, wie eben zur Zeit der Anjous. Daß diese einen solchen Gesichtspunkt zur Geltung bringen konnten, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß sie das Reich aus der Verwirrung befreiten. Karl Robert verfügte zu Anfang seiner Regierung noch kaum über eine größere Macht als die schwachen Könige des Interregnums. Matthias Csák streifte noch bis an die Mauern Ofens heran. Karl Robert machte sich aber mit Energie an die Bändigung der Zügellosen und erzielte im vierten Jahre seiner Regierung einen Erfolg, der sein Ansehen vollkommen befestigte. Es leisteten ihm in der Gegend von Kaschau (Kassa) die Amadés, die auch die Hilfe Matthias Csáks in Anspruch nahmen, Widerstand. In der Schlacht

bei Rozgony schlug aber der König ihre Heere, wodurch er die Gewalt dieser zwei mächtigsten Feinde brach (1312). Das Haus Anjou kümmerte sich wenig um die Herstellung der alten Gewalt des Königtums. Karl Robert selbst stammte ja aus einem Lande, in dem der Feudalismus herrschte, der ihm selbst voll bekannt war. Er war jedoch zur Kräftigung seiner Gewalt fest entschlossen und bestrebt, die Macht all jener Familien zu brechen, die dem Königtum gefährlich werden konnten. Die im XIII. Jahrhundert zur Macht gelangten Familien verschwanden der Reihe nach; an ihre Stelle traten neue, die vom Hause Anjou für Dienste, die sie diesem leisteten, Güter erhalten hatten, die Familien der Báthory, Drugeth, Kanizsay, Kont und Czudar. Diese Politik des Königs rief zwar oft Widerspruch hervor und bewog sogar die Herren Südungarns sich gegen ihn zu verbünden, obwohl sie zur Zeit als er noch Thronprätendent war, seine eifrigsten Anhänger gewesen waren, aber Karl Robert führte dennoch seine Pläne rücksichtslos durch.

Eine härtere Arbeit kostete es, der unter diesen wirren Zuständen verbreiteten sittlichen Verwilderung ein Ende zu machen. Dies ist erst seinem Sohne, Ludwig dem Großen (1342—1382) gelungen, der vor allem durch sein persönliches Beispiel, seine Tapferkeit und Selbstaufopferung den edeln ritterlichen Geist des Westens nach Ungarn verpflanzte. Zu Anfang seiner Regierung lernte er die Selbstsucht und Unzuverlässigkeit einiger Herren kennen. Er zeigte ihnen also in seinen späteren Kriegszügen selbst mit Gefährdung seines eigenen Lebens, was ritterliche Sitte von ihnen erfordere. Beim Angriff auf Aversa drängte er sich in

Auskundschaftung der Burg so nahe an die Mauern, daß sein Knie von einem Pfeil durchbohrt wurde, der erst am zwölften Zuge entfernt werden konnte; er ließ sich, nachdem seine Wunde verbunden worden war, sofort aufs Pferd setzen, um sein Heer vor der etwa entstehenden Mutlosigkeit zu bewahren. Als er in der Nähe von Venedig einen seiner Mannen in den Fluß schickte, damit er dort eine Furt suche, und dieser durch den Strom fortgerissen wurde, sprang ihm der König selbst nach, um den Ertrinkenden zu retten. Ein anderes Mal wieder warf man bei der Burg Belz in Polen von der Burgmauer einen Balken auf ihn, so daß er ohnmächtig ins Zelt getragen werden mußte. Das gute Beispiel, das der König gab, übte eine tiefe Wirkung auf alle diejenigen aus, die an seinen Kriegszügen teilnahmen und sich in seiner Umgebung aufhielten. Das Rittertum hatte zur Zeit der Anjous eine Blütezeit in Ungarn und zwar nicht nur was das rein Äußere betrifft — Wappenverleihungen und Abhaltung von Ritterturnieren, die die Anjous eingeführt hatten — sondern auch in bezug auf die Verbreitung des ritterlichen Geistes.

Das Heereswesen wurde auf feudaler Grundlage ganz neu gestaltet; die Anjous forderten von den Gutsbesitzern, daß sie im Verhältnis zu ihren Gütern den Militärdienst leisten sollten. Die Grundlagen dieses Systems wurden zwar schon in der Politik Bélas IV. niedergelegt, sie konnten aber erst durch Karl Robert und Ludwig den Großen völlig entwickelt werden. Die Würdenträger des Reiches wurden zur Aufstellung einer schweren Reiterei von mindestens 400 Mann (Banderium) verpflichtet. Um aber die Gutsbesitzer

zur Stellung einer größeren Anzahl Soldaten anzueifern, erhielten alle diejenigen, die mindestens 50 Mannen ins königliche Lager brachten, die Erlaubnis, diese selbst zu befehligen, während die kleineren Kontingente in das Komitatsaufgebot eingereiht wurden.

Diese Umgestaltung des Heerwesens hatte einschneidende Folgen auch im Bezüge auf den Gutsbesitz. Das Gesetz vom Jahre 1351 brach mit der alten Sitte, die zur Árpádenzeit bestanden hatte, und nach der der Eigentümer den Boden, den er selbst erworben hatte, besonders die angekauften Güter in freier Verfügung wem immer vermachen konnte. Die königliche Macht mußte im Interesse der Wehrmacht danach streben, daß die von den Gütern abhängenden Kriegsdienste keine Einbuße erlitten, so besonders bei Aufteilung des Bodens. Der Großgrundbesitz vermochte militärisch viel größere Lasten auf sich zu nehmen, als die kleinen Besitze nach der Zerstücklung des Bodens. Deswegen beschränkte Ludwig der Große die Erblichkeit bloß auf die direkte Linie und nach dem Erlöschen dieser sollten die Seitenlinien erben (*aviticitas*). Hatte der Verstorbene weder direkte Nachkommen noch Erben aus einer Seitenlinie, so fiel das Gut auf Grund des *jus regium* an die Krone, beziehungsweise an den Fiskus (*fiscalitas*). Die Frauen waren von der Erbschaft völlig ausgeschlossen und konnten von Rechts wegen keine Immobilien besitzen. Sie wurden damit abgefunden, daß nach Abschätzung des Vermögens dessen vierter Teil unter den Töchtern des Verstorbenen aufgeteilt wurde (*quartalitium*), diese Werte mußten jedoch die erbenden Männer den Frauen in Mobilien ausfolgen. Immobilien durften nur dann zeitweise in den Händen

der Frauen belassen werden, wenn die Männer nicht genug Geld zum Ankauf des den Frauen zufallenden Güterviertels besaßen. Als besondere Gnade konnten die Frauen Immobilien erben, wenn der König sie in Sohnesrechte einsetzte. Das Adelsgut war infolgedessen völlig gebunden, es konnte auch nicht verkauft werden, so daß von dieser Zeit an die Formen der Gütererwerbung in Ungarn sich auf königliche Verleihung, auf gesetzmäßige Erbschaft und auf zeitweiligen Erwerb auf Grund des Pfandrechtes beschränkten.

Durch die neue Ordnung des Güterrechtes wurden aber die Gesellschaftsklassen noch schärfer voneinander geschieden, als es früher der Fall war. Der Adel bildete eine geschlossene Körperschaft, in die man nur auf Grund freier Gütererwerbung, beziehungsweise königlicher Verleihung eintreten konnte. Die im Interesse der Reichsverteidigung erfolgten massenhaften Erhebungen in den Adelsstand wurden selten. Die Erhebung der Bevölkerung ganzer Dörfer in den Adelsstand, die früher gang und gäbe war, und die Freiheit der Kleingutsbesitzer massenhaft anerkannte, wurde unterlassen. Die Unterschiede, die früher unter den verschiedenen Klassen der Unfreien und Halbfreien bestanden, wurden aufgehoben und ihre Dienstleistungen gleichgestellt, wodurch aus der Bevölkerungsschicht, die auf den Gütern anderer leben mußte, eine einheitliche Klasse von Hörigen wurde. Sklaven gab es keine mehr. Zur Bestimmung der Rechtsverhältnisse der einheitlichen Hörigenklasse waren die Rechte derjenigen Minderfreien maßgebend, die sich unter den Unfreien selbsthaft gemacht hatten. Von diesen erhielten sie auch den Namen „jobbágy“, der früher einen Beamten be-

zeichnete. Auch die Freizügigkeit der neuen Klassen wurde von ihren Rechten entnommen.

Die Epoche der Anjous schuf also in Ungarn völlig neue Zustände, die sich aus den Kämpfen zwischen Königtum und Feudalwesen ergaben. Trotzdem der König mit absoluter Macht herrschte, entwickelte sich eine neue Auffassung, deren Wurzeln übrigens ebenfalls bis auf die Zeit Bélas IV. zurückreichten. Bei der Ausübung der gesetzmäßigen königlichen Gewalt bildete die Krönung mit der heiligen Krone eine unerläßliche Grundbedingung. Karl Robert ließ sich als Thronprätendent mehrmals krönen, doch wurde seine verfassungsmäßige Regierung erst seit seiner dritten, mit der heiligen Krone vollzogenen Krönung an (1310) gerechnet. Der König übte sozusagen die übertragenen Rechte der heiligen Krone aus, die königlichen Güter wurden als Krongüter betrachtet. Seine Autorität erhielt er also von der Krone; diese konnte er hingegen nur mit Zustimmung der in den Kämpfen des XIII. Jahrhunderts sich herausgestalteten und gesetzlich anerkannten Stände auf sein Haupt setzen und bei dem feierlichen Akte der Krönung war er verpflichtet, durch seinen Schwur und durch das festliche Inauguraldiplom zu erhärten, daß er die alten Reichssitten und die territoriale Integrität schützen werde. Außerdem mußte er später auch feierlich erklären, daß er das Reich durch keine Fremden regieren lassen werde. Demgemäß bedeutete die heilige Krone nicht die alleinige Herrschaft des Königs, denn zur Ausübung seiner Gewalt bedurfte er der Zustimmung der hohen Geistlichkeit, des hohen und des niederen Adels. Diese zur Zeit der Anjous entwickelte Lehre verkün-

dete, daß die heilige Krone nebst der königlichen Macht auch die Macht der Stände in sich schließe, und daß infolgedessen zur Ausübung aller verfassungsrechtlich gültigen Änderungen die Zustimmung beider Faktoren notwendig sei.

Hier sei nur noch so viel erwähnt, daß den Anjous auch die Überwindung der pekuniären Übelstände gelungen ist. Karl Robert hörte auf Ersuchen des Adels auf, immer wieder zu dem jährlich wiederholten Spiel von Münzverruf und Neuprägung seine Zuflucht zu nehmen. Die Abgaben, die man bei der Umprägung leisten mußte (*lucrum camerae*) wurden durch eine regelmäßige Staatssteuer ersetzt. Durch diese Maßnahme wurde nicht nur das Steuerwesen vereinfacht und geordnet, sondern auch den im Finanzwesen eingewurzelten Übelständen gesteuert. Karl Robert ließ nach dem Muster der Florentiner Gulden Goldstücke prägen, die auch im Westen ein gern gesehenes, gut bewertetes Geld waren. Diese Sanierung der zerrütteten Finanzen wurde die Quelle eines neuen wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Entwicklung der Städte, die nach der Zeit des Mongolensturmes eingesetzt hatte, nahm zur Zeit der Anjous einen größeren Aufschwung. Den Privilegien, die den ummauerten Städten von den letzten Árpáden verliehen worden waren, fügten die Anjous neue Rechte hinzu, die zu einer Steigerung der politischen Bedeutung des Bürgertums führten. Marktrechte, Stapelrechte, Zollprivilegien, sowie autonome Rechtspflege und Verwaltung trugen zu einer lebhaften Entwicklung der Städte wesentlich bei. Der hohe Aufschwung konnte aber andererseits auch der Herstellung der Ordnung zugeschrieben werden. Die fremden

Kaufleute konnten wieder in Sicherheit die Grenzstädte sowie die Hauptstadt besuchen, und auf diese Weise wurden die Verbindungen, welche sich zur Zeit Ladislaus' des Kumanen und des Interregnums beinahe schon gelöst hatten, wieder hergestellt. Es stellte sich ein lebhafter Verkehr mit Venedig ein, der seinen Weg über die dalmatinischen und slawonischen Städte nahm. Der Verkehr mit Österreich wurde über Raab (Győr) und auf der Donau abgewickelt. Ein reger Verkehr fand noch mit Umgehung Wiens nach Mähren statt. In Polen war es insbesondere Krakau, das als Ziel eines von Kaschau über die Zips führenden Verkehrsweges zu betrachten ist und seit der Zeit Ludwigs des Großen auch Lemberg, wohin der Weg über die Städte im Komitate Sáros führte. Der Wiener Stappel, verliehen im Jahre 1221, schnitt zwar Ungarn von dem unmittelbaren Verkehr mit den westlichen Teilen des Reiches ab und verdrängte aus Ungarn die früher besonders aus Regensburg häufig eintreffenden Kaufleute, doch die des Rheingebiets und der Niederlande fanden dennoch über Mähren den unmittelbaren Verkehr und riefen einen schnellen Aufschwung der Stadt Preßburg (Pozsony) hervor, die zumeist die Endstation ihrer Reise war.

Die großzügige schöpferische und organisierende Tätigkeit der Anjous erklärt uns die Volkstümlichkeit dieser fremden Dynastie sowie den Umstand, daß die Bevölkerung auch ihre ganz nach dynastischen Gesichtspunkten eingerichtete Außenpolitik sozusagen ohne Vorbehalt unterstützte. Karl I. von Anjou, König von Neapel, machte durch seinen Familienvertrag mit

Stephan V. auch Ungarn zum Faktor seiner imperialistischen Pläne. Der hochfliegende Plan wurde jedoch nicht durchgeführt. Obwohl auf Englands Throne schon seit längerer Zeit Anjous saßen, — fehlte es doch an Eintracht unter den verschiedenen Linien des Hauses, und nach dem Tode Karls I. fehlte der hervorragende Geist, der die Kräfte in Bewegung setzen und die Bestrebungen des Hauses in ein einheitliches Ganzes zusammenzufassen vermochte. Die Ausbreitung ihrer Macht gehörte aber zu den Traditionen der Anjous und sie lebte auch in Karl Robert fort. Da Robert, König von Neapel, keine Söhne, wohl aber zwei Töchter hatte, wollte Karl Robert dieses wichtigste Land seiner Väter seinem jüngeren Sohne Andreas verschaffen. Sie schlossen also einen Familienvertrag, nach dem Andreas die Tochter Roberts, Johanna, heiratete und nach Roberts Tod auch die Regierung des Königreichs übernehmen sollte. In seinen dynastischen Plänen spielte jedoch auch die Eroberung eines anderen europäischen Thrones eine Rolle. Indem er Elisabeth, die Tochter Wladislaws Lokietek, Königs von Polen, heiratete, sicherte er auch dieses Land im Falle, daß König Kasimir ohne Hinterlassung von Erben sterben sollte, den Anjous. Es sollte mit Ungarn in Personalunion vereint werden.

Diese verwickelten Pläne vererbte Karl Robert auf seinen Sohn Ludwig den Großen (1342—1382). Besonders die Erwerbung des weitliegenden neapolitanischen Königreichs verursachte diesem viele Sorgen und gab Anlaß zu unnützen Kräftevergeudungen. Prinz Andreas wurde von der jüngeren Linie der neapolitanischen Anjous, den Prinzen von Tarent und Durazzo,

mit Haß empfangen. Sie riefen zwischen ihm und seiner Gattin Zwietracht hervor, suchten ihn aus dem Wege zu räumen und haben ihn kurz nach der Thronbesteigung Ludwigs des Großen zu Aversa auch ermordet (1345). Dieses Ereignis veranlaßte Ludwig den Großen zu zwei Rachezügen. Vor dem ersten flüchtete sich Johanna mit ihrem neuen Gatten, Ludwig von Tarent, in die alte Heimat ihres Stammes, in die Provence. Ludwig der Große bemächtigte sich bei dieser Gelegenheit des ganzen Königreiches (1347—1348), doch als ihn Regierungsgeschäfte nach Ungarn zurückriefen, mußten seine in Neapel zurückgelassenen Feldherren vor den Söldnern Johannas wieder zurückweichen. Ludwig der Große zog aber noch ein zweitesmal nach Italien (1350). Erst nach dem Tode seines Neffen, des Sohnes Andreas, den er nach Ungarn gebracht hatte, verzichtete er auf seine Eroberungspläne, da nicht daran zu denken war, das ferne neapolitanische Königreich von Ungarn aus zu regieren.

Auch jene Kämpfe blieben erfolglos, die Ludwig der Große um Erlangung des polnischen Königreiches begonnen hatte. Polen wurde damals fortwährend von den heidnischen Litauern bedroht, die das Land immer wieder verwüsteten. Als zukünftiger Herrscher dieses Reiches konnte Ludwig diesen Verheerungen nicht müßig zuschauen und führte zu wiederholten Malen Kriege zur Unterstützung Polens. Die dankbaren Polen erwählten ihn auch nach Kasimirs Tode zu ihrem Könige, doch diese Verbindung bestand nur 14 Jahre. Ludwig der Große hielt sich auch weiterhin in Ungarn auf. Polen regierte er von dort aus, respektive betraute er einen Statthalter mit dessen Verwaltung. Die Polen

nahmen es ihm aber übel, daß er als ihr König nicht bei ihnen weilte, und die Statthalter, die er nach Polen sandte, besonders seine Mutter, konnten die Union mit Ungarn nicht beliebt machen. Nach dem Tode Ludwigs des Großen löste sich diese also wieder auf. Von ungarischer Seite geschah kein ernsterer Schritt, um die gelösten Bande wieder herzustellen.

Tiefere Wirkungen als diese dynastischen Unternehmungen hatte eine andere Angelegenheit, die den Weg der nationalen Politik einschlug. Zara schloß sich 1313 wieder an Ungarn an. Karl Robert vermochte es aber damals noch nicht zu beschützen, und Venedig, unterwarf sich nun nicht nur Zara sondern es zwang auch die übrigen dalmatinischen Städte, sich seiner Oberherrschaft zu beugen. Anfangs mißglückten im Süden Karl Roberts Kämpfe im allgemeinen. Die feudalen Bande, die die Balkanstaaten an Ungarn knüpften, lösten sich der Reihe nach. Der Banus von Bosnien machte sich selbständig, Serbien riß das Banat von Macsó, die Walachei das von Severin (Szörény) an sich. Karl selbst gelang es noch, die beiden letztgenannten Gebiete zurückzugewinnen. Sein gegen den Wojwoden der Walachei geführter Feldzug schlug jedoch fehl (1330).

Was aber Karl Robert an der Südgrenze nicht gelang, gelang Ludwig dem Großen. Im Jahre 1348 lehnte sich Zara gegen die venezianische Herrschaft wieder auf. Der König wollte damals unter den Mauern Zaras die Schlacht entscheiden, doch infolge der flauen Unterstützung von seiten der Herren des Südgebietes, mißlang der Angriff des Entsatzheeres. Nach Beendigung der neapolitanischen Angelegenheit wendete sich

jedoch Ludwig wieder gegen Venedig. In diesem Kriege (1356—1358) griff er die Terra Firma an, während seine Führer in Dalmatien kämpften. Wegen der großen Interessengegensätze zu der Signoria brach der Krieg zum drittenmal aus. König Ludwig verbündete sich sodann mit Padua und Genua. Die erschöpfte Republik war schon geneigt, die ungarische Oberherrschaft anzuerkennen, als die Genuesen bei Chioggia eine Niederlage erlitten. Infolge der Schlappe der Genuesen erlangte Venedig im Frieden von Turin günstigere Bedingungen, wurde jedoch dem ungarischen Könige (1378—1381) zinspflichtig.

Einen gleichen Erfolg hatte Ludwigs des Großen Politik auch in den übrigen Teilen des Südens. Der walachische Wojwode unterwarf sich auf die bloße Vorbereitung zum Kriege (1343). Aus der heutigen Moldau verjagte der Wojwode von Siebenbürgen die dort ansässigen Tataren (1345—1346); die geräumten Gebiete wurden von Walachen besetzt, und der Wojwode der neu entstandenen Moldau huldigte auch Ludwig dem Großen. Am ernstesten gestalteten sich die Kämpfe mit Serbien, das damals unter der Herrschaft des Czaren Duschan der mächtigste Staat am Balkan war und seine Macht weit gegen Süden ausbreitete. Die Banus beschützten aber die Donau-Linie auch gegen Serbien zu. Ludwig der Große selbst drang sogar zweimal in das Land ein (1355, 1359) und zwang Duschans Nachkommen zur Huldigung. Den Bulgaren entriß er — ihre Streitigkeiten benützend — Viddin (Bodony). In Bosnien stellte sich ihm der Neffe seiner Gattin, der Elisabeth Kotromanics entgegen, doch endlich wurde auch dieser zur Anerkennung der un-

garischen Oberhoheit gezwungen. In den 60er Jahren des XIII. Jahrhunderts wurde dann Ungarn von Süden her durch eine ganze Kette von Vasallenfürstentümern geschützt. Daß sich diese Bande später lockerten, war eine Folge der dynastischen Politik, die damals Ludwig an Polen fesselte. Eben zu jener Zeit begann aber auch eine neue Gefahr zu drohen; das Vordringen der Türken. Im Jahre 1366 stieß Ludwig der Große schon selbst auf ihre Scharen; die Gefahr hatte er aber noch nicht erkannt, obwohl die Ausbreitung der Türken auf dem Balkan der Vorherrschaft Ungarns schon gefährlich wurde.

Die Herrschaft Ludwigs des Großen bildet sowohl vom Gesichtspunkt der Außen-, wie von dem der Innenpolitik eine der glänzendsten Epochen der Geschichte Ungarns. Der König von Ungarn spielte eine bedeutende Rolle in den europäischen Verwicklungen und konnte seiner Macht kraftvoll Geltung verschaffen. Da sich aber nach dem Tode Ludwigs die aus dynastischem Interesse geknüpften Bande wieder lösten und die traditionellen Verbindungen von den Anjous vernachlässigt wurden, erfolgte nach seinem Tode ein rascher Verfall. Da er keinen Sohn hinterließ, war er bestrebt, die Nachfolge seiner Tochter, Maria, zu sichern. Als er Karl, den Herzog von Durazzo, in der Eroberung Neapels unterstützte, ließ er auch diesen seinen nächsten Verwandten schwören, daß er seine Tochter im Besitze der Krone nicht stören werde. Die Frage der weiblichen Nachfolge war aber in Ungarn noch nicht entschieden worden. Anläßlich des Todes Andreas III. kam die Erbfolge seiner Tochter, Elisabeth, nicht einmal zur Sprache und die Magnaten des Südens

nahmen auch jetzt gegen die weibliche Erbfolge Stellung.

Maria (1382—1395) wurde zwar gekrönt, doch der Süden lehnte sich gegen sie auf. Auch ihr Bräutigam, Sigismund von Luxemburg, hatte in Ungarn viele Feinde und diese Bewegung wurde auch durch Tvartko, den Banus von Bosnien, unterstützt. Die Wirren wurden zwar durch das persönliche Erscheinen der Königinnen einstweilen beigelegt, doch riefen die Empörer bald den neapolitanischen König Karl den Kleinen von Durazzo ins Land, der früher — als Gouverneur von Dalmatien — dort zu großer Volkstümlichkeit gelangt war. Sein Angriff fand die Königinnen unvorbereitet und sie mußten seine Krönung ohne Einwand erdulden. Ihre Parteigänger ermordeten aber Karl II. nach kaum einigen Wochen, worauf die Empörung im Süden mit erneuter Kraft ausbrach. Elisabeth, die Königinmutter, glaubte, daß auf ihr persönliches Erscheinen hin die Ordnung wiederkehren werde, aber ihr Gefolge wurde in der Nähe von Diakovar niedergemetzelt, sie selbst samt der Königin Maria in Novigrad ins Gefängnis geworfen. Inzwischen hatten die Stände Marias Bräutigam, Sigismund, als König anerkannt (1387 bis 1437) und dieser eilte, nachdem er den Schwur geleistet hatte, zur Befreiung seiner Braut. Die Aufständischen waren aber durch den Druck Venedigs und der Frangepans schon gezwungen worden, die Königin freizulassen. Die Bewegung dauerte noch eine Zeitlang an, bis sie endlich durch Sigismunds Heerführer in grausamer Weise erstickt wurde.

Diese Wirren brachten die Autorität des Reiches im Ausland stark ins Wanken. Die Polen entschlossen sich

für die zweite Tochter Ludwigs des Großen, Hedwig, als Nachfolgerin ihres Vaters. Sie vermählte sich dann mit dem Litauerfürsten Wladislaw Jagello und ermöglichte dadurch die Vereinigung von Polen und Litauen. Diese unerwartete Macht des polnischen Reiches bewog auch die Wojwoden der Moldau und der Walachei sich dem Könige von Polen zu unterwerfen. Auch ein Teil der dalmatinischen Städte wurde unter dem Einflusse der Wirren im Süden gezwungen, dem bosnischen Banus Tvartko zu huldigen. Neben Sigismund bewarb sich noch Ladislaus von Neapel, Sohn Karls des Kleinen, um den ungarischen Thron, der dadurch insbesondere an Sympathien einbüßte, weil er mit den Türken zu verhandeln begann. Auch vermochte er nicht seinen Bestrebungen den entsprechenden Nachdruck zu verleihen, weil er in Italien selbst zu sehr beschäftigt war. Der Gefahr, die ein Vordringen der Türken zur Folge haben mußte, war man sich vollauf bewußt. Sultan Murad schlug im Jahre 1389 am Amselfeld die Serben, und sein Nachkomme Bajasid trachtete den Wojwoden der Walachei zu unterwerfen. Unter solchen Umständen wendete sich die Sympathie eher Sigismund zu, der im Jahre 1395 Klein-Nikapolis an der Donau den Türken entriß. Nach diesem Erfolge gelang es, die Empörer zu besiegen, und Bosnien sowie die Moldau huldigten von neuem dem ungarischen Könige.

Im Jahre 1395 starb Königin Maria, woraus dem König Sigismund neue Schwierigkeiten erwuchsen. Er selbst vermochte sich wegen seines willkürlichen, launenhaften, unbeständigen und verschwenderischen Charakters bei der Nation keine Sympathien zu erwerben.

Die um ihn entstandene neue Oligarchie bestand trotz seines Krönungseides zumeist aus fremden Magnaten. Die Grafen von Cilli kamen aus Steiermark, der Wojwode Stibor stammte aus Polen. Als Sigismund in seiner Geldnot einige Teile des Reiches verpfändete, steigerte sich der Haß gegen ihn noch mehr. Nach Marias Tode dachten also sehr viele, daß mit dem Tode der Königin auch die Ansprüche ihres Gatten erloschen seien. Selbst die Königin von Polen, Hedwig, trat als Prätendentin auf. Sigismund wurde nur dadurch gerettet, daß er die Nation zum Kreuzzug gegen die Türken aufrief. In sein Lager kamen französische, burgundische, deutsche, ja sogar englische Ritter. Die Entscheidungsschlacht, die am 28. September 1396 bei Groß-Nikopolis stattfand, endete aber mit einer Niederlage Sigismunds, da dieser der Bitte der Burgunder Ritter nachgab, welche die zu lösende Aufgabe für gar leicht fanden. Um auf den Ruhm nicht verzichten zu müssen, wurde ihnen der erste Angriff zugesagt. Sie ermüdeten aber bei den Kämpfen mit der türkischen Vorhut, zu deren Auseinandertreiben die leichte Reiterei der Székler geeigneter gewesen wäre. Als die Burgunder der türkischen Hauptarmee gegenüberstanden, wurden sie durch diese umringt und die in die Schlacht eingreifende leichte Reiterei konnte die Lage nicht mehr verbessern. Sigismund selbst rettete sich mit schwerer Mühe auf einem Schiffe nach Konstantinopel.

Seine Reise um die Balkan-Halbinsel währte Monate, und im Reiche wußte man lange nicht einmal, ob er noch am Leben sei. Dieser neuerliche Akt von Leichtsinn steigerte noch die Unzufriedenheit. Sigismund ließ zwar die Laczfis, die sich aufgelehnt hatten, enthaupen

und versprach am Reichstage, die Fremden aus seiner Nähe zu entfernen, doch löste er dieses Versprechen nicht ein und steigerte den Groll, den man gegen ihn hatte, noch dadurch, daß er ohne Befragen der Stände bestimmte, daß der mährische Markgraf Jodok für den Fall, daß er selbst ohne Erben stürbe, sein Nachfolger werden solle. Deswegen zogen ihn die Herren im Jahre 1401 auch zur Rechenschaft und ließen ihn in Blindenburg (Visegrád) gefangen nehmen. Nur mit harter Mühe setzte er durch, daß man ihm seinen eifrigen Anhänger, Nikolaus Garay, übergab, der dann den Streit schlichtete. Bei dieser Gelegenheit versprach er den Anführern zu verzeihen, doch nach der Rettung aus den Wirrnissen entthob er sie der Reihe nach ihrer Würden.

Diesen Zeitpunkt benützte Ladislaus von Neapel dazu, um seine Ansprüche geltend zu machen. Seine Partei konnte in Dalmatien einen schönen Erfolg aufweisen, was um so leichter war, da Sigismund sich sehr wenig mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Er hatte vollauf mit den böhmischen Dingen zu tun, da er den Thron dieses Landes ebenfalls erwerben wollte. Zu diesem Zwecke verband er sich mit den österreichischen Herzögen und versprach ihnen, in den Verträgen, die er mit ihnen abschloß, den Thron Ungarns. Im Jahre 1402 stellten 110 Prälaten, Magnaten und Adelige sowie die Städte Preßburg und Ödenburg auf den Wunsch des Königs dem österreichischen Herzog Albrecht ein Diplom aus, in dem sie ihm versicherten, ihn als Nachfolger in Ungarn anzuerkennen, im Falle des Aussterbens der männlichen Linie der Luxemburger. Dieses verfassungswidrige Verfahren bewog die Gegner Sigismunds wieder zum Handeln, und da auch Papst Boni-

faz IX. sich der Sache Ladislaus von Neapel annahm, schwor ihm ein Teil der Magnaten in Großwardein (Nagyvárad) Treue. Ladislaus kam dann persönlich in das Reich. Selbst der Primas stellte sich auf seine Seite und Ladislaus' Heer drang jenseits der Donau ohne Widerstand vor. Der König konnte es nur seinem ausgezeichneten Feldherrn, dem Palatinus Nikolaus Garay und dem Wojwoden Stibor verdanken, daß das Heer der Aufständischen zurückgedrängt und ein neuer Friede vermittelt wurde (1403). Durch diesen wurden die Ansprüche Ladislaus' vereitelt.

Der Zwist hatte aber dennoch unangenehme Folgen für Ungarn. Als nämlich Ladislaus sah, daß alle seine Ansprüche zunichte wurden, verkaufte er als ungarischer König Dalmatien an Venedig. Die venezianische Republik gewann dadurch einen Rechtstitel zum willkürlichen Angriff und zur Eroberung Dalmatiens. Sigismund nahm zwar den Kampf mit der Republik auf und seine Truppen erzielten anfangs unter Führung Philipp Scholaris, eines gebürtigen Italieners, schöne Erfolge, das Interesse des Königs wurde aber von dieser Angelegenheit bald abgelenkt; er setzte von nun an den Krieg nur flau fort, erlitt eine Niederlage und zog sein Heer im Jahre 1418 aus Italien zurück. Eine andere unangenehme Folgeerscheinung des Krieges war die, daß Sigismund anläßlich dieses Feldzuges vom polnischen König Wladislaw ein Darlehen aufgenommen hatte, wofür er ihm 13 Zipser Städte verpfänden mußte.

Infolge des unsteten Charakters und der unschlüssigen Außenpolitik Sigismunds wurde also das Prestige, das sich Ungarn zur Zeit Ludwigs des Großen

erworben hatte, stark geschwächt. Die Verpfändung einiger Teile des Reiches, besonders diejenige der Zipser Städte bildete sogar einen Verstoß gegen den bei der Krönung geleisteten Eid des Königs. Die verpfändeten Gebiete blieben aber, wenn sie auch privatrechtlich dem polnischen Könige zufielen, staatsrechtlich dennoch auch weiterhin bei Ungarn, was die polnischen Könige zu wiederholten Malen auch anerkannten. Ein viel größeres Übel als diese Verpfändungen war aber für den Staat die allmähliche Lostrennung der Vasallenländer am Balkan, wo das Vordringen der Türken eine neue Lage schuf. Da nach Ludwigs des Großen Tode weder dessen Tochter Maria, noch Sigismund den Vasallenfürsten des Balkans eine wesentliche Unterstützung gewährten, trachteten diese danach, sich irgendwie mit den Türken auseinanderzusetzen. Dadurch entwickelte sich jene charakteristische Balkanpolitik, der gemäß die kleinen Staaten notgedrungen die Freundschaft der Türken suchten, doch immer mit dem gewissen Vorbehalt, sobald es ihnen ihre Kraft erlaube, mit diesem verhaßten Bundesgenossen zu brechen.

Es wäre Sigismunds Sache gewesen, sich besonders die Treue der serbischen und walachischen Fürsten durch wirksamere Unterstützung zu bewahren und diese Länder mit festeren Banden an Ungarn zu ketten. Diese Gesichtspunkte kamen auch Serbien gegenüber zur Geltung, das am Amselfeld geschlagen worden war, jedoch nicht mit der nötigen Entschiedenheit. Die serbischen Fürsten Stephan Lazarevits, dann Georg Brankovits, die sich nur mehr Despoten nannten, übergaben ihre an Ungarns Grenze liegenden Festungen

Sabac, Belgrad, (Nándor-Fejérvár) und Semendria (Szendrő), um sich wirksamer verteidigen zu können, dem Könige von Ungarn, der die Despoten hiefür mit ungarischen Gütern im Torontaler Komitat und am oberen Theißlaufe entschädigte. Einerseits sollten aus den Erträgnissen dieser Güter die Kosten der Heereserhaltung bestritten werden, andererseits aber sollten sie den Fürsten als Zufluchtsstätten dienen, wenn ihre von den Türken bedroht werden sollten. Auf diese Weise gerieten Debreczin (Debreczen), dann Tokaj und Tállya in des Brankovics Besitz. Die ungarischen Besatzungen in den an der Donau liegenden serbischen Städten und das Einkommen aus den ungarischen Gütern allein hätten aber zur Verteidigung Serbiens nicht ausgereicht, wenn nicht der ungarische König selbst mit seinem Heere seinen Vasallen zu Hilfe geeilt wäre. Sigismunds dynastische Interessen lenkten seine Aufmerksamkeit viel mehr nach dem Westen ab, um besonders nach der Niederlage bei Nikapolis diese in ernsterer Weise dem Balkan zuzuwenden. Selbst in Bosnien wurde die ungarische Herrschaft erschüttert. Dort schloß sich der Banus Tvartko, der nach Unabhängigkeit strebte, an Ladislaus von Neapel an, dann nahm er sogar die Hilfe der Türken in Anspruch, um seine Macht über Bosniens Grenzen hinaus auszubreiten. Die Thronstreitigkeiten der Balkanstaaten boten auch immerwährend den Türken Gelegenheit zur Einmischung, so daß jene ihnen der Reihe nach zinspflichtig wurden.

Sigismund strebte nämlich vor allem danach, sich Böhmens Thron und womöglich auch die Kaiserkrone zu sichern. Er wurde im Jahre 1414 zum römischen

König gewählt und nach Wenzels Tode (1419) fiel ihm auch Böhmen zu. Das gesteigerte Ansehen, das er sich auf diese Weise erwarb, benützte er aber auch nicht dazu, um mit voller Kraft sich die das ganze Christentum bedrohende türkische Gefahr abzuwenden. Als Kaiser des heiligen römischen Reiches deutscher Nation wollte er in den großen Fragen des Westens als Schiedsrichter fungieren. Hierbei erwarb er sich besonders durch seine Rolle auf dem Konzil von Konstanz Ruhm und Anerkennung. Bei diplomatischen Verhandlungen — auch bei Erledigung der Reichsangelegenheiten — standen ihm stets ungarische Ratgeber zur Seite. Für Ungarn hatte also Sigismunds Wahl zum Kaiser gewisse Vorteile, indem das Ansehen des Reiches stieg. Wo der Kaiser erschien, wehte die ungarische Flagge und die feierlichen Beschlüsse wurden auch in ungarischer Sprache verkündet. Doch was nützte Ungarn jenes Prestige, das es im Reiche und im Westen erwarb, wenn der König den Schutz seiner Südgrenzen vernachlässigte.

Sigismund vergaß, daß Ungarn am östlichen Rande des westeuropäischen Kulturkreises gelegen, sich mit seiner Front gegen Osten wenden mußte. Und es war für Ungarn eine große Gefahr, daß diese Tradition eben damals außer acht gelassen wurde, als im Osten die Türkengefahr drohend wurde. Den Traditionen Sigismunds folgend, versuchten Ungarns spätere Herrscher zu wiederholten Malen dieselben Länder unter ihrem Szepter zu vereinigen, um mit deren Hilfe sich den militärisch stärkeren Türken gegenüber leichter verteidigen zu können. Doch keinem von ihnen gelang es, eine ähnliche günstige Lage zu schaffen, wie sie

zur Zeit Sigismunds bestand. Sigismunds Macht blieb aber sowohl vom Gesichtspunkte der westeuropäischen Kultur, wie Ungarns und der Balkanländer den Türken gegenüber unausgenützt. Als Sigismund die durch die Türken besetzte Burg Golubac (Galambócz) an der Donau erstürmte, hatte er sich auch zu diesem Feldzuge so schlecht gerüstet, daß er vor dem Entsatzheere des Sultans weichen mußte. Diese Schlappe erschütterte das Vertrauen der Balkanfürsten. Ihr Vertrauen, daß der ungarische König fähig sei, sie den Türken gegenüber wirksam zu unterstützen, war geschwunden.

Das Auftreten des Königs am Konstanzer Konzil wurde aber auch im Norden zu einer Quelle neuer Übelstände. Durch Johann Hussens Hinrichtung forderte er den erstarkten böhmischen Nationalismus gegen sich heraus. Die Hussiten schwuren dem Kaiser, den auch sie in erster Linie als ungarischen König betrachteten, Rache und verursachten durch ihre verheerenden Feldzüge in den Gegenden Oberungarns, besonders in den Komitaten Preßburg, Neutra (Nyitra) und in der Zips (Szepes) unermeßlichen Schaden.

Sigmund war in der zweiten Hälfte seiner Regierung, die wir von seiner Wahl zum Kaiser datieren können, nicht mehr der launenhafte und unstete Monarch, der er in den ersten Jahren seiner Regierung war. Jetzt lag aber das Übel für Ungarn darin, daß er wegen der Angelegenheiten des Reiches und Böhmens einen großen Teil seiner Zeit im Ausland zubrachte. Dieser Umstand zog in der inneren Entwicklung eine ungünstige Wendung nach sich. Diejenigen, die der Herrscher mit seiner Vertretung betraute, die Pala-

tine — ursprünglich die ersten Würdenträger des Hofes — konnten einigen übermächtig gewordenen Magnaten gegenüber, die die Abwesenheit des Königs mißbrauchten, nicht mit der entsprechenden Autorität auftreten. Die Würde des Palatins entwickelte sich zwar damals zu ihrer nachmaligen Bedeutung, der Palatin wurde sozusagen der Stellvertreter des Königs, doch hatte die ganze Entwicklung der Dinge die Entstehung einer Adelsoligarchie zur Folge. Die willkürlichen Magnaten fügten sich den Entscheidungen des Palatins nicht, appellierten an den König und übten während der Abwesenheit des Königs auch weiterhin eine gewaltsam erworbene Macht aus. Diese Umstände verursachten eine tiefe Spaltung zwischen dem Hochadel und dem niederen Adel, der den Willkürlichkeiten der Magnaten gegenüber die Herstellung der Ruhe und Ordnung anstrebte. In diesem Kampfe baute der niedere Adel die Autonomie der Komitatsverwaltung weiter aus und riß die Führung an sich, indem er im Jahre 1435 beschloß, daß die Komitatsstuhlrichter vom ganzen Adel aus dem Kreise der wohlhabenden Edelleute gewählt werden sollten und daß der Gewählte das ihm übertragene Amt bei großer Geldstrafe zu übernehmen verpflichtet sei. Diesen Stuhlrichtern wurde es als Pflicht auferlegt, vereint mit dem Obergespan die Willkürlichkeiten der Magnaten, welche die Güter der Schwächeren in Besitz nehmen wollten, zu verhindern.

Gegen die Macht der Oligarchie fand der niedere Adel von seiten der Städte, die damals schon ganz auf westeuropäischer Stufe standen, eine gewisse Unterstützung. Die Städte wurden im Jahre 1404 unter die

Stände des Reiches aufgenommen und nahmen seit dieser Zeit an der Beratung des Reichstages teil. Ihr wachsendes Ansehen bot ihnen Gelegenheit, durch Reichstagsbeschlüsse die städtische Autonomie umzugestalten. Die bedeutende Stellung, die Ungarn zu dieser Zeit teilhaft wurde, die ausländischen Verbindungen und die Geldnöte des Königs, in denen er bei den Städten zu wiederholten Malen Unterstützung fand, boten reiche Gelegenheit zur wirtschaftlichen Entfaltung des Bürgertums. Neue Rechte und Verbindungen legten den Grund zu einem großartigen Aufschwung.

Das Feudalwesen erschloß überhaupt der Entwicklung neue Möglichkeiten. Das Ansehen der ungarischen Könige und der innere Friede riefen Pracht und Wohlstand hervor. Die Epochen der Anjous und die Zeit Sigismunds brachten also durch Entfaltung der materiellen und geistigen Kräfte und die in internationalen Beziehungen eingenommene Position für die ganze Nation Ruhm. Doch dieser Glanz hatte auch seine Schattenseiten. Die ganze Regierung büßte nach und nach die einheitliche Färbung ein. Hochadel, niederer Adel und städtische Bürgerschaft, sie alle dachten nur an die Wahrung der eigenen Interessen, und strebten nach Erweiterung ihrer eigenen Rechte. Die Kräfte waren in Verfall. Seit Beginn des XV. Jahrhunderts war die Aufmerksamkeit des Herrschers, der ja gleichzeitig Kaiser war, dem Westen zugewandt, und so mußte es naturgemäß zu einer Vernachlässigung der nationalen Interessen Ungarns kommen.

Sigismunds Verfügungen, die er in Ungarn erließ, kamen zumeist unter dem Einflusse des Augenblicks zustande. Das im Jahre 1404 erlassene „Placetum

regium“, das ohne vorherige Guttheißung des Königs die Verkündigung päpstlicher Verfügungen und Bullen verbot, war ein Racheakt gegen den Papst, der die Pläne seines Gegners, König Ladislaus von Neapel unterstützte. Nur zu Ende seiner Regierung, am Reichstag vom Jahre 1435 erfolgten wohlbegründete Verordnungen, die die aus der früheren Unschlüssigkeit und dem Mangel einer zielbewußten Politik entstandenen Übelstände sanieren sollten. Darunter war nebst der Reform der Komitatsverwaltung die Neuordnung der Reichsverteidigung die wichtigste. Den Ständen kam zwar auch schon in früheren Jahren zum Bewußtsein, daß es den Türken gegenüber energischerer Schutzmaßregeln bedürfe, und sie beschlossen am Reichstage von Temesvár im Jahre 1397, daß im Falle eines türkischen Angriffes jeder Hörigenhof einen Dukaten zu den Kriegskosten beizutragen habe, die Herren aber sollten einen jeden zwanzigsten ihrer Hörigen ins Lager abschieken, während die hohe Geistlichkeit die Hälfte ihrer Einkünfte dem Könige zur Verfügung stellen sollte. Doch diese Beschlüsse hatten in der Tat nicht viel Erfolg. Endlich wurde das Reich durch das Gesetz des Jahres 1435 zwecks wirksamerer Verteidigung in sieben Militärbezirke eingeteilt, wobei bestimmt wurde, wann und wo die hohen Würdenträger, die Magnaten, und die Komitate mit ihren Bannern ihren Militärdienst leisten sollten. Da aber die Türken über viel größere Heere verfügten, als die westeuropäischen Staaten, sorgte man auch für die Erhöhung der Kriegerzahl. Nebst den Magnaten und dem niederen Adel wurden auch die Hörigen zur Reichsverteidigung herangezogen mit der Verpflichtung

tung, nach 33 Hörigengründen je einen wohlgerüsteten Reiter ins Lager zu schicken. Dieses Militär, zu dessen Bewaffnung man den Hörigen eine neue Steuer auferlegte, wurde „Grundmiliz“ genannt.

Als nach Sigismunds Tode die Stände seinen Schwiegersohn Albrecht von Habsburg (1437—1439) als ihren König anerkannten, bedingten sie sich aus — durch die Erfahrung der verflossenen Jahre zur Vernunft gebracht — daß er die Kaiserkrone ohne Einwilligung der Stände nicht annehmen dürfe. Seiner Erwählung zum Kaiser legten sie zwar keine Hindernisse in den Weg, doch verpflichteten sie ihn, sich im Reiche aufzuhalten, beziehungsweise den Palatin, wenn er selbst abwesend sein sollte, mit der Regierung zu betrauen. Die Wahl des Palatins sollte von nun ab auch von der Einwilligung der Stände abhängig sein. Auch bedingten sie sich aus, daß er seine Tochter ohne Zustimmung der Stände nicht verheiraten dürfte, wodurch sie es verhindern wollten, daß ein ihnen unangenehmer Herrscher auf den ungarischen Thron gelangte. Albrecht herrschte mit viel Wohlwollen und Energie, hatte jedoch während seiner kurzen Regierung keine Gelegenheit, Bedeutenderes zu schaffen. Im Jahre 1439 rüstete er gegen die Türken ein größeres Heer, der Feldzug wurde aber durch die im Lager ausgebrochene Ruhr vereitelt. Das Heer lief infolge der Epidemie auseinander. Der heimkehrende König fiel selbst der Seuche zum Opfer, das Reich in höchst kritischer Lage zurücklassend. Das ärgste Übel war, daß er keinen Erben hinterließ, wo man in dieser Zeit der Türkennot eben einer energischen Hand bedurft hätte.

Der Kampf gegen den Halbmond

Nach Sigismunds Tode trat als Folge seiner dem Westen sich zugewendeten Politik in Ungarns Geschichte eine große Umgestaltung ein. Die Türken waren während der ersten Hälfte des XV. Jahrhunderts am Balkan derart erstarkt, daß sie schon die nächste Grenze Ungarns, die südliche Donaulinie bedrohten. Die Gefahr drohte von Serbien her, das nicht nur seine Selbständigkeit verlor, sondern auch kaum mehr als Militärgrenze betrachtet werden konnte. Diejenigen, denen die Verteidigung der Südgrenze oblag, erkannten es schon zur Zeit Sigismunds, daß die wesentlichste Frage der ungarischen Politik die Abwendung der Angriffe des Halbmondes sei. Übrigens hatte die Ausbreitung der Türkenherrschaft an den europäischen Küsten, wo sie immer tiefer ins Innere des Kontinents drangen, auch die Aufmerksamkeit anderer europäischer Mächte auf sich gezogen, besonders die der italienischen Handelsstaaten, die ihre Verbindung mit der Levante verloren. In ganz Europa begann das Bewußtsein zu erwachen, daß es sich um den Konflikt des Christentums mit dem Islam handle. Ungarn und Polen waren aber noch immer die östlichen Pufferstaaten des westlichen Europas.

Hier zog auch die orientalische Kirche die Grenzen. Diese schuf in den Ländern, wo sie zur Macht gelangt war, eine von der westlichen abweichende, sich vor

jedem Fortschritt verschließende Kultur. Von Ungarn aus erfolgten Ende des XII. und in der ersten Hälfte des XIII. Jahrhunderts Versuche, um die südlichen Vasallenfürstentümer für die westliche Kultur zu gewinnen. Damals wurden aber diese Pläne infolge der inneren Krise und der großen Verheerung, die dem Mongolensturme folgte, vereitelt, und die spätere durch dynastische Gesichtspunkte geleitete Politik konnte sie nicht wieder zu neuem Leben erwecken. Zur Zeit der Türkengefahr wäre die Gelegenheit dagewesen, diese Länder fester an die Interessensphäre Ungarns zu knüpfen, doch es fehlte der führende Geist, der die Lage zugunsten des Landes und des Westens hätte ausnützen können. Nach Sigismunds Tode gestaltete sich die Aufgabe noch viel schwieriger, es mußte gegen die Überflutung des Halbmondes Widerstand geleistet werden. Die den Türken unterwürfigen Balkanfürsten konnten kaum mehr eine Hilfe leisten, wenn sie ihre Gebiete und Bevölkerung nicht dem unbarmherzigen Rachedurst der Türken aussetzen wollten; sie konnten eine erhebliche militärische Macht erst aufbieten, wenn die ungarischen Truppen ihr Gebiet betraten, und sie auf diese Weise den Türken gegenüber ihre Parteinahme durch die Not motivieren konnten. Die Verteidigung fiel also sozusagen ganz dem Königreiche Ungarn zu, das mit Fug und Recht der Bedrohung der christlichen Interessen von den westlichen christlichen Mächten wenigstens irgendwelche Hilfe zu erhalten trachtete. Von diesem Zeitpunkte an bis ins XVII. Jahrhundert bildete der mit den Türken auf Leben und Tod ausgefochtene Kampf den Grundzug der Geschichte Ungarns.

In diesen Kämpfen an der Südgrenze ragte schon zur Zeit Sigismunds und Albrechts besonders der Feldherr Johann Hunyadi hervor, der Sprosse einer kleinadeligen Familie Siebenbürgens, der sich auf Grund seiner Kriegsverdienste mit staunenswerter Raschheit bis zu den höchsten Würden emporgeschwungen hatte. Er wurde in den kleinen Kämpfen der Grenzstreitigkeiten die Hoffnung der türkenfeindlichen Bevölkerung; an seine Heldentaten knüpfte die ungarische und südslavische Volksdichtung zahlreiche Sagen und pries seinen Ruhm in Gedichten. Schon König Albrecht machte ihn zum Banus des in der Ecke der Unteren Donau liegenden Severin (Szörény), dann wurde er Burghauptmann von Belgrad und Wojwode von Siebenbürgen.

Wegen seiner Verdienste erfreute er sich schon großen Ansehens, als Albrecht unerwarteter Weise starb. Ungarn befürchtete damals wegen der im Jahre 1439 geplanten Offensive die Rache der Türken. Unter solchen Umständen war es ein schicksalsschwerer Schlag, daß Albrecht ohne Erben starb. Die Königin stand zwar vor einer Entbindung, doch der Zweifel, ob sie einem Sohne das Leben geben werde, erschwerte sehr die Frage der aufzustellenden Regierung. Die Mehrheit des Landes meinte, daß unter den gegebenen Verwicklungen die Frauenherrschaft zur Fortführung der Geschäfte nicht geeignet sei. Die Vertreter dieser Ansicht — unter anderem auch Hunyadi — suchten deshalb die Königin zu bewegen, eine neue Heirat zu schließen und ihren Gemahl als König anerkennen zu lassen. Ihr Kandidat war der junge König von Polen, Wladislaw III. An Stelle der böhmisch-deutschen Ver-

bindung sollte also eine polnische treten, die um so vernünftiger schien, da Polen sich mehr für die türkische Gefahr interessierte, als Böhmen oder Deutschland. Die Königin suchte aber durch Verzögerung diesen Plänen auszuweichen; denn sie wollte keine Situation schaffen, die ihren eventuell zu erwartenden Sohn seiner Thronrechte berauben könnte. Auf Drängen der Stände gab sie dennoch nach. So kam mit Wladislaw ein Vertrag zustande, auf Grund dessen dieser die Rechte des zukünftigen Prinzen auf die Erbländer Böhmen und Österreich anerkannte und die Königin versicherte, daß er ihm bei der Erwerbung derselben behilflich sein werde. Für Ungarn hätte diese Verbindung die Hilfe Polens und den Wiederanschluß der verpfändeten Zipser Städte bedeutet. Das größte Hindernis dieser Lösung war aber die Scheu des erst fünfzehnjährigen polnischen Königs und der 31 Jahre alten Königinwitwe vor der geplanten Ehe.

Nach Überwältigung dieser Schwierigkeiten war die ungarische Deputation schon in Krakau und berief Wladislaw I. (1440—1444) auf Ungarns Thron, als die Boten der Königin die Nachricht von der Geburt eines männlichen Erben brachten. Elisabeth wollte nunmehr gar nichts von einer Heirat wissen, protestierte gegen Wladislaws Erwählung und unternahm alles im Interesse ihres kleinen Sohnes, Ladislaus V. Während die Stände Wladislaw nach Ungarn brachten, stahl die Zofe der Königin aus der Burg zu Blindenburg (Visegrád) die Stephanskrone, und Erzbischof Dionys Széchy krönte den kaum einige Wochen alten Säugling zu Stuhlweißenburg zum König. Zur Krönung Wladislaws mußte man eine andere Krone verschaffen, die

man dem Grabe Stephans des Heiligen enthob. Elisabeth war genötigt, samt ihrem Kinde an die Westgrenze zu flüchten, wo sie Kaiser Friedrich III., den Oheim ihres Sohnes, um Hilfe bat. Die Herren hatten also nicht erreicht, was sie durch Wladislaws Wahl bezweckt hatten. Das einheitliche und kraftvolle Auftreten gegen die Türken wurde durch den inneren Gegensatz lahmgelegt. Königin Elisabeth ernannte zur Verteidigung der Interessen ihres Sohnes den Husiten Giskra zum General-Reichshauptmann von Oberungarn; dieser organisierte dann mittels seiner aus Böhmen angeworbenen Truppen die Bewegung gegen Wladislaw in denjenigen Gebieten, über welche Ungarn die Verbindung mit Polen aufrecht zu halten hatte. Die Lage gestaltete sich aber für Elisabeth und den kleinen Ladislaus nicht günstig. Die große Mehrheit des Landes wünschte nicht den inneren Zwiespalt. Elisabeth war also gezwungen, den 3. März 1441 ihr Kind dem Kaiser Friedrich III. anzuvertrauen. Auch behob sie eine größere Anleihe von demselben, wofür sie die Stadt Ödenburg (Sopron) verpfändete. Obwohl dies mit der Absicht erfolgte, daß Kaiser Friedrich den kleinen König in Ödenburg beschütze, ließ Friedrich Ladislaus V. nach Wiener-Neustadt bringen. Auch seine Vormundspflichten nahm der Kaiser nach dem im Jahre 1442 erfolgten Tode Elisabeths kaum mehr ernst und war eher bestrebt, die Güter Ladislaus V. für seine eigene Linie zu erwerben.

Einstweilen konnten also die Ansprüche Ladislaus V. und die Macht Giskras das Land und dessen heldenmütigen jungen König in seinem Auftreten gegen die Türken nicht hindern. Johann Hunyadi, der an Wladis-

laws Seite auch weiterhin der führende Geist der türkenfeindlichen Politik blieb, erteilte schon im Jahre 1441 den an der unteren Donau angreifenden türkischen Scharen einen fürchterlichen Schlag, während er im folgenden Jahre Siebenbürgen gegen sie beschützte. Dort wurde zwar Hunyadi im Maros-Tal bei Szent-Imre durch die türkische Hauptarmee geschlagen, doch fiel er alsbald über das Heer des Hermannstadt (Nagy-szeben) belagernden Begs Mesid her und vernichtete es gänzlich. Dann fiel er beim Eisernen Tore im Komitate Hunyad dem Pascha Schabeddin in die Flanken, als dieser über den Paß nach Siebenbürgen ziehen wollte und schlug auch dieses Heer. Diese Erfolge bewogen den König, im folgenden Jahre einen Offensivfeldzug gegen die Türken zu führen. Er nahm persönlich teil an diesem Unternehmen, das Hunyadi neue Lorbeeren eintrug. Hunyadi führte die Vorhut an und vernichtete bei Nisch vier einzeln heranmarschierende Türken-scharen. Bei dieser Gelegenheit eroberten die ungarischen Heere selbst Sophia und drangen — ihre Kriegstätigkeit auch im Winter fortsetzend — bis zum Balkanpaß vorwärts (1443—1444). Die Türken konnten nur im Gebirge einen erfolgreichen Widerstand leisten, da die ungarische Reiterei auf den eisigen Wegen der Berge in ihrem Weitermarsch gehemmt war.

Doch so glänzend auch der Erfolg dieses Feldzuges war, konnte nicht eine dauernde Verbesserung der Lage erzielt werden. Das siegreiche Heer kehrte nach seinen Erfolgen in die Heimat zurück. Die mittelalterliche Staatsorganisation bot keine Gelegenheit, die besetzenden Truppen längere Zeit auf fremdem Boden zu halten, schon aus dem Grunde nicht, da zu ihrer Er-

haltung längere Zeit hindurch der Staat nicht genug Einkommen hatte. Das war die Ursache, daß die glänzenden Erfolge kaum an der Lage etwas änderten, solange die Türken auf europäischem Boden ihren Besitz bewahren konnten. Die walachische Wojwodenschaft unterwarf sich zwar schon nach der Hermannstädter Schlacht von neuem und auch Serbien wurde befreit, doch es konnte kein Zweifel bestehen, daß diese Staaten auf ihre eigene Kraft verlassen, auf den ersten türkischen Angriff hin wieder denselben sich unterwerfen mußten.

Dennoch begrüßten die Fürsten Europas den ob seines Heldenmuts gefeierten jungen König mit lebhafter Begeisterung. Der Papst selbst stellte sich an die Spitze einer Bewegung, welche die Vertreibung der Türken aus Europa zu ihrem Losungswort machte. Die Kurie sendete einen besonderen Legaten, Julian Cesarini, zu Wladislaw, um ihn für den Plan zu gewinnen. Selbst der Gegensatz zwischen Wladislaw und Friedrich III. sollte geschlichtet und ganz Europas Hilfe zu dieser Unternehmung in Anspruch genommen werden. Die europäische Türkenherrschaft geriet tatsächlich in eine kritische Lage. Die in Kleinasien entstandene Empörung hielt die Heere des Sultans Murad einstweilen ganz außerhalb Europas gefesselt. In dieser bedrängten Lage stellte der Sultan einen Friedensantrag: er verzichtete auf Serbien, anerkannte die ungarische Oberherrschaft über die walachische Wojwodenschaft, versprach sogar Waffenhilfe zu jedweden Kriege des Königs Wladislaw. Auf dieser Grundlage kam im Jahre 1444 in Szegedin (Szeged) der Friede zustande.

Julian Cesarini, der beim Friedensschlusse den Eid

dem König abnahm, konnte sich aber mit dieser Wendung nicht befreunden, und wendete seine ganze Kraft daran, den König zu einem neueren offensiven Feldzug zu bewegen. Er überredete ihn mit dem Versprechen einer bedeutenden Unterstützung verschiedener fremder Mächte. Angeblich sollte Venedig eine Flotte abgeschickt haben, um das Überschreiten der Türken aus Kleinasien nach Europa zu verhindern; Georg Castriota, der Fürst Albaniens, der längere Zeit in türkischer Gefangenschaft verbrachte, und ein erbitterter Türkenfeind war, versprach ebenfalls Hilfe im Falle eines Balkanfeldzuges, zu dem auch der serbische Despot Georg Brankovics drängte. Der Kardinal führte den Beweis, daß das gegebene Wort den König einem Ungläubigen gegenüber nicht binde, entband ihn seines Eides, ja er betonte, daß Wladislaw gar kein Recht gehabt hätte, den Frieden zu schließen. Hunyadi war nicht für den Friedensbruch: er bezweifelte die Hilfe des Auslandes, während er die Wehrkraft des Landes noch nicht vorbereitet fand, um mit ihr die Türken neuerdings zu schlagen. Julian Cesarini gelang es dennoch, seiner Aufforderung Geltung zu verschaffen, und so wurde der Feldzug noch im Jahre 1444 begonnen.

Die Truppen zogen, um das Balkangebirge zu umgehen, in der Donauniederung vorwärts und wollten an der Küste des Schwarzen Meeres ihren Weg nach Konstantinopel fortsetzen. Ihr Unternehmen wurde aber eben durch Georg Brankovics, der die Rache der Türken befürchtete, dem Sultan verraten. Er war es auch, der den Anschluß des Georg Castriota an das ungarische Heer verhinderte. Auf diese Weise bekam das ungarische Heer nur von den Walachen Hilfe,

deren Land es durchzog. Murad schloß bei der Nachricht des Angriffes in Klein-Asien plötzlich Frieden und brachte sein Heer auf von Genuesen gepachteten Schiffen nach Europa zurück. Er erwartete den Angriff in derselben Richtung, wo er auch im Vorjahre erfolgt war, und geriet so in seinem Vormarsch dem ungarischen Heere hinter den Rücken. Hunyadi gewahrte erst die Gefahr, als die türkischen Lagerfeuer schon hinter dem Rücken des ungarischen Heeres sichtbar wurden. Er errichtete also in der Nähe der Meeresküste, bei Varna, eine Wagenburg und ließ sich am 10. November in eine Schlacht ein. Er schlug auch die am linken Flügel angreifenden Türken zurück. Inzwischen geriet der rechte Flügel in große Gefahr, doch Hunyadi rettete ihn mit Hilfe des Königs und entschied den Kampf auch hier zugunsten der Christen. Selbst im Zentrum erzielte die ungarische Reiterei schöne Erfolge. Sogar die Janitscharen waren schon in Auflösung, als der junge König und seine polnischen Scharen sich an diesem Punkte in den Kampf mengten. Das Handgemenge tobte schon unmittelbar um das Zelt des Sultans, als der waghalsig vorwärtsdringende junge König erstochen und sein Haupt auf eine Stange aufgepflanzt wurde. Sein Tod erregte furchtbaren Schrecken. Das Heer löste sich auf und floh größtenteils in die Wagenburg. Infolge der entstandenen Panik konnte Hunyadi den Gang des Kampfes nicht mehr ändern und floh nach der verlorenen Schlacht samt seinem Gefolge gegen die Walachei. Den anderen Teil des Heeres in der Wagenburg erstürmten die Türken den folgenden Tag. In diesem Blutbad fand auch Julian Cesarini seinen Tod.

Die Niederlage bei Varna bedeutete infolge des Todes des Königs eine große Katastrophe für Ungarn. Es erfolgte nicht nur eine ungünstige Wendung in der Außenpolitik, sondern auch die Eintracht, die vier Jahre hindurch Ungarn ein einheitliches Vorgehen ermöglicht hatte, war geschwunden. Die seit Sigismunds Zeiten übermächtig gewordene Oligarchie vermochte nicht, die Interessen des Landes über ihre selbstsüchtigen Zwecke zu erheben. Das Wetteifern zwischen Wladislaw und Elisabeth bot eine günstige Gelegenheit dazu, daß die Oligarchen ihre Lasten abschütteln konnten. Giskra hatte in Oberungarn schon eine wahrhaft selbständige Macht erlangt; nach der Niederlage bei Varna löste sich alle Ordnung auf, da die Verwirrung auch noch durch die Unsicherheit gesteigert wurde. Wladislaws Getreue verkündeten nämlich, daß der König nicht gefallen, sondern nur geflohen sei, und darum ließ sich einstweilen die Thronfrage nicht lösen. Übergangsweise betrauten also die Stände sieben General-Reichskapitäne mit der Regierung des Landes. Auch Hunyadi befand sich zwar unter ihnen, doch an seiner Seite nahm auch Giskra und der unbändigste Raubritter Pancratius Szentmiklósi je einen Platz ein. Diese General-Reichshauptleute flochten fortwährend Ränke gegeneinander, und die Willkür einiger überstieg alle Grenzen. Dieser innere Zwist war aber um so gefährlicher, als nach Varna die Balkanfürsten, um den Sultan zu versöhnen, der Reihe nach sich von Ungarn abwandten. Der walachische Wojwode Drakul nahm sogar Hunyadi auf seiner Flucht gefangen, um sich dadurch bei den Türken Verdienste zu verschaffen.

Aus der allgemeinen Verwirrung, die der selbst-

süchtige Kampf der Oligarchen über das Reich brachte, wurde dieses durch den zahlreichen Kleinadel befreit. Als dieser nach Ablauf der einjährigen Herrschaft der General-Reichskapitäne sich von Wladislaws Tode überzeugte und man über die Umgestaltung der Regierung verfügen mußte, anerkannten die sämtlichen Stände im Interesse der inneren Ordnung — obwohl neue Thronprätendenten auftraten — das Erbrecht Ladislaus V. (1445—1457) an. Da aber Kaiser Friedrich III. seinen Mündel nicht ausliefern wollte, mußte man auch weiterhin eine interimistische Regierung aufstellen. Da erschien der Kleinadel, um das Land vor den Übeln der oligarchischen Regierung zu bewahren, in großer Menge am Reichstage von 1446 und erwählte für die Zeit der Abwesenheit Ladislaus V. Hunyadi zum Reichsverweser, ihm einen Rat von zwölf Herren an die Seite stellend, die infolge des siegreichen Kleinadels zur Hälfte aus dessen Mitte gewählt waren.

Mit Hunyadis Regierung wäre die Leitung der Angelegenheiten des Reiches in gute Hände geraten, doch die seit Sigismunds Zeit überhand nehmenden Gegensätze und Verwirrungen wurzelten viel tiefer, als daß dieser hervorragende Mann ihrer Herr hätte werden können. Seine Macht wurde auch schon durch den Reichstag eingeschränkt. Da er zum Kleinadel gehörte, sahen die alten Magnatenfamilien, besonders die der Garay, Héderváry, Ujlaky und der Grafen von Cilli in ihm nur einen emporstrebenden Parvenue und fühlten tiefen Haß gegen ihn. Damit Hunyadi die Grundbedingungen zu einer ruhigen Regierung schaffe, bekleidete er die Hauptwürden mit diesen mächtigen Herren in der Hoffnung, daß es ihm dadurch gelingen

würde, sie für seine Politik zu gewinnen. Die heimlichen Gegensätze blieben dennoch bestehen und lähmten immer in den höchst kritischen Momenten die Macht des Gouverneurs. Dieser konnte auf diese Weise weder im Inneren des Reiches noch auswärts seinen Willen frei zur Geltung bringen.

Zuerst trat er gegen Kaiser Friedrich III. auf, der gleich nach Wladislaw's Tode im Jahre 1445 die Burgen an der Westgrenze, darunter Güns (Köszeg), Rechnitz (Rohoncz) und Schlaining (Szalonak) besetzt hatten. Der Kaiser war schon damals bestrebt, den Besitz Ungarns für seine Familie zu erwerben und wollte deshalb sich den Einmarsch ins Land sichern, um im Falle einer neueren Königswahl mit seinem Heere schnell erscheinen zu können. Sein jüngerer Bruder hatte schon früher von der im Aussterben begriffenen gräflichen Familie von Fraknó Eisenstadt (Kismarton), Kobelsdorf (Kabold) und Forchtenstein (Fraknó) in Pfand genommen und überließ sie später ebenfalls dem Kaiser. Hunyadi wollte ihm diese Burgen entreißen und drang auch siegreich bis Wiener-Neustadt vor, konnte aber infolge der zähen, ausdauernden Politik Friedrichs schließlich keine größeren bleibenden Erfolge erzielen.

Dem Balkan konnte er nur einige Jahre später seine Aufmerksamkeit zuwenden. Er vertrieb zwar den Wojwoden Drakul, der den Türken gehuldigt hatte, und setzte statt seiner Dan ein, hat aber dadurch im Süden keine wesentliche Änderung hervorgerufen. Als er sich im Jahre 1448 zu einem neuen Feldzug entschloß, konnte er nur auf walachische Hilfe rechnen. Der Zusammenstoß zwischen dem ungarischen und türkischen

Heere erfolgte diesmal in Südserbien am Amselfeld (Kossovopolje). Die Schlacht währte zwei Tage lang; den Ungarn gelang es schon, bis zum türkischen Lager vorzudringen, als eine Schar Türken, den Sitnica-Fluß durchwatend, dem ungarischen linken Flügel in den Rücken geriet. Diese Wendung verleitete das 4000 Mann starke walachische Heer zur Fahnenflucht und entschied damit die Schlacht. Hunyadi mußte wieder fliehen und bei dieser Gelegenheit fiel er dem Despoten Brankovics in die Hände, der ihn nur auf das Dringen des Reichstages frei ließ. Die große Abrechnung mit den Türken ist also auch diesmal nicht gelungen, obwohl das ungarische Heer auch ohne ausländische Hilfe die Türken diesmal vor eine bedeutend größere Aufgabe stellte, als in der Schlacht bei Varna. Die Türken selbst erlitten große Verluste und konnten das geschlagene Heer nicht verfolgen.

Unter Hunyadis Leitung hatte nämlich die technische Ausrüstung des Heeres große Fortschritte aufzuweisen. Hunyadi übernahm sehr vieles von der damals sehr berühmten Kampfweise der Hussiten, besonders was die Ausrüstung ihrer Wagen und die Wagenburg betrifft. Doch auch in der Anwendung der Feuerwaffen erfolgte ein großer Fortschritt. Der Reichsverweser, der nach der Schlacht bei Varna zu der Überzeugung gelangt war, daß Ungarn nicht auf die Hilfe des Auslandes bauen könne, war nun bestrebt, daß es durch eigene Kraft den Türken begegnen könne. Die Bänderialorganisation bot wenig Gelegenheit zur Steigerung des Heeres und zur Erhöhung seiner Kriegsfähigkeit, besonders außerhalb der Reichsgrenze. Doch Hunyadi half diesem Umstande in der

Weise ab, daß er die zu Sigismunds Zeiten eingeführte außerordentliche Kriegssteuer als Reichsverweser fast von Jahr zu Jahr einheben ließ und die dadurch geschaffenen finanziellen Mittel zur Erhaltung von Söldnern verwendete. Diese Söldnermiliz war als Bannerium des Reichsverwesers um so wertvoller, als sie Hunyadi ohne jedwede Einwendung nach seinem Gutdünken wann und wo immer in Anspruch nehmen konnte. Auch die Johanniter, die immer getreu erschienen, wenn der Gouverneur seine Kraft in die Wagschale werfen wollte, waren eifrige Stützen seiner türkenfeindlichen Politik. Die Schlacht am Amselfeld war sozusagen eine Kraftprobe, ob Hunyadi mit einem auf diese Weise organisierten Heere die Verwirklichung seiner hochfliegenden Pläne erreichen könnte. Der Erfolg bewies, daß selbst diese Reformen nicht genügten, um, allein auf die neuorganisierte Wehrkraft gestützt, die Türken aus Europa zu verjagen.

Selbst im Reiche gab diese Wehrkraft Hunyadi keine Gelegenheit der Bestrebungen seiner Widerparten Herr zu werden. Im Inneren des Landes konnte er nur von einem geringen Teil seiner militärischen Macht Gebrauch machen, denn wenn er sich mit den Türken auch in keinen größeren Krieg einließ, konnte er ihren kleineren Angriffen gegenüber die Südgrenze nie ohne kräftigen Schutz lassen. Der größte Teil seiner militärischen Macht war dort gebunden, wodurch sein erfolgloses Vorgehen gegen Giskra erklärt wird. Giskras Macht in Oberungarn bereitete ihm aber große Sorgen. Zu Anfang seines Waltens war Giskra noch der Hüter des Gesetzes, später aber verlor er die Macht über seine zügellosen böhmischen Söldner, deren wüstes

Treiben das Leben in Oberungarn immer mehr lähmte. Als sich Hunyadi gegen ihn kehrte, wurde er von den Magnaten nicht unterstützt, erlitt sogar im Jahre 1451 eine Niederlage und konnte den Böhmen nur einige Festungen nehmen.

Zur Sanierung der inneren Übel wollte er sich also eine freie Hand sichern und kam schon im Jahre 1450 mit Kaiser Friedrich III. überein, daß er Ladislaus und die Grenzbürgen bis 1458 in seinen Händen lasse und im Jahre 1450 nahm er auch den Friedensantrag der Türken an. Jedoch die politische Lage hat sich schon im Jahre 1452 wesentlich geändert. Das Schicksal des Königs Ladislaus V. beschäftigte auch schon seine übrigen Länder. In Böhmen gelangte die Regierung Georg Podjebrad in die Hände, der ebenfalls für nationale Zwecke kämpfte, dann aber mit Kaiser Friedrich Frieden schloß. Die Vormundschaft des Kaisers über Ladislaus wurde nur von Österreich anerkannt, wo aber unter Führung Ulrich Eizingers eine starke Partei entstand, die mit Entschiedenheit Ladislaus' Freilassung forderte. Im Interesse dieses Ziels verbündeten sich Hunyadi und die ungarischen Stände, ja sogar ein Teil der Böhmen mit den Österreichern, und zwangen Friedrich im Jahre 1452 zur Ausfolgung des jungen Königs. Ladislaus V. kam auf diese Weise nach Wien, wo sein Oheim mütterlicher Seite, Graf Ulrich von Cilli, für seine Erziehung sorgte und statt seiner die Regierungsgeschäfte leitete. Hierdurch trat aber keine wesentliche Änderung in Ungarns Regierung ein. Hunyadi legte zwar die Würde eines Reichsverwesers in die Hände des Königs nieder, doch dieser betraute ihn auch weiterhin mit der Leitung. Nur in-

sofern änderte sich die Lage, als der König jetzt schon unter dem Einflusse Ulrich von Cillis stand, der als Hunyadi's Erbfeind die Feinde der Familie Hunyadi stets unterstützte. Charakteristisch sind für diese Zeit — nicht allein in Ungarn, sondern auch in den Nachbarländern — die Familienverträge, durch die die mächtigen Feudalherren die Interessen ihrer Familien zu befördern suchten. Auch Hunyadi versuchte auf diese Art seine Feinde zu entwaffnen, die sich trotzdem auch mit Czillei verbündeten und eine tiefe Spaltung zwischen dem König und Hunyadi hervorriefen, die kaum zu überbrücken war.

Unter solchen ungünstigen Verhältnissen traf Ungarn die Erneuerung der südlichen Gefahr. Im Jahre 1453 eroberte Sultan Mohammed II. Konstantinopel und konnte sich nach diesem Erfolge als den Herrn des Balkans betrachten. Der türkisch-ungarische Gegensatz mußte sich also verschärfen; der Sultan ließ unter seiner persönlichen Leitung ein Heer gegen Ungarn ausrüsten. Schon im folgenden Jahre 1454 drang also Hunyadi mit Brankovits vereint zur Vorbeugung der Gefahr in Südserbien ein und schlug dort ein türkisches Heer; dann drang er im Donautal bis Viddin, von wo er jedoch vor dem herannahenden Sultan umkehren mußte. Unter dem Eindrücke des allgemeinen Entsetzens, das durch den Sturz Konstantinopels damals ganz Europa erregte, tauchte wieder der Gedanke eines europäischen Feldzuges auf. Man sprach überall darüber, und der Papst war auch eifrig bestrebt, die Herrscher zu bewegen, und ermunterte Ungarn durch seine Versprechungen. Dennoch griffen die Türken an.

Im Jahre 1456 marschierte das Heer des Sultans zur

Erstürmung Belgrads auf, das an Ungarn abgetreten war und eine ungarische Besatzung hatte. Die versprochene europäische Hilfe blieb aus, nur ein begeisterter Franziskanermönch, Johann Kapistran, verkündete mit Erfolg das Kreuz in den Nachbarländern und brachte eine größere Anzahl von ungarischen, deutschen und böhmischen Bauern in Hunyadis Lager, obwohl sie nur sehr armselig, zumeist nur mit Sensen bewaffnet waren. Belgrad wurde durch Hunyadis Schwager, Michael Szilági verteidigt. Hunyadi suchte in die belagerte Festung von der Donau aus Hilfe zu bringen, sollte aber durch die Flotte der Türken daran verhindert werden. Am Wasser siegten aber die ungarischen Brigantinen, Hunyadi drang in die Festung ein, während Kapistran mit seinen Kreuzfahrern auf dem jenseitigen Saveufer sein Lager aufschlug. Dennoch gelang es den Türken, die untere Stadt zu erobern und sie stürmten auch die Festung mit Erfolg. Die Gräben verstopfend, bereiteten sie sich schon zum entscheidenden Sturm vor. Da wurden aber die Dämme der Gräben unter den Anstürmenden angezündet, was Kapistrans Kreuzfahrer so sehr begeisterte, daß sie über die Stürmenden herfielen. Infolge der erbärmlichen Rüstung der Kreuzfahrer war die Lage höchst kritisch, da stürzte Hunyadi aus der Festung, um Kapistran Hilfe zu bringen. Im blutigen Straßenkampfe erlitten die Türken eine vollständige Niederlage und selbst ihr südöstlich von der Stadt gelegenes Lager wurde durch Hunyadi erobert. Die Festung war also befreit, die Türken hatten eine große Niederlage erlitten. Ganz Europa feierte die siegreichen Feldherren mit lebhafter Begeisterung. Der Papst verfügte, daß

das Andenken des Sieges, der das Christentum wieder von seiner Bedrängnis gerettet hatte, in den sämtlichen Kirchen der christlichen Welt mit dem Mittagsgeläute des Angelus in aller Ewigkeit gefeiert werde. Jedoch Ungarn mußte für diesen Sieg teuer bezahlen; im Lager brach die Pest aus, der Hunyadi samt Kapistran zum Opfer fiel.

Der Tod des großen Feldherrn bedeutete den Triumph des Grafen von Cilli und der mit ihm verbündeten Magnaten. Der König überhäufte zwar Hunyadis Sohn Ladislaus mit seinen Gnadenbezeugungen, doch die höchsten Würden des Reiches wurden durch Hunyadis Feinde besetzt. Auf Anregung Ulrichs von Cilli zog der König mit Truppen vor die Mauern des befreiten Belgrad, um die Festung von Ladislaus Hunyadi zu übernehmen. Dieser Schritt erregte aber bei den Anhängern der Hunyadis ein offenes Mißtrauen gegen den Grafen von Cilli. Ladislaus Hunyadis Gefolge metzelte Cilli in der Festung nieder. Den blutjungen König wollte man zwar beruhigen und Ladislaus V. versprach auch in Temesvár auf Vermittlung der Witwe Johann Hunyadis ihren Söhnen, daß ihnen kein Leid geschehen werde. Ja, er nahm sie sogar an Kindesstatt an, doch ließ er sie bald darauf nach Ofen rufen, wo er auf den Rat seiner Umgebung Ladislaus hinrichten, dessen jüngeren Bruder, Matthias ins Gefängnis werfen ließ. Diese Hinrichtung erregte großes Mißfallen im Lande, besonders bei dem Kleinadel, der unter Johann Hunyadis Regentschaft in der Familie Hunyadi den mächtigen Oligarchen gegenüber ihren Beschützer zu sehen gewohnt war. Der Kleinadel begann sich im ganzen Lande zu rühren, und der König

flüchtete vor der revolutionären Stimmung nach Prag, wo er kurze Zeit darauf starb (1457).

Nach seinem Tode kam es wieder zu einer Königswahl und da der Kleinadel sich gleich nach Ladislaus' Hinrichtung organisierte, wurde die Wahl durch diesen Faktor entschieden. Seit der Regierungszeit des Königs Sigismund hatten die verschiedenen fremdgebürtigen Könige sich nur kurze Zeit in Ungarn aufgehalten, die allgemeine Stimmung forderte daher die Erwählung eines nationalen Königs. Die Ansichten der Magnaten gingen aber auseinander; ihre Kandidaten waren der Polenkönig Kasimir IV., Herzog Wilhelm von Sachsen und Kaiser Friedrich III., aber auch in ihren Reihen fanden sich, die ihre eigene Erwählung erhofften. Diesen Bestrebungen gegenüber stellte der Kleinadel den Sohn seines alten Führers, den im Prager Gefängnis schmachtenden Matthias Hunyadi als Kandidaten auf. Auch der Palatinus Garay schloß sich ihnen an, der sich noch vor Eröffnung des Reichstages mit der Familie Hunyadi versöhnte und unter der Bedingung, daß Matthias ihm verzeihen und seine Tochter heiraten werde, auch seinerseits Matthias' Erwählung unterstützte. Die Vereinbarung am Reichstage für die Wahl Matthias' kam schon den 23. Januar zustande. Als aber die in der Ofner Burg beratenden Magnaten mit der Verkündung säumten, zog der Adel tags darauf von Rákos auf das Eis der zugefrorenen Donau und rief dort Matthias zum König aus.

Mit Matthias Hunyadi (1457—1490) gelangte nach langer Zeit wieder ein nationaler König auf Ungarns Thron; um diesen aber zu ersteigen, mußte er noch viele Hindernisse überwinden. Die Magnaten forderten

Amnestie für die Feinde der Familie Hunyadi und wünschten, die Regierung bis zur Großjährigkeit des Königs auf seinen Oheim Michael Szilágy zu übertragen. Inzwischen hatte aber Podjebrad, der die ungarischen Ereignisse erfuhr, seinen Häftling freigelassen und mit seiner eigenen Tochter verlobt. Als Matthias von einer glänzenden Gesandtschaft nach Hause gebracht wurde, dachte sich der junge Herrscher durch sein eigenes Versprechen mehr verbunden, als durch das Übereinkommen, das seine Mutter und sein Oheim geschlossen hatten. Er schüttelte auch Szilágys Vormundschaft ab und nahm die Leitung der Dinge selbst in die Hände. Diese Wendung veranlaßte aber die Feinde der Hunyadis dazu, daß sie ein Jahr nach der Erwählung Matthias' in Wiener-Neustadt Kaiser Friedrich III. zum ungarischen Könige ausriefen. Selbst Szilágy verband sich mit Garay und Ujlaky, worauf ihn Matthias in Haft nahm. Mit Friedrich kam es aber zu einem Krieg.

Die Parteien versöhnten sich erst im Jahre 1463 auf Fürsprache Papst Pius II. Der Kaiser lieferte damals um 80 000 Dukaten die Stephanskronen und die von der Königin Elisabeth zum Pfand bekommene Stadt Oedenburg aus. Die übrigen Grenzstädte und Grenzfesten: Eisenstadt, Kobelsdorf, Forchtenstein, Güns und Rechnitz beließ man laut der Vereinbarung einstweilen in den Händen Friedrichs und seiner Nachkommen gerader Linie, indem man besonders bezüglich der Festen Forchtenstein und Kobelsdorf die Bedingung stellte, daß Matthias diese vor Friedrichs Tode nicht wieder einlösen könne. Der König Matthias sowie die Stände hatten sich auch verpflichtet, Friedrich, resp.

seine Nachkommen im Besitze dieser Orte bis zur erledigten Wiedereinlösung ihren rechtmäßigen Eigentümern gegenüber zu beschützen. Sie schlossen auch einen Erbvertrag, der, im Falle Matthias ohne männlichen Erben sterben sollte, die Krone Kaiser Friedrich, resp. seinen Nachkommen zusicherte. Diese schweren Bedingungen, die Matthias annahm, werden durch die schwierigen Umstände erklärt, mit denen er zu Anfang seiner Regierung zu kämpfen hatte. Die unzufriedenen Herren setzten sich sogar mit Podjebrad in Verbindung. Die Burgen mußten von den Hussiten Giskras mit Gewalt genommen werden. Die Türken besetzten die Walachei und Bosnien. König Matthias konnte sich erst nach dem 1463er Frieden gegen diese Seite wenden. Damals schlug er die Türken in Serbien, später bei Jaice und eroberte das nördliche Bosnien zurück. Erst nach diesen Siegen ließ er sich im Jahre 1464 zum Könige krönen.

In Matthias sah ganz Europa in erster Linie den Sohn des Türkenbesiegers, Hunyadi. Auch der Papst setzte sich für seine Erwählung ein, da er sich der Hoffnung hingab, daß mit seiner Hilfe es gelingen werde, die Türken aus Europa zu vertreiben. Er rief nach Mantua einen Kongreß zusammen, um die Mächte zu einem Kreuzzuge zu bewegen; dieser Kongreß löste sich jedoch unverrichteter Dinge wieder auf. Matthias' Versuche, im deutschen Reiche eine Hilfe zu erlangen, blieben ebenfalls ohne Erfolg. Die vielen erhaltenen Versprechungen schrumpften schließlich auf eine Geldunterstützung des Papstes zusammen. Auch diesmal, gerade wie zu Zeiten Johann Hunyadis, konnte man auf keine ernstere Mithilfe Europas hoffen. Matthias,

der gar wohl wußte, daß die großen Pläne seines Vaters nur deshalb mißglückt waren, weil es ihm an gehörigen Kräften ermangelt hatte, wollte sich unter solchen Umständen solange nicht den Türken gegenüber zu einem entscheidenden Schritte entschließen, bis er nicht mit entsprechender Kraft auftreten könne. Zur Verschaffung dieser standen ihm zwei Wege offen: die Reform der ungarischen Heeresorganisation und die Erwerbung der Außenhilfe durch die Erlangung fremder Kronen. In der letzten Hinsicht gab es gewisse Traditionen.

Seit Sigismunds Zeiten hatte jeder ungarische König auch über andere Länder geherrscht. Die durch Sigismund geschaffene Tradition wendete die Aufmerksamkeit auf Österreich und Böhmen. Albrecht und Ladislaus V. waren auch Könige von Böhmen und Herzöge von Österreich; Sigismund und Albrecht trugen auch die Kaiserkrone. Nur zur Zeit Wladislaw I. wurde diese Verbindung durch die polnische Union abgelöst. Indem in Böhmen nach dem Tode Ladislaus V. in Podjebrads Person ebenfalls ein nationaler Herrscher auf den Thron gelangte, und dieser mit Matthias in Gegensatz geriet, hielt es letzterer nicht für unmöglich, daß er sich Böhmen verschaffen könne. Hier hatte sich der Gegensatz zwischen Hussiten und Katholiken, besonders bei den mährischen katholischen Ständen in einem fort verschärft. Wenn es mit ihrer Hilfe Matthias gelungen wäre, die böhmische Krone zu erwerben, hätte er bei der nächsten Kaiserwahl als Kurfürst eventuell sogar als Kaiser in Betracht kommen können. Solche Verbindungen hätten ihm die Gelegenheit geboten, die Hilfe Böhmens, respektive des Reiches in Anspruch zu

nehmen und jenen Vorteil zu benützen, den Sigismund seinerzeit unbenützt ließ.

Der Papst hatte Podiebrad nur unter der Bedingung anerkannt, daß er die Böhmen zur katholischen Kirche zurückführen werde. König Podiebrad unterstützte jedoch die Hussiten, infolgedessen Papst Paul II. einen Kreuzzug gegen ihn vorbereitete und auch die katholischen Untertanen, die Mährer und Schlesier sich von ihm abwandten. Die Interessen des Papstes und Matthias' begegneten sich also. Selbst Kaiser Friedrich III. verpflichtete sich, Matthias zum Böhmenkönig anzuerkennen und gegen Podiebrad zu unterstützen. Unter solchen Umständen wendete sich Matthias dem Westen zu. Im Jahre 1468 zog er ins Feld und besetzte Mähren, Schlesien und die Lausitz. Die Katholiken erwählten ihn zum König und nahmen den Sohn des Königs Podiebrad gefangen. In dieser bedrängten Lage, um die Selbständigkeit seines Landes zu retten, ließ sich Podiebrad herbei, Wladislaw, den Sohn des Polenkönigs Kasimir zu seinem Nachfolger zu bestimmen. Als Podiebrad starb, bestieg Wladislaw im Jahre 1471 den Thron, wodurch die Position Matthias' in Böhmen stark geschwächt wurde, da zwischen den Katholiken ein Zwiespalt entstand, Matthias also nicht mehr auf die Unterstützung sämtlicher Katholiken rechnen konnte und selbst Friedrich III., sein Wort brechend, zu Wladislaws Partei überging.

Da schwebte selbst Matthias' Thron in Gefahr. Seine starke Hand mißfiel besonders den Magnaten, und der böhmische Feldzug war auch unpopulär. Die Unzufriedenen riefen Kasimir, den zweiten Sohn des gleichnamigen Polenkönigs in das Land. Plötzlich jedoch er-

schien Matthias unter ihnen und als ob er nichts wüßte, überhäufte er die Verschwörer mit den höchsten Auszeichnungen. Auf diese Weise blieb Kasimir allein und war gezwungen, abzuziehen. In Böhmen ruhten zu dieser Zeit die Waffen zwei Jahre lang. Im Jahre 1474 eilte aber auch der alte König Kasimir seinem Sohne zu Hilfe. Matthias hatte nur ein geringes Heer im befestigten Lager zu Breslau, doch seine leichte Reiterei nahm die Proviantransporte des Feindes, so daß dieser schließlich gezwungen war, einen Waffenstillstand zu erbitten, vor dessen Ablauf auch der Friede (1478) zustande kam. Im Sinne der Vereinbarung teilten sie den Besitz untereinander auf. Wladislaw behielt Böhmen, Matthias hingegen Mähren, Schlesien und die Lausitz, die sich Wladislaw vorbehielt, nach dem Tode Matthias' um 40 000 Dukaten zurückkaufen zu können.

Durch den böhmischen Feldzug wurde Matthias auch mit Friedrich in einen neuen Krieg verwickelt. Das Bestreben des Königs, wenigstens zu Lebzeiten die Macht über Böhmen zu erhalten, wurde durch den Kaiser vereitelt, als er das Land wider sein Versprechen Wladislaw übertrug. Matthias war damals schon jahrelang in gespanntem Verhältnis mit dem Kaiser, der ihn in Böhmen nicht in dem Maße unterstützte, wie er es versprochen hatte. Im Jahre 1477 wendete sich Matthias, in Böhmen freigeworden, gegen den Kaiser, erstürmte Wien und drang sogar an der Donau bis Linz vor. Infolgedessen war der Kaiser gezwungen, seine frühere Politik zu widerrufen, Matthias als König anzuerkennen, auf den Titel eines ungarischen Königs für seine Person zu verzichten und sich außerdem zu verpflichten, Matthias 100 000 Dukaten als Kriegsent-

schädigung zu zahlen, wenn dieser ihm die besetzten Gebiete zurückgäbe, sowie Matthias' Schwager bei der Erwerbung des Herzogtums Mailand behilflich zu sein. (Friede von Gmunden 1477.) Diese Bedingungen wurden jedoch von Friedrich nicht eingehalten, worauf sich ein neuer Krieg entspann. Im Jahre 1485 eroberte König Matthias Wien, ja er unterwarf sogar Steiermark und wollte sich zum römischen König erwählen lassen. Er wurde nur durch seinen am 6. April 1490 in Wien erfolgten frühen Tod an der Durchführung seiner Pläne verhindert.

Matthias' westliche Politik blieb also schließlich fruchtlos. Seine Untertanen, die die Pläne des Königs nicht durchschauten, erhoben die Anklage gegen ihn, daß er die türkische Frage vernachlässigt habe. Die Türken drangen, günstige Gelegenheiten ergreifend, zu wiederholten Malen in das Land, griffen zu Anfang des schlesischen Krieges auch Großwardein (Nagyvárad) an und am Ende der sechziger Jahre streiften sie öfters in der Umgebung der Drau herum. Wenn es auch schien, als ob der König sich mit der Türkengefahr nicht abgebe, vernachlässigte er diese Frage doch nicht im mindesten, wenn er auch keine großzügige Offensive ergriff. Im Jahre 1476 nahm er aber persönlich an der Eroberung von Šabac (Szabács) teil und im Jahre 1479 trugen seine Feldherren bei Kenyérmező in Siebenbürgen (bei Broos) einen glänzenden Sieg davon. Ja er unterstützte sogar die Vasallenländer. Seine Truppen verjagten die Türken im Jahre 1476 aus der Moldau, worauf der walachische Wojwode ihn wieder als seinen Lehensherrn anerkannte. Im Jahre 1479 drang Kinizsi, der Sieger bei

Kenyémezö in Serbien bis Kruševac vor und im Jahre 1481 sendete Matthias auch den Italienern Hilfe zur Befreiung von Otranto. Nur von der Offensive hielt er sich zurück, im Bewußtsein, daß er nicht im Besitz der Mittel war, die zum Erfolg erforderlich sind.

Matthias fehlte übrigens im allgemeinen der aggressive Geist seines Vaters. Die kriegswissenschaftlichen Werke seiner Bibliothek verwiesen ihn auf eine ganz andere Richtung. Neben den Werken über die technischen Errungenschaften der Zeit (Valturius, Sartinus) beschäftigte er sich mit Vorliebe mit den Taktikern des Altertums — besonders mit Vegetius, — der in seinem Werke immer betonte, daß der gute Feldherr sein Heer nicht aufs Spiel setzen dürfe, und wenn er durch gute Positionen nicht zum Ziel komme, eher zögern und mit der Zögerung einen geeigneten Augenblick abwarten, die gewaltsame Entscheidung aber vermeiden sollte. Dieses wissenschaftliche Studium der Kriegsführung und die vielen Kosten, die er zur Organisation und Erhaltung seines Heeres verwendete, bewogen Matthias zu einer sehr vorsichtigen Kriegsführung. Er ließ sich in keine großen Schlachten ein, in seinen langwierigen Kriegen gab es wenig hervorragende Ereignisse und die durch gute Positionen erreichten Wendungen wurden zumeist mit Hilfe seiner Diplomaten zur Erzwingung günstiger Übereinkommen benützt. Aus dem Kreise der humanistisch gebildeten Prälaten und Magnaten erzog er sich eine ganze Reihe von geübten und gewandten Diplomaten, die bei verschiedenen Höfen in immer neuen Angelegenheiten verwendet wurden. Er hatte lebhaftes Ver-

bindungen mit den Hohenzollern und besonders mit Karl dem Kühnen von Burgund. Zur Beförderung seiner Türkenpolitik machte er Schritte beim Papst, damit dieser den in Rom internierten türkischen Thronprätendenten, den Prinzen Djem ihm ausliefere.

Die mächtigste Stütze seiner Außenpolitik jedoch war sein ständiges Heer. Seit dem Momente seiner Thronbesteigung suchte er die Wehrkraft seines Reiches immer mehr zu steigern und schon in den ersten Jahren hob er die Zahl der Grundmiliz beinahe aufs Doppelte, dann aufs Dreifache, und zwar so, daß je ein Höriger nicht nach dreißig, sondern nach zwanzig, später aber nach zehn Höfen zur leichten Reiterei herangezogen wurde. Diese leichte Reiterei und die schwere Reiterei der Banderien ergänzte er — um die Macht der Janitscharen eindämmen zu können — durch eine Infanterie, die aus Giskras besieigten Hussiten geworben wurde. Diese Infanterie wurde zu einem beständigen Söldnerheer organisiert, das später das „Schwarze Heer“ benannt wurde. Die Artillerie wurde zu einer hohen Stufe ausgebildet, außerdem wurden Genietruppen und eine Donauflottille aufgestellt. Auf diese Weise verfügte König Matthias zu Kriegszeiten in jedem Falle stets über etwa 30000 Mann. Das Söldnerheer aber und die Grundmiliz machten ihn zumeist von der Insurrektion der Adelligen unabhängig. Das auf diese Weise geschaffene Heer stand im damaligen christlichen Abendlande einzig da und überragte seiner Zahl nach das einzige ständige Heer, das ein christlicher Herrscher des Abendlandes, der französische König Karl VII. noch vor Matthias aufgestellt hatte.

Die Erhaltung des ständigen Heeres war jedoch für den Staat mit schwierigen Aufgaben verbunden. Zur Erhöhung des Einkommens mußte König Matthias die ganze Verwaltung, besonders aber die Finanzen umgestalten. Die moderne Staatsorganisation begann sich auch anderen Orts erst zu dieser Zeit herauszugestalten, unter den günstigsten Umständen in Burgund, dessen Neuerungen später auch die übrigen Länder Europas sich zum Vorbilde nahmen. König Matthias konnte sich noch nicht auf solche Erfahrungen stützen. Zur Herbeischaffung der nötigen materiellen Mittel machte er mit den verschiedensten Neuerungen Versuche. Mit Verletzung der ungarischen Verfassung hob er sogar von der der Steuer entzogenen höheren Geistlichkeit schwere Steuern ein. Die außerordentliche Kriegssteuer, die schon sein Vater in hohem Maße zur Erhaltung seines Söldnerheeres verwendete, ließ er beständig einheben. Seine wesentlichste Reform aber bestand darin, daß er die Steuer- und Zollprivilegien aufhob und eine größere Gleichheit der finanziellen Lasten schuf. Dies geschah derart, daß er den Namen sowohl der Grundsteuer als auch den der Zölle abänderte, obwohl er ihre Taxen und ihre Verwaltung im wesentlichen beim alten beließ. Auf diese Weise erreichte er, daß die neuen Privilegien auf die neubenannten Lasten nicht bezogen werden konnten, wodurch der Fiskus beträchtliche Einkünfte gewann. Aber auch jene strenge Kontrolle war von großer Wichtigkeit, die er auf dem Gebiete der finanziellen Verwaltung ins Leben rief. Durch diese Mittel gelang es ihm, die Einkünfte auf das Achtfache derjenigen zur Zeit Ladislaus' V. zu erhöhen, so daß unter Europas

Fürsten nur der König von Frankreich und der Herzog von Burgund geordnetere Finanzen hatten.

In der Verwaltung waren nicht so sehr seine Reformen von prinzipieller Bedeutung, sondern eher der Umstand, daß er die Leute mit weitsichtiger Sorgfalt wählte und überall strenge Überwachung einführte. Er überzeigte sich verkleidet in eigener Person davon, ob seine Beamten ihren Pflichten nachkamen. Eine große Anzahl scherzhafter Fälle blieb der Nachwelt erhalten, die den tiefen sozialen Sinn, die Gewissenhaftigkeit und Strenge des Königs bezeugen. Im Kreise der Magnaten konnte er zu keiner wahren Popularität gelangen. Die Lasten, die er ihnen aufbürdete, die Strenge, die er ihnen gegenüber zeigte, gaben oft Gelegenheit dazu, daß sie seine Regierung beanstandeten. Nichtsdestoweniger sah Matthias ein, daß er der militärischen Unterstützung der Magnaten bedurfte und darum ließ er sie dennoch vieler Begünstigungen teilhaftig werden. Im Gegensatze zu den murrenden Magnaten war er der begeistert gefeierte Fürst des Kleinadels und der unteren Volksklassen, in deren Munde es nach seinem Tode sprichwörtlich wurde: „König Matthias starb, aus ist es mit der Gerechtigkeit.“

Ein Hauptbestreben dieses hervorragenden Herrschers war aber die Reform der Rechtspflege und die Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens. Durch dieselben wollte er die großen sozialen Gegensätze, die der Regierung König Sigismunds folgten, und die Gewalttätigkeiten, die während der Zwistigkeiten überhand genommen hatten, bekämpfen. Auch auf diesem Gebiete machte er anfangs verschiedene Versuche, es wechselten den momentanen Situationen entsprechend

gegensätzliche Verfügungen, bis er am Ende seiner Regierung am Reichstage von 1486 eine neue, als ewig geltend geplante Ordnung zum Gesetz machte, die aber nach seinem Tode durch die Selbstsüchtigkeit der unzufriedenen Magnaten zum großen Teil vereitelt wurde.

Unter seiner Regierung waren die Grundlagen einer modernen Staatsordnung in Ungarn, die die Auswüchse des Feudalwesens hätten bändigen und zur einheitlichen Entfaltung der Reichsmacht geeignet sein können, schon in Ausgestaltung begriffen. Dieses Reformwerk ist das größte Verdienst der Herrschaft Matthias Hunyadis, obwohl man gewohnt ist, ihn eher vom Gesichtspunkte jener Tätigkeit zu würdigen, die er auf kulturellem Gebiete entfaltete und wodurch er die Errungenschaften des Humanismus und der Renaissance nach Ungarn verpflanzte.

Infolge einiger italienischer Verbindungen machte sich schon seit Sigismunds Zeiten hier und dort der Einfluß der neuen Kulturströmung in Ungarn geltend. Besonders in Großwardein, an diesem hervorragenden Knotenpunkte der Theißgegend, wo nacheinander mehrere Italiener als Bischöfe und Pröpste wirkten, entstand ein kleiner Hort der humanistischen Wissenschaften, der durch italienische und nordische Gelehrte gern aufgesucht wurde. Diese Traditionen wurden durch den Bischof Johann Vitéz weiter entwickelt, den Hunyadi mit der Erziehung seines Sohnes Matthias betraute. Die Entwicklung des Königs war also schon seit seiner Kindheit durch seinen Vater in die humanistische Richtung gelenkt worden. Nach seiner Thronbesteigung versammelten sich die Humanisten des Aus-

lands besonders um Vitéz herum, der Erzbischof von Gran (Esztergom) wurde. Sie hielten aber auch mit Matthias beständige Verbindungen aufrecht, dem auch die Fremden als allbekanntem freigebigen Mäcen ihre Werke gerne widmeten. Diese neue Richtung kam anfangs weniger der Kunst, als eher den Wissenschaften zugute. Die Kunst verblieb noch einstweilen bei der Gotik; auch der berühmte Königspalast zu Ofen, wo Matthias eine Sternwarte und eine prachtvolle Bibliothek, die weltberühmte Corvina, errichtete, war noch gotisch.

Seine Empfänglichkeit für Wissenschaften lobt besonders die in Preßburg gegründete Universität, die er der Fürsorge des Vitéz anvertraute, und unter deren Professoren auch hervorragende ausländische Gelehrte unterrichteten (z. B. Regiomontanus). Die mit dem König verkehrenden Prälaten huldigten ohne Ausnahme den humanistischen Wissenschaften. Der Bischof von Fünfkirchen (Pécs) errang sich unter dem Namen Janus Pannonius den Ruf eines vorzüglichen Dichters. Der Ofner Propst Karay ließ schon im Jahre 1473 eine Druckerei errichten, wodurch Ungarn in der Buchdruckerkunst Österreich, Spanien und England zuvorkam. Der König jedoch schätzte die prächtig illuminierten Handschriften höher als die gedruckten Bücher. Seine Bibliothek bestand sozusagen ausschließlich aus Handschriften, die er größtenteils in Italien schreiben und durch die hervorragendsten Miniaturmaler z. B. durch Attavante, schmücken ließ.

Der Einfluß der Renaissance-Kunst machte sich aber hauptsächlich seit der Ankunft seiner zweiten Gattin, Beatrice von Arragonien, fühlbar. Einzelne Teile des

königlichen Palastes wurden im Renaissance-Stil weiter ausgebaut oder geschmückt. So waren die Bildhauerwerke im Hofe des Palastes sowie der in Visegrád errichtete neue Palast im Renaissance-Stil gehalten, Baukunst, Bildnerei, Malerei, besonders aber das Kunstgewerbe, hauptsächlich die Goldschmiedekunst, die in Ungarn auch schon früher schöne Traditionen hatte, blühten empor. Die Entwicklung der Kultur kam auch in der Musik stark zur Geltung. Auch schon früher liebte der König den Prunk, er verstand es, durch große Prachtentfaltung die bei ihm erschienenen Gesandten ausländischer Fürsten zu blenden; seit der Ankunft Beatricens blieb aber die höfische Pracht bestehen, das ganze Hofleben wurde mehr zeremoniell. Dies erregte zwar öfters lautes Mißfallen in der Umgebung des Königs, der doch schon seiner Gattin zuliebe die Hofhaltung der kleinen italienischen Fürstentümer nach Ofen und Visegrád verpflanzt hatte. Seinem Beispiele folgten auch die wohlhabenden Prälaten und Magnaten. Die höhere Kultur konnte jedoch wegen ihrer Kostspieligkeit einstweilen nicht in die minder begüterten Schichten eindringen.

Schriftsteller und Künstler, die mit Matthias verkehrten, verkündeten seine Prachtliebe, die Herrlichkeit des Königs und seinen tiefen Sinn für Wissenschaften und Künste. Die drei Jahrzehnte, in denen er den Thron Ungarns inne hatte, bilden in dessen Geschichte eine Periode des Glanzes. Die Gewandtheit seiner Diplomatie erwarb seinem Reiche bedeutendes Ansehen in den westlichen Staaten, wie besonders vor den Türken, die sich während dieser langen Epoche zu keinem ernsteren Angriffe Ungarn gegenüber zu

entschließen wagten. Ja der große Ruf Ungarns zur Zeit der Hunyadis hielt den Halbmond auch noch ein Vierteljahrhundert nach ihrem Ableben in Banden, und nur langsam leuchtete es den Türken ein, wie sehr dieser einst so gefürchtete Gegner nach dem Tode Matthias dem Verfallte entgegenging.

Der Verfall der Jagellonenzeit

König Matthias traf im eroberten Wien seine Verfügungen, als ihn plötzlich der Tod überraschte (1490). Auf Grund seiner Verträge und Eroberungen unterstanden seiner Macht Mähren, Schlesien und die Lausitz und momentan hielt er auch einen großen Teil von Österreich und der Steiermark besetzt. Matthias war aber in seinem Familienleben unglücklich. Seine erste Gattin, Podiebrads Tochter, starb kurz nach ihrer Heirat und seine Ehe mit Beatrice blieb kinderlos. Er hatte nur einen natürlichen Sohn, Johann Corvinus, der zur Zeit der böhmischen Kriege von einem Breslauer Bürgermädchen geboren wurde. Das Bestreben des Königs war darauf gerichtet, Johann Corvinus den Thron zu verschaffen. In Ungarn war es aber nicht Sitte, daß die natürlichen Sprossen und deren Nachkommen am Erbe beteiligt wurden. Jener Widerwille, den die Magnaten dem System Matthias' gegenüber zeigten, machte Corvinus den Thron höchst zweifelhaft.

Nach dem Ableben des Königs sahen jene Magnaten, die seine starke königliche Gewalt nur murrend geduldet hatten, die Zeit für gekommen, um ihre zügellose Macht wieder herzustellen. Die Abschaffung der „Tyrannei“ Matthias' wurde zum Losungswort. Es beteiligten sich an dieser Bewegung selbst Familien, die all ihr Hab und Gut Matthias zu verdanken hatten, wie z. B. die Zápolyays, die er gerade deshalb empör-

hob, damit sie die Erwählung Corvins zum Könige durchführen sollten. Auch Beatrice — die Königin bleiben wollte und die Corvins Emporsteigen stets schon zu Lebzeiten Matthias mit scheelen Augen ansah — stellte sich seiner Kandidierung entgegen. Die Magnaten wünschten Matthias' einstigen Feind, den böhmischen König Wladislaw Jagello auf den Thron zu erheben, dessen unfähige Schwäche allgemein bekannt war. Im Sinne der Verträge zwischen Matthias und Friedrich III. erhob jedoch der römische König Maximilian von Habsburg Anspruch auf den ungarischen Thron, obwohl der Friede vom Jahre 1463 durch den wieder ausgebrochenen Krieg vernichtet wurde. Corvin besaß keine größere Partei, und es mangelten ihm jene hervorragenden persönlichen Eigenschaften, durch die er ein würdiger Nachkomme seines Vaters hätte werden können. Fast freiwillig gab er die Vorteile aus der Hand, mit denen er sich die Krone hätte sichern können. Den Streit entschied Beatrice, die ihre Hand dem bedeutend jüngeren Wladislaw reichend, dessen Erwählung beförderte. In den Wahlbedingungen wurde aber festgesetzt, daß das ständige Heer, das eine so große Steuerlast bedeutete, aufzulösen sei, die außerordentliche Kriegssteuer nicht behoben und die neue Gesetzordnung außer Kraft gesetzt werde. Durch Erwählung Wladislaws II. (1490—1516) wurden also Matthias' Schöpfungen größtenteils vernichtet. Das Land geriet auf eine schiefe Ebene.

Wladislaw bekundete schon den Gegenkandidaten gegenüber seine Unfähigkeit. König Maximilian eroberte die durch Matthias besetzten österreichischen Gebiete zurück und drang hierauf sogar über die Grenze

Ungarns vor. Auch Wladislaws jüngerer Bruder Johann Albrecht trat als Thronprätendent auf, den der König nur durch Entschädigung dazu bewegen konnte, auf seine Ansprüche zu verzichten. Von der hohen Stelle, wohin Matthias das Reich durch seine Eroberungen gebracht hatte, glitt es nach einigen Monaten tief herab. Wladislaw II. versuchte nicht einmal, den Kampf mit Maximilian aufzunehmen und schloß mit ihm zu Preßburg im Jahre 1491 einen schmählichen Frieden. Die 100 000 Dukaten betragende Entschädigung, die dieser infolge des Friedensschlusses von 1477 Matthias schuldete, erließ jetzt Wladislaw dem Könige Maximilian, ja im Gegenteil verpflichtete er sich zur Zahlung von 100 000 Dukaten. Das Grundprinzip des Friedensschlusses bestand eigentlich darin, daß in allem die Zustände vor der Kriegsführung Matthias hergestellt werden sollten, Wladislaus gab also dementsprechend alles zurück, was Matthias in Österreich und ebenso Maximilian, was er in Ungarn besetzt hatte. Die Grenzburgen blieben wieder in den Händen der Habsburger, denen das Thronfolgerecht in Ungarn nach Aussterben der männlichen Linie Wladislaus verbrieft wurde. Kaiser Friedrich III. wünschte aber nach den gemachten Erfahrungen, daß der König dieses Thronfolgerecht seiner Familie auch durch den Reichstag anerkennen lasse. Als Wladislaw jedoch im Jahre 1492 diese Angelegenheit dem Reichstage vorlegte, erweckten die demütigenden Bedingungen eine so große Erbitterung, daß der Kleinadel entschieden gegen den Vertrag und den König Stellung nahm. So mußten sich die Habsburger damit begnügen, daß 67 Magnaten eine vom Reichstag datierte Urkunde für sie

ausstellten, worin sie sich etwa zur Bekräftigung des Friedensschlusses dazu verpflichteten, daß sie im Falle des Aussterbens der männlichen Nachkommen des Wladislaw, Maximilian oder dessen Nachkommen zum König erwählen würden. Wladislaw besaß nicht einmal so viel Energie, daß er die wenigen Ortschaften, die bis zur gegenseitigen Räumung der besetzten Gebiete, spätestens bis 1492, Maximilian belassen wurden, nach Durchführung der Bedingungen und nach Ablauf der Frist zurückgenommen hätte.

Da Wladislaw keinen Sohn hatte, beschäftigte die Frage der Thronbesetzung in lebhafter Weise die öffentliche Meinung und wurde zum Streitpunkt der Kämpfe zwischen dem Hoch- und dem Kleinadel. Der Friedensvertrag von 1491 machte die Habsburger bei dem Kleinadel unbeliebt. Diese Partei suchte auch weiterhin gegen die Türken statt einer Anlehnung an Österreich die Orientierung gegen Polen. Die große Macht des Hauses Jagello schien einen vollen Ersatz zu gewähren für die Vorteile, die Ungarn aufgeben würde durch die Zurückweisung der angebotenen Verbindung mit dem deutsch-römischen Reiche. Nebst Polen gehörten nämlich auch Böhmen und Litauen unter das Szepter der Jagellonen. Das Haus Jagello konnte aber seine dynastische Politik nicht mit der Folgerichtigkeit entfalten, wie die Habsburger. Die Regierung Friedrichs III. war eine ununterbrochene Kette von Schlappen, aber dieser hartnäckige Herrscher wich trotz dieser Schlappen nicht von den Zielen ab, die er sich gesteckt hatte. Die Verheleichung seines Sohnes Maximilian mit Maria von Burgund legte den Grund zu seiner Familienmacht und Maximilian setzte mit

noch größerem Glück die für seine Dynastie so vorteilhafte Heiratspolitik fort. Die Jagellonen hingegen ließen für die durch die Habsburger ihnen zugesicherten unbedeutenden momentanen Vorteile ihre großzügigen dynastischen Pläne fallen, wodurch die auf polnische Sympathien gegründete Politik des Kleinadels überaus geschwächt wurde. So tauchte wieder der Gedanke eines nationalen Königtums auf.

Nach dem Tode Johann Corvins (1504) betrachtete der Kleinadel die steinreichen Zápolyays als seine Führer, die durch Familienverträge auch teils die weitreichenden Güter Corvins erworben hatten. Ihr Kandidat war der junge Johann Zápolyay, der auch um die Hand der Prinzessin Anna, Tochter des Königs Wladislaus, anhielt. Der König wies ihn ab, worauf der Reichstag von Rákos im Jahre 1505 beschloß, nach dem Aussterben der herrschenden Dynastie nur einen Ungarn zum König zu wählen, und diejenigen mit Fluch belegte, die einen fremden Kandidaten unterstützen würden. Diesen Beschluß motivierte man damit, daß die Leiden des Reiches zum großen Teil den fremden Königen zuzuschreiben seien, die sich den Traditionen, Sitten und Gesetzen Ungarns nicht anpassen wollten. Der Beschluß von 1505 eröffnete aber eine solche Kluft zwischen dem Kleinadel und dem König, daß dieser bei den Habsburgern Hilfe suchte. Im Jahre 1506 erneuerte er den Vertrag mit Maximilian und verlobte die Prinzessin Anna mit Ferdinand, dem Enkel Maximilians. Diese Vereinbarung erbitterte den Kleinadel so sehr, daß ein Konflikt mit dem König unvermeidbar schien und nur dadurch verhindert wurde, daß Wladislaw ein Sohn geboren wurde, namens Lud-

wig. Wladislaw konnte sich aber auch nach dieser Wendung nicht von der Habsburger Politik emanzipieren. Im Jahre 1515 schloß er einen neuen Vertrag, nach welchem Anna mit Ferdinand, Ludwig aber mit Ferdinands Schwester Maria verlobt wurde. Der alte Kaiser Maximilian verpflichtete sich sogar, im Falle keiner seiner Enkel Anna heiraten würde, selbst eine Heirat mit ihr einzugehen.

Obwohl nach dem Jahre 1508 die aus der Frage der Thronfolge entstandenen Gegensätze sich ausglich, blieb die Lage im wesentlichen unverändert. Die Wirren, die während der Regierung der Könige Wladislaws I. und Ladislaus' V. im Reiche tobten, brachen in erhöhtem Maße hervor. Der König erfüllte die ihm vorgelegten Wahlkapitulationen, womit er die Gewalt und die sicheren Mittel zur Erhaltung der Ordnung sozusagen aus seinen Händen gleiten ließ. Das Ansehen der neuen Dynastie wurde auch dadurch geschwächt, daß sie im Lande keine Güter besaß, was im Bezuge der Finanzen und der Wehrkraft von schädlicher Wirkung war. Nach der Aufhebung des Verwaltungsverfahrens, das Matthias eingeführt hatte, ging der größte Teil der Reichseinkünfte verloren. Trotz alldem vergeudete Wladislaw sein Einkommen mit verschwenderischem Leichtsinne, wodurch der Fiskus schon nach einigen Jahren in eine gefährliche Lage geriet. Der König war daher öfters genötigt, selbst die notwendigsten Bedürfnisse seines Haushaltes auf Kredit herbeizuschaffen. Im Kreise der Magnaten, denen er seinen Thron zu verdanken hatte, hatte er gar kein Ansehen, natürlich auch keine Energie, um diese trau-

rigen Zustände ändern und seine Untertanen zum Gehorsam zwingen zu können.

Der Kampf zwischen Hoch- und Kleinadel drehte sich in den folgenden Zeiten teils um die Türkenfrage, teils um den ständischen Gegensatz. Der Kleinadel suchte die türkische Gefahr abzuwenden, die Fragen der Heeresorganisation und der Finanzen zu lösen, doch wurden seine Verfügungen zumeist nicht vollzogen. Da der Kleinadel in der Thronfolgefrage einen dem König entgegengesetzten Standpunkt einnahm, lieferte sich der König ganz den Magnaten aus, die ihre Macht mißbrauchten und sich um die Durchführung der Reichstagsbeschlüsse, die der Kleinadel erzwungen hatte, nicht kümmerten. Ihr Ziel war, sich zu einem auch rechtlich vom Kleinadel abgesonderten Stand zu entwickeln. Dies gelang aber dem Kleinadel zu verhindern. Der Rechtsgelehrte Verböczy wurde nämlich mit der Kodifikation der Rechtsgepflogenheiten betraut. Sein berühmtes Buch (*Opus Tripartitum*), das auch auf die Rechtsentwicklung der benachbarten Slavenvölker von bedeutendem Einflusse war, unterschied nicht zwischen dem Hoch- und Kleinadel. Nur das Wehrgeld der reichen Magnaten setzte er höher an als das des Kleinadels. Obwohl die Magnaten die Sanktion des Werkes verhinderten, war es doch Jahrhunderte hindurch die Grundlage des ungarischen Rechtslebens.

In diesen traurigen Zeiten konnte Ungarn es nur seinem zur Zeit Hunyadis und Matthias' erworbenen Ansehen verdanken, daß es durch die Türken nicht angegriffen wurde. Im Jahre 1514 drohte jedoch die Gefahr eines neuen türkischen Feldzuges. Da war es

Thomas Bakócz, der hochangesehene Primas, der die internationale Lage dadurch zugunsten Ungarns zu benützen versuchte, daß er nach Erlangung der päpstlichen Tiara strebte. Da das Kardinalkollegium statt seiner Leo X. wählte, war die auf die Kriegsunternehmung des gesamten Christentums gesetzte Hoffnung wieder geschwunden. Bakócz brachte aus Rom nur die Erlaubnis zu einem Kreuzzuge gegen die Türken nach Hause. Dieser wurde aber in solch unglücklicher Weise während der dringendsten Feldarbeiten verkündet, daß er zum Aufstande der Hörigen (1514) führte, die wegen den Mißbräuchen, die zur Zeit der ohnmächtigen Regierung um sich griffen, bis aufs äußerste erbittert waren. Der Aufstand, bei dem die Bauern grausame Plünderungen und Mordtaten verübten, wurde niedergeworfen, doch die unbarmherzige Rache, mit der man die Hörigen bestrafte — denen sogar die Freizügigkeit entzogen wurde — zog nur neuere Gegensätze nach sich.

Noch trauriger gestalteten sich die Zustände nach Wladislaws Tod. Statt seines unmündigen Sohnes, Ludwigs II. (1516—1526), hätte ein Rat die Regierung leiten sollen, in Wirklichkeit jedoch rissen einige Günstlinge die Macht an sich, unter denen Georg von Brandenburg, der Onkel Ludwigs, den größten Einfluß besaß. Nebst ihm genossen auch einige Magnaten und Prälaten, die der größten Mißbräuche beschuldigt wurden, das unbedingte Vertrauen des Königs. Der König stand dermaßen unter dem Einflusse der Magnatenpartei, daß er nicht einmal die untreuen Verwalter der königlichen Einkünfte aus dem Hofe entfernen konnte, obzwar das Einkommen damals nicht

einmal den vierten Teil desjenigen betrug, das zur Zeit König Matthias' eingehoben worden war. Der Hof trieb trotzdem eine große Verschwendung; Unterhaltungen, Jagden, Gastmähler wechselten miteinander ab, während man für die Bedürfnisse des Reiches keine Deckung fand. Um Geld herbeizuschaffen, ließ man strenge Verordnungen ins Leben treten, die auf das damals schon kapitalistisch entwickelte Wirtschaftsleben von schädlichem Einflusse waren. Die Dynastie war auf den Kredit des Augsburger Fugger-Hauses angewiesen, welches für seine Dienste das Bergwerkmonopol, das wichtigste königliche Einkommen, erhielt. Obwohl der Reichstag, als die Fugger Gold aus dem Reiche schmuggelten, sie zu einer Strafe von 100 000 Dukaten verurteilte, und ihnen auch das Bergwerkmonopol entzog, erließ ihnen der Hof — da er auch weiterhin ihrer bedurfte — die Strafe und gab ihnen auch die Bergwerke wieder zurück.

Der Kleinadel versuchte zwar die Übelstände zu sanieren, doch blieben seine Bestrebungen völlig fruchtlos, was ihn äußerst erbitterte. Man trachtete seinem Willen auf die Weise Geltung zu verschaffen, daß die Komitate zum Reichstage keine Deputierten schickten, sondern der Adel persönlich in großer Menge dort erschien. An solchen Reichstagen nahmen 10—14 000 Adelige teil, die aber wegen der Auslagen nicht lange beisammen bleiben konnten. Die Magnaten umgingen sie also derart, daß sie die Beschlußfassung in die Länge zogen, das Zerstreuen der Menge erwarteten und die Beschlüsse des Adels außer acht ließen. Von den 24 Mitgliedern des Reichsrates wurden zwar 16 aus den Reihen des Kleinadels erwählt, doch ging die

Gewalt auch so nicht in ihre Hände über. Überall zeigte sich ein rascher Verfall. Besonders durch die Auflösung der Heeresorganisation des Königs Matthias geriet das Reich in eine kritische Lage. Das Übel wurde einstweilen noch durch den materiellen Aufschwung bemäntelt, der besonders in den Städten auffallend war, wo infolge der Erstarkung der Bürgerschaft ein großer geistiger Aufschwung und schöne Kunstwerke entstanden waren. Baukunst, Malerei, Bildnerei und Schulwesen blühten empor.

In dieser Entwicklung und in solch einem Zerwürfnis traf der neue Angriff der Türken das Land im Jahre 1521. Dieser Feldzug zog entsetzliche Folgen nach sich, indem die zwei wichtigsten Grenzfestungen an der Unteren Donau, Šabac und Belgrad von den Türken eingenommen wurden. Während Wladislaws Regierung erfochten Kinizsi und Johann Corvin noch glänzende Siege über die Türken. Seitdem aber war die Wehrmacht ganz verfallen. Der König hielt kein Banderium, das mit viel Unkosten verbunden gewesen wäre, und so lösten auch viele Magnaten ihre Banderien auf. Während die Herren sich weigerten, ihre Pflicht zu erfüllen, waren die Hörigen ob ihrer trostlosen Lage erbittert. Dem Kleinadel gelang es erst auf den Reichstagen von 1524 und 1525, den König dazu zu zwingen, daß er die Beschlüsse der Reichstage vollziehen lasse. An die Spitze der Regierung wurde als Palatin zu dieser Zeit der gelehrte Führer des Kleinadels, Verböczy, gestellt, den aber der Hochadel im Jahre 1526 aus seiner Stelle verdrängte. Sein Sturz erbitterte den Kleinadel vollständig, denn es wurde offenbar, daß der Kleinadel die Zügel der Regierung

nicht beständig in seinen Händen halten konnte. Daß aber nach dem Jahre 1521 nicht sofort ein neuer Angriff der Türken erfolgt war, war nur dem Umstand zu verdanken, daß der Sultan sich einstweilen gegen Rhodus wendete.

Die europäische Politik jedoch brachte bald wieder die Türken den Ungarn auf den Hals. Sehr viel Schuld daran war der Umstand, daß die Schwäche der Jagellonen Ungarn ganz in den Dienst der Habsburgpolitik trieb. Infolge der zwischen Maximilian und Wladislaw abgeschlossenen Familienverträge erblickten auch die Fürsten des Westens in Ungarn eine Stütze für die Macht der Habsburger. Seitdem Karl V. das Reich und Spanien unter seiner Herrschaft vereinte, und die Gründung eines allgemeinen europäischen Imperiums anstrebte, rief diese Politik den Widerwillen jener europäischen Fürsten hervor, die um ihre Macht wegen der Habsburger besorgt waren. An ihre Spitze stellte sich Franz I., König von Frankreich, der schon im Jahre 1523 mit den Türken zu unterhandeln begonnen hatte. Während er in Madrid als Gefangener Karls V. schmachtete, versprach der Sultan seiner Mutter, daß er ihm helfen werde. Eigentlich bedrohte aber jedes Vorgehen der Türken gegen die Habsburger in erster Linie Ungarn, wo der Schwager des Kaisers auf dem Throne saß. Denn es war nur natürlich, daß Ludwig die Türken, die alten Erbfeinde Ungarns nicht über sein Reich zum Kampfe gegen die Habsburger ziehen lassen werde. Die Entscheidungsschlacht mußte also in Ungarn ausgefochten werden. Nun war aber Ungarn bei der unglücklichen Jagellonen-Herrschaft dieser Gefahr nicht gewachsen und auch nicht darauf vorbereitet

und obendrein erhielt es gar keine Unterstützung von jener Seite her, die diese Gefahr gegen Ungarn heraufbeschworen hatte.

Sultan Suleiman stand schon vor Belgrad, als endlich ernste Schritte zur Abwendung der Gefahr unternommen wurden. Der erbitterte Adel kam nur langsam und spärlich ins Lager. Am eifrigsten bemühte sich der päpstliche Legat, um ein Söldnerheer zusammenzustellen. Der König entschloß sich schwer, das Heer persönlich zu führen, da aber der Adel nur unter seiner Führung in den Krieg zu ziehen verpflichtet war, erschien er nach langem Zögern doch im Lager. Nach dem Falle Peterwardeins suchten die Magnaten zwar ihren Fehler gutzumachen, aber da war es schon zu spät. Das ungarische Heer war noch gar nicht beisammen, als es sich in der Nähe von Mohács den Türken gegenüber fand. Es war niemand im Lager, der infolge seiner Erfahrung das Oberkommando hätte übernehmen können. Paul Tomori, der Erzbischof von Kalocsa, der wegen seiner Tapferkeit zum Oberkommandanten ernannt worden war, war dieser Aufgabe nicht gewachsen. Er sah zwar ein, daß ein Treffen nicht ratsam sei, empfahl auch den Rückzug, damit die Streitkräfte aus Siebenbürgen und Kroatien herangezogen werden könnten, doch die übermütigen Magnaten beschlossen einen Angriff und das kaum 30 000 Mann starke Heer fiel das viel mächtigere Heer der Türken an. Auch der Angriff erfolgte in höchst unglücklicher Weise. Die Türken lockten die ungarische Reiterei vor ihre versteckten Geschütze. Ihre Kanonen richteten eine schreckliche Verheerung in den ungarischen Reihen an. Der Heldenmut der Ungarn, den selbst

die Türken anerkennen mußten, nützte nichts. Suleiman gewann die Schlacht. Die Besten des ungarischen Adels, der größte Teil der hohen Geistlichkeit bedeckte das Schlachtfeld. Auch der König starb auf der Flucht.

Nach diesem Siege zog Suleiman in Ofen ein, doch hielt er Ungarn noch immer für viel zu stark, als daß er daran zu denken gewagt hätte, es dauernd in Besitz zu nehmen. Noch vor dem anbrechenden Herbst zog er mit seinen Truppen wieder aus dem Lande, das durch ihn am Schlachtfelde zu Mohács eine so schreckliche Niederlage erlitten hatte. Nach einem beinahe zweihundertjährigen Kampfe war Ungarn den Türken auf Leben und Tod ausgeliefert worden. Wenn ihm bei seinen Kämpfen das Schicksal begünstigte, wurden seine Triumphe von Europa mit Jubel begrüßt, aber wenn es in eine bedrängte Lage kam und um Hilfe bat, fand es taube Ohren. Auch das Interesse seiner Nachbarn erstreckte sich nur so weit, als deren Fürsten die Möglichkeit geboten war, den erledigten ungarischen Thron zu erlangen oder nicht. Durch diesen Wettbewerb beförderten sie den inneren Verfall. Der Kleinadel, dieses politische Rückgrat der Nation, suchte durch erbitterte Anspannung der Kräfte dem Verfall entgegenzusteuern, doch wurden seine Bestrebungen durch die internationalen Verwicklungen schädlich beeinflusst. Als die europäische Konstellation die Türken geradewegs Ungarn auf den Hals brachte, bestand der einzige Trost von sehr zweifelhaftem Werte darin, daß die eigentlichen nationalen Elemente alles zur Verhütung des Unglücks getan hatten, daß also die Last der Verantwortlichkeit für die Katastrophe nicht sie bedrückte.

Die Dreiteilung des Reiches

Als Sultan Suleiman nach seinem Siege bei Mohács wieder aus dem Reiche zog, beurteilte er die momentane Lage sehr richtig. Ungarn war militärisch nicht bezwungen. Das siebenbürgische Heereskorps — 40 000 Mann stark — hatte sich nach der Katastrophe unter Zápolyays Führung ohne jeden Verlust nach Siebenbürgen zurückgezogen. Der militärische Sieg der Türken war nur durch Übereilung und Übermut hervorgerufen worden; den verblüffenden politischen Erfolg verdankte aber der Sultan nur der allgemeinen europäischen Konstellation. Dennoch hat Ungarn am Schlachtfeld zu Mohács die Unabhängigkeit seines Staatslebens verloren.

Die mittelalterliche Entwicklung ging in allen Ländern Europas in feudalen Formen vor sich. In dieser Hinsicht können nur Schattierungsunterschiede beobachtet werden, die aber doch groß genug waren, um die Entwicklung der europäischen Staaten nach verschiedenen Richtungen zu beeinflussen. Obzwar in Ungarn die Verkehrtheiten des Feudalwesens nie dermaßen die Übermacht gewannen, wie es in Frankreich oder auch in Deutschland geschehen war, ist die Ursache der Katastrophe doch in dem zu suchen, daß im entscheidenden Augenblicke die feudalen Streitigkeiten die Kräfteentfaltung gänzlich hemmten. Zu Anfang der Neuzeit fanden die Fürsten Europas — zumeist

mit Hilfe der Kirche und der städtischen Bürgerschaft — den Weg zur Bezwingung ihrer übermächtigen Vasallen und entwickelten im Besitze einer absoluten Macht mehr oder weniger eine zentralisierte Staatsorganisation. Auch in Ungarn erfolgte unter König Matthias Hunyadi ein Versuch nach dieser Richtung hin, doch er wurde unterbrochen, bevor noch das Werk beendet war.

Der ungarische Feudalismus unterschied sich im wesentlichsten vom westlichen dadurch, daß er das Land nicht zerstückelte, wie es anderswo geschah und das Königtum nicht zu einer Schattenmacht herabsinken ließ. Zwei Prinzipien standen sich in Ungarn fortwährend feindlich gegenüber: das eine war das des „ius regium“, das alle Rechte hauptsächlich aber den Grundbesitz, sowie die Amtsgewalt dem Könige zuschrieb und von ihm ableitete. Das andere, das Prinzip der autonomen Bestrebungen der adeligen Gutsbesitzer, das das Besitzrecht der Sippe auch dem Könige gegenüber bis zum Ableben des letzten waffenfähigen Sprossen verteidigte und in der Komitats-Verwaltung und auch in der Landesregierung ihren Anteil beanspruchte. Wie übermächtig auch die durch die einzelnen Dynastien begünstigten Magnatenfamilien wurden, erlitt die königliche Gewalt doch durch die Verfassung keine Einbuße. Schon seit Béla IV. benützten die ungarischen Könige, gestützt auf den Konservatismus der begüterten Klassen, das Ansehen der Stephanskronen zur Steigerung ihrer Gewalt.

Im XIII. Jahrhundert beruft man sich oft auf die Treue und den schuldigen Gehorsam gegen die Krone, deren Begriff und allgemein anerkannte Heiligkeit eine

solche Macht bedeutete, daß auch der Adel seine autonomen Rechte mit ihr zu verknüpfen suchte. Auf diese Weise entwickelte sich der Rechtssatz, wonach der König seine Macht nur durch die Krönung mit der heiligen Krone gewinnt. Doch war auch die Zustimmung der begüterten, an der Verfassung beteiligten Stände notwendig. Auf diese Weise wurden zwar von der Ausübung der konstitutionellen Rechte diejenigen Elemente verdrängt, die keinen unabhängigen Grundbesitz hatten, jedoch infolge der großen Anzahl der unabhängigen mittleren und kleineren Edelleute nahmen noch immer bei weitem mehr an der Verwaltung teil als in anderen Ländern Europas. In den auf Sigismunds Regierung folgenden unseligen feudalen Streitigkeiten leistete wieder dieser Kleinadel der königlichen Gewalt Hilfe. Seine Denkweise kam auch in der berühmten Auffassung des Rechtsgelehrten Verböczy zur Geltung, nach dessen Wortlaut die Stände es sind, „die die Macht und das Recht der Gesetzgebung sowie jeder Güterverleihung und jeder Gerichtsbarkeit mit der heiligen Krone auf ihren Fürsten übertragen. Als Vergeltung dieser Übertragung gibt der König jedoch die Gesetze erst nach Einberufung und Befragung der Stände, und zwar entweder durch die Annahme seiner Propositionen, oder durch die Erfüllung der vorgebrachten Bitten der Stände. Demnach rührt infolge der mit der heiligen Krone übertragenen Gewalt jede Adellung vom Könige her, und umgekehrt ist die königliche Würde nur durch die Zustimmung der Stände erreichbar.“

Nirgends in Europas westlichen Staaten wurden den begüterten Klassen so wichtige Kriegspflichten auf-

erlegt wie in Ungarn, das sozusagen in fortwährender Bereitschaft und auf die aus dem Osten kommenden Angriffe gefaßt sein mußte. Unter solchen Umständen war es nur natürlich, daß diejenige Schicht der Bevölkerung, die diese Lasten zu tragen hatte, den Herrschern gegenüber sich im politischen Leben einen Einfluß zu sichern wünschte, besonders zu jener Zeit, als infolge unglücklicher Zufälle dem Reiche eine beständige Dynastie fehlte. Sie konnte diesen jedoch nur in der Besetzung des Thrones und in der Zustimmung zu den Gesetzen zur Geltung bringen. Die Exekutive bildete ein solch unbedingtes Recht des Königs, daß sogar die Gesetze als königliche Dekrete publiziert wurden. Der große Umfang der königlichen Gewalt bedeutete aber eine Gefahr, wenn, im steten Wechsel der Dynastien, der Politik die Folgerichtigkeit und die Beständigkeit mangelte, besonders wenn hierzu in einer der wesentlichsten Fragen, in der der Thronbesetzung, der hohe und der niedere Adel in Gegensatz zueinander gerieten. Zur Zeit der ohnmächtigen Jagellonen trennte die Politik die Dynastie und den Kleinadel gänzlich voneinander, was dann den König in die Arme des den feudalen Verkehrtheiten ergebenden Hochadels warf. Diesen politischen Faktoren ist es größtenteils zuzuschreiben, daß in Ungarn jener Anfang einer modernen Staatsentwicklung, den König Matthias ins Leben gerufen hatte, keine Fortsetzung fand. Der traurige Verfall der Jagellonenzeit zeigte sich auf dem Gebiete der Organisierung, seine Gründe sind jedoch in den politischen Gegensätzen zu suchen.

Nach der Niederlage bei Mohács hatte das Reich wieder keine Dynastie, die Besetzung des Thrones aber

wurde durch einen vom Reichstage verworfenen Friedensvertrag beeinflußt. Bei der Ausübung der höchsten Staatsgewalt kamen wieder die politischen Faktoren störend zur Geltung. Die Meinungen teilten sich und es wurden zwei Könige gewählt. Das Glück begünstigte die Habsburgische Regierung, doch bis sie in den ruhigen Besitz des Landes gelangte, konnte sie sich nur dessen verkümmerte Teile erwerben. Wenn die Habsburger sich hätten ganz Ungarn erwerben können, wäre es die bedeutendste Stütze ihrer Herrschaft geworden, und zwar infolge seiner militärischen Kräfte und seiner großen königlichen Gewalt. Verstümmelt betrachteten es aber die Habsburger ihren übrigen Ländern gegenüber nur als ein solches militärisches Grenzgebiet, wie es im Laufe des XV. Jahrhunderts für Ungarn die Reste des Fürstentums Serbien waren. Das war aber für die nationalen Interessen eine um so größere Gefahr, als die neue königliche Familie infolge der ihr zugekommenen fast unbeschränkten Exekutive in dem belassenen verstümmelten Gebiete die moderne Staatsverwaltung nach dem Vorbilde ihrer übrigen Länder organisierte und die dort geschaffenen Verwaltungsorgane den Zentralbehörden ihres Reiches zu unterstellen suchte.

Nach der Niederlage bei Mohács förderte im Sinne des Friedensschlusses vom Jahre 1491 die Angelegenheit Ferdinands, des Schwagers von Ludwig II., seine Schwester, die Königinwitwe Maria. Da Ferdinand in Italien beschäftigt war, versammelten sich die Anhänger der Habsburger — darunter der Palatinus Stephan Báthory — in Preßburg um Maria. Die ihnen gegenüberstehende Partei des Kleinadels war aber rascher

im Handeln und rief unter Verböczys Führung anfangs November des Jahres 1526 nach Stuhlweißenburg einen Reichstag zur Königswahl zusammen. Ihr Kandidat war Johann Zápolyay, der als Führer der Adelspartei schon vorher eine Rolle gespielt hatte, der mächtigste Grundbesitzer des Landes, der als Wojwode von Siebenbürgen über die bedeutendste Wehrkraft verfügte. Der Stuhlweißenburger Reichstag wählte ihn mit Begeisterung einstimmig zum Könige und er wurde tags darauf (am 11. November) auch gekrönt. Ferdinands Boten, die die Stände dazu bewegen wollten, mit ihren Beschlüssen so lange zu warten, bis auch ihr Herr einen Reichstag halten würde, wurden nicht angehört.

Die größte Schwierigkeit für Ferdinands Partei bestand darin, daß ihr Kandidat auf Grund des Erbrechtes den Thron für sich beanspruchte, wodurch er sich seine eigenen Anhänger — sogar den Palatinus, der Zápolyays erbitterter Feind war — entfremdete. Es gelang der Königin Maria nur mit harter Mühe, ihren Bruder dazu zu bewegen, sich einer Wahl zu unterziehen und die Stände mittels eines Diplomes zu verpflichten, die Verfassung zu halten und Ungarn nicht durch Fremde regieren zu lassen. Die Anhänger Habsburgs konnten erst jetzt für die Einberufung des Reichstages sorgen, dessen Einladungsschreiben, um ihr Säumen zu bemänteln, antedatiert wurde. Endlich wurde am 17. Dezember auf Vorschlag Báthorys Ferdinand in Preßburg zum König gewählt. Am Reichstag zu Preßburg hatten sich aber nur 11 ungarische Komitate vertreten lassen, die Teilnehmer waren hauptsächlich Abgesandte deutscher Städte und Kroatiens und Groß-

grundbesitzer des westlichen Ungarns. Es wurde zugunsten Ferdinands angeführt, daß im Falle der Erwählung eines anderen Königs Ungarn außer der Türkei auch noch gegen das deutsch-römische Reich und Böhmen Krieg führen müßte, um sich gegen Ferdinands Ansprüche zu wehren. Unter anderem wurde aber auch behauptet, daß Kaiser Karl V. seinem Bruder Ferdinand seine Hilfe gegen die Türken versprochen habe.

Nach der Doppelwahl schwand die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung, nur König Johann erhoffte sie noch und wollte sie dadurch erreichen, daß er um die Hand der Königin Maria anhielt. Ferdinand jedoch benützte die Unterhandlungen, um Zeit zu gewinnen und mehrere vornehme Anhänger Zápolyays zum Übertritt zu verleiten. Auch jene Hoffnungen Zápolyays bewährten sich nicht, die er von der Unterstützung der Habsburg feindlichen Mächte erwartete. Der Papst, der König von Frankreich und der König von England nahmen seine Boten zwar freundlich auf, und benützten ihn zur Schwächung der Habsburger, doch als Kaiser Karl V. Rom eroberte, trat eine Wendung ein. Ferdinand erhielt endlich Hilfe von seinem Bruder und seine Feldherren drängten den unvorbereiteten Zápolyay im Jahre 1528 aus dem Reiche, so daß er zum König von Polen flüchten mußte.

Ferdinand gelang es eigentlich erst jetzt verfassungsmäßig die Macht an sich zu reißen. Er berief den Reichstag nach Ofen, wo er auch persönlich erschien. Da die Sache Zápolyays für verloren galt, schickten auch die Komitate ihre Ablegaten dahin, wodurch sie Ferdinand eigentlich erst jetzt anerkannten. Inzwischen

überreichten ihm zu seiner Partei übergetretene Herren die Stephanskrone, worauf er zu Stuhlweißenburg gekrönt wurde (1527).

Zápolyay nahm jedoch den Kampf wieder auf. Venedig hatte ihn schon früher angeeifert, sich mit den Türken zu verbinden. Als er sich endlich überzeugte, daß er von den den Habsburgern feindlich gesinnten Mächten vergebens Unterstützung erwartete, gelang es ihm, sich durch Vermittlung eines polnischen Magnaten, namens Hieronymus Laszky ein Bündnis mit dem Sultan zu schließen. Laszky erreichte sogar, daß Zápolyay die Oberherrschaft des Sultans nicht anerkennen, ja, ihm nicht einmal Steuer zu zahlen brauchte. Zur selben Zeit versuchte auch Ferdinand sich mit dem Sultan zu einigen, doch diese Unterhandlungen wurden durch Venedig vereitelt. Im Jahre 1529 führte Soliman sein Heer nach Ungarn, übergab dem König Johann Ofen (Buda), richtete dann einen Sturm gegen Wien, doch bei Anbruch des Herbstes zog er sich wieder zurück. Also blieb der Kampf unentschieden. Die Teile westlich der Donau blieben in Ferdinands Händen, ja auf Drängen der Habsburger wurde König Johann vom Papste sogar mit dem Bann belegt.

Auch im Jahre 1532 schlug der Feldzug des Sultans fehl. Er wurde durch den heldenmütigen Kommandanten von Güns (Kőszeg) an der steierischen Grenze angehalten. Und doch war zu dieser Zeit Ungarn des Krieges und der türkischen Verheerungen schon völlig überdrüssig geworden. Die Hoffnungen, welche die Anhänger beider Könige auf diese bauten, gingen nicht in Erfüllung. Dem König Johann konnte nicht einmal die Hilfe der Türken zum ungeteilten Besitz des Rei-

ches verhelfen. Noch größer war aber die Enttäuschung der Anhänger Ferdinands. Die Unterstützung des Kaisers blieb sozusagen ganz aus, nur Österreich und Böhmen trugen Geld zur Verteidigung bei. Die Hauptschwäche der Habsburgischen Regierung bestand eigentlich darin, daß sie den Kampf mit dem Halbmond nicht aufzunehmen wagte. Mit ihren diplomatischen Bemühungen konnte sie aber keinen Erfolg erreichen. Wenn der Sultan einen Feldzug nach Ungarn unternahm, wurden die Truppen Ferdinands nur an der österreichischen oder steirischen Grenze aufgestellt, und zur großen Erbitterung des ungarischen Volkes wurde Ungarn ohne Beihilfe zu leisten preisgegeben. Ja sogar die lokalen Wehrkräfte ließ man, wenn sie sich den vordringenden Türken widersetzen, im Stiche. So z. B. drang der heldenmütige Kommandant von Güns vergeblich darauf, daß die in der Nähe befindlichen Truppen zur Entsetzung Güns' abgeschickt würden.

Der Wetteifer der beiden Könige war auch sonst von schrecklichem Einfluß auf Ungarn. Der mit der Weltauffassung der Renaissance begonnene sittliche Verfall zeigte seine Wirkung schon zur Zeit der ohnmächtigen Jagellonen, doch bot zur „Geltendmachung der Individualität“ besonders der Streit der beiden Könige eine für das Reich höchst traurige Gelegenheit. Da jeder der beiden Könige auf den Gebieten, welche tatsächlich in seinen Händen waren, im Dienste des Gegenkönigs stehende Feinde hatte, wurde der Friede des Reiches durch kleine Scharmützel und Streitigkeiten gänzlich untergraben und die Ordnung umgestürzt. Endlich sah Zápolyay ein, daß er trotz tür-

kischer Hilfe nicht durchdringen könne, er nahm also den Faden der Verhandlungen wieder auf, die aber immer daran scheiterten, daß Ferdinand gegen keinerlei Erbverträge oder Schadenersatz sich entschließen konnte, die in seinem Besitz befindlichen westlichen Teile dem Könige Johann zu überlassen, nicht einmal auf Lebenszeit. Zápolyay hingegen wies die Vorschläge bezüglich der Aufteilung des Reiches konsequent ab.

Endlich gelang es Ferdinand dennoch, die Pforte für den Gedanken einer Aufteilung zu gewinnen. Diesbezüglich stützte er sich auf dieselben Faktoren, die früher Zápolyay die Unterstützung des Halbmondes verschafft hatten. Der Sultan sandte endlich Aloys Gritti, einen venezianischen Edelmann ab, um die Aufteilung des Reiches zu bewerkstelligen. Unter diesen Umständen ertrotzte dann Frater Georg, der Ratgeber König Johanns, die Vereinbarung. Im Jahre 1538 brachte er, um sein Vaterland zu retten, in Großwardein (Nagyvárad) einen Friedensvertrag zustande, durch den den beiden Königen dasjenige, was sie tatsächlich in der Hand hatten, belassen wurde. Außerdem verzichtete König Johann auf die böhmischen Nebenprovinzen. Die beiden Herrscher schlossen auch einen Bund, den sie aber, um die Türken nicht zu reizen, geheimhalten sollten. Johann hingegen — obwohl er eben auf Freiersfüßen stand — erkannte die Thronfolge Ferdinands an, bloß mit dem Vorbehalte, daß, im Falle ihm ein Sohn geboren werden sollte, dieser durch Ferdinand mit dem Zipser Fürstentum entschädigt werden sollte, welches aus Zápolyays alten, damals noch besetzten Besitzungen zu bilden sei.

Das Mißtrauen der Gegenkönige konnte aber auch

der Friede von Großwardein nicht zerstreuen. Ferdinand zürnte Johann wegen seiner Ehe mit der polnischen Prinzessin Isabella, ersterem aber nahm es Johann übel, daß er nichts zu Aufrichtung des Zipser Fürstentums unternommen hatte. Die Lage wurde noch mehr verschärft, als die österreichische Diplomatie in Konstantinopel die Bestimmungen des Friedensvertrages von Großwardein verriet und die Türken aus diesem Grunde einen Feldzug gegen Siebenbürgen vorbereiten wollten. Diese Gefahren wendete der Frater Georg, mit Familiennamen Martinuzzi-Utyesenich, ein Paulanermönch, ab. Dieser uneigennützigste Staatsmann von kühler Berechnung und starkem Willen, Schatzmeister, Feldherr und vor allem Diplomat Zápolyays, dem die Willenskraft fehlte, wurde vom Jahre 1538 der beinahe unbeschränkte Leiter der Siebenbürger Geschäfte. Nach dem im Jahre 1540 erfolgten Tode des Königs Johann geriet die Regierung der östlichen Gebiete ganz in seine Hände. Als einer der Vormunde von Zápolyays Sohne, dem erst damals geborenen Johann Sigismund, schaffte er sich eine noch größere Macht. Im Sinne des Großwardeiner Friedensvertrages sollte er zwar die in Johanns Besitz gewesenen Güter den Habsburgern übergeben, wegen der zu befürchtenden Rache der Türken aber hielt Frater Georg die Zeit dazu für ungeeignet. Er sah es sehr wohl, daß die östlichen, von den österreichischen Provinzen abseits gelegenen Gegenden durch Ferdinand noch weniger geschützt werden konnten, als die an Österreich angrenzenden. Um die Türken irrezuführen, huldigte er dem Johann Sigismund, während er Ferdinand bat, sich von jedem gewaltsamen Schritte zurückzuhalten und für den Schutz

des Landes und die Entschädigung der Königin Isabella und ihres Sohnes zu sorgen.

Seine Politik blieb Ferdinand unverständlich. Er griff die Stadt Ofen an. Diesen Moment benützte Sultan Suleiman, der seit dem Großwardeiner Friedensschlusse den Zápolyays und dem Frater Georg nicht vertraute, vom mittleren Teile des Reiches Besitz zu ergreifen. Er eilte mit seinen Truppen angeblich zur Befreiung Ofens, das durch die Kaiserlichen bedrängt wurde. Dort wünschte er seinen Schutzbefohlenen, Johann Sigismund zu sehen und während man den Säugling in das türkische Lager führte, besetzte er mit List die Hauptstadt. Johann Sigismund und die Königin Isabella wurden aber auf Siebenbürgen verwiesen.

Diese neue Wendung rief große Bestürzung in Ungarn hervor, dessen Bewohner unversöhnlichen Haß gegen die Türken empfanden, da diese auf ihren Feldzügen die Bevölkerung in unzähligen Mengen als Sklaven nach Konstantinopel verschleppt hatten. Auch Frater Georg wendete sich mit voller Kraft gegen die Türken und schon im folgenden Jahre vereinbarte er mit Ferdinand, daß jener Isabella entschädige, wogegen die Königin Siebenbürgen übergeben sollte. Alles das hätte wieder geheim bleiben sollen, bis Ferdinand mit Hilfe von Reichstruppen den Türken gegenüber energisch hätte auftreten können. Endlich kam auch im Jahre 1542 nach langem Säumen unter Führung Joachims, des Markgrafen von Brandenburg, ein Reichsheer nach Ungarn, bestürmte aber ungeschickterweise statt Ofen das strategisch völlig unbedeutende Pest und löste sich ohne irgendeinen Erfolg auf. Unter sol-

chen Umständen konnte gar nicht an die Übergabe Siebenbürgens gedacht werden. Im Jahre 1543 eroberte Suleiman in den westlichen Komitaten die Festungen Valkó, Siklós, Stuhlweißenburg, Pápa, Totis (Tata) und Gran (Esztergom), wonach an die Wiederoberung Ofens nicht mehr zu denken war. Die kaiserlichen Feldherren fochten nur mehr Scharmützel an der Grenze und schlossen mit den gegenüberstehenden Paschas lokale Vereinbarungen. Im Jahre 1547 schloß auch Ferdinand einen Frieden mit dem Sultan, der ihm jene Gebiete, die Ferdinand tatsächlich beherrschte, als erobertes Land gegen einen jährlichen Tribut von 30 000 Dukaten formell überließ. Durch diesen demütigenden Vertrag war Ungarns Zerstücklung in drei Teile beendet.

Dem gefürchteten grausamen Feind gegenüber auf sich selbst angewiesen, durch innere Parteikämpfe aufgewühlt, erschöpfte sich Ungarn in einem schon zehnjährigen Kriege. Das erklärt auch, daß Ferdinands Herrschaft nach dem Friedensvertrag vom Jahre 1547 dennoch im Wachsen begriffen war. In der Herstellung der inneren Ordnung hatte er durch die Neueinrichtung der Rechtspflege größere Erfolge erzielt. Wieder sah auch Frater Georg in ihm den Herrscher, unter dessen Szepter die noch unbesetzten Gebiete zu vereinigen wären. Im Jahre 1551 traf er eine neue Vereinbarung und übergab Siebenbürgen tatsächlich den Feldherren Ferdinands. Dies geschah fast im Geheimen, damit die Türken nicht vorzeitig die Umwandlung erfahren sollten. Jedoch Castaldo, der für Ferdinand das Land übernommen hatte, sah auch jetzt noch in Frater Georg nur eben jemand, der gegen seinen Herrscher

Ränke schmiedete und ließ ihn nach Besetzung der wichtigeren Punkte töten.

Seine Ermordung brachte einen neuen Türkenkrieg über Ungarn. Die unzufriedenen, unbezahlten fremden Söldner, mit denen Ferdinand die ungarischen Festungen besetzt hatte, und die da keine Gelegenheit hatten, in einem zähen Verteidigungskrieg sich Vermögen und Ruhm zu erwerben, übergaben der Reihe nach die wichtigsten Stellungen den Türken. Nur die Festen ungarischer Besatzungen leisteten Widerstand. Ihre Beschützer, ein Stephan Losonczy in Temesvár, ein Szondi in Drégely mußten dafür mit ihrem Leben büßen. Bloß Erlau (Eger), wo sich sogar die Frauen am Schutze der Mauern beteiligten, gelang es, die Türken zurückzuwerfen.

Die durch Mißtrauen geleitete unglückliche Politik, die Ferdinands Räte befolgten, zog den abermaligen Verlust Siebenbürgens nach sich. Im Jahre 1566 kehrte Johann Sigismund wieder zurück, und die kaiserlichen Truppen mußten das Land räumen. Zur selben Zeit führte der greise Sultan noch einen Feldzug gegen Ungarn. Das wäre die günstigste Gelegenheit für die Kaiserlichen gewesen, die Entscheidung den Türken gegenüber herbeizuführen. Die großen Erfolge, die die Türken in den letzten Jahrzehnten errungen hatten, lenkten ihre Aufmerksamkeit von der Weiterentwicklung ihres Heeres ab. Als Suleiman sein Heer aus Konstantinopel in Bewegung setzte, erkannte man dort schon die Übelstände, die vielleicht zu einer Katastrophe führen mochten. An Ferdinands Stelle trat hingegen ein jüngerer Herrscher, Maximilian (1564 bis 1576), der große Vorbereitungen traf, und bei

dieser Gelegenheit auch von überall her Unterstützung fand. Er verfügte über 80 000 Mann, die aber im Sinne des Wiener Hofkriegsrates den Angriff bei Raab (Győr) erwarteten. Suleiman richtete seinen Sturm gegen das viel südlicher gelegene Szigetvár, dessen Kommandant Graf Nikolaus Zrinyi, den Türken auch schon früher ungemein viel Schaden zugefügt hatte. Die Belagerung dauerte einen vollen Monat, endlich wurde die Festung Schritt für Schritt genommen, doch die bei Raab versammelten kaiserlichen Streitkräfte taten nichts zur Unterstützung der Belagerten und rührten sich nicht aus ihrer Position. Zrinyi starb den Helden-
tod, doch auch Suleiman starb während der Belagerung, und sein ziemlich desorganisiertes Heer zog sich zurück. Auch dieser Zeitpunkt wäre zu einem Befreiungskrieg geeignet gewesen, man ließ jedoch das kaiserliche Heer nach Abmarsch der Türken sich auflösen. Maximilian begnügte sich im Jahre 1568 in Adrianopel mit der Pforte einen neuen Frieden zu schließen, in dem er auch Siebenbürgens Autonomie anerkannte.

So gestaltete sich im Osten des Reiches infolge der Ohnmacht der königlichen Politik das selbständige Fürstentum Siebenbürgen. Siebenbürgen war seit jeher einigermaßen selbständig gewesen. Fern vom Reichszentrum gelegen, mußte man den von Osten angreifenden Feinden gegenüber dort eine kräftigere Kriegsorganisation ausbauen. Dies kam teils in der Autonomie der beiden an der Grenze angesiedelten privilegierten Völker, der Székler und der Sachsen zum Ausdruck; teils aber dadurch, daß die mehr nach innen gelegenen ungarischen Komitate unmittelbar

dem Wojwoden, dem in Siebenbürgen residierenden königlichen Obmanne unterstellt waren. Gegen die fremden Angriffe hatten diese drei Nationen schon im Jahre 1437 einen Bund geschlossen, anlässlich des damals wegen gewisser lokalen Übelstände ausgebrochenen Bauernaufstandes. Diese Union von 1437 pflegen die Rumänen so zu deuten, daß ihre Spitze gegen sie gerichtet gewesen sei und erklären, daß der Bauernaufstand eine Empörung der unterdrückten angeblich walachischen Urbewohner war. Dies ist aber eine völlig erdichtete Entstellung der Tatsachen. Die aufständischen Hörigen waren Ungarn. Die Union der drei Nationen hatte den Zweck eines wirksameren gemeinsamen Schutzes, schied aber Siebenbürgen in noch größerem Maße vom Mutterlande.

Nach der Eroberung Ofens, als Siebenbürgen allein auf sich angewiesen war, benützte Frater Georg am Landtage von Torda 1542 diese Union als Grundlage, um die Kraft des Landes zu entfalten. Er brachte besonders die beiden privilegierten Völker dazu, größere Lasten auf sich zu nehmen. Die Székler verzichteten auf ihre Steuerfreiheit, und auch die Sachsen nahmen eine ebenso große Steuer auf sich, wie die ungarischen Komitate. Diese Organisation war die Grundlage der Verfassung des siebenbürgischen Fürstentums. Dem Fürsten wurde ein Regierungsrat zur Seite gestellt, in den jede Nation 7 Mitglieder entsendete, denen sich als zweiundzwanzigstes der Ablegat des Karlsburger (Gyulafehérvár) Kapitels anschloß. Zwei Jahre später schlossen sich als Teile des ungarischen Königreichs (Partium) auch jene Gebiete dieser Or-

ganisation an, die zwischen die durch die Türken besetzten Gebiete und das eigentliche Siebenbürgen eingekeilt waren: die Temeser Gespanschaft und die Komitate an der Theiß.

Die Grundlagen dieses abgesonderten Gebildes reichen also teilweise in die früheren Verhältnisse Siebenbürgens zurück, die selbständige Organisation des Landes wurde aber erst durch die Notlage hervorgerufen. Auch nach Johann Sigismunds Rückkehr bestand bei den Siebenbürgern stets noch der Wunsch, den Anschluß mit den königlichen Gebieten wieder zu erneuern. Besonders Stephan Báthory vermittelte in diesem Sinne. Kaspar Békés erreichte auch, daß Johann Sigismund die Oberherrschaft des ungarischen Königs anerkannte, während der König ihm dafür die Komitate Bihar, Mármaros, Kraszna und Mittel-Szolnok sowie die Umgebung Kövárs überließ. Nach Johann Sigismunds Tode beabsichtigte König Maximilian eben deshalb Kaspar Békés zum Fürsten von Siebenbürgen erwählen zu lassen, jedoch erwählte man dort Stephan Báthory (1571—1576), der aber, obwohl er auch den Türken dieselbe Steuer abschickte, die sein Vorfahre entrichtet hatte, im geheimen auch dem Könige von Ungarn die Treue schwur.

Unter seiner Herrschaft wurde die Verfassung des Siebenbürger Fürstentums endgültig ausgestaltet. Das Fürstentum setzte sich den Frater Georg'schen Traditionen gemäß unter türkischen Schutz, wofür es der Pforte jährlich 10 000 Dukaten zahlte. Die späteren Fürsten wurden von der Pforte durch Übersendung

einer besonderen Lehenurkunde (athname) anerkannt, und bewahrten sich und ihrem Volke in der inneren Verwaltung eine volle Unabhängigkeit. Diesen Verhältnissen hatte es Siebenbürgen zu verdanken, daß es anderthalb Jahrhunderte hindurch der Beschützer der Interessen Ungarns sein konnte und selbst den fremden Königen von Ungarn gegenüber als Beschützer der ungarischen Kultur und Verfassung hat auftreten können. Eine Zeitlang vom eigentlichen Ungarn getrennt, hat eben dieses Gebiet den Gedanken der Einheit Ungarns aufrecht erhalten. Es konnte zwar mit keinen großzügigen Plänen auftreten, zu deren Durchführung es an gehörigen Mitteln fehlte, doch konnte es in seiner Politik auf balkanisches Niveau herabgesunken, sich davor bewahren, mit der Pforte in Konflikt zu geraten. Im Grunde genommen suchte es stets Annäherung zum Königreiche, ja wenn es im Königreich gehörige Kraft fühlte, ließ es sich auch zur Kooperation gegen die Türken herbei.

Bloß infolge der Regierungsfehler des königlichen Ungarns geschah es, daß die Fürsten Siebenbürgens sich zu wiederholten Malen gegen die ungarischen Könige aufzutreten gezwungen sahen. Es geschah jedoch niemals mit der Absicht, sich von Ungarn loszutrennen, sondern stets ausdrücklich aus dem Grunde, um die besonderen Interessen Ungarns beschützend, auch die Leitung des Königreichs in nationalem Sinne zu beeinflussen. Um sich in dieser Hinsicht eine um so größere Macht zu sichern, stellten sie anläßlich der mit den Königen getroffenen Vereinbarungen vorübergehend auch gewisse königliche Territorien unter ihre Verwaltung. Das Fürstentum verdankte sein politisches

Ansehen größtenteils diesen auch wirtschaftlich viel mehr entwickelten Gebieten. Auf diese Weise wurde Siebenbürgen der Wiener Politik gegenüber der Beschützer und Vorkämpfer des ungarischen Nationalgedankens und der althergebrachten Verfassung.

Die Türkenherrschaft

Das Vordringen der Türken auf dem Balkan war für Ungarn schon zu jener Zeit von ungünstigem Einfluß, als die Verteidigung noch von Erfolg begleitet war. Verheerte Gebiete, die Gefangennahme der Bevölkerung ganzer Ortschaften wiesen auf die Gefahr hin, die vom Süden her drohte; von nationaler Seite betrachtend, bestand aber die ungünstige Wirkung darin, daß im Lande eine neue Nationalität auftauchte. Vor den Türken fliehend, wanderten die Serben in größeren Scharen gegen Norden. Schon zur Zeit Sigismunds überströmten sie die ungarischen Komitate zwischen der Drau und der Save, dann erschienen sie in kleineren Gruppen auch auf den Gütern der serbischen Despoten im Torontaler Komitat. Diese Einwanderung begann aber noch größere Dimensionen anzunehmen, als zur Zeit des Königs Matthias, im Jahre 1481 mit Paul Kinizsis Heere eine zahlreichere Truppe über die Donau setzte.

Nach der Niederlage von Mohács kannte die türkische Grausamkeit der ungarischen Bevölkerung gegenüber schon keine Schranken mehr. Die Türken führten eigentlich einen Religionskrieg und kämpften für die Verbreitung des Islam. Mit wildem Fanatismus rannten sie alles nieder, was sich seiner Verbreitung in den Weg stellte. Im Sinne des Korans verlor jeder, der Widerstand leistete, sein Besitzrecht und seine

persönliche Freiheit. Die niedergemetzelten und auf die Sklavenmärkte verschleppten Einwohner waren für die weitere Entwicklung der Nation verloren, für die Türkenherrschaft blieben nur diejenigen von Bedeutung, die auf den besetzten Gebieten irgendwie ihr Leben weiter fristen konnten. Im Sinne des Korans bot auch die Unterwerfung der Bevölkerung Gelegenheit, ihr Leben nach den alten Sitten und am alten Glauben festhaltend fortzuführen. Die Ärmeren, die krampfhaft an ihrem Boden festhaltenden Hörigen und der minderbegüterte Kleinadel halfen sich also auf diese Weise. Besonders war das der Fall bei der späteren langsamen Ausbreitung. Sobald die Türken eine Festung angegriffen hatten, so bereisten ihre Steuerbeamten, die Defterdare die Umgebung und riefen die Bevölkerung zur Unterwerfung auf. Der Kampf spitzte sich auf diese Weise zu einem Kampfe gegen die herrschende und besitzende Klasse zu. Durch die türkische Auffassung wurde es auch ermöglicht, daß die Unterwürfigen vollberechtigte Bürger des Osmanen-Reiches wurden und auch die höchsten Würden erreichen konnten; im Falle nämlich, daß sie zum Islam übertraten.

Die slavische Bevölkerung des Balkans suchte ihre Lage durch diese Mittel zu verbessern. Dort traten große Massen zum Islam über und die führenden Persönlichkeiten des XVII. Jahrhunderts gingen zu- meist aus der Reihe dieser südslavischen Renegaten hervor. Doch der Haß, der das Ungarntum von den Eroberern trennte, war viel zu unversöhnlich, als daß solche Übertretungen in seinem Kreise üblich geworden wären. Nur ausnahmsweise ereignete es sich, daß

Ungarn zu Renegaten wurden, und diese wurden von ihren Konpatrioten mit tiefster Verachtung behandelt. Jene demütigende Art, wie die Türken auch sonst die Nichtmohammedaner behandelten, indem sie ihnen selbst das Tragen schmuckvollerer und lebhafter gefärbter Kleider verboten, machte es unmöglich, daß der verhaltene Haß an Kraft abnahm. In der Geschichte steht jener hartnäckige Widerstand, den die Ungarn anderthalb Jahrhunderte hindurch den Eroberern gegenüber an den Tag legten, fast einzig da, obzwar gerade die zentral gelegenen, von Natur aus fruchtbarsten, vom nationalen Gesichtspunkt aus kernungarischen Teile des Landes unter türkisches Joch gelangten.

Der Druck aber, der von seiten der Eroberer auf der zurückgebliebenen Bevölkerung lastete, war fürchterlich. Die Türken besaßen keine so große nationale Kraft, um die im Interesse des Islams besetzten Territorien dichter bevölkern zu können. Außer der militärischen Besatzung siedelten sich hier nur gewisse Amtspersonen, Richter und Steuerbeamte an. Auch diese wohnten in besetzten Festungen und Städten, unter die Dorfbewohner mischten sie sich nicht. Nebst des regulären Militärs gab es auch noch schlecht bezahlte Söldner und unbezahlte Freiwillige, die zu ihrem Lebensunterhalte selbst zur Zeit formellen Friedens kleine Kämpfe und Kriege ausfochten. Besitztümer bekamen nur die feudalen berittenen Soldaten, die Spahis. Bevor der Türke aber ein solcher werden konnte, mußte er sich vorher Verdienste erwerben. An den Grenzen gab es also beständige Kämpfe und die Macht der Türken breitete sich um vieles über die im Frie-

densverträge bestimmten staatsrechtlichen Grenzen aus. Hier unterwarf sich die Bevölkerung freiwillig, um der fortwährenden Belästigung der undisziplinierten irregulären Truppen zu entgehen, und erbot sich, die Steuern zu zahlen. Auf diese Weise wurde der eigentliche eroberte Teil des Reiches auch gegen das königliche Gebiet mit einem breiten Streif der sich freiwillig Unterworfenen umringt, in dessen Mitte nur die befestigten Orte der Zinspflicht entgingen. (Siehe Einschalttafel Seite 192.)

Seit Ferdinands Frieden vom Jahre 1547 wagten die Habsburger es kaum, sich mit den Türken zu messen. Die auf sich angewiesenen Grenzkomitate mußten daher im eigenen Wirkungskreise für die Abwendung der drohenden Gefahr sorgen und errichteten an der Grenze eine ganze Kette von zumeist aus Holz und Erde gebauten Befestigungen. Die Mannschaft dieser Festungen empfand den Kampf mit den Türken ebenso als ein Lebensbedürfnis, wie die türkischen Freiwilligen. Hier entwickelte sich in den Friedensjahren des XVII. Jahrhunderts ein eigenartiges Heldenleben, indem die Gegner, selbst vornehme Festungskommandanten, einander zum Zweikampf aufforderten, den sie angesichts ihrer Truppen ausfochten. Diese Zweikämpfe nahmen allmählich gewohnte Formen an, arteten aber auch oft zu blutigen Zusammenstößen der Truppen aus. Dabei war keiner der Gegner vor hinterlistigen Angriffen und Ränken der anderen geschützt. Man suchte also die unerwarteten Angriffe des Feindes durch die Versumpfung der Grenzgebiete zu verhindern. In den an die kaiserlichen Hauptleute gerichteten ungarischen Briefen der türkischen Paschas

wimmelte es von Klagen gegen das herausfordernde Verhalten der ungarischen Soldaten der Grenzgebiete. Endlich trachteten die Türken in den geheimen Bestimmungen der Friedensverträge die königliche Regierung zur Auflösung der ungarischen Truppen der Grenzgebiete zu bewegen.

Wie schrecklich aber auch diese Unterdrückung in dem besetzten Gebiete war, wie sehr sie auch die Bevölkerung ins Elend stürzte, konnte sie den nationalen Widerstand doch nicht brechen. Die Türken ließen die ungarischen Gutsbesitzer nicht auf ihre auf türkischem Gebiete liegenden Güter, sie anerkannten nicht deren Besitz. Nur wenn der Besitzer oder dessen Familie nach bloß nomineller Anerkennung seines Güterrechtes trachtete, ließen sie sich dazu bewegen, hoben aber bei einem jeden Besitzwechsel hohe Gebühren ein. Den Boden verteilten sie unter ihre feudalen Soldaten, die Spahis, während die größeren Ortschaften durch den Fiskus verwaltet wurden.

Der türkische Besitzer war aber kein Gutsbesitzer im eigentlichen Sinne des Wortes: fern von seinem Gute bezog er daraus nur laut der Steuerliste (Defter) ein bestimmtes Einkommen und mußte dementsprechend Söldner stellen. Das große Übel dieses Systems bestand darin, daß jeder Gutsbesitzer nach einem unberechtigten Einkommen strebte, das die Steuerliste nicht aufwies, nach dem er also keine Soldaten zu stellen brauchte. Durch dieses Bestreben verleitet, wurde er in seiner Erwerbssucht rücksichtslos. Erwarb er sich neue Verdienste, wurden seine Güter mit größeren vertauscht, so daß er seine Güter zumeist nur kurze Zeit besaß. Verkaufen durfte er sie nicht, auch konnte

er sie nicht seinen Kindern vermachen. Diese Unbeständigkeit des Besitzers bewog ihn zu einer wahren Raubwirtschaft. Der christliche Untertan zahlte dem Fiskus Kopfsteuer und verschiedene außerordentliche ärarische Steuern, seinem Gutsherrn hingegen Produktensteuer, was ursprünglich als Zehent betrachtet wurde, aber oft nach viel höherer Quote als Sechstel oder Fünftel behoben wurde. Oft wurde die Steuer auf die ganze Gemeinde in einer Summe festgestellt und auf die Weise bemessen, daß man den Ertrag eines fruchtbaren Jahres berechnete und auf Grund dessen die Lasten bestimmte, aber auch in schlechten Jahren dasselbe einhob. Wenn dann einige den Lasten entgingen, waren die Zurückgebliebenen gezwungen, auch deren Schuld zu bezahlen.

Besonders im Süden der Tiefebene wurde dieses System so drückend, daß oft die ganze Dorfbevölkerung vor Verabfolgung der Steuern Reißaus nahm. Da nach türkischer Sitte die Gutsbesitzer das Recht hatten, die geflohenen Untertanen innerhalb 15 Jahren auch mit Gewalt auf ihren Boden zurückführen zu lassen, halfen sich die Flüchtlinge auf die Weise, daß sie auf königliches Gebiet oder auf türkische Ärarialgüter liefen, die der gutsherrschaftlichen Steuer enthoben waren. Die Gutsbesitzer begannen also mit ihnen, wenn sie sie ausforschen konnten, neue Verhandlungen zu pflegen und siedelten sie möglicherweise unter günstigeren Bedingungen wieder an. Doch solche erneuerte Ansiedelungen hatten wegen der türkischen Raubwirtschaft und des fortwährenden Besitzwechsels keinen Bestand. Bei Abnahme der Bevölkerung trachtete der Gutsbesitzer selbst danach, die Be-

wohner mehrerer Gemeinden in ein Dorf zu übersiedeln. Die Grenzen der unbewohnten Dörfer wurden dann besonders zur Weidewirtschaft verpachtet, wodurch ganz neue Steuern entstanden, die nach der Quote des weidenden Borstenviehs oder der Schafe oder aber auch des gemähten Heues bemessen wurden. Die Türken waren überhaupt unerschöpflich in der Erfindung neuer Steuerarten. Sie besteuerten jedes Hausgewerbe, ja selbst die Hochzeiten. Besonders mißbrauchten sie aber das Wehrgeld für gewaltsamen Todschatz. Es gab häufig Fälle, in denen ein Dorf von ihnen überfallen und viele niedergemetzelt wurden, worauf dann die Dorfbewohner von der türkischen Behörde gezwungen wurden, das Wehrgeld für die Toten dem türkischen Gutsherrn zu zahlen.

Der türkische feudale Besitz führte in der großen Tiefebene zum völligen Ruin der kernungarischen Gebiete, ganze Dörfer wurden entvölkert und verschwanden, während Ärarialgüter, wo sich die Geflüchteten sammelten und wo die Bevölkerung in günstigeren Verhältnissen lebte, zu ausgebreiteten Bauernstädten wurden. Auf diese Weise sind die ausgedehnten Städte der Tiefebene mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung (Maria Theresiopel, Kecskemét, Debreczin usw.) entstanden. Auf die verheerten Gebiete drangen dann allmählich vom Balkan flüchtende serbische Völkerschaften ein und siedelten sich in Südungarn an. Diese fremden Ansiedler wurden aber auch von den Gutsherrn der nördlicher gelegenen verheerten Gebiete gern gesehen; sie siedelten sie, als die Türken die ungarische Bevölkerung verschleppt oder verjagt hatten, in den Gegenden von Ofen und von Gran

an. Die Türkenherrschaft rief also in Ungarn eine wahre Völkerwanderung hervor. Ungarn und Kroaten versuchten gegen Norden zu flüchten. An der westlichen Grenze siedelten sich zur Zeit der Mitte des XVI. Jahrhunderts auf die verwüsteten Gebiete die nach Norden ziehenden Kroaten an. Der große Teil der Ungarn floh nach Oberungarn, während von dem unteren Laufe der Donau serbische und von Siebenbürgen her walachische Ansiedler einwanderten.

Aber inmitten dieses lange währenden Elends war die Selbstaufopferung zu bewundern, mit der die unbemittelte Bevölkerung der besetzten Gebiete den nationalen Interessen die größten Opfer brachte. Die Behörden der auf türkischem Gebiete liegenden Komitate flohen auf königliches Gebiet und hielten von dort aus die Verwaltung ihres Komitats aufrecht. Die Untertanen lieferten die üblichen Steuern an ihre Gutsherrn und an den König ab, jedenfalls in viel kleinerem Maße, als sie es zu Friedenszeiten zu tun verpflichtet gewesen wären. Die zweifache Steuer der besetzten Gebiete und jener Gehorsam aber, den die Bauersleute den geflüchteten Komitatsbehörden gegenüber erwiesen, bezeugt am klarsten ihr unbeugsames Festhalten an der nationalen Idee und ihren Haß gegen die Türken. Der türkische Gutsherr wagte es kaum mehr, auf seine Güter zu gehen, ja nicht einmal Steuern einzutreiben. Die Türken konnten sich überhaupt nicht allein zeigen, da sie nicht in Sicherheit waren. Oft wurden sie gefangen genommen und nur gegen hohes Lösegeld freigelassen.

Statt daß sich die Gegensätze zwischen Eroberern und Unterworfenen mit der Zeit gemildert hätten, ha-

ben sie sich im Gegenteil nur noch verschärft. Dieser Umstand wurde nebst anderem auch durch den langsamen Verfall der türkischen Militär-Organisation beschleunigt. Die Disziplin der Janitscharen hörte in späterer Zeit auf und seitdem sie Familien gründeten und Vermögen erwerben durften, lehnten sie sich öfters auch auf. Die Spahis hingegen gewöhnten sich an friedfertige Beschäftigungen und stellten ihre Söldner in unregelmäßiger Weise. Dieser Zersetzungsprozeß blieb den Ungarn, besonders den Hauptleuten der Grenzgebiete kein Geheimnis. Um so mehr wurden sie daher erbittert, als König Rudolph (1576—1606) auch noch zu Ende des XVI. Jahrhunderts zu wiederholten Malen den Frieden von Adrianopel erneuerte, obwohl dies die Paschas nicht daran hinderte, selbst mit ihren Truppen von mehreren Tausend Mann Festungen zu erstürmen. Die Hauptleute erwiderten diese Angriffe, worauf Sinan Pascha im Jahre 1593 den Krieg erklärte.

Nun folgte ein fünfzehnjähriger Krieg, der aber ohne wirklich große Ereignisse verlief. Festungen und Städte wechselten oft ihre Herren, die Epoche war reich an kühnen, heldenmütigen Taten, kleinen Abenteuern, doch keiner der Gegner trat mit so viel Kraft auf, daß der Kampf hätte entschieden werden können. Sogar wenn größere Scharen in den Kampf geworfen wurden, wurde der Feldzug im Herbst beendigt. Mit einem jeden Jahre fing ein neuer Feldzug an, und den größten Triumphen folgten oft im nächsten Jahre die größten Schlappen. Vom Ausland kam zwar hie und da Hilfe, doch war es immer sehr frag-

lich, ob sie auch das nächste Jahr früh genug oder überhaupt eintreffen werde.

1594 bereiteten sich die Gegner zu einem ernsteren Kampfe vor, doch bloß Sinan Pascha erreichte einen größeren Erfolg dadurch, daß ihm die fremden Söldner des Grafen Hardegg Raab, den Schlüssel von Wien übergaben. In diesem kritischen Moment eilte auch der Fürst von Siebenbürgen, Sigismund Báthory (1581 bis 1598) — der nach Erwählung seines Oheims, Stephan Báthory, zum Könige von Polen auf den Fürstenthron gelangt war — den königlichen Truppen zu Hilfe. Auf seine Vermittlung trat 1595 auch der walachische Wojwode offensiv auf und schlug bei Giurgievo die Türken, zog sich aber dann in das Gebirge zurück. Da eilte Fürst Sigismund dem Wojwoden mit beträchtlicher Streitkraft zu Hilfe, befreite sein Land und schlug sogar den Großvezir Sinan in entscheidender Schlacht. Inzwischen hatten auch die Truppen des Königs unter Führung Mansfelds Gran genommen und die ungarischen Truppenführer drangen schon auf Ofens Wiedereroberung, doch dieses wurde von Erzherzog Maximilian, der nach Mansfelds Tode das Oberkommando übernommen hatte, verweigert. Im folgenden Jahre veränderte sich jedoch die Lage. Die Türken eroberten Erlau, das die meuternde vlämische und deutsche Besatzung noch vor Ankunft des Entsatzes aufgab. Das vereinigte Heer des Erzherzogs Maximilian und Sigismund Báthorys stellte sich nun bei Mezökeresztes dem Heere des Sultans auf offenem Felde entgegen und jagte es nach hartem Kampfe auch in die Flucht. Da begannen aber die Sieger das türkische Lager zu plündern, was je einer Kolonne der

Janitscharen und Tataren zu erneutem Angriffe Gelegenheit bot. Die Plünderer suchten sich durch Flucht zu retten, das Heer löste sich auf und die erzielten Erfolge gingen zurück.

Diese Niederlage war dem Lande um so nachteiliger, als Fürst Sigismund nach der Schlacht bei Mezökeresztes seine Seelenskraft verlor. Er wollte dem Throne entsagen und übergab Siebenbürgen dem König Rudolph, kehrte aber wieder zurück, entsagte neuerdings und rief dadurch auch in Siebenbürgen, das bis zu dieser Zeit doch von größeren Schicksalschlägen verschont geblieben war, Wirren hervor. Der walachische Wojwode Michael benützte die günstige Gelegenheit um Siebenbürgen und die Moldau sich zu unterwerfen. Er benützte den unversöhnlichen Haß der Székler gegen die Báthorys, fiel in Siebenbürgen ein und vertrieb diese aus dem Fürstentume. Seine grausame Schreckensherrschaft erregte aber bald großen Widerwillen und als er auch die Moldau angriff, die unter polnischer Oberherrschaft stand, wollten die Siebenbürger mit polnischer Hilfe den Fürsten Sigismund zurückbringen. Jedoch zur selben Zeit berief eine andere Fraktion den Feldherrn Kaiser Rudolphs, Basta aus Oberungarn, der auch bald der verhassten Herrschaft des Wojwoden Michael ein Ende machte. Als aber zu Beginn des Jahres 1601 die Polen, die inzwischen die Moldau wiedererobert hatten, Sigismund in sein Land zurückführten, verbündete sich Basta mit dem Wojwoden Michael gegen Sigismund, den sie im Sommer 1601 besiegten. Nach einigen Tagen ließ zwar Basta seinen Bundesgenossen töten, herrschte aber ebenfalls mit großer Grausamkeit über Siebenbürgen.

Diese unglückliche Politik Sigismund Báthorys und Rudolphs versetzte die Siebenbürger wieder in die Notwendigkeit, um das türkische Protektorat zu versuchen. Das Elend, das infolge des langen Krieges auf den königlichen Territorien lastete, wurde also durch die Siebenbürger Wirrnisse noch gesteigert. Einstweilen war infolge Abwendung der Siebenbürger von der kaiserlichen Politik keine Aussicht vorhanden, daß das Fürstentum mit dem Königtum vereint gegen die Türken auftreten werde. Auf diese Weise geriet der lange Krieg ins Stocken, ein einziger hervorragender Moment war noch, daß Schwarzenberg und Nikolaus Pálffy im Jahre 1598 Raab zurückeroberten. Die kaiserlichen Hauptleute, besonders die Erzherzöge Maximilian und Matthias verhinderten aber mit ihrer zögernden und unentschlossenen Kriegsführung das erfolgreiche Vorgehen gegen die Türken, obwohl in Ungarn schon jedermann davon überzeugt war, daß infolge der zunehmenden Schwäche der Türken die Zeit der Befreiung gekommen sei. Die Unzufriedenheit, die die Ohnmacht der Führer bei der Bevölkerung nach sich zog, hatte einen großen Anteil an der Heraufbeschwörung der verhängnisvollen Streitigkeiten, welche in den folgenden Jahren das Land vor schwere innere Verwicklungen stellten.

Die türkische Eroberung aber warf Ungarn nicht nur insofern in der Entwicklung zurück, als sie das Reich in Teile zerstückelte und die wichtigsten Gebiete unter fremdes Joch brachte; die Türkenherrschaft zog auf allen Gebieten des Nationallebens sowohl im königlichen Ungarn wie auch in Siebenbürgen traurige Folgen nach sich. Die aus der Tiefebene ge-

Ungarn zur Zeit der Türkenherrschaft



----- Reichsgrenze

----- Staatsrechtliche Grenze des Türkengebietes im Jahre 1606

..... Die türkische Grenze zur Zeit der größten Ausdehnung, 1683

o o o o o o Den Türken stillschweigend unterworfen und zinspflichtig im Jahre 1606

o o o o o o o o o o Den Türken stillschweigend unterworfen und zinspflichtig im Jahre 1683

----- Grenze des Fürstentums Siebenbürgen im Jahre 1570

----- Grenze des Fürstentums Siebenbürgen im Jahre 1645



flüchtete besitzende Klasse wurde ihres Lebensunterhaltes beraubt und verarmte. Der materielle Ruin schritt nach der Niederlage bei Mohács unaufhaltsam weiter, was den Verfall des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens herbeiführte. Auf türkischem Gebiete ließ das unglückselige Steuersystem die Bevölkerung auf das Niveau primitiverer Wirtschaftsformen herabsinken und den Ackerbau größtenteils mit Viehzucht vertauschen. In den Grenzgebieten, die auch zu Friedenszeiten fortwährend türkischen Angriffen ausgesetzt waren, befürchteten die Gutsbesitzer, daß der wilde Feind ihre Frucht verheeren würde. Auch hier züchtete man mit Vorliebe Vieh, das anlässlich der Angriffe vor den Türken weggetrieben werden konnte. Bei diesem Wirtschaftszweige drohte dem Landwirte also nicht die Gefahr, daß seine ganze Investition und Arbeit unrettbar in Verlust geraten könnte. Das Volk, das zu Beginn des XVI. Jahrhunderts schon in das Fahrwasser des Frühkapitalismus geriet, sank innerhalb einiger Jahrzehnte auf die Stufe zurück, wo einst seine Ahnen zur Zeit der Landnahme gestanden waren. Handel und Gewerbe fristeten ein kümmerliches Dasein. Die fortwährenden Kriege hatten den Verkehr und das Städteleben fast vernichtet. Die ungünstige Gestaltung der Produktionsverhältnisse wurde auch noch dadurch gesteigert, daß die Politik der Wiener Hofstellen bei Gelegenheiten, wenn es den österreichischen Erbländern an Getreide fehlte — und das war meistens der Fall — die Getreideausfuhr verbot. Unter solchen Umständen wurde die Viehzucht zur Hauptbeschäftigung der Bevölkerung. Mit dem Vieh betrieb sie mit den österreichischen Erbländern und den Städten des Deut-

schen Reiches einen bedeutenden Handel. Außerdem hatte nur noch der Weinbau irgend eine höhere Kultur; der Wein der westlichen Landesteile fand in Böhmen und Mähren, der der nördlichen Teile in Polen gute Absatzgebiete.

Der wirtschaftliche Verfall, die allgemeine Verarmung auf der ganzen Linie zog eine gewisse Verwilderung nach sich. Obwohl die Stände unter dem Einflusse der großen Geistesströmungen des XVI. Jahrhunderts in der Errichtung humanistischer, meistens protestantischer Schulen wetteiferten und auch die Jesuiten sich ihnen bald zugesellten, fehlte zur Entwicklung der höheren Kultur der Wohlstand und die nötige Ruhe. Ungarns Adel — selbst die Magnaten — mußte seine Ansprüche herabsetzen. Die kriegerischen Verhältnisse drückten dem ganzen Leben ihren Stempel auf; jedermann trachtete nur danach, gegen die Türken gerüstet zu sein. Um den Preis der kriegerischen Tugenden mußte man die kulturellen Errungenschaften aufgeben. Es ist zwar unzweifelhaft, daß in dieser Hinsicht auch im Deutschen Reich des XVII. Jahrhunderts ein ähnlicher Rückschritt erfolgte, doch der Verfall in Ungarn war von unvergleichlich größeren Dimensionen, weil er viel tiefer wurzelte. Vergeblich versuchte der mächtige Vorkämpfer der Gegenreformation, Peter Pázmány eine Universität in Tyrnau (Nagyszombat), Benedikt Kisdý in Kaschau (Kassa) zu errichten, während die Protestanten schon früher die Hochschule von Sárospatak, dann diejenige von Debreczin organisiert hatten. Die wissenschaftliche Bildung nahm zwar im Kreise dieser Institute einen schönen Aufschwung, sie hatten

jedoch keine tiefere Wirkung auf das Leben, und infolge des unseligen Kriegszustandes blieb Ungarns Bildung im XVI. und XVII. Jahrhundert weit hinter jener der westlichen Länder zurück. Vergleicht man Ungarns Verhältnisse mit dem Hofe und dem Adel des damaligen Frankreichs, so zeigt sich ein trostloses Bild. Während auf französischem Boden sich feine Formen des Gesellschaftslebens und der Kultur entwickeln konnten, wurden in Ungarn infolge der beständigen Existenz- und Unabhängigkeitskriege alle Kräfte des Volkes in Anspruch genommen. Alles lebte in dieser Epoche sozusagen im Lager, und nur auf einigen günstiggelegenen westlichen und nördlichen Gebieten bot sich Gelegenheit zur Entfaltung kultureller Bestrebungen, sowie zur Unterstützung von Kunst und Wissenschaft.

Kämpfe Siebenbürgens für die ungarische Verfassung und die Religionsfreiheit

Das ungarische Nationalleben wurde nach der Niederlage bei Mohács zwei Jahrhunderte lang von den Türkenkriegen beherrscht. Das königliche Gebiet, das Fürstentum Siebenbürgen, die ganze Bevölkerung der besetzten Landesteile richteten ihr Bestreben darauf, das türkische Joch abzuschütteln. Diese Richtung wurde auch dann nicht abgeschwächt, als die Aggressivität der Türken allmählich nachließ und mit der Schwächung ihrer Organisation der Verfall ihrer Macht offen zutage trat. Ganz anders hatte sich aber die Lage in dieser Hinsicht im Westen gestaltet. Die Kaiser, die zugleich ungarische Könige waren, wurden in ihrer Politik in beträchtlicher Weise durch das Bewußtsein ihrer Schwäche beeinflußt. Von dem Zeitpunkt an, wo auch sie die Schwächung der Türken gewahrten, nahm das Interesse für den großzügigen Plan der Vertreibung der Türken aus Europa in den westlichen Staaten im allgemeinen ab. Als es nach den langen Kriegen offenkundig wurde, daß die Türken nur mehr kleine lokale Erfolge erreichen könnten, fühlte sich Europa nicht mehr durch den Halbmond bedroht. Nach und nach bequeme man sich der bestehenden Macht an und die Idee der Verdrängung der Türken aus Europa verschwand sozusagen aus den Plänen der europäischen Politik.

Europa interessierte sich zu dieser Zeit für eine andere Frage, für die Frage der religiösen Kämpfe, und die westlichen Mächte betrachteten Ungarn schon zu Ende des XVI. Jahrhunderts mehr unter diesem Gesichtspunkte. Die päpstliche Kurie und der spanische Hof suchten dem Katholizismus, die nördlichen protestantischen Mächte dem Protestantismus zum Siege zu verhelfen. In den Zeiten vor der Niederlage bei Mohács hatten sich in Ungarn noch keine schärferen religiösen Gegensätze entwickelt. Die Reformation verbreitete sich damals erst im Kreise der deutschen Bevölkerung und gewann am Hofe Marias von Habsburg, der Gattin des Königs Ludwig II. ein wenig Raum. Es war also nur natürlich, daß inmitten der damaligen Gegensätze besonders der Kleinadel — der gegen die Bestrebungen der Habsburger kämpfte — jene Bewegung mit Widerwillen aufnahm. Verböczy gab auf eigene Kosten ein Buch gegen Luther heraus, ja er suchte ihn sogar persönlich zur Zurückziehung seiner Lehre zu bewegen. Der Reichstag vom Jahre 1525 faßte sogar einen Beschluß gegen die Lutheraner, jedoch wurde durch die schreckliche nationale Katastrophe die Lage plötzlich geändert.

Nach der Schlacht bei Mohács gestaltete sich die Möglichkeit, den Protestantismus zu verbreiten, ganz anders. Der größte Teil der Geistlichen war auf dem Mohács-er Schlachtfelde gefallen, viele Stellen der hohen Geistlichkeit waren unbesetzt und auch der niedere Klerus hatte viele Verluste erlitten. Unter solchen Umständen konnte man — zu einer Zeit, wo die Dogmen noch nicht präzisiert waren — nicht streng untersuchen, ob die Geistlichkeit den Glauben in seiner alten

Gestalt erhalte und seinem Berufe entspräche. Die neuernannten Oberpriester schoben ihre Bestätigung aus finanziellen Gesichtspunkten hinaus, um ihr Einkommen zu Kriegszwecken verwenden zu können, was sie jedoch verhinderte, die „*canonicae visitationes*“ abzuhalten und die Gesinnung und die Wirksamkeit des niederen Klerus zu kontrollieren. Hingegen gab es in den Reihen des niederen Klerus unzufriedene Elemente, die bald diese, bald jene neue Lehre freundlich aufnahmen. Auf diese Weise erfolgte an vielen Orten der fast unbewußte Anschluß an die Reformation, und die Bevölkerung wurde ihrer Trennung von Rom erst bewußt, als die Beschlüsse des Konzils von Trient diesbezüglich keine Zweifel mehr zuließen.

Nach der Verbreitung der Lehren Luthers gelangte auch der Calvinismus ins Land und machte große Eroberungen, besonders in den Reihen der Ungarn in der Theißgegend. Jene demokratische, von allen anderen Faktoren unabhängige Macht der Kirchengemeinden, die Calvin begründete, zog die an das autonome konstitutionelle Leben gewöhnte Bevölkerung an. Besonders in den besetzten Gebieten hatte diese unabhängige Kirchenorganisation einen großen Vorteil. Indem die türkische Macht ihrem Wesen nach religiösen Charakters war, fühlten die Eroberer der protestantischen Kirche gegenüber, die mit keiner Zentralgewalt in Zusammenhang war, weniger Argwohn als der katholischen Kirche gegenüber, die in unverkennbarem engeren Bündnis mit der königlichen Macht stand. Nebstdem wurde das Volk der Tiefebene durch die aller Mystik abgewandte Nüchternheit der Lehren des Genfer Reformators gefesselt. Es waren viele geneigt, in der Reform-

bewegung noch weiter zu schreiten. In Siebenbürgen gewann der unitarische Glaube eine ausgedehnte Verbreitung, und nebst diesem trat auch eine ganz eigentümliche, lokale Sekte auf, die der Sabbatharier oder Jüdelnden.

Die europäischen Staaten haben die Religionsfrage zumeist in der Weise gelöst, daß sie für die eine oder andere Lehre Stellung nahmen, während sie die Anhänger anderer Lehren verfolgten. Dies hatte für sie die guten Folgen, daß die Religionsfragen keine inneren Gegensätze nach sich zogen. Im heiligen deutsch-römischen Reiche wurde, das Prinzip „*cuius regio, eius religio*“ verkündend, die Entscheidung, welcher Konfession sie sich anschließen wünschten, den einzelnen Fürsten überlassen. Dieses Prinzip wurde auch nach Ungarn verpflanzt, jedoch in einer anderen Gestalt, da hier die Gutsbesitzer über die Frage des Glaubens entschieden. In den Kämpfen der beiden Könige konnte, obwohl beide treue Anhänger der katholischen Kirche waren, keiner von ihnen den sich rasch verbreitenden Lehren gegenüber Stellung nehmen. Indem die bedeutenderen Familien sich der Reihe nach der Reformation anschlossen, faßte also der Protestantismus rasch Fuß. Da die Herrscher die Frage vorläufig unberührt ließen, und auch der Adel nicht wünschte, daß dogmatische Gegensätze zu inneren Verwicklungen führen sollten, gewährten sie den Protestanten freie Ausübung ihrer Religion. Am weitesten ging in dieser Hinsicht das Fürstentum Siebenbürgen. Hier schlossen sich die Stände dem Protestantismus an, und während der König Johann und dann auch die Báthorys offiziell der katholischen Kirche treu blieben, wurde so-

wohl den Lutheranern und Calvinisten, wie auch den Unitariern kurz nacheinander das Recht der freien Ausübung der Religion gewährt. Die Religionsfreiheit bedeutete aber dennoch keinen konfessionellen Frieden; auf demselben Herrschaftsgut, innerhalb derselben Stadt wurden die Rechte der Minderheit nicht beachtet, wodurch erbitterte Streitigkeiten entstanden. Dabei standen besonders zwei Faktoren einander gegenüber: das katholische Königtum der Habsburger und das protestantische Fürstentum Siebenbürgens, die katholische Bevölkerung der westlichen Komitate und die protestantische der Theißgegend und Siebenbürgens.

Diese Gegensätze verschärften sich besonders zu jener Zeit, wo Verfassungsfragen zwischen König und Nation Mißtrauen erweckten. Ferdinand I. (1526—1564) regierte nicht verfassungswidrig. Er war es, der unter Ungarns Herrschern die meisten Reichstage einberief. Trotzdem fand im konstitutionellen Leben unter seiner Herrschaft eine solche Umwälzung statt, daß der nationalen Entwicklung große Gefahr drohte. Infolge der Kriegszustände konnten zumeist nicht alle Bewohner des Landes am Reichstag erscheinen; es wurden also auf den voneinander abgetrennten Gebieten lokale Tagungen abgehalten, die nicht mit derselben Kraft und demselben Ansehen auftreten konnten, wie die früheren Reichstage, welche den Willen der ganzen Nation repräsentierten. Nach dem Verlust der Tiefebene wurde der volle Reichstag zumeist nach Preßburg einberufen, wohin sich aber nur wenige begaben, da sie ihre Familien und Güter nicht ohne Schutz zurückzulassen wagten. Auch dadurch wurde

das Ansehen der Reichstage geschwächt, daß die erschienenen Magnaten und Komitatsablegaten baldigst wieder in ihre Heimat zu eilen wünschten und selten geneigt waren, länger als einige Wochen zu beraten. Unter solchen Umständen konnten sie ihrem Willen dem Hofe gegenüber kaum Geltung verschaffen, der, so oft ihm die Stellungnahme der Stände mißfiel, die Verhandlungen einfach in die Länge zog, bis der Adel auseinanderging.

Einstweilen hatten aber selbst die Reichstage kaum die Gefahr bemerkt, die infolge der veränderten Umstände der Selbständigkeit Ungarns drohte. Das Übel bestand in der Art der Verwaltung, die König Ferdinand einführte. Zur Zeit der großen Verwicklungen sah jedermann ein, daß eine Organisierung notwendig sei, und man legte auch der im bürokratischen Sinne erfolgten Umgestaltung der Verwaltung keine Hindernisse in den Weg. An Stelle der einzelnen Würden traten Ämter mit größerem Personal. Bei ihrer Einrichtung wurde jedoch das österreichische Vorbild befolgt. Es wurde aber nicht nur das Vorbild von Österreich übernommen, sondern die neuen Behörden wurden im gewissen Grade auch den betreffenden österreichischen Hofstellen unterstellt. Das war gewissermaßen eine natürliche Folge davon, daß Ferdinand sich nur einen Teil des Reiches erwerben konnte, und die besonderen Behörden dieses kleinen Teils nur in sehr beschränktem Kreise walteten, während die Wiener Zentralbehörden sich die Angelegenheiten seiner gesamten Besitzungen bei ihrer Tätigkeit vor Augen hielten. Diese trachteten also auch darnach, die Tätigkeit der ungarischen Organe zu überwachen und zu lenken.

Was dies anbetrifft, so bezogen sie sich darauf, daß Österreich und Böhmen zur Verteidigung der ungarischen Grenzgebiete eine Geldunterstützung gewährt hatten, wobei sie verschwiegen, daß dagegen sehr beträchtliche königliche Einkünfte Ungarns, wie das des Bergwesens und das Einkommen der Bergstätte unmittelbar der niederösterreichischen Kammer zufließen und nicht unter den Einkünften Ungarns verrechnet wurden.

Die getroffenen Verfügungen und diese ganze Entwicklung waren zwar schwere Verstöße gegen die Versprechungen, die Ferdinand bei seiner Thronbesteigung gegeben hatte, daß er das Königreich nach seinen eigenen Gesetzen und Sitten durch ungarische Herren regieren lassen werde. Daß aber die Sache sich so entwickelte, wurde von den Hofstellen damit begründet, daß die Zentralbehörden eine größere Übersicht besäßen und die königlich ungarischen Gebiete, die ihre Bedeutung eingebüßt hatten, sich jener Politik anpassen müßten, die in den übrigen Teilen des Habsburgischen Reiches befolgt werde. Da trotz der Verfassung die königliche Gewalt in Ungarn noch immer sehr stark war, besaß man einstweilen außer der in ihrer Tätigkeit stark beschränkten Reichstage keinen einzigen Faktor, der sich jenen Bestrebungen hätte gegenüberstellen können. So geschah es, daß die für Ungarn in Preßburg errichtete Finanzbehörde, die königlich ungarische Kammer zum Exponenten der Wiener Hofkammer wurde; für Kriegsangelegenheiten aber wurde in Ungarn gar keine besondere Zentralbehörde organisiert, sondern die ungarische Generalreichshauptmannschaft und das ganze ungarische Heerwesen dem Wiener kaiserlichen Hofkriegsrat

unterstellt. In grundlegenden Fragen der Politik, besonders der Außenpolitik, verfügte der geheime Rat Ferdinands, eine Körperschaft, von der die Ungarn ausgeschlossen waren, die daher Ungarns Interessen und Wünsche außer acht ließ.

Später verschlechterten sich noch diese Verhältnisse, da die ungarische Finanzverwaltung dezentralisiert wurde und für die nordöstlichen Komitate eine besondere Kammer errichtet wurde. Ähnliches geschah auch in der Militärverwaltung, als das kroatische Grenzgebiet aus militärischen Gründen dem Grazer Kriegsrat unterstellt wurde. Diese Verfügungen erleichterten das Bestreben, die ungarischen Angelegenheiten schließlich aus Wien zu leiten. Betreffs der Reichsverteidigung wurde dies auch noch dadurch befördert, daß nach der Niederlage bei Mohács das Bänderialsystem große Abänderungen erlitten hatte. Die Bänderien einzelner Magnaten, die sich noch hielten, wurden in einzelne Festungen beordert, wo sie mit den aus der Fremde geholten Söldnern verschmolzen wurden. Eigentlich wurden von seiten der Könige nur diese Söldner als Reichswehrkraft betrachtet. Das auf Kosten der Komitate erhaltene Militär, das sich mit größter Kühnheit den Türken gegenüber stellte, war in Wien unbeliebt und auch die Nation mußte sich darein fügen, daß dieses Militär von der Reichswehrkraft sozusagen getrennt wurde, auch schon aus dem Grunde, damit es der unschlüssigen Kriegspolitik des Hofes gegenüber bei unverhofften Türkeneinfällen durch energischeres Auftreten wenigstens einen lokalen Widerstand leisten könne.

Eigentlich hätten die Hauptwürdenträger des Kö-

nigreichs, besonders der Palatin Gelegenheit dazu gehabt, die von dieser Seite drohende Gefahr wahrzunehmen; doch noch zu Ferdinands Zeiten wurde sogar die Palatinswürde nicht besetzt und königliche und palatinale Statthalter ernannt, die infolge ihres eingeschränkten Wirkungskreises viel zu abhängig waren, als daß sie diesen Verlauf der Dinge hätten verhindern können. Auch der königliche Rat wurde in einen Statthaltereirat umgestaltet, dieser jedoch nur über innere Verwaltungs- und Justizangelegenheiten um seine Meinung befragt. Die Stände erhoben einstweilen nur gegen den Unfug der fremden Söldner Einspruch, und trachteten nach Wiedererrichtung der alten nationalen Heeresorganisation. Als sie aber ihre diesbezüglichen Beschwerden in Reichstagsbeschlüssen dem Könige vorhielten und um Sanierung ersuchten, wurden die Beschlüsse dieser Art aus dem Gesetzbuche, dessen letzte Textierung in der Kanzlei erfolgte, weggelassen.

Ferdinand, der noch das große, mächtige Ungarn, sowie jene besorgte Eifersucht kannte, womit die Stände ihre Rechtsamen verteidigten, ließ das neue System gar nicht unter solchen Formen ins Leben treten, die einen Widerstand hätten hervorrufen können. In diesen Umständen ist die Ursache zu suchen, daß zu Ferdinands Zeiten die Hauptbeschwerde der Stände sich nicht auf die allmähliche Umwälzung der Verwaltung, sondern auf den Unfug der fremden Söldner bezog. Als aber sein Sohn Maximilian (1563—1576), der das mächtige Ungarn nur mehr vom Hörensagen kannte, einfach durch Krönung, ohne Wahl auf den Thron gelangte, gestaltete sich das Verhältnis zwischen der Nation und dem König viel schroffer. Der Reichstag

wurde nur selten einberufen. Die Lage wurde aber noch dadurch verschärft, daß während der Regierung Maximilians die Hochverratsbeschuldigungen gegen vornehme ungarische Herren, die eingekerkert wurden, die Gemüter in Erregung versetzten. Besonders die Verhaftung Stephans Dobós', des heldenmütigen Verteidigers von Erlau, erweckte großes Mißfallen. Später stellte es sich freilich heraus, daß die Verhaftung auf Grund gefälschter Briefe erfolgt war. Der große Unterschied in der Behandlung der ungarischen Angelegenheiten im Gegensatze zu der Regierung Ferdinands erweckte in den Ständen die Erkenntnis, wie gefährlich die Umgestaltungen für die nationale Sache und für die Verfassung waren. Die Reichstage forderten also in scharfgehaltenen Anklagen die Sanierung der Injurien. Dies alles reizte aber den König, der in seinen übrigen Ländern an keine Verfassungsstreitigkeiten gewöhnt war. Als man ihn ersuchte, er möge ungarische Räte anstellen, antwortete er, daß er dies auf dem Gebiete der Justizpflege und der inneren Angelegenheiten gerne tue, jedoch das Heer- und Finanzwesen nicht von den Angelegenheiten der Erbländer zu trennen vermöge. Im Jahre 1566 versprach er sogar auf dem Augsburger Reichstag den Ständen des heiligen deutsch-römischen Reiches, daß er Ungarn an das Reich anschließen werde. Da Ungarn durch die Wahl der Habsburger auf seine staatliche Selbstständigkeit nicht verzichtet hatte, und die Union mit den übrigen Ländern seines Königs sich auf die Weise zu lösen gedachte, wie es früher mit Böhmen und Österreich, mit dem deutsch-römischen Reiche oder mit Polen geschehen war, rief Maximilians Politik

wachsende Erbitterung hervor. Die Interessen von König und Nation waren verschieden und gerieten, so oft staatsrechtliche Fragen aufs Tapet kamen, miteinander in Konflikt.

Durch diesen Entwicklungsgang wurde bei der Verteidigung ungarischer Interessen Siebenbürgen in den Vordergrund gedrängt, da dessen Fürsten zumeist auch auf königlichem Gebiete Güter besaßen. Ihr Bestreben, im geeigneten Augenblick die Kräfte Siebenbürgens gegen die Türken dem Königtume zur Verfügung zu stellen, scheiterte an der Kurzsichtigkeit der Wiener Hofkreise, infolge deren sie zu den Traditionen des polnischen Anschlusses zurückkehrten. Stephan Báthory nahm den Kampf gegen das Haus Habsburg um Polens Thron auf. Seine Wahl zum König von Polen hob zwar augenblicklich das Ansehen Siebenbürgens, steigerte aber auch gleichzeitig das Mißtrauen des Wiener Hofes nur noch mehr. Auf diese Weise entstand eine Lage, die den gegen die Selbständigkeit Ungarns gerichteten germanisierenden Angriffen des Hofes gegenüber das Fürstentum Siebenbürgen zu jenem Faktor machte, mit dessen Hilfe die ungarische Nation dem gefährlichen Entwicklungsgange die Wagschale zu halten suchte. Neben den Türkenkämpfen wurden die Verfassungs- und Religionsangelegenheiten die Kardinalfragen der ungarischen Politik. Seit Maximilians Zeit boten nämlich die konfessionellen Gegensätze Gelegenheit dazu, daß die Fürsten von Siebenbürgen im Kampf für die Verfassung sich auf die Hilfe fremder Mächte stützen konnten.

Maximilian zeigte in seinen Jugendjahren Sympa-

thie für Luthers Lehren. Die spanische Linie des Hauses Habsburg setzte deswegen durch, daß sein Sohn, der Kronprinz Rudolph, in Spanien erzogen wurde. Rudolph (1576—1608) hatte noch weniger Verständnis für eine verfassungsmäßige Regierung als sein Vater. Er war ein gemütskranker, verschlossener Fürst, der sich nur ungern mit Staatsangelegenheiten befaßte, und auch Ungarns Regierung seinen jüngeren Brüdern, den Erzherzögen Ernst und Matthias überließ. Seine Umgebung mißbrauchte die Gemütskrankheit dieses übrigens sehr gebildeten Herrschers. Einige sprachen dem König stets von einer ungarischen Verschwörung. Die Regierung gelangte völlig in die Hände des Militärs; die fremden Truppenführer wiesen aber die Zuschriften der ungarischen Kanzlei ab und wollten auch die Rechtspflege den ungarischen Zivilbehörden entziehen. Infolgedessen nahm die Opposition an dem Reichstage fortwährend zu. Die Stände forderten, daß der Wirkungskreis der ungarischen Regierungsbehörden in ihrer vollen Geltung wieder hergestellt werde; es sollten Ungarn angestellt und dem Unfug der Söldner gesteuert werden. Als ihre Wünsche unerfüllt blieben, verweigerten sie selbst die Votierung der Steuern. Erzherzog Ernst versuchte zwar diese Gegensätze auszugleichen, fand aber in eigener Person kaum Gehör in Prag, wo der König ganz unter dem Einflusse seiner Kammerdiener stand. So entbrannte ein heftiger Hader, der zur Zeit des fünfzehnjährigen Krieges noch dadurch verschärft wurde, daß die Kammern, um Geld zu verschaffen, unrechtmäßigerweise große Güter konfiszierten. Es wurden im Gegensatz zum ungarischen Erbrecht, im Falle jemand ohne männliche Erben starb,

mit Umgehung der Ansprüche der Seitenlinien die Güter für die Krone in Beschlag genommen.

In der Bodenpolitik nahm überhaupt eine solche Richtung überhand, die offenkundig die Kraft des Ungarntums zu schwächen suchte. Auch schon früher wurden mit Berufung darauf, daß einige ungarische Herren, die infolge der türkischen Eroberungen ihre Güter verloren hatten, in Böhmen und Österreich neue erhielten, die erledigten ungarischen Güter hauptsächlich an Fremde abgegeben. Zur Zeit des fünfzehnjährigen Krieges aber, als von den Türken einzelne Territorien wiedererobert wurden, wurden die Besitzrechte der ungarischen Eigentümer überhaupt nicht mehr anerkannt, sondern das befreite Land als neuerobertes Gebiet betrachtet, worüber der König frei walten und wo der alte Eigentümer sein Gut höchstens um eine hohe Entschädigungssumme wiedererlangen konnte. Es war offenbar, daß man die ungarische begüterte Klasse ihres Bodens berauben und dadurch ihre Kraft an den Reichstagen brechen wollte. Die Erbitterung erreichte ihren Höhepunkt, als gegen einige Großgrundbesitzer Majestätsbeleidigungsprozesse angestrengt wurden, um ihre Güter konfiszieren zu können. Besonders der Prozeß gegen den volkstümlichen Stephan Illésházy erregte großen Anstoß, da Illésházy doch dem Hofe bedeutende Dienste geleistet hatte. Er wurde vor ein gesetzwidriges Gericht gestellt, verurteilt und seine Güter in Beschlag genommen, so daß er nach Polen flüchten mußte.

Der Prozeß gegen Illésházy machte die Lage unhaltbar. Das Land wurde nebst der Pest und Hungersnot besonders von den Söldnern in schrecklicher Weise

verheert. Die grausame Herrschaft Bastas hatte auch den Zorn der Siebenbürger gegen den Hof entflammt. Der Hof entschloß sich aber gerade unter dem Eindruck seiner Erfolge in Siebenbürgen zur schärferen Politik, die in einem aus Wien eingeleiteten Kampf gegen den Protestantismus zur Geltung kam. Belgiojoso, Reichshauptmann von Oberungarn, nahm den Kaschauern ihre Kirche und verbot den protestantischen Priestern sämtliche Funktionen. Darob entstand am Reichstage von 1604 ein großer Sturm. Der überwiegende Teil der Adegaten bestand aus Protestanten, und auch die protestantischen deutschen Städte schlossen sich der nationalen Opposition an. Man forderte energisch die Sanierung der Verfassungs- und Religionsbeschwerden; Erzherzog Matthias bewog sie jedoch diesmal noch nachzugeben und die Religionsbeschwerden nicht einzureichen. Um so größere Verstimmung erregte es daher, als der Sekretär Himelreich, ein gebürtiger Deutscher, dem Gesetze willkürlich einen 22. Punkt beifügte, der das Verbot enthält, die Religionsangelegenheit am Reichstage zur Sprache zu bringen.

Unter solchen Umständen brach der erste nationale Aufstand unter Führung von Stephan Bocskay aus. Dieser war als Ratgeber Sigismund Báthorys die mächtigste Stütze jener Politik, die Siebenbürgens volle Kraft zur Hilfe des Königtums gegen die Türken in die Wagschale werfen wollte. In früheren Jahren diente er auch dem König Rudolph, zog sich aber der Verhältnisse überdrüssig auf seine Güter im Komitate Bihar, das damals an Siebenbürgen angeschlossen war, zurück. Die Ereignisse des Jahres 1604 hatten auch

ihn erbittert. Im Gegensatz zu seiner früheren Politik gelangte er zur Überzeugung, daß der unduldsamen Lage nur mit Hilfe der Türken abzuhelpen sei. Diese Unterstützung wollte er durch Vermittlung des zu den Türken geflüchteten Gabriel Bethlen verschaffen, der auf das vollste Wohlwollen der Türken rechnen konnte. Seine Briefe gelangten aber den Kaiserlichen in die Hände, worauf Belgiojoso Bocskays Biharer Besitztum angriff, dabei jedoch eine Niederlage erlitt. Damit war der Würfel gefallen. Bocskay sammelte ein Heer, gewann die in Belgiojosos Dienste stehenden Haiduken für sich, so daß dieser gezwungen war, sich vor den Aufständischen gegen Kaschau, dessen Tore jedoch durch die Bürger vor ihm verschlossen wurden, zurückzuziehen. Da kehrte sich Basta selbst gegen Bocskay, erlitt aber nacheinander zwei Niederlagen. Im Frühjahr 1605 waren die königlichen Truppen zum Rückzug gezwungen. Die ungarische und die Székler Nation wählte nun Bocskay zu ihrem Fürsten, bald darauf die Stände Oberungarns am Reichstage von Szerenecs zum Fürsten von Ungarn.

Der Sultan beeilte sich, diese Lage zu seinen Gunsten auszubeuten und sandte Bocskay eine königliche Krone, dieser nahm sie aber nur als ein königliches Geschenk an, da er die nationale Sache durch Annahme dieses bloß seiner Eitelkeit schmeichelnden Angebotes nicht aufs Spiel setzen wollte. Er war überzeugt, daß Ungarn sich an den Westen anschließen müsse, wollte also durch Annahme des königlichen Titels nicht den Weg der friedlichen Verständigung abschneiden. Um die Vermittlung bemühte sich besonders der nach Polen geflüchtete Illésházy. Die Verhandlungen gingen

anfangs langsam vor sich, da die höfischen Kreise mit den Türken Frieden zu schließen und ihre ganze Kraft gegen die Aufständischen zu wenden suchten. Dem Eifer Illésházys gelang es jedoch, alle Hindernisse zu überwinden und am 23. Juni 1606 wurde in Wien der Friede geschlossen, durch den die Religionsfreiheit der Protestanten ohne Verletzung der katholischen Kirche anerkannt und der anstößige Paragraph 22: 1604 abgeschafft wurde. Auf dem Gebiete der Verfassung war es gelungen, die alten Behörden wieder einzusetzen, das Palatinat zu besetzen und die Finanzen unabhängig und zentralisiert unter Leitung eines ungarischen Schatzmeisters verwalten zu lassen. Im Sinne der Friedenspunkte mußten die Würden mit Ungarn besetzt und auch zu den türkischen Friedensverhandlungen ungarische Bevollmächtigte abgesendet werden. Die Angelegenheit der noch bestehenden Gravamina wurde vor den nächsten Reichstag verwiesen. Bocskay wurde durch den König als Fürst von Siebenbürgen anerkannt und dieser überließ ihm zeitlebens nebst den Komitaten, die auch schon Johann Sigismund erhalten hatte, noch Szatmár, Ugocsa und Bereg sowie die Festung Tokaj. Nach dem Wiener Friedensschlusse begannen auch die Verhandlungen mit den Türken, bei dieser Gelegenheit zum ersten Male an der türkisch-ungarischen Grenze, bei der Mündung der Zsitva. An den Verhandlungen beteiligten sich auch Bocskays Boten und beendeten den Fünfzehnjährigen Krieg mit einem Frieden, in dessen Traktate der Sultan den ungarischen König zum erstenmal als ebenbürtige Partei anerkannte, und nach dessen Bestimmungen der König der Pforte keine Steuer mehr zahlte.

Bocskay starb noch Ende des Jahres 1606. Sein Tod gefährdete sein ganzes Werk. Rudolph hatte nämlich sogleich nach Unterzeichnung des Wiener Friedens in einer geheimen Urkunde erklärt, daß er den Frieden nur notgedrungen angenommen habe und behielt auch die Friedensurkunde von Zsitvatorok bei sich zurück. Illésházy gelang es nur durch einen schweren diplomatischen Kampf, das Friedenswerk zu retten. Die Lage war schon derart gespannt, daß ein neuer Aufstand zu befürchten war, als die Mitglieder des Herrscherhauses nach ihrer Beratung Erzherzog Matthias mit der Leitung der Geschäfte betrauten und Rudolph zwingen, der ungarischen Krone zu entsagen.

Matthias' (1608—1619) erste Tat war die Einberufung des Reichstages für das Jahr 1608. Noch vor der Krönung des Königs faßte man die Punkte des Wiener Friedens und die ergänzenden Beschlüsse in 23 Artikel zusammen, deren Einhaltung der König anlässlich seiner Krönung mit seinem Eide bekräftigte. Zum Palatin wurde Stephan Illésházy gewählt. Die ergänzenden Beschlüsse bedeuteten die Wiederherstellung der völligen Selbständigkeit Ungarns. Auch die Städte, deren deutschzüngige Bevölkerung, sich auf ihre alten Privilegien berufend, an mehreren Orten die Ungarn und die anderen Nationalitäten bisher nicht eingelassen hatte, waren gezwungen, auf diese Vorrechte zu verzichten. Auch nach der Krönung faßte der Reichstag namhafte Beschlüsse, worin unter anderem jene herkömmlichen Gewohnheiten inartikulierte wurden, die die Einberufung des Reichstages und dessen Verhandlungen betrafen. Von dieser Zeit an bis 1848 wurden die Reichstage nach diesen Regeln abge-

halten. Nachdem aber die Bestrebungen der Wiener Politik sich auch nach 1608 nicht änderten, forderte der Reichstag gewöhnlich vor der Steuerbewilligung die Sanierung der Beschwerden oder die Steuer wurde in Verbindung mit der Behebung der Beschwerden (*junctim*) bewilligt. Da aber die Sanierung vom Hofe meistens aufgeschoben wurde, trugen die Reichstage der folgenden Epochen beständig einen gravaminalen Charakter. Die energischen Beschlüsse der Ständetafel wurden der Oberen Tafel zugeschickt, deren Präsident der Palatin war. Diese schickte die Beschlüsse in folge seiner höfischeren Gesinnung zumeist zurück, um sie abändern zu lassen, worauf solange Nuntia gewechselt wurden, bis man sich über die zu unterbreitende Adresse einigte. Während die Ständetafel aus den Abligaten der Komitate und Städte, sowie der Domkapitel und aus den Mitgliedern der königlichen Tafel zusammengesetzt war, saßen im Oberhause die Reichsbarone und Magnaten sowie die Diözesanbischöfe und die bevorrechtigten Äbte und Pröpste.

An Matthias' Herrschaft wurden von seiten der Vertreter der nationalen und protestantischen Richtung große Hoffnungen geknüpft, die sich aber nicht verwirklichten, da sein allmächtiger Minister, der Bischof von Wien, Melchior Khlesl, nicht nur dem Protestantismus, sondern auch der Selbständigkeit entschieden feindlich gegenüber stand. Jener Sieg der Gegenreformation, den er in folgender Zeit ausgefochten, war dennoch nicht allein das Ergebnis der Tätigkeit der Wiener Hofkreise, sondern hauptsächlich das Ergebnis jener Tätigkeit, die die Primase Franz Forgách und Peter Pázmány im Interesse des Katholizismus

entwickelten. Besonders die hohe Bildung des letzteren, sowie sein ausgezeichnetes Debattier- und Redner-talent erzielte große Erfolge. Er gewann beiläufig 30 Magnatenfamilien der katholischen Kirche zurück, wodurch im Oberhaus die Anzahl der katholischen Stimmen vermehrt und auch ihre zahlreichen Untertanen und Hörigen ebenfalls in den Schoß der katholischen Kirche zurückgeführt wurden.

Das Hauptbestreben Khlesls richtete sich vor allem auf die Aufhebung des selbständigen Fürstentums Siebenbürgen. Die unstäte Politik und die Ausschweifungen des Fürsten Gabriel Báthory (1608—1613) boten dem Kardinal eine günstige Gelegenheit hierzu, doch der Plan gelang nicht, da die siebenbürger Stände Báthory absetzten und an seiner Statt Gabriel Bethlen (1613—1629) erwählten. Dieser war zwar infolge seiner Vergangenheit ein Anhänger der Türken, er einigte sich jedoch gleich nach seiner Wahl auch mit dem Wiener Hof, den dieser Umstand nicht daran hinderte, Bethlen einen Gegenkandidaten aufzustellen. Vom Gesichtspunkte der ruhigen Entwicklung bestand das größere Übel darin, daß man von Wien aus auch der Durchführung derjenigen Artikel des Wiener Friedens und der Gesetze von 1608, die die Verfassung betrafen, fortwährend Hindernisse in den Weg legte. Der Kampf zwischen der nationalen und der höfischen Richtung wurde zwar in abgeschwächten Formen, aber doch fortgesetzt. Als im Jahre 1619 Ferdinand II. (1619—1637), der in früheren Jahren in Steiermark die Macht der Stände und der Protestanten gebrochen hatte, auf den Thron gelangte, äußerte sich ihm gegenüber — besonders von seiten der Protestanten — gro-

Bes Mißtrauen. Auf dem Gebiete des Königreichs erlangte zu dieser Zeit der Katholizismus schon die Mehrheit, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß zum Palatin kein Protestant mehr, sondern ein Katholik gewählt wurde. Ferdinand II. bekräftigte zwar bei seiner Krönung die Gesetze von 1608, diese wurden jedoch durch die Regierung zumeist umgangen. Dies gab den Protestanten, sowie auch den Katholiken zu vielen Klagen Anlaß. Dazu stand der Hof auch Bethlen feindselig gegenüber, der endlich durch die Interessen der Protestanten und Siebenbürgens sowie durch die erduldeten Hintansetzungen zur Tat gedrängt wurde.

Die Regierung des neuen Königs begann auch sonst unter ungünstigen Auspizien. Der Dreißigjährige Krieg war im Anzug, es gärte im Reich, die Böhmen emporboten sich. Diese günstige außenpolitische Lage benützte Gabriel Bethlen dazu, um auch seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Seine Truppen nahmen Kaschau ein, und nach einigen Wochen fielen ihnen auch Tyrnau (Nagyszombat) und Preßburg in die Hände. Jedoch Bethlen begann bald die Friedensverhandlungen. Diese wurden einstweilen durch jene Forderung der ungarischen Stände und Bethlens vereitelt, daß auch die Böhmen des Friedens teilhaftig werden sollten. Da die Verhandlungen ohne Erfolg blieben, erwählten die Stände Bethlen zu Neusohl (Besztercebánya) zum Könige. Dieser jedoch — obwohl er auch die heilige Krone in den Händen hatte — wies den Gedanken seiner Krönung ebenso zurück wie Bocskay. Inzwischen war aber infolge der Schlacht am Weißen Berge die Sache für die Böhmen verloren, Bethlen

kämpfte noch weiter, schlug die kaiserlichen Generale Dampierre und Buquois, griff auch die Erbprovinzen an, worauf zu Beginn des Jahres 1622 auf Grund der 1608er Gesetze zu Nikolsburg der Friede wieder zustande kam. Bethlen erhielt lebenslänglich die Komitate Szatmár, Szabolcs, Ugocsa, Bereg, Zemplin (Zemplén), Abauj und Borsod, außerdem die Fürstentümer Oppeln und Ratibor in Schlesien.

Nach dem Nikolsburger Frieden wünschte Bethlen die Vereinigung der ungarischen Lande auf die Weise zu verwirklichen, daß er um die Hand der Erzherzogin Cäcilie Renate, der Tochter Ferdinands, anhielt, darauf pochend, daß Ferdinand ihm die Regierung des Königreichs überlassen werde. Sein Angebot wurde jedoch abgewiesen, worauf er im Jahre 1623 seinen Angriff erneuerte. Die Verwicklungen des Dreißigjährigen Krieges boten aber Bethlen auch ein drittesmal Gelegenheit, die Vollziehung der zumeist nur auf dem Papier stehenden religiösen und konstitutionellen Garantien mit den Waffen zu ertrotzen. Bei dieser Gelegenheit kam er Wallenstein gegenüber zu stehen, doch wagte keiner von beiden die Entscheidungsschlacht. Der Friede wurde im Jahre 1624 in Wien und 1626 in Preßburg wieder auf Grund des Nikolsburger Friedens abgeschlossen.

Gabriel Bethlens Wirksamkeit war jedenfalls von großem Einflusse auf die weitere Entwicklung des Reiches. Seine Bündnisse mit den protestantischen Staaten des Nordens, lenkten besonders die Aufmerksamkeit Englands und Hollands auf die ungarische Sache, und sein Eingreifen in den Dreißigjährigen Krieg steigerte das Ansehen Siebenbürgens und Ungarns

wieder in wesentlichem Maße. Noch größer war jedoch sein Einfluß auf das Fürstentum Siebenbürgen, das er aus dem Verfall, der der Regierung Sigismund Báthorys folgte, wieder zu hoher Blüte emporhob, indem unter ihm besonders das kulturelle Leben zu einer neuen Blüte sich emporschwang. Seinen Spuren folgte auch sein Nachkomme Georg Rákóczi I. (1630—1648), der Ende des Dreißigjährigen Krieges sich noch einmal in den Kampf einmischte. Der Grund seines Eingreifens bestand darin, daß man auch nach Bethlens Tode die Bestimmungen des Bethlenschen Friedens nicht vollzog, und daß nach dem Frieden mit den Türken die Gegenreformation mit erneuter Kraft ans Werk ging. Er zog mit seinen Truppen im Jahre 1644 ins Feld. Das hervorragendste Moment seines Feldzuges war die Mitwirkung bei der Erstürmung von Brünn an der Seite Torstensons. Im Linzer Frieden (1645) erreichte er bezüglich der Religionsfreiheit größere Erfolge als seine Vorfahren. Denn auch den Hörigen wurde völlige Gewissensfreiheit gewährt, indem das Prinzip „*cuius regio, eius religio*“ beseitigt wurde.

Während der Aufstand Bocskays mehr ein Kampf zur Wahrung der Verfassung war, dienten das Eingreifen Bethlens und Rákóczis mehr der Sache des Protestantismus, obwohl jene Mächte, die den Dreißigjährigen Krieg lenkten, vor allem Frankreich, diesen Kampf nicht mehr aus dem Gesichtspunkte der Religion, sondern aus dem der politischen Machtverhältnisse betrachteten. Nach dem Nikolsburger Frieden hielten sich die Katholiken der westlichen Reichsteile den Aufständen meist fern, und die hervorragenden Staatsmänner dieser Teile, wie z. B. der Primas Peter Páz-

mány und der Palatin Nikolaus Esterházy wünschten auch die bestehenden Verfassungsgegensätze durch Stärkung des Katholizismus zu lösen. Die Magnaten wollten den Verfall des Osmanenreiches ausnützen und drangen immer mehr auf ein energisches Vorgehen zur Beseitigung der Herrschaft des Halbmondes. Hauptsächlich war es das Land westlich der Donau, das von den Türken am meisten zu leiden hatte. Es war daher natürlich, daß die Bewohner jener Gegend andere Gefühle gegen ihre Unterdrücker hegten, als jene Siebenbürgens oder Oberungarns, die kaum etwas von den Angriffen der durchziehenden oder benachbarten Türken zu leiden gehabt hatten. In Verfassungsfragen hatten aber die Gutsbesitzer dieser Gegend sowie die dort residierenden Hauptwürdenträger auf amtlichem Wege auch einen harten Kampf zu bestehen, um die Interessen des Ungarntums und die Selbständigkeit des Reiches zu beschützen.

Ihr größter Erfolg war, daß Palatin Nikolaus Esterházy im Jahre 1626 den Wiederanschluß der im Frieden von 1491 dem Kaiser verpfändeten Festen und Herrschaften Kabold und Fraknó durchsetzte, worauf im Jahre 1647 auch der Wiederanschluß der übrigen verpfändeten Güter erfolgte. Während Rákóczi mit Hilfe seiner Verbündeten den Spuren Bethlen's folgend, ganz Ungarn unter seiner eigenen Oberhoheit vereinen wollte, wünschte Esterházy durch Aufhebung der Selbständigkeit des Fürstentums Siebenbürgen die Einheit unter dem Szepter des Hauses Habsburg wieder herzustellen, in der festen Überzeugung, daß das einheitliche und vom Türkenjoch befreite Ungarn kräftig genug sein würde, seine selbständige nationale

Existenz zu bewahren. Im letzten Abschnitt seines Lebens wurde er aber ebenfalls durch die Wiener Politik wiederholt tief erbittert, und diese Erbitterung reifte in ihm auch den Entschluß, von seiner Palatinswürde zurückzutreten.

Die Befreiung vom Türkenjoch und der Absolutismus Leopolds I.

Von den drei ersten Kardinalfragen, welche das politische Leben Ungarns im XV., XVI. und XVII. Jahrhundert beschäftigten, hatte die konfessionelle zur Zeit des Linzer Friedensschlusses viel von ihrer Schärfe eingebüßt. Infolge der Tätigkeit von Forgács und Pázmány erfolgten Übertritte zum Katholizismus, wodurch dieser noch mehr erstarkte. Doch es bedeutete schon ein Abstumpfen der religiösen Gegensätze, daß Georg Rákóczi erst nach langer Überlegung sich entschloß, in die Verwicklungen des Dreißigjährigen Krieges einzugreifen, und daß er diese Angelegenheit nach kurzem Kriege rasch zu einer friedlichen Lösung führte. Die Witwe seines Sohnes führte selbst die Familie Rákóczi zum katholischen Glauben zurück, ja sogar die Familie des getreuen Diplomaten Bocskays, des Palatins Stephan Illésházy, traten zum Katholizismus über. Doch wenn auch der religiöse Gegensatz an Kraft verlor, brachen dennoch die Gegensätze in den Verfassungsfragen zwischen dem Hofe und der ungarischen Nation immer wieder mit gesteigerter Kraft hervor. In den letzten Jahrzehnten wurde die Verfassung und die Religionsfreiheit in gleicher Weise durch die Stände geschützt. Als aber die Habsburger in ihren Erbländern gegen den Protestantismus den Entscheidungskampf führten, such-

ten sie in diesem Streit ihren Standpunkt durch die Beseitigung der ständischen Rechte zum Siege zu verhelfen. In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts traten also auch in Ungarn die Verfassungskämpfe in den Vordergrund, und die katholische Bevölkerung rückte für die ständische Verfassung mit derselben Entschlossenheit ins Feld, wie es früher die Protestanten getan hatten. Die nationalen Bestrebungen gipfelten in den Kämpfen für die Verfassung und gegen die Türken.

Seit 1648 hatten sich durch den Westfälischen Frieden auch die politischen Beziehungen völlig geändert. Das deutsch-römische Reich hatte seine Bedeutung verloren, und die Dynastie mußte auf neue Wege sin-
nen, um ihre Macht wieder herzustellen. Schon der Dreißigjährige Krieg ließ in ihr den Gedanken reifen, sich solche Provinzen im Reiche zu verschaffen, welche unmittelbar ihrer Hausmacht unterstellt waren. Die diesbezüglichen Versuche gelangen aber damals nicht. Nach dem Dreißigjährigen Kriege wollten die Habsburger Ungarn mit den Erbländern in ein engeres Verhältnis bringen, damit sie die vereinigten Gebiete der österreichischen Erblände, Böhmens und Ungarns zur Grundlage ihrer Macht machen könnten. Obwohl in den Aufständen des XVII. Jahrhunderts Ungarns Verfassung immer von neuem bestätigt wurde, gab man in Wien die Hoffnung nicht auf, daß die Bekämpfung der nationalen Bestrebungen hier ebenso gelingen werde, wie dies in Böhmen nach der Schlacht am Weißen Berge der Fall gewesen war. In dieser Hinsicht gestaltete sich auch die Lage der Dynastie günstiger. Ferdinand I. hatte selbst seine österreichi-

schen Güter unter seine Söhne verteilt, was der durch ihn begonnenen Zentralisierung nur zum Schaden reichen konnte. Seit Ferdinand II. jedoch vereinigten sich die Güter der beiden Familienzweige wieder in einer Hand, und Leopold I. (1657—1705) beherrschte schon die Güter sämtlicher Seitenlinien. Nach seiner Thronbesteigung konnte also die Zentralisierung viel entschiedener als vorher in Angriff genommen werden. Schon damals bestand der feste Plan, auch Ungarn dem Reiche einzuverleiben und zum Kurfürstentum des heiligen deutsch-römischen Reiches umzuwandeln, um auf diese Weise in Reichsangelegenheiten das Übergewicht der Habsburger zu sichern.

Der nach dem Linzer Frieden erfolgte Kräfteverfall der Protestanten erregte übrigens in Regierungskreisen allgemein die Hoffnung, daß in Ungarn jeder Widerstand zu brechen sei. Diese Annahme schien um so mehr gerechtfertigt, als inzwischen auch die Macht Siebenbürgens im Niedergang war. Georg Rákóczi II. (1648—1660) mischte sich nämlich nach achtjähriger friedlicher und segensreicher Regierung zu Beginn des Jahres 1657 in den polnischen Feldzug des Königs von Schweden, Karls X. ein. Aber dieses Unternehmen, das sowohl die Pforte wie auch der kaiserliche Hof mißbilligte, endete mit einer Schlappe. Rákóczi zog zu jener Zeit als die Dänen in Polen einbrachen und Karl X. in den Rücken fielen, in Polen ein. Der ehrgeizige Fürst Rákóczi wurde durch das Versprechen geblendet, welches der Schwedenkönig ihm gegeben hatte. Dieser hatte sich verpflichtet, Groß- und Klempolen, d. h. das von der Bug (einem Nebenflusse der Weichsel) und der Pripet südlich gelegene Gebiet,

wozu auch Galizien gehörte, ihm zu überlassen. Da sich die Schweden gegen andere Feinde wenden mußten, blieb Rákóczi im Kriege gegen die Polen auf sich angewiesen. Diese eilten, die Gefahr eines inneren Krieges erkennend, ihrem Könige zu Hilfe. Die wahre Gefahr drohte aber Rákóczi in der Person des neuen Großveziers, Mehemed Köprili, mit dem bei der Pforte wieder die kriegerische Partei die Oberhand erlangt hatte. Man faßte in Konstantinopel den Beschluß, den Ungehorsam des Vasallenfürsten von Siebenbürgen nicht zu dulden. Als Rákóczi einsah, daß er sich zurückziehen müsse, war es schon zu spät. Er wurde von den Polen umringt und zur Entrichtung einer beträchtlichen Kriegssteuer gezwungen, während die Türken die Tataren auf ihn losließen, die einen großen Teil seines Heeres gefangen nahmen und in die Sklaverei schleppten.

Die Türken nahmen sogar in Siebenbürgen den Kampf mit dem Fürsten auf und zwangen die Stände, statt seiner einen anderen Fürsten zu erwählen. Die Siebenbürger, die im Jahre 1658 zum erstenmal die Schrecknisse der türkisch-tatarischen Verheerung empfanden, wollten dem türkischen Zwang entgegen, zum legalen Weg zurückkehren und näherten sich sogar der kaiserlichen Politik. Die Pforte benützte jedoch die Wirren, um die Grenzfestungen, welche Siebenbürgen von den besetzten Gebieten trennten, der Reihe nach zu erobern und Siebenbürgen auch in finanzieller Hinsicht viel größere Lasten aufzuerlegen. Zur Sicherung ihres Einflusses aber setzten sie endlich in der Person Michael Apaffys (1662—1690) einen Fürsten auf den

Thron, der infolge seiner Energielosigkeit ein gefügiges Mittel in ihren Händen wurde.

Der neuere Angriff gegen die Selbständigkeit Ungarns erfolgte also zu einem Zeitpunkte, der die Vollziehung dieser Pläne begünstigte. In Ungarn fehlte nicht die Neigung, die Macht des Herrschers im Interesse der Einheit des Reiches auszubauen, und man hätte vielleicht auch die Macht der Stände brechen können, wenn die Wiener Hofpolitik mit den Gefühlen der Nation gerechnet hätte. Es wurde jedoch bei dieser energischen Neuorganisierung Ungarn bloß als ein Hebel betrachtet, den das Haus Habsburg bei seinen westlichen Kämpfen benützen konnte. Die Ungarn interessierten sich aber nicht für die ihnen fernliegenden Probleme der westeuropäischen Politik, forderten vielmehr vor allem die schon seit langem begehrte Vertreibung der Türken und die Beachtung ihrer selbständigen Verfassung. Die katholische Bevölkerung der westlichen Komitate erschöpfte sich in den unseligen türkischen Kriegen. In heldenmütigen Kämpfen floß ihr Blut fast von Jahr zu Jahr dahin, ohne daß infolge der Unentschiedenheit des Wiener Hofes bleibende Erfolge hätten erzielt werden können. Seit dem fünfzehnjährigen Kriege wagte Wien keinerlei Konflikte mehr mit den Türken heraufzubeschwören. Vergebens suchten die Kommandanten der Grenzfestungen zu beweisen, daß die militärische Macht der Türken in Verfall begriffen sei; vergebens erzielten die Pálffys, Batthyányis, Esterházyis und Zrinyis viele schöne Erfolge, der Wiener Hof betrachtete ihr energisches Auftreten sogar mit scheelen Augen. Denn es bestand die Furcht, daß dadurch der Friedenszustand mit der Tür-

kei in die Brüche gehen könnte und die Kräfte der Dynastie von Westen entzogen würden, obzwar nach dem Dreißigjährigen Krieg der scharfe Gegensatz mit Frankreich noch weiterhin latent vorhanden war.

Das ganze Leben der ungarischen Nation war aber von der Sehnsucht durchdrungen, das türkische Joch von seinen Schultern zu schütteln. Die Werke der kirchlichen und weltlichen Literatur waren alle von dieser Frage durchwoben. Die religiösen Schriftsteller beweinten in ihren „Jeremiaden“ das Schicksal ihrer Nation, die Dichter priesen das Heldenleben in den Grenzfesten und selbst vornehme Magnaten, — wie Graf Nikolaus Zrinyi, der mehrere hohe Würden bekleidete und Banus von Kroatien war, — widmeten nicht nur ihr Schwert den Kämpfen gegen die Türken, sondern auch ihre Feder. Zrinyi propagierte in einem Heldenepos, dessen Gegenstand die im Jahre 1556 erfolgte Belagerung Szigetvárs war, ferner in einer langen Reihe von kriegswissenschaftlichen und publizistischen Werken den Gedanken, daß die Türken baldigst aus den ungarischen Gebieten vertrieben werden müßten. Da die fremden Streitkräfte dazu kaum geeignet schienen, sollte ein ungarisches Nationalheer geschaffen werden, um dieses Ziel zu erwirken. Seinem staatsmännischen Scharfblick entging auch die Gefahr nicht, die in dem Falle, daß die Befreiung Ungarns ausschließlich durch die kaiserlichen Truppen erfolgen würde, Ungarn bevorstand. Es stand klar vor seinen Augen, daß dies der Wiener Regierung als Rechtstitel gelten würde, die Verfassung einzuschränken. Er begeisterte sich für den Gedanken eines nationalen Königtums; es schwebte ihm die glänzende Herrschaft Mat-

thias' I. vor Augen, obwohl er den Nationalstaat unter dem Szepter der Habsburger zu verwirklichen wünschte.

Diese aus der Unterdrückung und den alten Traditionen stammende Mentalität der ungarischen Nation geriet in einen harten Konflikt mit der Auffassung der Räte Leopolds, die Anhänger der Zentralisation und der absolutistischen Regierung waren. Verschiedenen westlichen Nationen angehörig, sahen sie die Hauptaufgaben der diplomatischen Politik nicht im Osten, sondern in der Lösung der im Westen auftauchenden Fragen. Die Minister Portia, Auersperg, Lobkowitz, Sinzendorff und Hoher verstanden die ungarischen nationalen Bestrebungen nicht, betrachteten diese mit Mißtrauen und Neid und trachteten folgerichtig danach, den König seinen ungarischen Untertanen zu entfremden. Dies war um so gefährlicher, als Leopold ursprünglich als Geistlicher erzogen wurde und nur durch den Tod seines Bruders, des schon gekrönten Ferdinands IV., Kronprinz wurde. Er liebte es gar nicht, sich mit Staatsgeschäften zu befassen, und schenkte seinen Ratgebern unbedingtes Vertrauen.

Die absolutistische Gesinnung der allmächtigen Räte und jener abweisende Standpunkt, den besonders der Hofkriegsrat jenem Vorschlage der ungarischen Feldherrn gegenüber einnahm, daß man aggressiv gegen die Türken auftreten möge, erbitterte selbst die treuesten Anhänger des Hofes, die katholischen Stände der westlichen Reichsteile. Die durch Zrinyi aufgeworfene Idee eines Nationalheeres war wegen des Widerstandes des Kriegsrates nicht durchzusetzen, ja sogar das offensive Vorgehen wurde den Hauptleuten untersagt, obwohl

zu dieser Zeit die westlichen katholischen Herren dem Hofe den Vorwurf machten, daß dieser in Siebenbürgen seine natürlichen Verbündeten, die den Anschluß an die kaiserliche Politik befürworteten, im Stiche ließ.

Die Grenzstreitigkeiten führten überdies unter Befehligung des Großveziers Mehemed Köprili zu einem neuen offenen Krieg. Im Jahre 1661 nahmen die Türken die Offensive auf und eroberten den jenseits der Theiß liegenden Knotenpunkt Großwardein (Nagyvárad), was Montecuccoli mit den kaiserlichen Truppen untätig mit ansah. Inzwischen wollten die Türken den Gütern Zrinyis gegenüber eine neue Festung errichten, Zrinyi kam ihnen aber zuvor und ließ Zerinsburg (Zrinyiújvár) aufbauen. Diese improvisierte Feste verursachte bald große Verwicklungen. Lobkovitz wollte die Errichtung der Festung verbieten und auch die Türken mißbilligten sie, indem sie sich auf die Stipulationen des Friedensvertrages beriefen, wonach es verboten war, an der Grenze neue Festungen aufzuführen. Im Jahre 1663 erklärte Mehemed Köprili auch den Kaiserlichen den Krieg, Montecuccoli nahm mit seinen wenigen Truppen im Wieselburger Komitat Stellung, und Zrinyi war ganz auf sich selbst angewiesen. Da die Türken auf diesem Punkte auf keine größere Streitmacht stießen, versuchten sie auch mehr nördlich auf Kosten des königlichen Gebietes sich weiter auszubreiten. Sie eroberten Neuhäusel (Érsekújvár), worauf sie das Land bis Preßburg und Neutra (Nyitra) verheerten. Hier, auf den nördlichen Gebieten stellten sich ihnen nur die Truppen des Palatins Wesselényi entgegen. Erst im folgenden Jahre trafen

Reichstruppen zur Hilfe ein. Doch im Verlaufe des Winters ging Zrinyi bei der Drau zur Offensive über, eroberte mehrere wichtige Ortschaften und brannte auch die Esseger (Eszék) Brücke nieder, die den Türken als Übergang zu den westlichen Teilen gedient hatte.

Die Erfolge, die Zrinyi durch diesen Winterfeldzug vom Jahre 1664 erreichte, riefen in Europa eine solche Begeisterung hervor, wie einst die Siege Hunyadis. Mehemed Köprili wollte sich nun im Frühling zuerst an Zrinyi rächen, und daher begann der Kampf unter den Mauern von Zerinburg. Auch Montecuccoli erschien bei der Festung und übernahm das Oberkommando, doch, obwohl er ein größeres Heer befehligte als die Türken, übergab er die Festung und zog sich mit seinem Heere bis zur steierischen Grenze zurück, wo er bei Sankt-Gotthard endlich den Kampf aufnahm. Er feierte zwar einen glänzenden Sieg, wagte jedoch nicht, den Feind zu verfolgen, so daß dieser nach seiner Niederlage Entsatztruppen zur Befreiung Neuhäusels schicken konnte. Der Sieg von St.-Gotthard, an dem auch französische Hilfstruppen beteiligt waren, erregte in ganz Ungarn die Hoffnung, daß den Türken ein entscheidender Schlag versetzt werden und der Hof sich endlich zur Befreiung entscheiden würde. Um so größeren Anstoß erregte es, als Lobkowitz von neuem den Faden der Friedensverhandlungen aufnahm und einige Tage später bei Eisenburg (Vasvár) unter schweren Bedingungen den Frieden auch schloß. Demnach behielt die Pforte die in den letzten Jahren besetzten Gebiete — auch Großwardein und Neuhäusel — ja sie stellte sogar die Bedingung, daß Zerinburg nicht wie-

der aufgebaut werden dürfe, hingegen eine wichtige Grenzfestung Siebenbürgens, namens Székelyhida zerstört werden müsse.

Der Eisenburger Friede erregte selbst im Auslande Anstoß, in Ungarn aber eine fürchterliche Erbitterung. Von den höchsten Würdenträgern des Reiches legten Palatin Wesselényi, Primas Lippay und iudex curiae Nádasdy, die exponiertesten Gegner der Protestanten, Verwahrung gegen den Frieden ein und baten Leopold, ihn nicht zu unterzeichnen. Im ganzen Lande flüsterte man davon, daß der Hof Ungarn gar nicht befreien wolle. Selbst die am meisten Besonnenen wurden mit Bitterkeit erfüllt, und die katholischen Herren wendeten sich auch gegen den Hof. Es wurde betont, daß der Abschluß des Friedens ohne ungarische Bevollmächtigte erfolgte, und man wollte den Hof zwingen, seine Politik zu ändern. Inmitten dieser großen Erregung tauchte der Gedanke eines Aufstandes von neuem auf. Zu diesem Zwecke suchte man auch Verbindungen mit dem Auslande und die Aufmerksamkeit richtete sich besonders auf Frankreich. Die anläßlich des Feldzuges von 1664 erschienenen Franzosen benützten auch die Gelegenheit, um die Unzufriedenen zu ermutigen. Der französische Gesandte verhandelte vor allem mit dem Primas Lippay und Peter Zrinyi, dem jüngeren Bruder des inzwischen verstorbenen Nikolaus Zrinyi. Den nationalen Beschwerden gegenüber traten die konfessionellen Gegensätze in den Hintergrund. Die katholischen Magnaten suchten die Unterstützung der Protestanten und traten auch mit Siebenbürgen in Verbindung. Auf diese Weise entstand die Bewegung, die unter dem Namen der Wes-

selénýischen Verschwörung bekannt ist. Ihre Führer waren größtenteils höfische Magnaten, die jetzt durch die gänzliche Vernachlässigung der nationalen Interessen dem Hofe entfremdet und gezwungen worden waren, mittels des im 31. Paragraph der Goldenen Bulle gewährten Widerstandsrechtes den Richtungswechsel der Politik mit den Waffen zu erkämpfen. In den Einzelheiten gab es jedoch so viele Abweichungen unter ihnen, sie stritten so viel über die Frage einer türkischen oder französischen Orientation, daß schließlich der Wiener Hof von ihren Plänen in Kenntnis gesetzt wurde und Franz Nádasdy, Peter Zrinyi, Franz Fangepán und Franz Rákóczi I. nacheinander gefangen nahm.

Die kopflose und unorganisierte Bewegung, die nur durch die große Erbitterung genährt worden war, hatte gräßliche Folgen. Der allmächtige Minister Leopolds I., Lobkowitz, verkündete eine unerbittliche Ahndung. Die Edelleute wurden zu Hunderten ins Gefängnis geworfen, und ihre Burgen wurden durch deutsche Wachen besetzt. Die Führer der Bewegung wurden vor ein fremdes Gericht gestellt, da in Ungarn zu einem Hochverratsprozesse die Guttheißung des Reichstages notwendig gewesen wäre. Zrinyi, Fangepán und Nádasdy wurden enthauptet, ihre Besitztümer aber mit Beschlag belegt. Franz Rákóczi konnte auf Fürsprache seiner Mutter und der Jesuiten und gegen ein hohes Lösegeld sein Leben retten. In Preßburg wurde zur Bestrafung der Verschwörer ein besonderes Blutgericht aufgestellt, und in Oberungarn forschte eine Kommission danach, wer mit den Führern der Bewegung in Verbindung gewesen sei. Eigent-

lich richtete sich jedoch die Spitze dieses Blutgerichts gegen den Adel, und es wurde das Vermögen von etwa 300 Familien konfisziert. Dann stellte man die protestantischen Priester und Lehrer vor Gericht, die nur dann Gnade erhielten, wenn sie zum Katholizismus übertraten oder das Land verließen. Diejenigen, die das nicht tun wollten, wurden als Galeerensklaven verkauft. Diese Unglücklichen befreite später der holländische Admiral De Ruyter aus ihrer traurigen Lage.

Die unbarmherzige Rache des Hofes rief noch neuerlich Erbitterung hervor. Einige kaiserliche Hauptleute hausten mit blutrünstiger Grausamkeit in Oberungarn. Im Jahre 1673 wurde die Verfassung auch formell aufgehoben und ein Gubernium für die Verwaltung errichtet, an dessen Spitze Kasper Ampringen, der Großmeister des Deutschen Ordens ernannt wurde. Im Gubernium herrschte ein völlig fremder Geist, die Amtssprachen waren Lateinisch und Deutsch. Von den Beamten wurde auch die Kenntnis einer slavischen Sprache gefordert, doch ungarisch brauchten sie nicht zu wissen.

Vor der Tätigkeit des Blutgerichts flüchteten die Leute haufenweise auf siebenbürgisches Gebiet. Man hoffte, mit Hilfe des Fürsten von Siebenbürgen den König zu zwingen, zur Verfassung zurückzukehren. Apaffy wagte jedoch ohne Erlaubnis der Pforte nicht zu handeln. Die Flüchtlinge waren selbst nicht stark genug und konnten nur momentane Erfolge erreichen, wodurch sie aber an der Lage nichts änderten.

Dieser Zustand änderte sich erst im Jahre 1677, als der latente Gegensatz zwischen Kaiser Leopold und Ludwig XIV. offen zum Ausbruch kam. Zu dieser

Zeit griff Kaiser Leopold gegen Ludwig XIV. in den holländischen Krieg ein, infolgedessen der König von Frankreich sich für die Flüchtlinge zu interessieren begann und ihnen eine Geldunterstützung gab. Auch in Polen gewann die französische Politik durch die Wahl Johann Sobieskis die Oberhand, so daß die Flüchtlinge auch von dieser Seite auf Unterstützung rechnen konnten. Da stellte sich der junge Graf Emmerich Thököly, mütterlicherseits Nachkomme der Bethlens, an die Spitze der Unzufriedenen, dessen Festungen und Güter samt einem höchst kostbaren Schatz durch die Kaiserlichen in den vorangegangenen Jahren ebenfalls konfisziert wurden. Im Herbst des Jahres 1678 nahm er mit einem kühnen, plötzlichen Angriff die Bergstädte, wodurch König Leopold sich genötigt sah, einen Waffenstillstand zu schließen und die Einberufung des Reichstages zu versprechen. Dieses Ergebnis verschaffte Thököly eine große Volkstümlichkeit. Als im Herbst der Krieg von neuem begann, drangen seine Anhänger, die Kurutzen, bis an die Mauern von Preßburg vor und bedrohten auch die mährische Grenze, so daß Leopold, der bis dahin von keiner Versöhnung hören wollte, genötigt war, in Verhandlungen zu treten.

Die verfassungswidrige Politik hatte also eine vollständige Schlappe erlitten. Ampringen machte schon nach seinem einjährigen Amtsdienste Leopold darauf aufmerksam, eine wie große Erbitterung gegen das neue System herrschte und bat um seine Enthebung, die ihm aber erst nach sechs Jahren gewährt wurde (1679). Im Jahre 1681 wurde der Reichstag nach Ödenburg einberufen, der aber die öffentliche Meinung nicht befriedigen konnte. Die Erbitterung der Protestanten

wurde sogar noch mehr erregt, da man die in letzter Zeit konfiszierten protestantischen Kirchen ihren Gemeinden nicht zurückgeben wollte. Ja, selbst nicht einmal die freie Erbauung neuer Kirchen wurde ihnen gestattet. In je einem Komitate wurden durchschnittlich zwei Ortschaften bezeichnet (*articulare Orte*), wo sie Erlaubnis zur Erbauung von Kirchen erhielten. Diese Verfügung bedeutete für die Protestanten den Gesetzen von 1608 und 1647 gegenüber eine solche Verschlimmerung ihrer Lage, daß sie sich, Verwahrung einlegend, vom Reichstage entfernten. Es schien, als ob der konfessionelle Gegensatz wieder in den Vordergrund treten würde.

Thököly nahm den Kampf wieder auf, worin ihn nach eingelangter Weisung der Pforte auch Siebenbürgen unterstützte. Auch ihm schickte der Sultan die fürstlichen Insignien, von denen aber auch Thököly keinen Gebrauch machte. Infolge von Thökölys Erfolgen war Leopold gezwungen, ihn als den Herrn Oberungarns anzuerkennen und ihm das Land bis zum Gran(Garam)-Flusse zu überlassen. Dadurch wurden die Komitate von Oberungarn vom königlichen Gebiete getrennt und Thököly wollte — gleich Siebenbürgen — durch Steuerzahlung sich das Wohlwollen der Türken verschaffen, damit diese das Land in Ruhe lassen und gegen die Einschmelzungsbestrebungen Schutz bieten sollten.

Diese neuere Politik Thökölys bedeutete die Lösung von einer Richtung, die sich in den letzten Jahren im Reiche befestigt hatte und Thököly argwöhnte nicht, daß der Großvezier ihn als Mittel zur Beförderung seiner neuerlichen Eroberungspläne be-

nütze. Im folgenden Frühjahr zog Kara Mustafa, der Großvezier, zur Bestürmung Wiens aus, was für Thököly eine gefährliche Wendung bedeutete. Dieser Feldzug überzeugte die ganze Nation davon, daß das nationale Ungarn durch weitere Zerstücklung und durch Verschärfung der inneren Gegensätze zugrunde gehen müsse, und daß jede Stärkung der Türken Ungarn und seine Nachbarn mit der größten Gefahr bedrohe. Der Großvezier forderte Thököly und den allmächtigen Ratgeber des Fürsten von Siebenbürgen, Michael Teleki, mit ihren Truppen ebenfalls zur Heeresfolge auf. Doch beide vollzogen nur notgedrungen diesen Befehl, dessen Ausführung sie, wo es möglich war, verzögerten. Wiens Bestürmung jedoch erregte auch die Aufmerksamkeit der westeuropäischen Mächte.

Infolge dieses neuerlichen Vordringens der Türken wurden die Kämpfe wieder zur Angelegenheit des gesamten Christentums. Das heilige deutsch-römische Reich bereitete sich energisch zum Entsatze vor und auch der Papst war bemüht, Leopold neue Verbündete zu verschaffen. Endlich haben die Reichstruppen des Fürsten Karl von Lothringen und die polnischen Truppen Johann III. Sobieskis Wien von den Türken befreit. Der Hof hätte sich zwar auch jetzt noch mit diesem Ergebnis begnügt und machte den Türken ein Friedensangebot, doch dieses wurde durch Kara Mustafa abgewiesen. Karl von Lothringen setzte daher den Krieg fort, erntete bei Párkány einen neuen Sieg, worauf er auch Gran (Esztergom) einnahm.

Die Siege bei Párkány und Gran haben Thökölys Schicksal endgültig entschieden. Als seine Anhänger die Vorbereitungen zur Offensive gewahrten, verließen

sie haufenweise sein Lager. Seine alte Stütze, der Polenkönig Sobieski, trat zwar als Vermittler zwischen ihm und Leopold auf, wurde jedoch in Wien mit seinem Antrag abgewiesen. Das folgende Jahr benützte der Hof hauptsächlich zur Wiedererwerbung Oberungarns. Sogar die Türken wendeten sich von Thököly ab und schleppten ihn als Gefangenen nach Konstantinopel. Die Hoffnung der Nation, daß die Stunde der Befreiung endlich geschlagen habe, wurde diesmal nicht vereitelt. Die Polen, Venedig und der Papst schlossen mit dem Kaiser eine heilige Liga gegen die Türken und der Krieg wurde fortgesetzt. Als sich die Kunde verbreitete, daß sich der Hof zum Entsatz Ofens vorbereite, traten auch Thökölys letzte Kurutzen in das Heer Karls von Lothringen ein. Der Feldzug von 1686 war ein wahrer Kreuzzug; selbst aus Italien, Frankreich, England und Spanien waren Hilfstruppen herbeigeströmt. Die Erstürmung der Festung wurde durch Maximilian II. Emanuel, den Kurfürsten von Bayern und Karl von Lothringen befehligt. Die Kriegooperationen begannen Mitte Juni. Anfang August brachte der Großvezier eine ansehnliche Entsatztruppe unter die Festungsmauern, konnte aber den Belagerten nicht mehr helfen. Den 2. September nahmen die Christen die Stadt ein. Ihre Befreiung erregte in ganz Ungarn ungemeine Freude.

Nach der Erstürmung Ofens stand dem Befreiungsfeldzuge nichts mehr im Wege. Noch im Jahre 1686 eroberten die christlichen Truppen Fünfkirchen (Pécs), und nachdem sie von dort in die Donau-Theiß-Niederung gelangt waren, nahmen sie auch Szegedin ein. Im nächsten Sommer unternahmen die Türken noch einen

verzweifelten Versuch und hinderten unter der Führung des Großveziers mit einem größeren Heere den Fürsten Karl an der Bestürmung Esseggs. In der Nähe des einstigen Mohács-er Schlachtfeldes, bei Nagyhar-sány kam es zu einem blutigen Gefecht, das den christlichen Waffen wieder einen entscheidenden Sieg brachte. Infolgedessen waren die Türken gezwungen, ganz Slavonien zu räumen. Jedoch in einzelnen Festungen konnten sie sich noch halten. Erlau wurde erst im Laufe des Winters durch die kaiserlichen Truppen erstürmt; Stuhlweißenburg und Belgrad im Jahre 1688 befreit. Der bayerische Kurfürst Maximilian II. Emanuel, Schwiegersohn des Königs Leopold, und Ludwig von Baden haben zu dieser Zeit auch einen Teil Serbiens wiedererobert. In den einstigen Nebenprovinzen hatten die Türken zwar einige Erfolge erzielt, doch ihre Hoffnungen wurden durch den Sieg Ludwigs von Baden bei Slankamen (Szalánkemén) gänzlich zunichte. Auch an der Siebenbürgischen Grenze wurden die durch die Türken besetzten Festungen der Reihe nach befreit. Erst Mitte der neunziger Jahre flaute der Kampf ab, bis durch das Erscheinen des Prinzen Eugen von Savoyen eine neue Reihe von Triumphen begann. Der glänzendste seiner Erfolge war im Jahre 1697 die Schlacht bei Zenta, als der Prinz das Heer des Sultans, als es eben über die Theiß setzen wollte, angriff und, die Fußtruppen von der Brücke abschneidend, zu meist in den Fluß drängte. Es war der glänzendste Sieg des ganzen Befreiungskrieges.

Es war noch die Ecke zwischen der Maros, der Theiß und der Donau, die heutigen Komitate Torontál, Temes und Krassó-Szörény in den Händen der

Türken, als die weitere Befreiung wieder ins Stocken kam. Jener große politische Kampf, der im Westen Europas zwischen Leopold I. und Ludwig XIV. vor sich ging, erhielt durch die spanische Erbfolgefrage neuen Zündstoff. Leopold interessierte sich vielmehr für das im Westen zu erreichende Übergewicht seiner Macht, als für die gründliche Lösung des orientalischen Problems. Um sich im Falle eines Krieges im Westen freie Hand zu sichern, begann er sogar mit den Türken Friedensunterhandlungen. Die zu Karlowitz (Karló-cza) erfolgten Unterhandlungen zogen sich nur deshalb in die Länge, weil die Verbündeten des Kaisers: Venedig, Polen und Rußland mit Forderungen auftraten, die die Pforte nicht erfüllen wollte. Am 26. Jänner 1699 wurde der Friede doch geschlossen. Ungarn wurde mit Ausnahme des zwischen der Maros, der Theiß und der Donau gelegenen Gebietes von der Herrschaft der Türken befreit.

Die natürliche Folge der Befreiung war, daß Siebenbürgen seine Selbständigkeit verlor. Der weise Ratgeber des Fürsten Apaffy, Michael Teleki, suchte seit dem Feldzuge vom Jahre 1683 immer mehr die Annäherung an den Hof. Seit ihren Verheerungen hatten die Türken ihre Volkstümlichkeit in Siebenbürgen verloren. Als die einstigen Grenzfestungen in die Hände der Kaiserlichen gefallen waren, vermochte der Fürst von Siebenbürgen nicht mehr seine Selbständigkeit zu bewahren. Die Verhandlungen zwischen Leopold und Apaffy leitete im Jahre 1681 der Jesuitenpater Du-nod ein und das Ergebnis war, daß der Fürst den kaiserlichen Truppen in Siebenbürgen Einlaß gewährte. Ihr Einzug geschah jedoch in ungünstiger Weise. Die

kaiserlichen Truppen begaben sich zum Winterquartier nach Siebenbürgen und trieben die Unterhaltungskosten von der Bevölkerung der Gegend ein. Das zog viele Gewalttätigkeiten, Elend und Unzufriedenheit nach sich, wovor Apaffy das Land bewahren wollte. Er sendete also unter der Leitung des Grafen Johann Haller Boten nach Wien. Im Sinne der mit ihm getroffenen Vereinbarungen bestätigte Leopold die Fürstenrechte Apaffys und dessen inzwischen zum Nachfolger erwählten Sohnes, sowie das freie Fürstenwahlrecht der Siebenbürger, die Union der drei Nationen und die Freiheit der vier Religionen. Andererseits hatte das Fürstentum von Siebenbürgen die Oberherrschaft des ungarischen Königs anerkannt und verpflichtete sich zur Zahlung einer Jahressteuer von 25 000 Dukaten, ferner dazu, daß es in die zwei wichtigsten Festungen — Klausenburg (Kolozsvár) und Déva — kaiserliche Truppen einlasse.

Die Bestimmungen der Hallerschen Vereinbarung fand jedoch Apaffy zu hart. Er zögerte mit ihrer Unterzeichnung; inzwischen aber erfolgte die Wiedereinnahme Ofens, und Karl von Lothringen führte seine Truppen nach der Schlacht bei Nagyharsány persönlich nach Siebenbürgen zum Winterquartier. Auf diese Weise gestaltete sich die Lage völlig zu Leopolds Gunsten und Apaffy war bemüht, den ihm zu Balázsfalva aufgedrungenen Vertrag anzunehmen, wonach nicht weniger als 12 Festungen übergeben werden mußten. Der Fürst zog sich samt seinem Hofstaat nach Fogaras zurück. Sein Land geriet unter die Gewalt der kaiserlichen Hauptleute. Leopold zögerte auch den Freiheitsbrief zu erlassen, der die Stipulationen des

Vertrages von Balázsfalva gewährte. Deshalb brachen im Jahre 1689 nach Apaffys Tode infolge der Willkürakte der kaiserlichen Hauptleute Unruhen aus.

Eben zur selben Zeit ernteten die Türken momentane Erfolge am Balkan, welche Gelegenheit benützend, sie Thököly mit türkischen Truppen nach Siebenbürgen schickten. Bei Zernyest erlitten die kaiserlichen Generale, Michael Teleki und Heißler eine Niederlage und Thököly wurde am Landtag zu Kereszténysziget zu ihrem Fürsten erwählt, doch Ludwig von Baden verdrängte ihn kurz nachher wieder aus dem Lande. Erst nach diesem verzweifelten Versuche erfolgte 1690 auf Drängen Ludwigs von Baden die endgültige Regelung der Siebenbürger Frage, durch den Erlaß des Leopoldinischen Diploms, das die freie Fürstenwahl, die Freiheit der vier Religionen, die Union der drei Nationen und die bestehende Verwaltungsordnung bestätigte. Der junge Michael Apaffy wurde aber bald darauf nach Wien berufen, von wo man ihn nicht wieder zurückließ.

Die Siebenbürgischen Geschäfte wurden von dieser Zeit an durch ein Gubernium geleitet; während in Wien eine besondere Hofkanzlei für Siebenbürgen errichtet wurde. Der Rückanschluß des Fürstentumes geschah also in der Weise, daß seine abgesonderte Verwaltung beibehalten wurde, da man durch diese Teilung die Schwächung des ungarischen Standpunktes zu erreichen hoffte. Das einst so mächtige Fürstentum verlor seine ganze Bedeutung, die Leitung geriet ganz in die Hände der militärischen Behörden. Siebenbürgen konnte von seiner Verfassung nicht einmal in dem Grade Gebrauch machen, wie Ungarn.

Die Befreiung brachte also für die Ungarn bloß die Lösung des einzigen Türkenproblems zur Reife. Dieses hörte auf, die öffentliche Meinung zu interessieren, da mit Ausnahme eines kleinen Gebietes die Türken das Land verlassen hatten. Um so mehr drängte sich aber die Verfassungsfrage in den Vordergrund. Die Verfassung Ungarns hatte unter der Regierung der Habsburger deshalb eine Einbuße erlitten, weil nur ein geringer Teil des Reiches unter das Szepter ihres Hauses gelangt war. Nach der Befreiung vom türkischen Joch, durfte man also infolge der Vergrößerung des Reiches eine günstigere Behandlung der Verfassung und der nationalen Bestrebungen erwarten. Die führenden Staatsmänner am Hofe Leopolds konnten sich jedoch mit dem Gedanken des ungarischen Nationalstaates nicht befreunden. Den großen westeuropäischen Fragen gegenüber, mit denen sie sich beschäftigten, schrumpfte die ungarische Frage in ihren Augen völlig zusammen. Ja, sie hielten im Interesse des Habsburgschen Imperiums die Erstarkung des nationalen Ungarns sogar für gefährlich. Deshalb benützten sie die günstige Wendung, als das Fürstentum Siebenbürgen den ungarischen nationalen und konstitutionellen Bestrebungen nicht mehr zu Hilfe kommen konnte, um Ungarn seines nationalen Charakters zu entkleiden und die Macht des Kaisers im Reiche durch das Königtum Ungarn zu befestigen. Es geschah, was Zrinyi so sehr befürchtet hatte, daß, im Falle die Befreiung nicht ausschließlich durch nationale Kräfte geschehen sollte, dies dem Wiener Hofe zum erwünschten Vorwand dienen werde, Ungarn seiner alten Verfassung zu berauben.

Schon im Jahre 1684 beschlossen Leopolds Räte mit Ausschluß der ungarischen Herren in Wien, daß die wiedereroberten Gebiete als kaiserliche Güter gelten sollten. Von diesem Beschluß wußte man zwar noch nichts in Ungarn; es erweckte aber große Erbitterung, als im Frühjahr 1686 der kaiserliche General Caraffa sich in Debreczin niederließ und unter gräßlichen Gewalttätigkeiten fast eine halbe Million Kriegssteuer von der Stadt eintrieb. Die Aufgabe des Generals bestand darin, von der Gattin Emmerich Thökölys, Helene Zrinyi, die Festung Munkács zu erobern. Helene Zrinyi wehrte sich jedoch heldenmütig drei Jahre lang und der Kampf der Munkács-er fand auch in der Umgebung viele Sympathien. Caraffa meldete nach Wien, daß er einer gefährlichen Verschwörung auf die Spur gekommen sei, die sich gegen das Leben des Königs richte, und bat um die Vollmacht, die rebellischen Elemente zu vernichten. Die gewährte Vollmacht war zwar beschränkt, trotzdem ließ Caraffa in Eperjes zahlreiche Adelige und Bürger verhaften und auf die Folterbank führen, ihrer zweiundzwanzig ohne jeden Grund und ohne gesetzmäßige Aburteilung hinrichten. Sein blutiges Werk nahm erst ein Ende, als der König im Jahre 1687 den Reichstag einberief und dieser die Einstellung der Umtriebe Caraffas forderte.

Auf dem Reichstage von 1687 suchte Leopolds Regierung die bisherigen großen Ergebnisse der Befreiung für ihre Einschmelzungspolitik auszunützen. Der Reichstag war zur Krönung des Erzherzogs Joseph, des Sohnes Leopolds, einberufen worden. Hier erklärte Leopold offen, daß er Ungarn als eine eroberte Provinz betrachten könnte, doch sei er geneigt, die Verfassung

aufrecht zu erhalten, wenn das Erbrecht der männlichen Linie seines Hauses anerkannt und der 31. Paragraph der Goldenen Bulle, worin das Widerstandsrecht der Nation zugesichert worden war, außer Kraft gesetzt würde. Diesem Wunsche stellte man zur Zeit jener Begeisterung, die durch Ofens Wiedereinnahme und weitere schöne Ergebnisse des Befreiungskrieges hervorgerufen wurde, auch keine ernstern Hindernisse in den Weg, obwohl die Art und Weise, wie diese Wünsche zum Ausdruck gelangten, bei den Ständen großen Anstoß erregten. Der Reichstag betonte in loyaler Weise seine Dankbarkeit dem König gegenüber und anerkannte einstimmig das Erbrecht der männlichen Linie des Hauses Habsburg. Größere Besorgnisse erregte die Abschaffung der 31. Paragraphen der Goldenen Bulle. Dieses Gesetz paßte zwar nicht mehr zu den Zeitumständen, doch nach den Vorfällen trauten die Stände Leopold keine verfassungsmäßige Regierung mehr zu und sahen in dieser Klausel das letzte Mittel zum Schutze ihrer nationalen und ständischen Rechte. Der große Teil des Adels fügte sich also nur ungern dem königlichen Wunsche, der jedoch schließlich fast ohne Widerstand angenommen wurde.

Viel heftiger wurde jene Forderung Leopolds umstritten, laut deren zur Vorlage des neuen Inaugurationsdiploms, das dem König Ferdinand I. dienen sollte und dieses auch nur mit der Beschränkung durch eine Reservationsklausel. Ferdinand I. bestätigte nämlich in seinem Inaugurationsdiplom die Reichsverfassung und die alten Gewohnheitsrechte nur im allgemeinen, während in den später erlassenen Diplomen die Religionsfreiheit, sowie die Bestimmungen der neueren

Friedensverträge, die Beschlüsse, daß der Reichstag jedes dritte Jahr einberufen, das Reich durch Ungaren regiert, die höchsten Würden mit Einheimischen besetzt und keine fremden Söldner nach Ungarn gebracht werden sollten, taxativ aufgezählt wurden. Mit der Reservationsklausel wollte sich aber der König die Möglichkeit vorbehalten, die Rechte, die Freiheiten und die alt-hergebrachten Gewohnheiten der Stände ihnen strittig zu machen, weswegen sie auch die Genehmigung der Stände nicht erlangte und in den Text der Gesetze nur eigenmächtig eingeschoben wurde.

Die Gegensätze des Reichstages 1687 warfen die Schatten der folgenden Kämpfe voraus. Anfangs noch hoffte die Nation in ihrer Freude und Dankbarkeit über die Vertreibung der Türken, daß die Erfüllung der königlichen Wünsche keine größeren Übel heraufbeschwören würde. Doch schon im folgenden Jahre traten die verfassungswidrigen Bestrebungen in schroffster Form an den Tag. Nach 1687 wurde der Reichstag nicht wieder einberufen, und so hatten die Stände keine Möglichkeit, gegen die erfolgten Gesetzwidrigkeiten Klage zu erheben. Im verwüsteten und infolge fortwährender Kriege in der Entwicklung seiner Institutionen zurückgebliebenen Reiche waren zahlreiche Reformen notwendig. Alles hing davon ab, in welcher Weise diese Reformen eingeführt würden. Schon vom Reichstage 1687 forderte der Hof, daß er zur Verwirklichung dieser Pläne eine besondere Kommission entsende. Dieser Wunsch zerschlug sich wegen des Widerstandes der Stände, die die Verhandlung der Reformen am Reichstage forderten. Die absolutistisch gesinnte Regierung ließ daher diese Frage ruhen und

suchte nach Auflösung des Reichstages mit Umgehung des verfassungsmäßigen Weges seine Pläne durchzuführen.

Die Leitung der ungarischen Politik geriet seit den sechziger Jahren allmählich in die Hände des fremdgesinnten Grafen Leopold Kolonics, der als Bischof von Neutra, dann von Raab, Erzbischof von Kalocsa und endlich von Gran einen großen Einfluß am Hofe Leopolds gewann. Er war zu dieser Zeit derjenige unter Leopolds Ratgebern, der zielbewußt Ungarns Kraft zu schwächen und seine Verfassung zu konfiszieren bestrebt war. Nach Auflösung des Reichstages von 1687 arbeitete er einen Reformplan für das Königreich aus (Einrichtungswerk des Königreichs Ungarn). Dieser Plan stieß selbst bei Leopolds Ministern auf Hindernisse, trotzdem lud Kolonics im Jahre 1696 einige ungarische Magnaten nach Wien ein und wollte durch ihre Konferenz seinen Entwurf annehmen lassen. Die einberufenen Magnaten verwahrten sich jedoch gegen diesen Entwurf und einer von ihnen, Paul Széchenyi, Erzbischof von Kalocsa, bewog auch den König, ohne den Reichstag nicht über die Reformen zu beschließen. Damals schrieb man Kolonics jenen Ausspruch zu, daß er Ungarn zuerst zum Bettler, dann katholisch und schließlich deutsch machen wolle. Obwohl er in seinem „Einrichtungswerke“ darauf hinwies, wie sehr Ungarn verwüstet sei, bürdete er als Präsident der Kammer dennoch dem Volke entsetzliche Lasten auf, wodurch er es tief ins Elend stieß. Nach den Befreiungskämpfen ließ man drei Viertel der kaiserlichen Truppen, 44 000 Mann, in Ungarn einquartieren, während auf die Erbländer nur 4 500 und auf das Reich nur 10 000

Mann fielen. Für den Unterhalt dieser Truppen mußte Ungarn sorgen. Die gesamte Steuer der Länder Leopolds betrug 11 Millionen Gulden, wovon Ungarn 4 Millionen Gulden und auch Siebenbürgen beinahe 1 Million zu bezahlen hatte.

Noch gefährlicher aber war seine Boden-Politik, die die begüterte Klasse ihres Besitzes berauben wollte. Nach ehemaligem böhmischem Muster und anschließend an den zur Zeit Rudolfs erfolgten Versuch erneuerte Kolonics zur Zeit der Befreiungskriege den Grundsatz des „*ius armorum*“. Eine besondere Kommission „Neoacquistica Commissio“ genannt, wurde zur Regelung der Güterverhältnisse der befreiten Gebiete geschaffen. Diese trachtete mit allen Mitteln das Besitzrecht der alten Grundherren in Zweifel zu ziehen, um ihre Güter in fremde Hände gelangen zu lassen. Vom Besitzer, der sein Gut behalten wollte, wurde ein hohes Lösegeld gefordert, das zur Bestreitung der Kosten der Befreiung dienen sollte. Wer dieses Lösegeld nicht zahlen konnte, verlor sein Gut und die auf diese Weise erworbenen Territorien wurden zumeist als große Güter an fast lauter Fremde verteilt. Die Kommission breitete ihre Tätigkeit selbst über solche Komitate aus, welche nicht zu dem wiedereroberten Gebiete gehörten. Der Zweck war, durch Einsetzung fremder Familien auf ungarischen Gütern, an der oberen Tafel der Reichstage eine den Plänen des Hofes gefügige Mehrheit zu schaffen.

Die höchste Gefahr für das nationale Ungarn drohte jedoch von seiten der Kolonisierungspolitik Kolonics'. Schon in seinem „Einrichtungswerke“ meinte er Ungarns Reichtum an Naturschätzen in der Weise am

besten auszunützen, wenn er aus anderen Ländern kaisertreue katholische Untertanen auf den entvölkerten Gebieten ansiedeln würde. Da er diesen Plan auf rechtmäßigem Wege durch den Reichstag nicht durchführen konnte, erließ er einen Aufruf an die Bevölkerung der süddeutschen Provinzen, sich in Ungarn niederzulassen. Er wollte den fruchtbarsten, stockungarischen Teil des Reiches, die ungarische Tiefebene, in die Hände von Fremden spielen. Die Wiederansiedlung der auf einstige türkische Kameralgüter und nach Oberungarn geflüchteten ungarischen Hörigen und Kleinadeligen kam ihm gar nicht in den Sinn. Er wollte das ungarische Blut durch eine starke Durchsetzung mit treuem deutschen Blute mäßigen. Den fremden Ansiedlern gab er unentgeltliche Grundstücke und fünfjährige Steuerfreiheit, ja sogar Kredit, wogegen die sich wieder ansiedelnden Ungarn nur dreijährige Steuerfreiheit erhielten. In den verheerten Komitaten der Donau-Drau-Ecke betrug die Gesamtzahl der Bevölkerung 20 000 Seelen, und Karl von Lothringen fand, als er von Fünfkirchen nach Szegedin zog, am ganzen Wege keine einzige Ortschaft bewohnt. Durch diese Ansiedlungspolitik waren also hauptsächlich der südliche Teil der Donau-Theiß-Niederung sowie die gleichfalls verheerten Komitate Tolna und Baranya gefährdet, wo die Einwanderung der süddeutschen Schwaben, dann später der Serben nach Kolonics' Plänen vor sich ging. Aus den Reihen der letzteren organisierte Kolonics die Militärgrenze an dem an türkisches Gebiet angrenzenden Ufer der Maros, Theiß, Donau und Save. Zur selben Zeit wurde aber das ungarische Militär der Grenzfestungen, gegen das der Wiener Hof schon seit

Jahrzehnten eine feindliche Politik befolgte, entlassen, so daß diese seit langem unregelmäßig bezahlten Krieger ohne Beschäftigung blieben.

Bei der Organisation der Militärgrenze aber ließ sich Kolonics eigentlich von dem Gesichtspunkt leiten, diese Territorien dem Machtkreise des Hofkriegsrates zu unterstellen und auf diese Weise den ungarischen Reichsbehörden zu entziehen. Er hoffte, seine Einschmelzungspläne leichter durchzuführen, wenn er das Reich in mehrere Teile zerstückelt und dadurch das einheitliche Durchdringen der nationalen Interessen verhindert hatte. Außer der Militärgrenze trennte er auch die jenseits der Drau liegenden Komitate vom Reiche und organisierte aus ihnen Slavonien. Auf den von den Türken zurückeroberten Gebieten wurde die Wiederansiedlung der geflüchteten Komitatsbehörden und die Herstellung der Komitatsverwaltung verhindert. Schließlich war es dennoch nötig, die Neuorganisation der Komitate zu dulden, denn man bedurfte ihrer bei der Steuereintreibung. Das inmitten der Tiefebene gelegene Gebiet der Kumanen und Jazyger aber, dessen Bewohner noch ihre Vorrechte aus dem XIII. Jahrhundert genossen, wurde dem Deutschen Ritterorden verkauft, und das Volk in diesem Gebiete infolgedessen in die Hörigkeit gestoßen. Selbst die Unabhängigkeit der zentralen ungarischen Regierungsbehörden wurde angetastet und zur Hofkammer wurden z. B. fast nur deutsche Räte ernannt.

Zu diesen Verletzungen der Verfassung gesellte sich noch ein neuerliches gewaltsames Aufrollen der Glaubensfragen. Kolonics entzog auf den von den Türken wiedereroberten Gebieten den Protestanten selbst jene

geringen Rechte, welche der Ödenburger Reichstag von 1681 ihnen gewährt hatte. Dadurch wurde der Protestantismus in der Tiefebene, besonders in der protestantischen Theißgegend in seiner Existenz angegriffen. Vor der religiösen Verfolgung, der Steuerlast und der militärischen Exekution flüchteten sich ganze Dörfer, gerade wie zur Zeit der Türkenherrschaft. Die Erbitterung stieg im Hochland Oberungarns, wo die Religionsfrage die Gegensätze am meisten verschärfte, aufs höchste. Die geflüchteten Einwohner, die sich in Wäldern und Schilf verbargen, gefährdeten die allgemeine Sicherheit. An einigen Orten organisierten sie sich in so großen Verbänden, daß sie sogar mit dem Militär Zusammenstöße hatten. Im Jahre 1697 überfiel eine ihrer Scharen den Markt in Sátoraljaújhely und hieb die Deutschen nieder. Auf die Kunde ihrer Erfolge setzte sich das Volk überall in Bewegung und nahm selbst Festungen ein. Ähnliche Bewegungen kamen auch in den folgenden Jahren vor. In Wien beunruhigte man sich jedoch nicht über diese Wirrnisse; man gab sich der Hoffnung hin, daß die Bauernaufstände ihre Spitze gegen die Herren richten würden und davon erwartete man die Erlahmung der nationalen Kraftentfaltung. Bloß die fremden Botschafter sahen klar, daß das Regime die Bevölkerung Ungarns gänzlich erbittert hatte, und meldeten, daß es nur eines Anführers bedürfe, daß der Aufstand ausbreche.

Auch die allgemeine europäische Lage drängte die Ereignisse nach dieser Richtung. Infolge des ausgebrochenen spanischen Erbfolgekrieges wendete sich Leopolds Politik wieder gegen Westen. Es fochten die Habsburger und die Franzosen ihren Kampf auf Le-

ben und Tod. Leopold war gezwungen, den größten Teil seiner Streitkräfte auf die westlichen Schlachtfelder zu werfen. In Ungarn blieben bloß 16 000 Soldaten zurück. Unter solchen Umständen machte sich die Unzufriedenheit, die während des Dreißigjährigen Krieges niemals solche Dimensionen angenommen hatte, bald hier bald dort Luft. Die Hoffnung der gärenden Menge richtete sich anfangs auf den noch immer in türkischer Internierung lebenden Thököly. Die Anführer der Bewegungen nannten sich seine Hauptleute. Da aber nach seiner Niederlage im Jahre 1690 jede Hoffnung auf seine Rückkehr geschwunden war, wendete sich die Aufmerksamkeit der Ungarn seinem Stiefsohne, Franz Rákóczi II., Enkel Georg Rákóczis II. und Peter Zrinyis zu. Er wurde jedoch unter solchen Verhältnissen erzogen, welche ihn hinderten, mit der ungarischen Nation Fühlung zu gewinnen.

Seine Jugend verbrachte er unter traurigen Umständen. Seine Verwandten, besonders die Zrinyis endeten ihr Leben entweder im Gefängnisse oder auf dem Schaffot. Als Kind erlebte er an der Seite seiner heldenmütigen Mutter, Helene Zrinyi die dreijährige Belagerung der Festung Munkács. Nach der Kapitulation trennte ihn Kolonics von seiner Mutter, die gezwungen war, sich zu ihrem zweiten Gatten, Emerich Thököly nach der Türkei zu begeben. Der Knabe wurde in ein Jesuitenkloster in Böhmen gesperrt, wo er sich tiefe Religiosität aneignete, jedoch die Erinnerungen an seine Kinderjahre nicht vergessen konnte. Die militärische Laufbahn betretend, nahm er an dem Pfälzer Krieg teil und lernte Herzogin Charlotte Amalie von Hessen kennen, die er dann heiratete.

Diese Ehe ermöglichte ihm die Rückkehr auf seine ungarischen Güter. Hier wollte er einzig und allein seiner Familie leben; von der Politik hielt er sich behutsam ferne und verkehrte hauptsächlich mit deutschen Offizieren. Die Verhältnisse rissen ihn aber gar bald mit sich. Die unzufriedenen Kurutzen wollten ihn schon im Jahre 1697 gefangen nehmen, um ihn an die Spitze ihrer Truppen zu stellen. Einige seiner Güter brachten sie an sich, doch Rákóczi flüchtete vor ihnen nach Wien wo man ihm mit der Verdächtigung entgegentrat, er sei die Seele des Aufstandes. Da stellte Rákóczi den Antrag, man möge seine Güter mit ausländischen austauschen, doch Leopolds Ratgeber erfüllten diese Bitten nicht, sondern drohten ihm seine Güter zu konfiszieren.

Das Mißtrauen des Hofes gegen Rákóczi, die vielen Belästigungen, die er erdulden mußte, bewogen Ludwig XIV. die Verbindung mit Rákóczi zu suchen, denn er wollte in dem Falle, daß die spanische Erbfolgefrage zu einem Krieg führen sollte, einen Teil der kaiserlichen Truppen in Ungarn beschäftigt wissen; doch Rákóczi ging auch diesem Versuche aus dem Wege. Allmählich geriet er aber unter den Einfluß des Grafen Nikolaus Bercsényi, der beobachtete, wie mit Rákóczis Erbitterung auch sein Interesse für die Fragen der Politik und für die Zustände des Reiches wuchs. Er war es, der die patriotische Erbitterung Rákóczis entfachte und er bewog ihn, dennoch die Verbindung mit Ludwig XIV. zu suchen. Sein Vertrauter jedoch, der im Jahre 1700 Rákóczis ersten Brief zum Sonnenkönig beförderte, wies diesen Brief, dann auch die Antwort in Wien auf. Rákóczi wurde am 28. April 1701 in

seinem Kastell zu Nagysáros gefangen genommen und in Wiener-Neustadt eingekerkert. Seiner Gattin gelang es, ihn zu entführen, worauf Rákóczi auf polnischen Boden flüchtete, um neuerdings mit Bercsényi zusammenzukommen.

In Ungarn wußte man nicht, wo er sei, doch die Unzufriedenen suchten ihn überall. In den Bergen der Beszkiden gab es schon viele Hunderte von Flüchtlingen, zumeist Bauersleute, entlassene Soldaten von den Grenzfestungen, Kleinadelige mit einem Zwergbesitz, die als sie Rákóczis Versteck fanden, ihn dazu drängten, sich an ihre Spitze zu stellen. Nach jenen großen Reformen jedoch, mit welchen Prinz Eugen von Savoyen das kaiserliche Heer reorganisiert hatte, vertraute Rákóczi den kümmerlich gerüsteten, zügellosen armen Flüchtlingen nicht und glaubte nicht an die Erfolge. Er mahnte sie zur Geduld an; die Flüchtlinge begannen jedoch im Namen Rákóczis den Angriff. Im nordöstlichen Hochland brach ein Aufstand aus, an dem nebst den Ungarn eine große Anzahl von Ruthenen teilnahmen und denen gegenüber das Militär und die Behörden sich machtlos erwiesen. Nur Alexander Károlyi, dem Obergespan des Szatmárer Komitats gelang es, ihr Vordringen bei Dolha zu verhindern.

Durch diese Schlappe der Unzufriedenen änderte sich die Lage gänzlich. Wenn Rákóczi handeln wollte, mußte er eilen. Er erschien daher unter den Kurutzen und zog mit seinen Truppen von ungefähr 3000 Mann ins Feld. Da dieses Volk zumeist waffenlos war, wäre es noch immer ein leichtes gewesen, die Bewegung zu ersticken. Alexander Károlyi machte auch

nach dem Siege bei Dolha diesbezügliche Vorschläge in Wien, er wurde aber ebenfalls verhöhnt, bedroht und erbittert, wodurch er in das Lager der Aufständischen gedrängt wurde. Durch seinen Anschluß verlor die Bewegung den Charakter eines Bauernaufstandes. Der Adel eilte haufenweise unter Rákóczis Banner, bloß die Magnaten standen der Bewegung fern. Ganz Oberungarn hatte sich bald angeschlossen und der beleidigte Alexander Károlyi streifte mit seinen Truppen auch nach Mähren und in die Gegend von Wien.

Infolge der Verbindung Rákóczis mit Ludwig XIV. schloß sich dieser Aufstand sozusagen den Kämpfen des spanischen Erbfolgekrieges an. In Wien befürchtete man schon, daß die Aufständischen sich mit den bayerisch-französischen Truppen vereinigen würden. Zu Beginn des Jahres 1704 eroberte Alexander Károlyi auch am rechten Ufer der Donau die westlichen Komitate. König Leopold begann daher durch Vermittlung des Erzbischofs Paul Széchenyi Unterhandlungen. Rákóczi wäre auch selbst zum Frieden geneigt gewesen, doch wünschte er die gründliche Sanierung der Übelstände unter Garantie der äußeren Mächte — besonders derjenigen Hollands und Englands, die zur Zeit die Verbündeten Leopolds waren und die Idee eines europäischen Gleichgewichtes repräsentierten. Diese Bedingung wollte Leopold jedoch nicht annehmen, und seine Generäle nahmen den Kampf wieder auf.

Der am 13. August 1704 errungene Sieg bei Höchstädt, wo Prinz Eugen von Savoyen und Marlborough die Franzosen schlugen, schaffte übrigens für die Kaiserlichen eine günstige Lage. Die Hoffnung, daß sich

die Kurutzen mit den Bayern vereinigen würden, war geschwunden und die in größerer Anzahl nach Ungarn entsendeten kaiserlichen Truppen besetzten zu Anfang des Jahres 1705 von neuem die westlichen Teile des Landes. Die Friedensverhandlungen unterblieben und wurden erst wieder erneuert, als Leopolds Sohn, Joseph I. (1705—1711) den Thron bestiegen hatte. Die günstigste Wendung in dieser Hinsicht bestand darin, daß England und Holland mit aller Kraft darauf bestanden, im Interesse der westlichen Kämpfe den Frieden zwischen den Ungarn und dem kaiserlichen Hofe zustande zu bringen. Auch Rákóczi wollte den Frieden. Er selbst kannte am besten die großen Mängel des Aufstandes. Er war eher zu ruhiger Organisation als zur Rolle eines Diktators geeignet. Er konnte seinen Willen nur schwer durchsetzen und gab seinen Ratgebern nach, auch wenn ihre Meinung seiner Überzeugung nach falsch war. Infolgedessen fehlte bei der Führung die Folgerichtigkeit. Der ganze Feldzug bestand aus unzusammenhängenden Unternehmungen. Rákóczi wußte gar wohl, daß man mit Scharmützeln und plötzlichen Reiterangriffen, welche Kampfweise sich zur Türkenzeit wieder eingebürgert hatte, keine dauernden Erfolge erreichen konnte. Er bat deshalb Ludwig XIV. französische Offiziere zur Umbildung seines Heeres zu schicken. Mit ihrer Hilfe wollte er die schwierigen Fragen der Kriegsführung lösen. Jedoch die Franzosen, welche zumeist der Artillerie und dem Genie angehörten, waren nicht dazu geeignet, die Ungarn von der Notwendigkeit der Umbildung zu überzeugen.

Rákóczi sammelte viel größere Mengen unter seine

Fahnen als es bei früheren Aufständen der Fall gewesen war. Nebst den Protestanten, befanden sich Katholiken, nebst Ungarn auch die Nationalitäten, besonders Ruthenen und Slowaken, in seinem Lager. Doch konnte man dieses Heer kaum mit Waffen versehen und organisieren. Die Übelstände waren hier ungefähr dieselben wie die bei den Truppen des nordamerikanischen Freiheitskrieges. Es gab Zeiten, wo 100 000 Mann unter Rákóczis Befehl standen, größtenteils arme Bauersleute, disziplinlose leichte Reiterei, die man nur zu Streifzügen verwenden konnte, die jedoch nach mißlungenen Kämpfen nach Hause eilten und zur Erntezeit ihre friedsame Arbeit verrichteten. Zu diesem Übel kam noch der zwischen den französischen und Kurutzenoffizieren bestehende scharfe Gegensatz. Die Franzosen sahen mit Geringschätzung die Guerillakampfweise der Kurutzen, doch in den größeren, offenen Schlachten, die sie anführten, erlitten sie Niederlagen. Die Sieger waren tatsächlich die Kurutzen, nur daß infolge ihrer Kampftart selbst die waghalsigsten Heldentaten eine verlorene Mühe waren, da sie den Erfolg nicht auszunützen wußten. Die westlichen Komitate auf der rechten Seite der Donau hatten sie z. B. gleichsam von Jahr zu Jahr erobert, doch auch von Jahr zu Jahr wieder verloren. Und diesen Kriegsübeln gesellten sich auch finanzielle Übelstände hinzu.

Seit dem Höchstädter Siege wünschte daher Rákóczi den Frieden noch mehr, als zuvor. In dieser Hinsicht waren seine größten Stützen der englische Botschafter Stepney und der holländische Bruyninx Hamel. Rákóczi forderte zum Schutze der ungarischen Interessen die Wiederherstellung des selbständigen

Fürstentums Siebenbürgen und die Garantie der vermittelnden Mächte. Der kaiserliche Bevollmächtigte, Graf Wratislaw wollte jedoch bloß über die Frage der den Aufständischen zu gewährenden Amnestie verhandeln. Diese Gegensätze konnten selbst die den ungarischen Standpunkt würdigenden englischen und holländischen Botschafter nicht überwinden. Die Kaiserlichen benützten die Zeit der Unterhandlungen dazu, um Siebenbürgen zu erobern, das inzwischen Rákóczi zu seinem Fürsten erwählt hatte. Rákóczi trachtete in dieser bedrängten Lage, nach Vereitlung der Friedensverhandlungen danach, mittels eines internationalen Friedensvertrages Ungarns Schicksal zu sichern. Daher beeilte er sich, mit Ludwig dem XIV. einen Vertrag zu schließen. Da jedoch mittlerweile sich das Glück von Ludwig XIV. abwendete, ermunterte dieser Rákóczi zur Dethronisierung des Hauses Habsburg, in dem er quasi dies als Vertragsbedingung aufstellte. Der Reichstag von 1707 zu Onod willfahrte diesem Wunsche Ludwigs XIV. Seine Sache stand aber damals schon so schlecht, daß er sein Rákóczi gegebenes Versprechen nicht mehr einlösen konnte, was ein um so größeres Übel war, als der Beschluß von Onod auch den Weg des friedlichen Übereinkommens mit den Kaiserlichen abschnitt. Seitdem im Westen der Krieg mit größerem Glück weitergeführt wurde, wurden die kaiserlichen Truppen in immer größerer Anzahl nach Ungarn zurückbefördert. Der Aufstand schrumpfte allmählich zusammen, und die ungünstige Lage wurde durch die schrecklich wütende Pest nur noch gesteigert.

Unter solchen Umständen betraute König Joseph

einen Ungarn, Johann Pálffy, mit der Führung des ungarischen Heeres. Diese Änderung erweckte große Hoffnungen im Lande. Auch Rákóczi begann neue Friedensunterhandlungen, doch seine Bedingungen wurden auch jetzt abgewiesen. Rákóczi erwartete deshalb von den Verwicklungen des großen nordischen Krieges Abhilfe und suchte Verbindung mit dem Zaren Peter dem Großen. In seiner Abwesenheit betraute er Alexander Károlyi mit der Führung der Verhandlungen. Zu dieser Zeit erfolgte am 17. April 1711 der Tod Josephs. Nach seinem Tode lebte nur noch ein Habsburger, sein jüngerer Bruder Karl, und so waren die europäischen Mächte nicht geneigt, zu dulden, daß das Reich und Spanien in der Hand ein und desselben Herrschers vereinigt wurde. Die Politik der Habsburger wurde von ihren eigenen Verbündeten im Stich gelassen. Karl mußte Spanien verlassen und die Aufständischen waren der Gefahr, besiegt zu werden, ausgesetzt. Alexander Károlyi schloß deshalb — obwohl sich Rákóczi dagegen verwahrte — am 29. April 1711 zu Szatmár den Frieden und schwur mit seinen 12 000 Mannen dem König Karl den Treueid. Der Friede sicherte die Religionsfreiheit; behufs Verhandlung über die Beschwerden in Verfassungsangelegenheiten aber versprach Karl die Einberufung des Reichstages. Den Aufständischen — darunter Rákóczi und seiner Umgebung — wurde Gnade gewährt, im Falle sie binnen drei Wochen den Treueid leisten würden.

Mit dem Frieden von Szatmár fand die Epoche der nationalen Aufstände ihren Abschluß. Es endete damit der größte der Aufstände, der am tiefsten in den Massen des Volkes gewurzelt hatte, der aber an Erfolgen

am wenigsten leistete. In der Zeit vor Leopold, wo die Aufständischen und Höfischen auch durch religiöse Gegensätze voneinander getrennt waren, brachen die Leidenschaften nie so gewaltig hervor, wie zur Zeit Leopolds. Nach dem Ende der Türkenherrschaft erwartete die ganze Nation eine wohlwollende Beurteilung ihrer Wünsche. Als die Macht aber noch schärfer und offener gegen die Verfassung los zog, war die natürliche Folge davon, daß sich sämtliche nationale Elemente Einschmelzungsversuchen gegenüber vereinigten. Ungarn erhob sich aus dem Türkenjoch wesentlich geschwächt, konnte es jedoch nicht zulassen, daß es als Belohnung für seine Jahrhunderte währenden Kämpfe in den erstickenden Armen einer dritten Macht sein Ende finden sollte. Denn die Heldenzeit der Kämpfe gegen die Türken war die Zeit des Johann Hunyadi, doch noch heldenmütiger war der Kampf der Nation, als sie von der Unterstützung der zentralen Macht abgeschnitten, anderthalb Jahrhunderte hindurch, ein jedes Glied der Nation seinen eigenen Kampf auf Leben und Tod mit dem Halbmond führte. Diese zähen Einzelkämpfe verhinderten das Vordringen der Türken, diesem war vor allem zur Zeit Leopolds die Befreiung zu verdanken. Die Balkanländer, deren Völker nicht mit gleicher Festigkeit Widerstand leisteten, waren noch nicht gehörig zur Befreiung vorbereitet; dort kämpften die befreienden Heerführer noch vergeblich, sie konnten keine dauernden Erfolge erreichen. Es mußte noch ein Jahrhundert vergehen, bis der Widerstand der dortigen Bevölkerung das Abschütteln des türkischen Joches ermöglichte. Jene Theorie, die Leopolds Rat-

geber aufgestellt hatten, daß Ungarn seine Befreiung allein den kaiserlichen Waffen zu verdanken hätte, erwies sich als falsch und auf diese Weise konnte die auf falscher Grundlage beruhende Politik auch keine segensreichen Früchte tragen. Es war also der Aufstand Rákóczis notwendig, damit man bei Hofe wenigstens teilweise die begangenen Fehler einsah und mit den Grundprinzipien des Leopoldinischen Regierungssystems brach. Obwohl Rákóczis Bewegung bloß eine Episode des spanischen Erbfolgekrieges war, war sie vom Gesichtspunkte der nationalen Entwicklung doch ein notwendiger Anhang der Befreiungskriege, um den Hof von der noch immer mächtigen Kraft der Nation zu überzeugen.

Die Neuorganisation und der aufgeklärte Absolutismus

Das achtzehnte Jahrhundert bildet ein mit vielen Drangsalen erfülltes Zeitalter der Neuorganisierung Ungarns. Die Türkenherrschaft hatte alles verheert und ließ ein einziges Brachfeld zurück. Die materielle und geistige Kultur mußte in gleicher Weise aus den primitivsten Verhältnissen von neuem entwickelt werden, zu einer Zeit, wo man in den Ländern Westeuropas schon überall die Errungenschaften des holländischen und englischen Gewerbes zu verpflanzen suchte und die prunkhafte und feine Mode des glänzenden Hofes des Sonnenkönigs nachahmte. Die anderthalb Jahrhunderte lange fremde Herrschaft und die damit verbundenen fortwährenden Kämpfe ließen die Bevölkerung wieder auf die Kulturstufe der viehzüchtenden Nomaden herabsinken. Selbst in den höheren Gesellschaftsklassen gestaltete sich das Leben roh, um von den Städten zu schweigen, die infolge der aus Wien gelenkten feindseligen Zollpolitik ihren bürgerlichen Charakter allmählich einbüßten. Selbst der verhaßte Peiniger der ungarischen Nation, Kollonics, mußte mit bitteren Worten die gräßlichen Verheerungen zugeben, die der Türkenherrschaft folgten. Der südliche Teil zwischen der Donau und der Theiß, sowie die ganze Theißgegend gelangte fast als ein unbewohntes Ödland in die Hände der Befreier. Es bedurfte einer

ungeheuren Arbeit, um den fruchtbaren Boden wieder urbar zu machen und die verfallene Kultur auf eine dem Westen nachkommende Stufe zu erheben.

Es war eine naturgemäße Pflicht der Regierung in der Tätigkeit der Neueinrichtung voranzuschreiten und die zum Aufschwung führenden Wege zu bezeichnen. Auch auf diesem Gebiete war aber der Anreger zum großen Unglück der Ungarn Kollonics, der unter dem Deckmantel des wirtschaftlichen Aufschwunges mit voller Bewußtheit die nationalen Kräfte zu schwächen bestrebt war. Die bezüglich des XVIII. Jahrhunderts zur Verfügung stehende Statistik bietet uns ein erschreckendes Bild davon, wie sehr es den Wiener Hofstellen nach Niederwerfung des Rákóczischen Aufstandes gelungen war, durch ihre Siedlungspolitik das in der Türkenzeit viel geplagte Ungarntum zurückzudrängen. Von 1720—1787 erhöhte sich die Seelenzahl der Bevölkerung um 210 Prozent. Eine natürliche Vermehrung hätte innerhalb 67 Jahren kein so großes Wachstum herbeiführen können. Mußte man doch anfangs um die Bodenbebauung noch einen gar harten Kampf bestehen, so besonders von seiten der nicht aus der Fremde eingewanderten Ansiedler, da die auf unbewohnte Gebiete übersiedelnde einheimische Bevölkerung nicht jener Begünstigungen teilhaftig wurde, die man den fremden Ansiedlern gewährte. Die Regierung wünschte nicht, daß durch Gewährung eines mehrjährigen Steuernachlasses die Zahl der Steuersubjekte sich vermindere und auch die Gutsherrn verhinderten die Übersiedlung ihrer Hörigen, damit ihre unzulänglichen Arbeitskräfte nicht noch mehr abnehmen sollten.

Die sprunghafte Steigerung der Seelenzahl war also eine Folge der massenhaften Einwanderung. Im Bács-Bodroger Komitat, wohin Deutsche und Serben hinströmten, erhöhte sich die Einwohnerzahl innerhalb eines Jahrhunderts von 31 000 auf 227 000 Seelen. Noch ungünstiger gestaltete sich die Lage, als zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts auch das Gebiet zwischen der Maros, der Theiß und der Donau von den Türken gesäubert wurde und unter Führung einer deutschen Militärbehörde gelangte. Hier hatte General Claudius Florimund Mercy auf wirtschaftlichem Gebiete eine achtungsgebietende Arbeit geleistet, jedoch entgegen allen ungarischen Interessen eine solche Buntheit von Nationalitäten geschaffen, deren unheilvolle Einwirkungen auf diesem Gebiete sogar bis zu den jüngsten Zeiten bestehen blieben. Hier erhöhte sich die Zahl der Einwohner innerhalb hundert Jahren von 45 000 auf 774 000 Seelen. Nebst den angesiedelten Schwaben wanderten auch viele Serben und Walachen, sogar Slowaken und Bulgaren ein.

Jenes große verheerte Gebiet, das sich nach dem Abzuge der Türken auf der Tiefebene bildete, zog naturgemäß die Bevölkerung der umliegenden Gegenden an sich. Nebst der mit ungarnefeindlicher Tendenz gelenkten Siedlungspolitik wirkte auch die innere Volksbewegung zur Verschlechterung der nationalen Verhältnisse mit. Im Interesse des zu dieser Zeit aufgestellten ständigen Heeres wurde eine neue Steuer eingeführt, die den einzelnen Komitaten nach bestimmten Summen ohne gehörige Vorarbeiten und mit Außerachtlassung der Seelenstärke auferlegt wurde. Infolgedessen war aber der Steuerfuß je nach den ver-

schiedenen Komitaten sehr verschieden, was ein fortwährendes Wandern aus einem Komitate in ein anderes, besonders in der Richtung der Tiefebene hervorrief, deren fruchtbarere Gebiete anfangs mit kleineren Steuerlasten belegt wurden. Wenn die Nationalitäten zu dieser Zeit auf der Tiefebene in kleineren Gruppen angesiedelt worden wären, hätten sie in der ungarischen Umgebung ihren nationalen Charakter verloren, wie dies z. B. bei den slovakischen Ansiedlungen von Kiskörös und Nyiregyháza der Fall war. Da aber die Ungarn von jeher mit Vorliebe die Ebenen als Wohnort benützten, zog die Tiefebene die ungarische Bevölkerung der Gebirgsgegenden an sich. Die durch Abziehen der südwärts gewanderten Massen entstandenen Lücken lockten die Völkeremente der Nationalitäten aus dem Gebirge herab und ihre Sprachgrenzen wurden tiefer gegen die Tiefebene vorgeschoben. Die Nationalitätenfrage entstand also in Ungarn als Folgeerscheinung der entsetzlichen Plagen der Türkenherrschaft.

Die durch die türkische Besetzung verursachten Mißstände wurden jedoch durch Kollonics' Nationalitätenpolitik gesteigert. Diese Politik wurde auch nach dem Aufstand Rákóczis fortgesetzt und kam besonders in den Begünstigungen der Serben zum Ausdruck. Vor dem XV. Jahrhundert gab es in Ungarn keine serbischen Ansiedler. Diese begannen zur Zeit König Sigismunds ins Zwischengebiet der Drau und Save einzuwandern, dann wurden sie zur Zeit des Königs Matthias I. in größeren Scharen an der südlichen Grenzlinie angesiedelt. Ihre Besitznahme von ungarischem Gebiete in größerem Maße erfolgte erst, als sich Süd-

ungarn infolge der türkischen Verheerungen entvölkerte und die Serben die unbewohnten Territorien in kleinen Scharen aufsuchten. An den durch die Türken verheerten Orten wurden sie auch von den Gutsherren freundlich aufgenommen, damit sie den Boden bebauten, und daher zogen sie in kleineren Gruppen zerstreut bis in die Gegend von Gran hinauf. All das führte aber noch immer zu keiner Herausgestaltung einer serbischen Gemeinschaft. Erst als die Serben, den Truppen Ludwigs von Baden sich anschließend, am Balkan den Kampf gegen die Türken aufnahmen und die Wendung des Kriegsglückes auch Ludwig von Baden zum Rückzug zwang, wanderte eine große Masse von Serben in Ungarn ein. Der Repräsentant ihrer nationalen Bestrebungen war zu dieser Zeit der Patriarch von Ipek. Dieser erwirkte am 21. August 1690 von Kaiser Leopold jenes Diplom, das ihn in sämtlichen Balkanländern sowie in Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien an die Spitze aller nicht unierten Griechen stellte, mit Zusicherung dessen, daß die serbische Nation ihre Patriarchen frei erwählen dürfe. Nach Erlaß dieses Diploms, das den Serben eine gewisse kirchliche und nationale Selbstverwaltung unter Oberherrschaft des Kaisers gewährte, erfolgte der Auszug der Truppen Ludwigs von Baden vom Balkan.

Der Patriarch Arsen Csernovits bat bei dieser Gelegenheit um Ungarns Gastfreundschaft für etwa 36 000 serbische Familien. Kaiser Leopold I. erneuerte damals das Privileg der einwandernden Serben durch ein neues Diplom. Darin stand geschrieben, daß sie sobald wie möglich, nach ihren Urwohnsorten zurückgebracht würden und auch in weltlichen Angelegen-

heiten vom Patriarchen abhängen sollten. Ihre Ansiedelung trug demnach nur einen vorübergehenden Charakter und gewährte ihnen weder territoriale noch politische Rechte. Die Rückansiedelung erfolgte jedoch nicht, und da durch den Karlowitzer Frieden des Jahres 1699 einstweilen selbst die diesbezügliche Hoffnung vernichtet wurde, trachteten die Serben danach, ihre Lage endgültig zu regeln. Infolge ihrer Reibungen mit den dortigen Behörden, besonders infolge jener Forderung, wonach sie von den Lasten der Militäreinquartierung befreit sein sollten — obwohl auf Grund ihres Privilegs nur die kirchlichen Personen von der Steuer befreit wurden — gerieten sie mit den ungarischen Komitaten in Konflikt. Der stark ungarfeindlich gesinnte Wiener Hofgerichtsrat nahm aber ihre Partei und behauptete, daß die Serben nicht den Komitatsbehörden unterworfen seien.

Das war der erste Schritt, wodurch die serbischen Flüchtlinge dazu ermutigt wurden, eine politische Selbständigkeit zu fordern. Ihre separatistischen Bestrebungen wurden auch dadurch genährt, daß sie in ihrer alten Heimat nicht unter gutsherrschaftlicher Oberhoheit lebten und in Ungarn sich in diese Abhängigkeit nicht zu fügen vermochten. Hingegen konnten die ihnen gewährten Erhebungen von dem Zehent und der Staatssteuer mit Recht bei der mit ihnen vermischt wohnenden ungarischen und deutschen Bevölkerung Mißfallen erregen. Dennoch entschied der Hofkriegsrat zur Zeit Leopolds zugunsten der Serben und organisierte aus ihren Wohnsitzen trotz Verwahrung der ungarischen Regierung entlang der Maros, Theiß, Donau und Save Militärgrenzgebiete. Damit gingen

diejenigen Wünsche der Serben, wonach sie freie Besitzer sein konnten, wenn auch unter strenger Militärverwaltung, in Erfüllung, doch mit empfindlicher Schädigung der ungarischen Rechte, da die Bezirke dieser Militärgrenzen einer fremden Behörde, dem Hofkriegsrate unterstellt wurden. Zur Zeit des Rákóczi-Aufstandes waren dann die Serben die einzige Nationalität, welche bis zu Ende des Krieges an der Seite der Kaiserlichen gegen die Aufständischen kämpfte. Um für diese Treue Belohnung zu erhalten, traten sie schon im Jahre 1706 wieder mit großen Forderungen auf und betonten ihre Ansprüche auf eigene Territorien. Als ein Jahrzehnt später der Friede von Passarowitz ihre Rücksiedelung ermöglicht hätte, dachten die Serben nicht mehr daran, und auch die Wiener Hofstellen wollten diese den Ungarn am feindlichsten gesinnte Nationalität nicht aus dem Reiche verpflanzen.

Andere Nationalitäten traten mit keinen ähnlichen Forderungen hervor, doch lag für das Ungarntum in der massenhaften Einwanderung fremdsprachlicher Elemente, besonders im Eindringen der Walachen nach Siebenbürgen und den benachbarten Gebieten der Theißgegend ein großes Übel. Im Jahre 1700 betrug die Zahl der Siebenbürger Walachen bloß noch 250 000 Seelen und erst im XVIII. Jahrhundert steigerte sie sich auf 800 000. Im XVIII. Jahrhundert suchte nämlich die Bevölkerung der Walachei, vor der bedrückenden Herrschaft der Fanarioten sich flüchtend, massenhaft in Siebenbürgen und Südungarn Zuflucht. Noch rascher aber als in Siebenbürgen steigerte sich die Zahl der Walachen im Gebiete zwischen der Maros, Theiß und Donau. Hier fiel eine 1700 prozentige Stei-

gerung größtenteils zu ihren Gunsten aus. Auf Grund der Volksbeschreibung vom Jahre 1778 bildete das Ungarntum nurmehr 39 Prozent der Gesamtbevölkerung gegenüber der 45 Prozent des Jahres 1720. Die Hofpolitik, die im XVIII. Jahrhundert mit viel milderen Mitteln arbeitete, gab im Grunde genommen auch jetzt ihre Einschmelzungsbestrebungen, sowie die Hoffnung nicht auf, Ungarn auf diese Weise seines nationalen Charakters zu berauben. Nach dem Aufstand Rákóczis gestaltete sich die Verteidigung der Nation der neuen Taktik gegenüber auch schon schwieriger, da man auch die im Interesse des kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwunges entfaltete Tätigkeit der Regierung durch übereilte Schritte nicht gefährden konnte.

Nach dem Frieden von Szatmár gelangte die Regierung Ungarns in die Hände der kaisertreuen Herren. Auch auf dem 1712 einberufenen und sich bis 1715 hinziehenden Reichstag bildeten sie die Mehrheit. Zur Zeit des Aufstandes hatten sie viel zu leiden, wurden von ihren Gütern vertrieben und erlitten großen Schaden. Darum wollten sie, als die Lage sich änderte, ihre Macht sichern. Ihr größter Teil ließ sich um Wien nieder und ließ in den westlichen Komitaten Kastelle erbauen, hielt sich eine Wohnung in Wien und entfremdete sich in Mode, Sitten und Sprache von der Nation. Die Kurutzen und die ungarische Tracht wurde geringgeschätzt und wer an der Verwaltung teilnehmen wollte, mußte sich anpassen. Der niedere Adel und die Kurutzenfamilien verschlossen sich ihnen gegenüber und sanken, auf ihren Provinzgütern lebend, in eine rohe Ungeschliffenheit zurück. Die Oppositio-

nellen wurden mit Argwohn betrachtet und auch die Regierung zeigte ihnen gegenüber Mißtrauen. Von einem Aufstande konnte gar keine Rede mehr sein, auch der Hof hütete sich, eine größere Unzufriedenheit zu erregen. Es hörten die Gegensätze nicht auf, doch wurden die Kampfmittel geändert. Der Streit um das alte Ziel, die Selbständigkeit, wurde hauptsächlich in den Komitaten zur Entscheidung gebracht, wo die Regierungsverfügungen seitens dieser autonomen Organe mehr als einmal zurückgewiesen wurden.

Die königliche Macht hatte sich seit der Regierung Karls III. in hohem Maße gesteigert. Nach Verdrängung der Kurutzen von der Leitung der Geschäfte kämpften auch die Stände zumeist nur um ihre Standesrechte. Seit Joseph I. war auch das Inaugurationsdiplom unbestimmt abgefaßt. Seine Nachkommen, der jüngere Bruder Karl III., als Kaiser Karl VI. (1711—1740) wurde bloß in zwei Beziehungen gebunden, indem man ihn schwören ließ, daß er Ungarn nicht in der Weise der Erbprovinzen regieren, die wiedereroberten Reichsteile aber dem Königtum wieder einverleiben werde. Für die Aufstellung einer selbständigen Regierung wurde jedoch nicht in entsprechender Weise gesorgt. Die alten Regierungsbehörden konnten auch schon früher ihre Selbständigkeit nicht bewahren und gerieten nach dem Szatmärer Frieden in eine noch größere Abhängigkeit. Der Adel fürchtete jede Neuerung und meinte, seine Verfassung auf die Weise am besten zu beschützen, wenn er daran keine Änderung zuließe. Der Statthaltereirat wurde sozusagen bloß auf den Verwaltungskreis der inneren Angelegenheiten beschränkt. Des größten Ansehens erfreute sich mit der

Zeit die königliche Hofkanzlei, da sie ihren Sitz in Wien an der Seite des Kaisers hatte und jeden Verkehr mit dem König vermittelte. Zu ihren Mitgliedern wurden größtenteils Deutsche ernannt, die sich nach den Weisungen der kaiserlichen Hofkanzlei richteten. Auch auf dem Gebiete der Finanzverwaltung gestaltete sich die Lage in ähnlicher Weise. Die Einkünfte des Bergbaus, das Salz, die Krongüter, der Zoll und die Post wurden unmittelbar den österreichischen Behörden unterstellt. Die Angelegenheit der Kriegssteuer gehörte zum Wirkungskreise des Wiener Hofkriegsrates. Die wichtigeren Angelegenheiten wurden durch einen geheimen Rat erledigt, dem Ungarn nur gelegentlich als Referenten zugezogen wurden. Man hatte sich nach und nach schon daran gewöhnt — besonders seitens der Hofstellen — Ungarns wirkliche Regierung im geheimen Rate, dann später in dessen umgestalteten Formen (Konferenzministerium usw.) zu erblicken.

Daß Ungarn seine Verfassung dennoch nicht völlig verloren hat, ist wohl dem Umstande zu verdanken, daß die Verwaltung ganz auf feudaler Grundlage eingerichtet worden war und die zentralen Regierungsorgane kein Mittel hatten, mit denen sie die Komitate zur Durchführung ihrer Verordnungen hätten zwingen können. Die Würde des ernannten Obergespanns war ein bloßer Titel; an der Spitze der Verwaltung stand in Wirklichkeit der Vizegespan, der samt dem ganzen Beamtenkorps sein Amt dem Vertrauen des Komitatsadels zu verdanken hatte. Diese Beamten wurden von Zeit zu Zeit neugewählt, hingen daher vom Adel ab. Die politischen Angelegenheiten wurden

in den Komitaten verhandelt und Verordnungen, die die nationalen oder Standesinteressen schädigten, wurden „achtungsvoll“ beiseite gelegt. Die Gesetze wurden durch die Regierung oft nicht vollstreckt, wenn sie ihr nämlich mißfielen, wogegen aber auch die Einschmelzungsbestrebungen der Regierung sich an der Macht der Komitate zerschlugen.

Dennoch besaß Karl III. eine größere Macht, als alle seine Vorfahren. Sie kam auch in der inneren Verwaltung und in der Rechtspflege zur Geltung. Vom Reichstag erhielt er das Recht, die Hochverräter vor ein außerordentliches Gericht zu stellen. Auf seinen Wunsch wurde Rákóczi und sein Gefolge, die die Gnade zurückwiesen, für Hochverräter erklärt und ihre Güter konfisziert. Obwohl der Reichstag jedes dritte Jahr einberufen werden sollte, hielt der König tatsächlich während seiner langen Regierung bloß drei Reichstage ab (1712—1715, 1722—1723 und 1728—1729). Auch durch neue Einrichtungen vermehrte er seine Macht, vor allem durch Aufstellung eines ständigen Heeres, das ursprünglich aus 30 000 Mann bestand. Die zur Erhaltung des Militärs dienende Kriegssteuer (*contributio*) wurde in keiner genauen Summe festgesetzt und um den König zur Einberufung des Reichstages zu nötigen, wurde ihm die Bevollmächtigung zur Eintreibung dieser Steuer bloß auf drei Jahre gewährt. Für den Fall außerordentlicher Not hatte man jedoch dem König das Zugeständnis zuerkannt, die schon vortierzte Steuersumme mittels eines Konkurses auch weiterhin zu verlängern. Die bei solchen Gelegenheiten einberufene hohe Geistlichkeit und die miteinberufenen Magnaten durften keine größere Summe beantragen,

als diejenige, die vom letzten Reichstage bewilligt worden war. Bei der Organisierung des neuen Heeres beging der Reichstag gleichfalls einen Fehler, da er nämlich dessen nationalen Charakter nicht zu bewahren vermochte. Das Heer war dem Wirkungskreise des Wiener Hofkriegsrates unterworfen und das Verfügungsrecht kam einzig und allein dem Könige zu. Auf diese Weise gelangten die ungarischen Truppen in das kaiserliche Heer. Als der Hof die durch einzelne Personen gestellten Regimenter übernahm, deren Dienstsprache durch die Regimentsstifter bestimmt wurde, wurden auch jene zur deutschen Sprache gezwungen, und bei Besetzung der Offiziersstellen blieben die Ungarn im Nachteil.

Sogar in Glaubenssachen kam die Macht des Königs zur Geltung. Auf diesem Gebiete gelangte die Entscheidung nach heftigen Streitigkeiten der einzelnen Konfessionen in die Hände des Königs. Die im Jahre 1731 erlassene „Carolina resolutio“ verbot den Protestanten wegen ihrer Unterdrückung Klage zu führen. Außer den im Jahre 1681 inartikulierten Orten wurden ihnen nur Privatgottesdienste gestattet, an denen nur Familienmitglieder teilnehmen durften. Die Protestanten wurden gezwungen, die katholischen Feiertage zu halten und wenn sie protestantische Priester in Anspruch nahmen, mußten sie auch dem katholischen Geistlichen die Stola bezahlen. Durch den Text des offiziellen Amtseides wurden sie von den Ämtern ausgeschlossen. Die katholische Religion wurde zur Staatsreligion erhoben, und die Kirche begann das Königreich ein „Regnum Marianum“ zu nennen.

Den größten Erfolg seiner Regierung erzielte übr-

gens Karl III. gegen die Türken. Im Jahre 1716, als die Türken Venedig angriffen, eilte der König seinen alten Bundesgenossen zu Hilfe. Prinz Eugen von Savoyen schlug auch in demselben Jahre bei Peterwardein den Großvezier, worauf er die letzte mächtige, sich noch in den Händen der Türken befindliche ungarische Festung, Temesvár einnahm. Im folgenden Jahre verloren die Türken auch Belgrad und im Passarowitz Friede war die Pforte genötigt, auf das befreite ungarische Gebiet, ja sogar auf einen Teil Serbiens und Rumäniens zu verzichten. Den nationalen Rechten wurde aber trotz des Inaugurationsdiploms neuerdings eine Verletzung zugefügt, indem das Gebiet zwischen der Maros, der Theiß und der Donau nicht wieder dem Reiche einverleibt, sondern unter dem Namen eines Temeser Banats einer besonderen Militärverwaltung untergeordnet wurde. Im Jahre 1737 brach dann der Krieg von neuem aus. An die Spitze des Heeres gerieten jedoch zu jener Zeit unfähige Feldherren. Belgrad ging wieder verloren und die Türken drangen auch auf ungarisches Gebiet ein, so daß König Karl im Jahre 1739 im Frieden von Belgrad gezwungen wurde, auf die Nebenprovinzen wieder zu verzichten.

Die Außenpolitik Karls III. wurde stark beeinflußt durch seinen sehnlichen Wunsch, den Thron nach seinem Tode seiner Tochter Maria Theresia zu sichern. Bei jeder diplomatischen Verhandlung, bei Schlichtung aller internationalen Angelegenheiten tauchte dieses Bestreben des Herrschers auf, wenn auch auf Kosten von Opfern, die auswärtigen Mächte zur Anerkennung der weiblichen Erbfolge zu bewegen. Das Haus Habsburg war nämlich schon seit der Zeit Leopolds I. im

Aussterben begriffen. Als die ungarischen Stände im Jahre 1687 die Erbfolge der männlichen Linie annahmen, lebten bloß drei männliche Sprossen der Familie: Leopold I. und dessen Söhne, Joseph und Karl. Anläßlich des spanischen Erbfolgekrieges kam im Zeichen des europäischen Gleichgewichtes eine Vereinbarung mit den verbündeten Mächten zustande, wonach der Kaiser die Länder seiner Familie zwischen seinen beiden Söhnen verteilen sollte, die spanischen Güter dem jüngeren überließ, jedoch unter der Bedingung, daß diese mit den Gütern der österreichischen Linie nicht vereint werden dürfen. Die Trennung der Dynastie machte es notwendig, daß schon Leopold die Nachfolge ordnen mußte. Er verfügte im Jahre 1703 in einem Hausgesetze derart, daß die österreichischen Erbländer Joseph zufielen, sollte aber Joseph keine männlichen Erben hinterlassen, sollten die Erbländer Karl zufallen. Sollte auch Karl ohne männliche Erben sterben, sollte der Thron zuerst der weiblichen Linie Josephs, dann der Karls, dann der Leopolds und in umgekehrter Reihenfolge den übrigen Linien zufallen. Als Joseph im Jahre 1711 starb, hinterließ er bloß zwei Töchter, doch der neue König Karl hatte damals ebenfalls keinen Sohn. Es war daher nur natürlich, daß Karl, ehe er auf dem Throne war, nach einer Abänderung des Hausgesetzes trachtete, die den Thron den Töchtern Josephs gegenüber seinen eigenen Töchtern sichern würde. Im Jahre 1713 wurde also ein neues Hausgesetz in der feierlichen Sitzung des geheimen Rates verlesen, die nachher den Namen „*pragmatica sanctio*“ erhielt, und die im Falle seines Ablebens die Herrschaft auf seine eigenen Töchter übertrug. Im Jahre 1716 wurde zwar

dem König Karl ein Sohn geboren, dieser starb jedoch nach einigen Monaten. So richtete sich der höchste Wunsch des Königs auf die Sicherung der Pragmatischen Sanction. Als Josephs Töchter heirateten, wünschte er von ihnen und ihren Gatten, Friedrich August, Herzog von Sachsen und Karl Albrecht, Herzog von Bayern, feierliche Erklärungen, worin sie auf ihre Ansprüche auf den Thron verzichten sollten. Im Jahre 1720 ließ er die Erbfolge der weiblichen Linie auch durch die Erbländer annehmen.

Ungarn kam zuletzt an die Reihe. Auf dem Reichstage von 1712 wurde zwar diese Frage schon zur Sprache gebracht und von den Ständen auch in zukommender Weise behandelt, sie wollten jedoch wissen, wer der Erbe sein werde, und forderten Garantien zur Aufrechterhaltung ihrer Verfassung. Nach dem Jahre 1720 traf der geheime Rat große Vorkehrungen, damit diese Angelegenheit auch seitens Ungarns ein freundliches Entgegenkommen finde. Es erfolgten eine emsige Korrespondenz und lange Verhandlungen, wobei auch die Mitwirkung der dem Hofe näher stehenden Familien in Anspruch genommen wurde, um die Widerstrebenden für die geplante Regulierung zu gewinnen. Man scheute auch vor Versprechungen und Belohnungen nicht zurück und damit der ungarische Reichstag etwa dennoch der Frage nicht ausweiche, ließ man die neue Erbfolgeordnung vorher durch Siebenbürgen annehmen. Nach solchen Prämissen gelangte diese auf dem Preßburger Reichstage von 1722—1723 aufs Tapet, wo gleich nach Beginn der Verhandlungen die Erbfolge der weiblichen Linie nach der Rede des Protonotärs Franz Szluha einhellig angenommen und auch sodann

in die ersten drei Paragraphen inartikulierte wurde. Demgemäß wurde die Erbfolge zuerst auf die weibliche Linie Karls, dann auf diejenige Josephs und hernach auf diejenige Leopolds übertragen. Im Gegensatz zu dem Hausgesetze wurde die Erbfolge auf die übrigen Linien nicht ausgebreitet. Die engere Verbindung zwischen Ungarn und Österreich wurde durch den ersten Punkt des Gesetzes bestimmt, welches besagt, daß in Ungarn stets derselbe zu herrschen habe, der auch die Erbländer beherrscht. Der Erfüllung der Wünsche des Hofes gegenüber ließ man jedoch im dritten Artikel die Verfassung und die Sonderstellung Ungarns durch die Herrscherfamilie von neuem anerkennen und bestimmte, daß bei seiner Thronbesteigung ein jeder König durch Erlaß eines Inauguraldiploms und Ablegung eines Schwurs diese zu bekräftigen verpflichtet sei. Auf diese drei Artikel hatte sich nach österreichischem Muster ebenfalls die Benennung „*pragmatica sanctio*“ verbreitet, obzwar es ein regelrechtes Reichsgesetz war und von dem Hausgesetze durch wesentliche Unterschiede abwich.

Als König Karl im Jahre 1740 starb, rief der Thronwechsel trotz der vielen Vorkehrungen große Erschütterungen hervor. Die europäischen Mächte beachteten die durch den 1738er Wiener Frieden anerkannten Rechte der weiblichen Linie nicht und der Kurfürst von Bayern Karl Albrecht, der Schwiegersohn des Königs Joseph, wurde Maria Theresia (1740—1780) gegenüber durch eine europäische Liga unterstützt. Die Mächte betrachteten Maria Theresia nur als ungarische Königin und als Karl Albrecht in die österreichischen Provinzen einzog, hatten sich ihm auch die

Stände Oberösterreichs und Böhmens unterworfen. Die Verwicklung wurde auch noch dadurch gesteigert, daß der Preußenkönig Friedrich II. die Gelegenheit zur Eroberung Schlesiens benützte. Unter solchen Umständen trat der Krönungsreichstag in Preßburg zusammen. Als die Bayern entlang der Donau vordrangen und schon selbst Wien bedrohten, enthüllte die Königin mit aufrichtigem Vertrauen ihre bedrängte Lage den ungarischen Ständen und bat am 11. September 1741 mittels einer Vorlage des Kanzlers um deren Unterstützung. Die tiefen Gefühlsmomente ihres Auftritts riefen eine ungemeine Begeisterung hervor, der Reichstag zeigte sich zu den größten Opfern bereit, rief die adelige Insurrektion zu den Waffen und die Magnaten wetteiferten miteinander in der Ausrüstung ganzer Regimenter auf eigene Kosten. Außer den auf dem Schlachtfelde kämpfenden Reichstruppen stellten sie noch etwa 60000 Mann, deren Verpflegungskosten sie ebenfalls selbst bestritten. Die so plötzlich herbeigeschafften Truppen machten die ungarischen Husaren alsbald in ganz Europa berühmt. Sie verdrängten die bayerischen Truppen aus den österreichischen Erbländern und zogen selbst in München, in die Residenz Karl Albrechts ein.

Die Erfolge, die Maria Theresia im Erbfolgekriege erzielte, konnte sie zu gutem Teile der begeisterten Unterstützung des ungarischen Adels verdanken. Die ungarische Nation blieb den Traditionen des Erbfolgekrieges auch im Zweiten Schlesischen Kriege treu, als die Husaren von Franz Nádasdy selbst den Rhein übersetzten und bis Lauterburg vordrangen. Im Siebenjährigen Kriege aber taten sie sich besonders bei Kollin

hervor, dann im Jahre 1757, als anläßlich des sächsischen Feldzugs Friedrichs II. Graf Hadik mit drei bis viertausend ungarischen Husaren Berlin besetzte und dort 200 000 Taler an Kriegssteuer eintrieb, so daß Friedrich gezwungen war, zum Schutze seiner Residenz zurückzukehren. Unter dem Einflusse des Ruhmes der Husaren stellte Friedrich II. ebenfalls Husarentruppen auf und seinem Beispiele folgten auch andere Länder Europas, die zur Abrichtung meistens ungarische Offiziere anwarben. Der Erbfolgekrieg wurde durch ungarische Husaren zum Siege geführt; bloß den besser organisierten preußischen Truppen gegenüber konnten sie keinen entscheidenden Sieg erreichen. Durch den Aachener Frieden wurde jedoch der Thron der Königin befestigt.

Der große Dienst, den der ungarische Reichstag durch seine Opferwilligkeit und die ungarischen Truppen durch ihre Tapferkeit der Königin erwiesen hatten, machte seine Wirkung auch im Verfassungsleben fühlbar. Die Stände strebten schon auf dem Reichstage von 1741 danach, an den bestandenen Verfügungen Karls Abänderungen vorzunehmen. Damals gelobte die Königin, in Ungarn zu wohnen und in Ofen einen Palast für sich erbauen zu lassen; auch versprach sie, die hohen weltlichen und kirchlichen Würden einzig und allein Ungarn zu übertragen. Die Unabhängigkeit der ungarischen Reichsbehörden wurde neuerdings gesetzlich gesichert. Die Verwaltung der Einkünfte der Bergwerke, des Salzes usw. — welche bisher der niederösterreichischen Kammer angehörten — wurde auf die ungarische Kammer übertragen. Die Durchführung der schönen Versprechungen der Königin stieß jedoch

noch auf große Hindernisse, da ihre Räte alles aufboten, um die alte Ordnung aufrecht zu erhalten. Von dem Ofner Palaste sagten sie, daß die darunter liegende Raitzenstadt eine solche Umgebung sei, in der die Königin nicht Hof halten könne. Als daher die Universität erweitert, umgestaltet und aus Tyrnau (Nagyszombat) nach Ofen verlegt worden war, wurde der königliche Palast zu diesem Zwecke umgestaltet.

Noch im Jahre 1741 hatte die Königin auch die Reinkorporierung derjenigen Gebiete versprochen, die noch nicht den Reichsbehörden unterordnet waren. Diese Arbeit wurde jedoch erst zehn Jahre später begonnen, als einige Komitate des Partiums und die an der Maros-Theiß-Linie gelegenen militärischen Ortschaften wieder den ungarischen Reichsbehörden untergeordnet wurden. Später wurden aus der Militärgrenze zwischen der Drau und Save die Komitate Syrmien (Szerém), Virovititz (Veröcze), und Posega gebildet. Anlässlich der Aufteilung Polens wurden die verpfändeten Zipser Städte wieder Ungarn angeschlossen, während im Jahre 1779 die Königin auch die Reichsstadt Fiume an Ungarn anschloß, wodurch sie dem ungarischen Handel auf dem Adriatischen Meere einen Hafen schuf. Am schwierigsten war der Anschluß des Gebietes zwischen der Maros—Theiß—Donau, aus dem auch die Ratgeber Maria Theresias ein besonderes Fürstentum bilden wollten. Hier konnten sich erst im letzten Jahre ihrer Regierung (1779) die ungarischen Komitatsbehörden organisieren. Die zentralistischen Wiener Hofstellen stützten sich in dieser Beziehung auf die separatistischen Bestrebungen der Serben, um die Reinkorporation zu verhindern und

stellten für die Serben mit der Umgehung der ungarischen Zentralbehörden und ihnen zum Trotze in Wien eine besondere Behörde auf, die von 1745—1747 unter dem Namen einer Illyrischen Hofkommission, dann von 1747—1770 unter dem einer Hofdeputation wirkte. Durch die Wiederherstellung der Komitatsbehörden hörte natürlich diese Sonderstellung der Serben auf und damit schien auch die gefährlichste, die Reichseinheit bedrohende Forderung erledigt. Die Vereinigung Siebenbürgens mit dem Mutterlande ist jedoch überhaupt nicht gelungen, obwohl die Königin die Zugehörigkeit des zum Großfürstentume erhobenen Landes zu Ungarn anerkannte. Die Wiener Regierung wollte auch noch Kroatien lostrennen, was aber infolge des Widerstandes der kroatischen Stände nicht gelang.

Zur Zeit der Regierung Maria Theresias brachen endlich die Traditionen der Kollonics'schen Zersetzungs politik ab; die territoriale Integrität wurde auch offiziell hergestellt. Nebst dieser Wendung ging in Ungarns Verfassungsleben nach der Pragmatischen Sanktion auch eine andere bedeutende Änderung vor sich. Die besonderen Landesstellen der verschiedenen Erbprovinzen wurden damals vereint und die Verwaltung wurde nach Beseitigung der letzten Spuren der ständischen Verfassung ganz bureaukratisch. Gegenüber dem sich auf diese Weise gestaltenden Österreich, zu dem auch Böhmen und die von den Polen erworbenen Gebiete gehörten, bildete Ungarn eine selbständige Einheit. Der Gegensatz zwischen den beiden Parteien war um so schärfer, als die Königin nach den Ereignissen des Jahres 1741 an der bestehenden un-

garischen Ständeversammlung nichts ändern wollte. So entwickelte sich tatsächlich ein dualistisches Regime, einerseits mit dem zentralisierten, bürokratischen Österreich, andererseits mit dem verfassungsmäßigen, ständischen Ungarn. Auch jene oft geäußerte Beschwerde Ungarns, daß bei der zentralen Besprechung der Ungarn und Österreich in gleicher Weise berührenden Regierungsangelegenheiten keine ungarischen Ratgeber zugezogen wurden, wurde beseitigt. Maria Theresia nahm schon seit 1741 auch Ungarn ins Ministerium auf. In dieser Hinsicht bestand nur mehr in betreff des 1760 aufgestellten Staatsrates eine Gesetzeswidrigkeit. Da nämlich der Staatsrat die Angelegenheiten des ganzen Reiches verhandelte, konnte sich Ungarn nicht davon emanzipieren, obwohl es von Rechts wegen ihm nicht unterstellt war.

Das Wohlwollen Maria Theresias gegen die Ungarn blieb auf Grund der aus ihren ersten Regierungsjahren stammenden Gefühlsmotive auch später erhalten, dennoch ging seit 1764 in ihrem Regierungssystem eine wesentliche Änderung vor sich. Die Erfahrungen der Kriege bewogen Maria Theresia zur Umbildung ihres Heeres, zu welchem Zwecke sie um Erhöhung der Kriegssteuer ersuchte. Sie ließ durch den Exjesuiten Kollar ein Buch schreiben, um die öffentliche Meinung für die Besteuerung der adeligen und kirchlichen Güter zu gewinnen. Sie suchte zu beweisen, daß seitdem die Stände tatsächlich keine Militärpflicht mehr erfüllten, ihr Recht auf die Steuerenthebung aufgehört habe. Es kränkte jedoch die Stände, daß die Königin diese Frage aufrollte, und daß ihre Ratgeber die adelige Insurrektion eine veraltete, unnütze Einrichtung nannten.

Sie waren nicht geneigt, ihre ständischen Rechte schmälern zu lassen und obwohl sie die Steuer einigermaßen erhöhten, gewährten sie der Königin nicht jene Mittel, die sie zur Entwicklung des Heeres für unerläßlich erachtete. Dieser Gegensatz zog zwischen der Königin und den Ständen eine Scheidewand und erleichterte in ihren späteren Regierungsjahren die Bestrebungen der zentralistisch gesinnten Räte. Die Selbständigkeit der ungarischen Reichsstellen ist in der Praxis nicht durchgedrungen. Nach 1765 wurde auch die Palatinwürde nicht mehr besetzt, dagegen entsendete die Königin ihren Schwiegersohn Albrecht, Herzog von Sachsen-Teschen, als Statthalter nach Preßburg.

Zugleich begann ein stiller Germanisierungsprozeß, wobei man in erster Reihe das Bestreben hatte, die vornehmsten Magnatenfamilien nach Wien zu locken und sie dort der Nation zu entfremden. In der Wiener Hofluft unterwarfen sich die Magnatenfamilien der fremden Mode sowie den fremden Sitten, und schon die dritte Generation stand selbst der ungarischen Sprache fremd gegenüber. Um den Kleinadel zu gewinnen, stellte Maria Theresia in Wien eine adelige Leibgarde auf, in welche jedes Komitat zwei adelige Jünglinge schickte. Dennoch gelang es ihr nicht, diese Institution in den Dienst der Germanisierung zu stellen. Die adeligen Jünglinge gewahrten in der gebildeten Umgebung gar bald die Zurückgebliebenheit ihrer Nation und sie waren es, die zwar mit wenig Talent, doch mit um so größerer Begeisterung und Energie, jene literarische Bewegung ins Leben riefen, die Ende des XVIII. Jahrhunderts die ungarische Literatur nach

einem ein Jahrhundert langen Rückfall zu neuem Leben erweckten.

Ende der Regierungszeit Maria Theresias zeigte sich auf kulturellem Gebiete schon ein großer Aufschwung. Nebst dem Prunke des Wiener Hofes und der edlen Bestrebungen der Garde-Schriftsteller war in dieser Hinsicht auch die Unterrichtspolitik der Königin von großer Bedeutung, indem das Schulwesen im ganzen Reiche neu eingerichtet wurde. Ihre aufgeklärte Denkungsweise brachte auch den Hörigen eine Erleichterung ihrer Lage, besonders mittels der Urbarialverordnung von 1765, die die maximalen Lasten der Hörigen bestimmte.

Am schwierigsten war der Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Bezirke der Theißgegend kämpften das ganze XVIII. Jahrhundert hindurch mit jenen entsetzlichen Schwierigkeiten, die sich als Folgen der Türkenherrschaft zeigten. Diese fruchtbarsten Teile des Reiches konnten nur in sehr extensiver Weise bebaut werden, da sich ihre Bevölkerung auch trotz der großen Ansiedelungen nicht in gehöriger Weise vermehrte. Bei der Volksbeschreibung von 1720 belief sich die Bevölkerung der westlichen Komitate und Oberungarns auf 65 Prozent der Gesamtbevölkerung (mit Ausnahme Siebenbürgens!), während auf die Theißgegend nur 35 Prozent fielen. Während im kleinen Barser Komitat 3687 Familien wirtschafteten, wurde das weitreichende und reiche Komitat Bács-Bodrog durch 3085 Familien bewirtschaftet. Das jenseits der Theiß bebaute Gebiet betrug hingegen nicht einmal die Hälfte des in den westlichen Komitaten bebauten Bodens. Im ganzen Gebiete der einstigen

Türkenherrschaft besaß und bebaute die Bevölkerung ihren Boden noch in der primitiven Form der Feldgemeinschaft, bei welcher je ein Eigentümer in der weitreichenden Grenze seinen Teil öfters sogar in 20 bis 30 zerstreut liegenden Stücken besaß. In Debreczin wurde der Boden sieben Jahre hindurch bebaut und dann 12—15 Jahre brach gelassen. Aus Mangel an entsprechender Arbeitskraft war an den unbebaut gebliebenen Teilen der Kommunalgrenzen auch die freie Besitzergreifung möglich und wer den Boden dort zuerst zu ackern begann, konnte — im Falle die fortgesetzte Bebauung nicht wieder unterblieb — dessen rechtmäßiger Eigentümer bleiben. Bei dieser primitiven Landwirtschaft konnte eine einzige schlechte Ernte selbst Hungersnot hervorrufen. Zur Pflanzung neuer Früchte, besonders der Kartoffeln, konnte sich die Bevölkerung lange Zeit nicht entschließen, diese verbreiteten sich daher nur sehr langsam. Man bevorzugte eher die zur Zeit der Türkenherrschaft üblich gewordene Viehzucht. Die Hofpolitik würdigte jedoch seit Ferdinand II. die ungarische Viehzucht bloß vom Gesichtspunkte der Fleischversorgung Wiens. Die zur Zeit Leopolds I. in Wien gegründete orientalische Handelskompagnie erhielt ein monopolartiges Privileg zum Zusammenkaufe des Rindviehs in Ungarn. Also geriet auch die im Aufblühen befindliche Viehzucht Ungarns in Verfall.

Im Gebiete des Gewerbes trat nach dem Szatmárer Frieden besonders Alexander Károlyi mit verschiedenen Plänen hervor, doch wurden seine Anregungen zur Gründung von Fabriken im Interesse des österreichischen Gewerbes immer wieder vereitelt. Zur Zeit

Maria Theresias verlor Österreich seine Provinz Schlesien, wo das Gewerbe am meisten blühte. Um diesen Verlust zu ersetzen, trug Maria Theresia mit Hilfe der merkantilen Prinzipien viel zum neuen Emporblühen des österreichischen Gewerbes bei. Selbst in dieser Hinsicht erfreute sich Ungarn eines gewissen Wohlwollens von seiten der Königin, obwohl ihre Räte das ungarische Wirtschaftsleben nach alter Sitte stets vom Gesichtspunkte des österreichischen Konsums beurteilten. Es gelang ihnen aber ihren Standpunkt gegenüber der Königin erst dann zum Siege zu führen, als nach dem Reichstage von 1764 die Königin sich den Ständen entfremdete. Von diesem Zeitpunkte an wurde für die Wirtschaftspolitik zum herrschenden Grundsatz, daß diejenige Summe, welche unmittelbar durch Ungarn nicht bewilligt worden war, auf indirektem Wege zu erreichen sei. Der Wiener Kommerzienrat trachtete auf Kosten der ungarischen Produktion die Steuerfähigkeit der österreichischen Erbprovinzen zu steigern. Die Entwicklung des Gewerbes wurde völlig erstickt, um den Absatz Ungarns für die österreichischen Gewerbeartikel zu sichern. Das Zollsystem, das Ungarn vom Auslande auch schon in früheren Zeiten abschloß, wurde weiter ausgebaut. Ungarn geriet Österreich gegenüber in ein koloniales Verhältnis. Hohe Zölle und Verbote verhinderten, daß der ungarische Landwirt seine Rohprodukte über Österreich hinaus ins Ausland führte. Wollte er nicht, daß seine Produkte zugrunde gehen, so war er gezwungen, diese um jeden Preis an Österreich zu überlassen. Seit der Aufteilung Polens hörten die dort bestehenden Handelsverbindungen ebenfalls auf, was besonders für den un-

garischen Weinbau und Weinhandel von verhängnisvoller Wirkung war. Die den österreichischen Weinen gewährten Begünstigungen richteten diesen blühenden Zweig des ungarischen Wirtschaftslebens ebenfalls zugrunde. Unter solchen Umständen bemühte sich Maria Theresia vergebens, die primitive Wirtschaft der Theißgegenden und Siebenbürgens auf eine höhere Stufe zu erheben. Die aus Wien geleitete Wirtschaftspolitik erschwerte sogar die Verwertung der unter primitiven Formen erzeugten Rohprodukte und wurde dadurch das größte Hemmnis für eine rationelle intensive Bewirtschaftung.

Daher trug der aufgeklärte Absolutismus, der das wirtschaftliche und kulturelle Leben der europäischen Staaten zu hoher Blüte brachte, in Ungarn keine ähnlichen Früchte. Der ungemein große Rückgang, der der Türkenherrschaft gefolgt war, sowie die feindselig gesinnte Politik der Wiener Hofstellen zwangen Ungarn in eine Klemme, aus der es keinen Ausweg zu finden vermochte. Nach Maria Theresias Tode änderte sich zwar das Regierungssystem in gründlicher Weise. Der Königin folgte ein Herrscher, der von aufgeklärten Prinzipien völlig durchdrungen war, sowie auch die Grundsätze der merkantilen und der physiokratischen Schulen kannte; für Ungarn war jedoch das Regierungssystem Josephs II. (1780—1790) wenigstens so unheilvoll wie das seiner Mutter. Ja, von seiner Seite fehlte sogar jenes Wohlwollen, wodurch sich Maria Theresia in der ersten Hälfte ihrer Regierung leiten und jene Gefühlsmomente, die die Nation für die Königin schwärmen ließ. Kaiser Joseph verschärfte das für Ungarn schädliche Zollsystem noch

mehr und senkte Ungarn mittels jener Verbote, die die Einfuhr der außerösterreichischen, ausländischen Gewerbeartikel verhinderte, ganz auf die Stufe einer Kolonie herab. Sein revolutionärer Geist, sein Haß gegen die traditionellen Gewalten, gegen die Stände und gegen die Kirche bestimmten Joseph II. stets dazu, gegen die Ungarn Stellung zu nehmen, und man konnte ihn zu allem überreden, wenn die Sache auf die Weise dargestellt wurde, daß er durch seine Verfügungen nicht dem Interesse des Reiches sondern den Ständen einen Streich versetzte. Zwischen ihm und dem Ungarnthum entstanden daher noch zu Beginn seiner Regierung solche Gegensätze, die König und Nation einander als offene Feinde gegenüberstellten.

Seine Reformen erlitten in Ungarn an zwei Dingen Schiffbruch. In politischer Hinsicht infolge der absolutistischen Einschmelzungsbestrebungen, in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, indem er es versäumte, die öffentliche Meinung für seine Reformen zu gewinnen. Die Leute waren zumeist nicht einmal damit im reinen, was er mit seinen einzelnen Verfügungen bezweckte, so daß manche seiner Absichten eben durch diejenigen vereitelt wurden, in deren Interesse er sie zu vollziehen gedachte. Friedrichs II. sämtliche Erfolge schrieb er dem zentralistischen Regierungssystem Preußens zu. Nun wollte er auch sämtliche unter sein Szepter gehörenden Länder — darunter auch Ungarn und Belgien — zu einem einheitlichen bürokratisch verwalteten Reiche verschmelzen. Infolge seiner rationalistischen Gesinnung unterschätzte er die Schwierigkeiten, welche in seinen Ländern von verschiedener geschichtlicher Vergangenheit — sich der Durchfüh-

rung dieses Planes entgegenstellten. In seinem zentralistischen Regime, an dessen Spitze der Staatsrat stand, gewährten zwar die vier Kanzleien auch Ungarn eine gewisse Sonderstellung; jedoch durchaus nicht seine Selbständigkeit und Verfassung. Kaiser Joseph war auch nicht geneigt, die in der Pragmatischen Sanktion geleisteten Garantien der Verfassung zu beachten. Um die Konsequenzen, welche die Eidesleistung und das Inaugurationsdiplom nach sich gezogen hätten, zu umgehen, ließ er sich gar nicht krönen. Ja, er ließ sogar die Stephanskronen nach Wien bringen und bei den Familien-Kostbarkeiten in der kaiserlichen Schatzkammer aufbewahren. Dadurch hatte er aber Ungarn in seinen heiligsten Traditionen verletzt. Man war nicht geneigt, ihn ohne Krönung als gesetzmäßigen König anzuerkennen und er behielt lebenslänglich den Spottnamen „der König mit dem Hut“.

Innerhalb der Grenzen begünstigte zwar sein Zentralisierungsversuch den ungarischen Standpunkt, da durch den Anschluß Siebenbürgens an Ungarn und durch Sistierung seiner besonderen Hofkanzlei das ganze Reich unter einheitliche Führung gelangte. Die nationalen Traditionen verletzte aber der König auch dadurch, daß er die Komitate, die mit ihrer autonomen ständischen Macht nicht in seinen absolutistischen Staat hineinpaßten, aufheben wollte. Im Jahre 1785 teilte er Ungarn in 10, Siebenbürgen in 3 Bezirke ein, entsendete königliche Kommissäre dahin, die in den ihnen unterstellten Komitaten die Beamten mit Ausnahme des Vizegespanns auch entheben konnten. Mit ihrer Hilfe wollte er das Komitat zu einem bürokratischen Organ umgestalten. In den folgenden Jah-

ren stellte er selbst die Wahl der Beamten ein und be-
traute seine Kommissäre mit der Besetzung der
erledigten Stellen, während er den Komitaten verbot,
über Staatsangelegenheiten zu verhandeln und an an-
dere Komitate Zuschriften abzusenden. Die Voll-
ziehung dieser Verfügungen stieß natürlicherweise
auf großen Widerstand derart, daß die Kommissäre
in den meisten Komitaten militärische Hilfe in An-
spruch zu nehmen genötigt waren.

Eine noch größere Erbitterung rief er durch seine
Sprachverordnung hervor, die er im Frühling des Jah-
res 1787 erließ. In dieser Verfügung behauptete der
Kaiser, daß die tote lateinische Sprache nicht mehr
geeignet sei zur Weiterführung der Amtsangelegen-
heiten, hingegen hielt er unter den lebenden Sprachen
die ungarische nicht für entsprechend, da diese seiner
Meinung nach unentwickelt sei und auch nicht von je-
dermann gesprochen werde, da in Ungarn auch Deut-
sche, Slaven und Walachen wohnten. Er setzte also
an die Stelle der lateinischen Sprache die deutsche, die
Amtssprache seines Reiches. Die Verwaltung der Re-
gierungsbehörden mußte schon nach einem halben
Jahre, die der Komitate in einem, die der Gerichte aber
in drei Jahren deutsch werden. Obwohl zu dieser Zeit
die Kenntnis der deutschen Sprache in den Reihen des
niedereren Adels noch sehr wenig verbreitet war, wur-
den doch diejenigen, die sich bis zur bestimmten Zeit
das Deutsch in Wort und Schrift nicht angeeignet
hatten, ihrer Ämter verlustig. Im Sinne der Verord-
nung sollte die Sprache des etwaigen Reichstages eben-
falls die deutsche sein und die Komitate sollten nur
Ablegate mit deutschen Sprachkenntnissen entsenden.

Seit 1789 wurde nur solchen die Erlaubnis zum Besuche von Mittelschulen erteilt, die der deutschen Sprache mächtig waren und auch die Universitätssprache wurde die deutsche. Durch diese Verfügungen wurde die Nation wieder in ihrer Existenz angegriffen. Es verwahrten sich gegen sie selbst die fremdsprachlichen Komitate.

Ungarns Intelligenz bildeten zu dieser Zeit die bemittelteren Teile des Kleinadels. Der Hochadel hatte sich im Wiener Milieu entnationalisiert, brachte wenig Zeit in Ungarn zu, war über dessen Angelegenheiten wenig orientiert und kümmerte sich auch wenig darum. Die Bürgerschaft hingegen, statt nach der Türkenherrschaft sich gekräftigt zu haben, ging besonders unter dem Einfluß der Zollpolitik und der durch den Wiener Hof getroffenen wirtschaftlichen Verfügungen zurück und sank allmählich auf die Stufe kleinlicher, ärmlicher Verhältnisse zurück. Auf diese Weise fehlte ihr die Möglichkeit, in der geistigen Führung der Nation eine bedeutendere Rolle zu spielen. Der Kleinadel, durch Traditionen mit der nationalen Politik am engsten verbunden, betrachtete mit tiefer Erbitterung Kaiser Josephs absolutistische und germanisierende Verfügungen. Fern von der Wiener Hofluft, gewissermaßen in starkem Gefühlsgegensatze dazu, verschloß sich der Kleinadel den fremden Einflüssen und hatte daher nicht die Möglichkeit, seine Zurückgebliebenheit gegenüber den großen Nationen des Westens auszugleichen. Von starken nationalen Gefühlen durchdrungen, betrachtete er in seinem Hasse gegen Joseph selbst jene seiner Reformen mit Mißtrauen, welche dieser persönlich hervorragende Herr-

scher unter dem Einflusse der aufgeklärten Ideen des XVIII. Jahrhunderts einführen wollte. Es fehlte ihm völlig die geistige Verbindung mit dem Rationalismus dieses Jahrhunderts. Zur Zeit Maria Theresias war es ihm nur dadurch gelungen, die Selbständigkeit seines Vaterlandes zu erreichen, daß er gegenüber der andern Reichshälfte der Monarchie seine ständische Organisation aufrecht erhielt. Es ist also nur natürlich, daß, als Joseph II. diese ständische Verfassung angriff, die Ungarn darin nicht eine zeitgemäße Reform, sondern bloß einen gegen die ungarische Verfassung gerichteten Angriff erblickten. Man mißbilligte die zur Besteuerung des Adels getroffenen Vorkehrungen vom ständischen und nationalen Gesichtspunkte und hielt selbst jene Verfügungen für verdächtig, die Joseph II. behufs Einstellung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Steuerzahlung machte, wie z. B. die Volkszählung von 1784. Noch größeres Mißtrauen riefen zwei Jahre später die Bodenbemessung und die Beschreibung der Einkünfte des Adels hervor. Joseph II. betrachtete nämlich unter dem Einflusse physiokratischer Ideen die Bodensteuer als die gerechteste Steuerform, und ordnete die Bodenbemessung zur Vorbereitung eines neuen Steuersystems an. Der Adel widersetzte sich jedoch und reizte das Volk dagegen auf, so daß die Ingenieure an vielen Orten mißhandelt, in ihrer Arbeit verhindert und ihre Geräte zerbrochen wurden und die Arbeit nur sehr schwer und langsam fortschritt.

Von seiten der Katholiken, die seit dem XVII. Jahrhundert in der Mehrheit waren, wurde die Lage noch durch jenen Liberalismus verschärft, durch den Jo-

seph II. in dem schon 1781 erlassenen Toleranzedikt die Rechte der Protestanten und orthodoxen Griechen regelte, ihnen die Erbauung von Kirchen und Schulen gewährte und auch die Ämter erschloß. Diese Verfügung bedeutete für die Protestanten gegenüber der Zustände unter Leopold I. und Karl III. einen großen Fortschritt, obwohl sie noch bei weitem hinter den Gesetzen von 1608 und 1647 zurückblieb. Die Erklärung des Kaisers, sie dulden zu wollen, reizte daher sogar einen Teil der Protestanten gegen ihn auf. Noch mehr erbitterte die Katholiken des Kaisers Eingriff in ihre Kirchenangelegenheiten. Diesbezüglich konnte aber nicht einmal der im Frühjahr 1782 erfolgte Besuch Papst Pius VI. seinen schroffen Standpunkt mildern, obwohl seit 300 Jahren kein Papst diesseits der Alpen weilte und Pius' Reise eine wahrhafte Kanossafahrt war. Joseph hob noch vor seiner Ankunft sämtliche Orden, die sich nicht mit Unterricht oder Krankenpflege beschäftigten, auf und errichtete aus den Einkünften ihrer Güter 950 neue Pfarren. Das Kirchenvermögen wurde konskribiert und samt dem überflüssigen Einkommen zur Regulierung der geistlichen Institutionen verwendet. Der Geistlichkeit verbot er, mit der päpstlichen Kurie zu verkehren und auch die geduldeten Orden mußten jeden Verkehr mit ihren im Auslande lebenden Oberhäuptern abbrechen.

Alle jene äußeren Umstände hingegen, unter denen der Kaiser die Verwirklichung seiner Reform anstrebte, steigerten das Mißtrauen nur noch mehr, denn dem Mißtrauen der Nation stand das des Kaisers gegenüber, der stets von der Annahme ausging, daß er von den Ungarn und den Ständen irregeleitet werde.

Dieser Argwohn des Kaisers rief auch einen schweren nationalen Konflikt hervor. Die serbischen separatistischen Bewegungen verpflanzten sich auch auf die Walachen, die als Anhänger der griechisch-orthodoxen Kirche seit Ansiedelung der Serben im Sinne des den Serben gewährten Privilegs unter der Oberhoheit des serbischen Patriarchen standen. Da die walachische griechisch-orthodoxe Kirche früher nicht organisiert war, übten unter ihnen nur einige in größerem Ansehen stehende Geistliche, die nicht an eine ständige Residenz gebunden waren, das Amt der Bischöfe aus. Maria Theresia wollte in ihrem Glaubenseifer die Wallachen mittels großer Versprechungen für die Union mit der römischen Kirche gewinnen und bewog auch einen großen Teil dazu. Zu Balázsfalva wurde ein griechisch-katholisches Bistum errichtet, die Güter der neuen Kirche wurden aus den alten katholischen Kirchengütern gebildet und durch staatliche Unterstützung organisiert. Die Versprechungen, mit welchen Maria Theresia damals die Walachen für die katholische Kirche zu gewinnen suchte, brachten durch Vermittlung der griechisch-orthodoxen Kirche die zu den Walachen verpflanzten separatistischen Bestrebungen in der griechisch-katholischen Kirche zum vollen Ausdruck. Die Bildung des politischen Programms der Walachen erfolgte erst nach der Union Mitte des XVIII. Jahrhunderts. Es stammte von Innozenz Klein, einem Bischof von Balázsfalva her, der die Forderung aufstellte, die walachischen Geistlichen in den Adelsstand zu erheben, der walachischen Bevölkerung die Gleichberechtigung mit den übrigen Nationalitäten zu gewähren und die

Walachen als vierte Nation Siebenbürgens anzuerkennen. Bei diesen Bestrebungen war er der erste, der die falsche Theorie von einem Dakoromanentum betonte, das die Walachen Siebenbürgens historisch von den Ansiedlern des Kaisers Trajan ableiten wollte.

Seitdem zwischen der Zarin Katharina II. und Maria Theresia eine Spannung eingetreten war, wurden die auf unterster Kulturstufe stehenden, Weidewirtschaft betreibenden Walachen, die völlig unter dem Einflusse ihrer ungebildeten Popen standen, auch durch russische Agitatoren aufgewiegelt. Als die Verordnungen Joseph II. nach Siebenbürgen gelangten, wirkten auch diese aufreizend auf die Walachen. Die Popen ermunterten die ungebildete Menge damit, daß der Kaiser gegen ihren gemeinsamen Feind, den ungarischen Adel, ihre Partei nehme. An der Grenze von Siebenbürgen und Ungarn bildeten sich unter Anführung von Hora und Kloska Räuberbanden, mit denen die Regierung nicht fertig werden konnte. Sie wurden durch ihre Anführer gegen den Adel geführt, die Gehöfte der Adeligen wurden ausgeraubt, in Brand gesteckt und die Edelleute in unbarmherziger Weise hingemordet. Doch die Komitate wendeten sich mit ihren Beschwerden umsonst an Joseph II.; der Kaiser wollte den Meldungen von den Greueln, die man den Aufständischen nachsagte, keinen Glauben schenken. Er ermahnte das Militär, sich zu mäßigen und verdamnte es zur Untätigkeit, wodurch er die Hoffnungen der Walachen noch höher steigerte. Das Militär trat auch später ohne jede Entschlossenheit auf, so daß die Bewegung erst nach zwei Monaten niedergeworfen werden konnte, als die Aufständischen schon zu Verkündern der dakoromanischen Ideen ge-

worden waren und ihre Anführer sich Fürsten von Dazien nannten. Diese unglückliche Politik Josephs verschärfte ungemein den schon früher bestandenen Gegensatz zwischen der ungarischen Nation und dem Hof, gerade zu einer Zeit, wo die nationale Unzufriedenheit ohnedies die höchste Stufe erreicht hatte.

Nach der Beschränkung der Komitatsgewalt schien es im Jahre 1787, als ob Josephs Regierungssystem einen völligen Sieg erreichen würde, in Wirklichkeit wurde es jedoch nur durch Bajonette aufrecht erhalten. Im Herbst 1787 brach der Türkenkrieg aus, und das Militär mußte ins Feld ziehen. Joseph II. war der Verbündete der Zarin Katharina II. und wenn er nicht wollte, daß Rußland sich allein am Balkan ausbreite, als die Türken gegen Rußland den Krieg erklärten, mußte er sich ebenfalls zum Eingreifen entschließen. Er vertraute blind seinem Feldherrn, dem General Lacy, der sein Heer an der Grenze entlang in zerstreutem Kordon aufstellte. Josephs Vertrauen wurde jedoch enttäuscht, da der schwache Kordon durch die mit großer Begeisterung kämpfenden Türken durchbrochen wurde und der Kaiser selbst sich nach Temesvár flüchten mußte. Auch war der Krieg nicht populär, denn man fand ihn ziellos und daher wurden auch die großen Nahrungsmittellieferungen, welche dem Volke bedeutende Lasten auferlegten, nur zögernd bewerkstelligt. In dieser Hinsicht war es ein Fehler, daß Joseph seine Truppen einzig und allein von Ungarn aus verstärken wollte, wo man infolge der schlechten Ernte der letzten Jahre schon eine Hungersnot befürchtete. Die Bevölkerung verbarg die Frucht, worauf der

Kaiser die Getreidemagazine aufbrechen und das Getreide unentgeltlich fortführen ließ.

Nach der Niederlage des Heeres brach das System zusammen. In den Komitaten begann es sich überall zu regen, man hielt Versammlungen ab, wo die Angelegenheiten des Reiches besprochen wurden, und auf der ganzen Linie begann die Agitation. Zur selben Zeit lehnte sich auch Belgien auf, während die Preußen im geheimen die Unzufriedenen unterstützten. Joseph II. eilte rasch aus seinem Lager zurück, um sein Volk zu beruhigen. Er versprach die Einberufung des Reichstages, traf Vorkehrungen zur Krönung und sendete die Stephanskrone nach Ungarn zurück. Den Reichstag hat er jedoch nicht mehr erlebt. Er kam aus dem Lager krank nach Wien zurück. Vor seinem Tode hat er seine sämtlichen Verfügungen annulliert, mit Ausnahme des Toleranzedikts, und derjenigen, welche er zugunsten der Hörigen und des niederen Klerus erbracht hatte. Als er den 20. Februar 1790 starb, wurde in Ungarn eben die Krone im Freudentaumel feierlich in die Ofner Burg zurückgeführt. Alle Bestrebungen des Herrschers, wodurch er nach seiner festen Überzeugung seine Völker beglücken wollte, hatten Schiffbruch erlitten, da er die Gefühle und Gesinnungen der Völker außer acht ließ. Seine Ideen verbreiteten sich nur in sehr engem Kreise und fanden wenig Anhänger. Die an der Staatsregierung teilnehmenden Magnaten, die bei der Verwaltung beschäftigten Edelleute von weiterem Gesichtskreis und die gelehrte protestantische Geistlichkeit nahmen sich der einzelnen Ideen des unglücklichen Herrschers an, um den Boden zur Verwirklichung von Reformen vorzubereiten.

Auch sonst war durch den Tod des Kaisers die Zeit zu großen verfassungsmäßigen Änderungen geeignet. Der neue König war der jüngere Bruder Josephs II., Leopold II. (1790—1792), der bis dahin Toscana regiert hatte. Auch dieser war ein aufgeklärter Herrscher, der im Grunde genommen jedoch konservativ gesinnt war. Obwohl er mehrere Schriftsteller in seinen Dienst nahm, damit sie durch Flugschriften den Weg zu den nötigen Reformen ebnen sollten, hielt er die unbeschränkte Aufrechterhaltung seiner königlichen Macht für wichtiger. Er war aufrichtig bestrebt, seine Völker zufrieden zu stellen, um so mehr, als Preußen sich zu einem Kriege vorbereitete. In Ungarn war diese Friedensstiftung nach der Regierung Josephs II. eine ziemlich schwere Sache. Die revolutionäre Bewegung, die Josephs System entfachte, verkündete, daß Joseph die Pragmatische Sanktion verletzt und dadurch deren Geltung außer Kraft gesetzt habe. Man sagte, daß er durch sein ungesetzliches Regime den Faden der Erbfolge des Hauses Habsburg-Lothringen zerrissen habe. Überall zeigte sich ein wahrhaft feieberhafter Enthusiasmus, die Leute sprachen ostentativ ungarisch, legten ungarische Tracht an, selbst in einigen von anderen Nationalitäten bewohnten Gegenden. Die anlässlich der Zurückführung der ungarischen Krone organisierten Bänderien wurden in Waffen gehalten, exerzierten und legten den Eid zur Verteidigung der Verfassung ab. Nebst vielen Sitzungen, Abfassungen von Denkschriften, punktwisen Festsetzungen der Forderungen einiger Interessengruppen war das am meisten charakteristische Symptom die Überhandnahme von Flugschriften. Diese zogen zum größten

Teil für die geschichtlichen Überlieferungen und nationalen Interessen ins Feld, andere hingegen brachten auch einige Reformen aufs Tapet. Die Vorbereitungen zum Reichstage steigerten die Erregung nur noch mehr. Überall wurde verkündet, daß die Verfassung mit neuen Wällen umfriedet werden sollte. Neue Institutionen gelangten zur Sprache, deren Aufgabe die Sicherung der Unabhängigkeit des Reiches sein sollte. Mehrere Komitate arbeiteten einen eingehenden Plan zur Umgestaltung der Verfassung aus. Auch die Ideen der Französischen Revolution machten ihren Einfluß fühlbar, besonders die Idee der Volkssouveränität und des Gesellschaftsvertrages. Selbst die Bauern hielten Sitzungen ab und ersuchten um Bestätigung ihrer von Joseph II. gewährten Freiheit.

Als der Reichstag in Ofen eröffnet wurde, herrschte eine sehr stürmische Stimmung. Außer den Ablegaten versammelten sich auch viele Neugierige in der Stadt. Alles erwartete wichtige Beschlüsse. Die Soldaten und die Militärgrenzler wendeten sich an den Reichstag um ungarische Offiziere zu erhalten. Das Offizierskorps eines Husarenregimentes überreichte ein Gesuch im Interesse des ungarischen Kommandos. Bei den Verhandlungen riß der Kleinadel die Führung an sich. Er organisierte die Ablegaten der vier Landesbezirke in den Zirkularsitzungen, denen die Ablegaten der Städte und Kapitel, sowie die der ferngebliebenen Magnaten nicht beiwohnten. An den Plenarsitzungen traten sie mit den auf diese Weise schon vorher gefaßten Beschlüssen entscheidend hervor. Die äußerste Opposition bildeten die Ablegaten der Komitate der Theißgegend, die mit dem preußischen Hofe in Verbin-

dung standen und einen Hohenzollern zum König wünschten. In Fragen des Inaugurationsdiploms, der Bestätigung der Verfassung und der des Militärs entstanden scharfe Gegensätze und die Erregung ergriff auch die Ofner Studenten und die Straße, so daß die Demonstrationen zu blutigen Zusammenstößen führten.

Dieses Streben der Ungarn nach Selbständigkeit verletzte jedoch den neuen Herrscher eben an seiner empfindlichsten Seite. Unter diesen Umständen nahmen die Hofkreise, um die Opposition des Reichstages zu brechen, die Hilfe der Nationalitäten in Anspruch. Jene Politik, welche seit 1690 die nationalen und konstitutionellen Bestrebungen mit Hilfe der Nationalitäten lahm legen wollten und die mit der Zeit erschlaft war, begann jetzt wieder in voller Kraft aufzuleben. Zur Paralysisierung der Forderungen des ungarischen Reichstages wurde in Südungarn der serbische Kirchenkongreß einberufen, wo den Serben Gelegenheit geboten wurde zur neueren Stilisierung und Auseinandersetzung ihrer politischen Wünsche, die der königliche Kommissär — anstatt daß er ihre separatistischen Versuche zurückgewiesen hätte, — offen unterstützte. An demselben Tage, an welchem der König die ungarische Reichstagsadresse abwies und die Stände förmlich tadelte, versicherte er den serbischen Kongreß, der gegen das Ungarntum offen Stellung nahm, seines Wohlwollens. Der Hof stellte sogar die die ungarische Verfassung so sehr verletzende besondere illyrische Verwaltung wieder her, jetzt schon unter dem Namen einer Illyrischen Hofkanzlei, die aber nach zwei Jahren wieder aufgehoben wurde.

Die Forderungen der Serben bewogen alsbald auch

die Walachen zum Handeln. 1791 reichten sie beim Siebenbürger Reichstage den „Supplex libellus Valachorum“ ein, der, sich auf den dakoromanischen Ursprung berufend, behauptete, daß die Walachen durch die Union der drei siebenbürgischen Nationen vom Jahre 1437 ihrer politischen Rechte verlustig geworden seien. Die Walachen wünschten daher, daß sie als vierte Nation Siebenbürgens anerkannt würden; die griechisch-orientalische Kirche hingegen sollte wieder zugelassen werden. Diese Zuschrift wurde durch den Bischof von Balázsfalva, Babb überreicht, der jedoch mit den Professoren der in seinem Bistum gegründeten Lehranstalten alsbald in Konflikt geriet, so daß die Führung in die Hände des noch radikaleren Georg Sinkays überging, der Siebenbürgen schon für rumänischen Besitz erklärte.

Um den Reichstag in stillere Bahnen zu leiten, verlegte ihn Leopold II. nach Preßburg, wo die Erregung nicht durch die oppositionelle Stimmung der Gasse gesteigert wurde. Im Grunde genommen wurde die Verwicklung durch jene Vereinbarung gelöst, welche der König inzwischen mit dem preußischen Hofe zu Reichenbach abgeschlossen hatte. Diese Vereinbarung versetzte die, die der Hilfe der Preußen vertrauten und mit ihnen in Verbindung standen, in die peinlichste Lage. Nebst der Reichenbacher Konvention war auch der Umstand von großem Einfluß, daß zu Sistovo mit den Türken Frieden geschlossen und zu gleicher Zeit der belgische Konflikt beigelegt wurde. Die mit den Preußen in Verbindung stehende Opposition verstummte, und der Reichstag wurde ruhiger. Von den großen Prinzipien, welche aufge-

worfen worden waren, gelang es ihnen kaum, etwas zu verwirklichen. Alle Änderungen betreffs der Regierung und des Militärs wurden vom Könige abgewiesen. In der ungarischen Sprachenfrage gewährte er nur so viel, daß an den Akademien und Gymnasien ein besonderer Lehrstuhl für die ungarische Sprache errichtet wurde, im allgemeinen wurde aber wieder Latein zur Unterrichtssprache. Die Gesetze, welche auf dem Reichstag geschaffen wurden, entsprachen den Erwartungen nicht. Im Gegensatz zu den Verfügungen der früheren gesetzwidrigen Epoche wurde zwar im Gesetze festgesetzt, daß Ungarn eine unabhängige, selbständige Regierung besitze und nur nach seiner eigenen Verfassung, nicht aber nach der Art der österreichischen Erbprovinzen zu regieren sei, doch hat man zur praktischen Sicherung dieses prinzipiellen Beschlusses nur unbedeutende Ergebnisse erreicht. Auch von den großen Reformen wurde sozusagen gar nichts durchgeführt. Zu deren Vorbereitung wurde eine Kommission entsendet, die Beratung über diese Arbeiten wurde jedoch während der französischen Kriege durch die Wiener Hofstellen in konsequenter Weise verhindert. Bloß die Angelegenheiten der Hörigen wurden im Geiste Josephs geordnet, während die konfessionelle Frage dem Toleranzedikte entsprechend durch den König entschieden wurde.

Das Zeitalter der großen Reformbewegungen

Das XVIII. Jahrhundert hat in Ungarns Entwicklung die Bedeutung, daß es die neue Kräfteentfaltung des zur Zeit der Türkenherrschaft zurückgebliebenen Reiches ermöglichte. Obwohl jene Wirtschaftspolitik, welche die ungarischen Angelegenheiten stets vom Gesichtspunkte der Erbprovinzen beurteilte, die Entwicklung bedeutend hemmte, gelang es der Wiener Regierung doch nicht, das Interesse für den nationalen Fortschritt zu lähmen. Infolge der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse beschäftigten sich zwar nur die Vertreter der höheren Gesellschaftsschichten, Magnaten, Geistliche und Gelehrte, mit diesen Fragen; doch wurden diese schon Ende des XVIII. Jahrhunderts literarisch behandelt. Das Übel bestand aber darin, daß es dem Hof gelang, die gebildeten Kreise zu entnationalisieren. Magnaten und Gelehrte setzten ihre aufgeklärten Ideen größtenteils in lateinischen und deutschen Schriften auseinander, was nicht zur Popularität der befürworteten Reformen beitrug. Wie groß auch der Fortschritt in kultureller Hinsicht war, gereichte dies den weiteren Kreisen doch kaum zum Nutzen, denn sie waren wirtschaftlich zu schwach, um aus dem kulturellen Aufschwung Nutzen zu ziehen, und weil sie von dieser Bewegung durch sprachliche und Gefühlsunterschiede getrennt waren. So lange die den westeuropäischen Ideen zugängliche Strömung

nicht unmittelbare Fühlung mit dem Nationalgefühl gefunden hatte, konnte sie auf keinen Erfolg rechnen. In dieser Richtung erfolgten die ersten Schritte inmitten der Gärungen von 1790. Durch Leopolds Verständigung mit dem preußischen Hofe, der in den letzten Jahren der nationalen Richtung als Rückhalt diente, wurden die bereits aufleuchtenden Hoffnungen einstweilen wieder in den Hintergrund gedrängt. Die Vereinbarung zwischen Leopold und Preußen zu Pillnitz zog die Kriegserklärung des revolutionären Frankreichs nach sich, und die Franzosenkriege, die Franz I. (1792—1835) als Erbschaft zufielen, wälzten dem Fortschritte neue Hindernisse in den Weg.

Die Regierung Franz I. wurde ganz von der Aufgabe erfüllt, die Ideen der Revolution zu bekämpfen. Die Pariser Schreckensherrschaft und die Niederlagen, die die kaiserlichen Truppen von den Franzosen erlitten, machten Kaiser Franz die Aufklärung und das konstitutionelle Regime verhaßt. Infolge seiner Erziehung war er ein mißtrauischer, argwöhnischer, unbeständiger Fürst. Seine Umgebung malte ihm, seine Schwäche mißbrauchend, fortwährend Schreckbilder vor, durch die seine Macht bedroht sein sollte. Auf diese Weise folgte der Aufklärung Josephs II. die stärkste Reaktion. Die Angst vor der Revolution bewog einen großen Teil des ungarischen Adels zur bereitwilligen Unterstützung der Regierung. Ein anderer Teil wurde durch jenen Prozeß abgeschreckt, der 1795 durch Enthüllung einer angeblichen Jakobinergesellschaft der Regierung einen Vorwand zum strengsten Vorgehen und zur Vollstreckung mehrerer Todesurteile bot.

Als nämlich im Jahre 1794 in London die Emissäre des Konvents, die dort eine Revolution herbeiführen wollten, verhaftet wurden, setzte die Polizei den Hof davon in Kenntnis, daß die dortigen Jakobiner auch mit Wiener und Pester Jakobinern in Verbindung standen. Hierauf wurden mehrere von ihnen in Haft genommen, darunter der in Leopolds Diensten gestandene berühmte Flugschriftenschreiber Abt Martinovics. Die geheime Gesellschaft, welche sich unter seiner Führung in Ungarn gebildet hatte, trug eigentlich einen völlig harmlosen Charakter. Ihre 75 Mitglieder waren lauter gebildete Männer, besonders Schriftsteller, denen aber größtenteils die Zwecke der Gesellschaft nicht genau bekannt waren. Zur Zeit des reaktionären Regimes vereinten sie sich zur Besprechung der Aufklärungsidee, doch verbreiteten sie diese nicht unter dem Volke. Die geheime Organisation der Gesellschaft wurde von Abt Martinovics geschaffen, den es tief kränkte, daß er durch Franz I. aus dem Hofdienste entlassen worden war. Er war der einzige in der Gesellschaft, der beträchtlich mit den französischen revolutionären Kreisen in Verbindung stand und auch ihren Katechismus übersetzte. Jene Schriftsteller, die seiner Gesellschaft beitraten, wußten gar nichts von diesen Verbindungen. Die Polizei schaffte jedoch die Gefangenen auf Grund einer bei Martinovics vorgefundenen Liste nach Wien und erhob gegen sie die Anklage wegen Hoch- und Vaterlandsverrates. Man ließ nicht einmal ihre Verteidigung zu und das Gericht fällte 18 Todesurteile. Martinovics wurde dann mit 6 Direktionsmitgliedern in Ofen hingerichtet, das Urteil der übrigen wurde in schwere Kerkerstrafe um-

gewandelt. Dieser Vorfall diente der Regierung zum guten Vorwande, um die Verfassung einzuschränken. Die Zensur wurde mit größter Strenge gehandhabt, die ausländischen Bücher bei ihrer Einfuhr geprüft und selbst wissenschaftliche Werke konnten zumeist nur unter Titelblättern von Kochbüchern und Kalendern eingeschmuggelt werden. Das Publikum wurde wieder von der Gedankenwelt des Auslandes abgeschlossen. Die Entwicklung der Bibliotheken stockte, das Niveau der Schulen sank herab. Jedermann wurde von der Geheimpolizei kontrolliert, die überall nach Jakobinern fahndete. Die Hoffnung, die besonders die Aufgeklärten der Magnatenkreise erfüllte, daß Ungarn durch große Reformen nicht in revolutionärem Geiste, sondern den aufgeklärten Ideen gemäß auf konservativer Grundlage umgestaltet werden könnte, war völlig geschwunden.

Die nationalen Bewegungen aber, die sich zuerst in der Bewegung von 1790 Bahn brachen, konnten nicht mehr unterdrückt werden. Gegen die moralische Zersetzung infolge der ohne jeden Übergang angewendeten Prinzipien der Aufklärung, nahm man im allgemeinen Stellung. Die Reform des Unterrichtswesens, die Transferierung der Pester Universität in eine ruhige Provinzstadt, die Wiederherstellung der sich mit Unterricht befassenden religiösen Orden, Ausnahmsmaßregeln zum Schutze der allgemeinen Sicherheit, der Vollzug der Todesstrafe an den Räubern und Mördern und das Verbot der Freimaurertätigkeit wurden gefordert, jedoch von den konstitutionellen Rechten der Nation wollte auch diese konservative Richtung nichts opfern. Kaiser Franz aber,

der sich vor nichts mehr fürchtete, als vor der Einschränkung seiner Hoheitsrechte, weigerte sich sogar, die bescheidensten verfassungsmäßigen Wünsche dieser Art zu erfüllen. So mußte er freilich mit den nationalen Verfassungsbestrebungen in Konflikt geraten.

Im Vergleich mit den Opfern der Franzosenkriege waren die nationalen Wünsche nur sehr beschränkt, aber ihre schroffe Abweisung schwellte die oppositionelle Bewegung bald an. In den Koalitionskriegen wurden nämlich besonders seit 1802 die militärischen und finanziellen Lasten ziemlich drückend. Der Stand der ungarischen Regimenter wurde mit 64 000 Mann bestimmt, diese Zahl durfte jedoch im Kriegsfall noch erhöht werden. Die ungarische Wehrorganisation stand zwar nicht auf einer den Zeiten angemessenen Stufe, doch jede Reorganisationsmöglichkeit scheiterte daran, daß man die diesbezüglichen Propositionen des ungarischen Reichstages in Wien nicht annahm, sondern einfach die Erhöhung der Rekrutenzahl forderte. Dagegen war der Reichstag nicht geneigt, ihrer Rechte, die Rekruten- und Steuerbewilligung betreffend, und damit der einzigen Maßregel zu entsagen, mit der man die Wiener Hofkreise zur Respektierung der Verfassung zwingen konnte. Jedoch stand Ungarn zu Zeiten der Gefahr treu seinem Könige bei und leistete ihm im Verhältnisse zu den veralteten Institutionen große Dienste. Zu den Feldzügen wurden durch die Komitate außer dem vom Reichstage aufgegebenen Militär noch 100—115 000 Mann gestellt, doch muß auch die Militärgrenze in Betracht gezogen werden, die ihrerseits zirka 90 000 Mann aufbrachte. Im Jahre 1807 boten die Stände und die Bürger sogar den

sechsten Teil ihres Einkommens zur Kriegsführung an.

Alles das konnte das Übel nicht abwenden. 1805 nahm Davoust Preßburg, 1809 verfolgte Eugen Beauharnais den im Rückzug begriffenen Erzherzog Johann bis nach Raab (Győr), wo auch die letzte Insurrektion eine Niederlage erlitt, und besetzte Preßburg abermals. Napoleon richtete damals einen Aufruf an die Nation, sie auffordernd, sich vom Hause Habsburg loszureißen und einen Nationalfürsten zu wählen; doch seine Aufforderung blieb ohne Erfolg. Im Frieden von Wien verlor Ungarn sogar sein Küstenland und mußte die bis an die Save reichenden Gebiete dem neuerrichteten illyrischen Königreiche abtreten. Als Napoleon 1808 und 1809 Wien besetzte und der Krieg durch die Niederlagen des kaiserlichen Heeres einen ungünstigen Abschluß fand, war die in Waffen stehende Insurrektion bei den Friedensverhandlungen noch immer ein bedeutender Faktor. Doch wurde Ungarns Wirtschaftsleben auch in diesen Jahren ganz nach den Interessen des Heeres und der durch den Krieg geplagten österreichischen Provinzen geleitet, was noch schwerer auf dem Reiche lastete als die nicht unbedeutenden militärischen Lasten.

Als der Reichstag die Beschwerden der Nation aufs Tapet brachte und die Aufhebung des schädlichen Zollsystems verlangte, blieb ihr Wunsch trotzdem unbeachtet. Als Gesetze zur Geltendmachung der ungarischen Sprache vorgelegt wurden, wurden diese nur teilweise bewilligt, die Aufstellung einer ungarischen Offiziersbildungsanstalt hingegen direkt schroff verhindert. Der Bruder des Kaisers, Erzherzog Joseph, der seit 1796 Ungarn als Palatin regierte, bemühte

sich auch vergebens, den nationalen Ansprüchen Gehör zu verschaffen, seine Bemühungen brachten ihn nur selbst am Wiener Hofe in Verdacht, wo man ihn als einen neuen Rákóczi verspottete. Alle Meinungsäußerungen zugunsten der durch die Gesetze von 1790/91 zugesicherten Selbständigkeit Ungarns wurden in Wien mit größtem Argwohn aufgenommen, alle ähnlichen politischen Bestrebungen im Keime erstickt. Und das änderte sich auch nach 1804 nicht, obwohl damals Franz gleichzeitig mit der Annahme des Titels eines Kaisers von Österreich Ungarn in einem Patent versicherte, daß diese Änderung die Souveränität des ungarischen Königreiches unberührt lasse. Diese Mißstände bewogen auf dem Reichstage von 1807 den Adel zur Opposition. Er zog mit einem sorgfältig aufgebauten Unabhängigkeits- und Nationalprogramm in den Kampf. Der Konflikt entstand in militärischen und Steuerfragen. Die Wiener Regierung, die schon seit Franzens Thronbesteigung der Einberufung des Reichstages stets auszuweichen gesucht hatte, war jetzt entschlossen, die Verfassung gänzlich zu ignorieren, dennoch mußte sie infolge der schwierigen finanziellen Lage der Monarchie den Reichstag noch einmal einberufen. Im Jahre 1811 wurde das Geld auf $\frac{1}{5}$ entwertet und die Regierung trat mit dem Wunsche hervor, daß Ungarn die Hälfte der österreichischen Staatsschuld auf sich nehme und die Kriegssteuer mehr als um das Doppelte erhöhe. Die ungarischen Stände waren jedoch nicht geneigt, diese neuen Wünsche zu erfüllen.

Daher wurde der Reichstag von 1812 auf Metternichs Veranlassung aufgelöst und Ungarn in den fol-

genden 13 Jahren in absolutistischer Weise regiert. Selbst das uralte Organ des nationalen Widerstandes, das Komitat, wollte Metternich unter seinen Dienst zwingen. Da in Ungarn die Anzahl der Adeligen sehr hoch war, ein bedeutender Teil des Adels aber auf bäuerlichem Fuße lebte, suchte er mit Hilfe dieses ungebildeten, elendensogenannten Bundschuh- (bocskoros-) Adels im Komitat seinem Willen Geltung zu verschaffen. Bei den alle drei Jahre erneuerten Beamtenwahlen lockten die Leute der Regierung durch reichliche Bewirtung diesen Adel in die Komitatssitzungen und wählten mit ihrer Hilfe die Regierungskandidaten zu den Ämtern. War aber die Regierung mit den auf solche Weise gewählten Beamten zufrieden, wurde ihre Neuwahl beim nächsten Termine einfach gar nicht ausgeschrieben. Durch dieses Mittel hat die Regierung ihre Arbeit wesentlich erleichtert.

Die Gegensätze hatten sich jedoch bei dieser scheinbaren Windstille noch verschärft und mit den äußeren Faktoren der Politik von Franz I. verwickelt. Während zur Zeit Josephs II. die Regierung es war, die mit Reformen hervortrat, welche von der Bevölkerung noch nicht begriffen wurden, wurde seit 1792 die Wiener Regierung zum Hemmschuh der Reformen. Die durch den Reichstag von 1790/91 entsendeten Kommissionen arbeiteten zwar im Verlaufe einer kurzen Zeit von 2—3 Jahren große, auf das gesamte Staatsleben sich erstreckende Reformen aus, die mit besonnener Einsicht eine ruhige Umgestaltung bezweckten und deren Ideen auch durch lateinische oder deutsche Literaturprodukte sich verbreiteten. Dennoch drängten die Reichstage sowie der Palatin vergeblich, daß der

Hof ihre Verhandlungen zulasse und auf die Tagesordnung eines Reichstages setze. In Wien wich man diesen Wünschen stets aus und wollte bloß die Fragen des Militärbestandes und der Steuererhöhung verhandeln lassen. Doch Franzens Absolutismus und Zentralisierungssystem stieß auch an den Nationalismus und an den konstitutionellen Sinn der Ungarn. Die Konsequenz, mit der die ungarischen Behörden in ihrer selbständigen Tätigkeit gehindert wurden, mit welcher bei Beurteilung der ungarischen Wirtschaftsfragen stets vom österreichischen Gesichtspunkte aus entschieden wurde, wodurch die Geltendmachung des nationalen Charakters des ungarischen Heeres aufs schroffste verhindert wurde, hatte die Erbitterung und den oppositionellen Geist von einem Reichstage zum andern noch gesteigert.

Auch die Strömung des Romantizismus erhöhte das nationale Selbstgefühl. Die ungarischen Schriftsteller begannen schon seit Ende des XVIII. Jahrhunderts nationale Gegenstände zu bearbeiten. Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts stellten sich wahre Talente in den Dienst dieser Ideen. Csokonai führte die volkstümliche Sprache in die Literatur ein, während Vörösmarty in klassischen Formen mit dem vollen Enthusiasmus der Romantiker sich der ruhmreichen nationalen Vergangenheit zuwandte. Zur Entfaltung der nationalen Kräfte wurden gründliche Änderungen vorgenommen und auf diese Weise trafen die nationalen und Reformbestrebungen zusammen. In den letzten Jahren des XVIII. Jahrhunderts sah noch das Gros der Ungarn seinen nationalen Schutz darin, daß es den Neuerungen Hindernisse in den Weg legte. Damals war die Kultur

des XVIII. Jahrhunderts noch nicht tief genug eingedrungen, um die Reformen verwirklichen zu können. Die der heiligen Allianz folgende Reaktion bot jedoch der ungarischen Nation Gelegenheit, den Vorsprung, den die westlichen Völker in ihrer Denkweise hatten, zum größten Teile einzuholen. Auch war inzwischen die gegen die Germanisierungsbestrebungen Josephs II. mächtig vordringende Strömung derart erstarkt, daß sie allen Faktoren des öffentlichen Lebens ihr Gepräge aufdrückte. Die wirtschaftlichen, militärischen und justiziellen Reformen wurden zu nationalen Notwendigkeiten, konnten jedoch in diesem Zusammenhange in Wien noch weniger auf eine sympathische Aufnahme hoffen.

Eine Zeitlang bewahrte das absolutistische System die Regierung vor allen unangenehmen Konflikten, doch ging innerhalb der 13 Jahre, in denen kein Reichstag gehalten wurde, eine bedeutende Umwälzung im Inneren der Nation vor sich. Metternichs System wurde ebenso wie dasjenige Josephs II. durch die außenpolitischen Ereignisse gestürzt. Nach den europäischen Revolutionen des Jahres 1820 konnte der Friede des Kontinents nicht mehr durch Kongresse aufrecht erhalten werden. Man brauchte besonders zur Erstickung der italienischen Bewegung viel Geld und viel Militär. Fürst Metternich wollte mittels Verordnungen rekrutieren lassen, während er die Einkommen durch indirekte Steuern zu erhöhen trachtete. Die Komitate hingegen verwahrten sich gegen die Durchführung dieser Verordnung und forderten zur Votierung des Militärs und der Steuern im Sinne der Verfassung die Einberufung des Reichstages. In manchen

Komitaten gab es keinen nennenswerten Widerstand, mehrere stellten sich aber der Verordnung offen entgegen. In diese wurden durch die Regierung königliche Kommissare entsendet, die ihr Amt mit Waffengewalt übernahmen. Dies veranlaßte viele stürmische Szenen. An manchen Orten ließ man die königlichen Kommissare nicht zu Wort kommen und das Komitat legte in ihrer Abwesenheit unter Vorsitz des Vizegespans Verwahrung gegen das gewaltsame Vorgehen ein. Die Protokolle dieser Sitzungen ließen die Kommissare dann auf höhere Weisung zerreißen und leiteten das Verfahren gegen das Beamtenkorps ein. Die Führer des Widerstandes wurden durch die Regierung in jeder Weise verfolgt, gegen einige strengte man Prozesse an, doch der königliche Causarum-Direktor übernahm die Anklage nicht, da er keine genügende Ursache fand, um sie wegen Hochverrat vor Gericht zu stellen. In der fortwährend wachsenden Erregung war die Regierung gezwungen, den Reichstag auf das Jahr 1825 einzuberufen. Dies bedeutete das Aufleben der Nationalen- und der Reformbestrebungen.

Der Reichstag von 1825/27 nahm den Faden dort auf, wo ihn der Reichstag von 1807 fallen gelassen hatte. Die Reformen stießen jedoch auf ein wesentliches Hindernis. Die Stände forderten nach alter Sitte die Sanierung ihrer Beschwerden und wünschten, daß die Regierung die Gesetzwidrigkeit der verflossenen 13 Jahre des Absolutismus bekenne. Die Frage wurde also wieder an ihrer staatsrechtlichen Seite erfaßt, von wo aus die Nachgiebigkeit der Regierung am wenigsten zu erwarten war. Doch wurden die Reformen auch dadurch gehemmt, daß man die Elaborate

der Kommissionen der Jahre 1790/91 in vieler Hinsicht für überholt betrachtete. Deshalb wurden neue Kommissionen entsendet, die ihre Entwürfe dem nächsten Reichstage vorlegen sollten. Der Reichstag erhielt seine Bedeutung durch den Auftritt des Grafen Stephan Széchenyi, der der Führer der späteren Reformbewegungen wurde und die Ziele systematisch zusammenfaßte. Er zog die Aufmerksamkeit in einer Kommissionssitzung auf sich, als die Frage der ungarischen Sprache verhandelt wurde und er, aus dem Kreise der Zuhörer hervortretend, sein Jahreseinkommen von 60 000 Gulden zur Gründung einer Gesellschaft anbot, welche die Förderung der ungarischen Sprache zum Zweck hätte. Seinem Beispiele folgten auch andere Magnaten, und aus dem gesammelten Gelde wurde die Ungarische Akademie der Wissenschaften gegründet.

Graf Széchenyi hatte nach Sitte der zeitgenössischen Magnaten in früher Jugend die militärische Laufbahn betreten. In der Völkerschlacht bei Leipzig leistete er einen wichtigen Dienst, indem er, als Husarenrittmeister sich durch die Reihen des Feindes durchschlagend, Bernadotte den Befehl zum Angriff überbrachte. Später reiste er, um die Mängel seiner Erziehung einzuholen, viel im Auslande herum, wo besonders die Verfassung und das Wirtschaftsleben Englands sein Interesse erregten. Mit seinem Freunde, Nikolaus Wesselényi, dem späteren Führer der Siebenbürger Reformbewegung, klagte er in England oft über die Zurückgebliebenheit seines Vaterlandes. Heimgekehrt, kam Széchenyi nach Debreczin. Hier zeigte sich ihm der große Gegensatz zwischen den wirtschaft-

lichen Verhältnissen Englands und Ungarns im grellsten Lichte. Er fand eine enge Beziehung zwischen Englands materiellem und geistigem Blühen. Während sich aber in England infolge des freien Geistes ein enormer materieller und geistiger Aufschwung vollzogen hatte, wurden in Ungarn die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte durch die feudalen Einrichtungen unterbunden. Der Ackerbau wurde durch das gebundene Besitzsystem der Avitizität, das Gewerbe durch die Zünfte, der Handel durch Limitationen und Monopole gelähmt. Auch der Verkehr war vernachlässigt worden: die Wege der Tiefebene waren wegen des bodenlosen Morastes oft wochenlang ungangbar, während auf der Donau noch kaum etwas geschah, um die bestehenden Hindernisse der Schifffahrt zu bewältigen. Doch auch der geistige Verkehr fehlte; die einzelnen Gesellschaftsklassen und Kreise lebten in völliger Abgeschlossenheit und daher konnte sich auch kaum eine öffentliche Meinung bilden.

Széchenyi steckte sich bei seiner Politik ein doppeltes Ziel vor: einerseits suchte er die nationale Eigenart zu entfalten; besonders durch Entwicklung der ungarischen Sprache, doch gleichzeitig auch durch unerbittliche Enthüllung der den nationalen Fortschritt hemmenden nationalen Fehler, andererseits wünschte er durch die Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte den neuen Grund zu einem geistigen und politischen Leben zu legen. Als er die politische Laufbahn betrat, sprach er selbst noch ein gebrochenes Ungarisch, seine bahnbrechenden, literarischen Werke verfaßte er jedoch schon in ungarischer Sprache und er war es auch,

der die Losung abgab: „In ihrer Sprache lebt eine Nation.“ In dieser Hinsicht ging er also den Weg der in ganz Europa schnell emporblühenden nationalen Richtung. Mittels seines Wirtschafts-Programmes wollte er die materielle Rückständigkeit Ungarns beseitigen. Da er die Verschlossenheit des Wiener Hofes gegen alle ungarischen Selbstständigkeitsbestrebungen kannte, und sah, welchen Widerstand die gravaminale Politik der Reichstage in Wien bei jeder Gelegenheit auslöste, suchte er im Interesse der Reformen diese Gegensätze womöglich abzustumpfen. Er hoffte: sollten die staatsrechtlichen Fragen weniger bestritten werden, so würde auch Fürst Metternich geneigt sein, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete Reformen einzuführen, wodurch es gelingen würde, Ungarn aus seiner kolonialen Abhängigkeit zu befreien. Er lenkte also die Aufmerksamkeit der Nation von den äußeren Ursachen des Rückstandes auf die inneren. Er bekämpfte das konservative Festhalten an vermoderten Institutionen, den Mangel an Selbsterkenntnis, die niedrige Bildung des unter kärglichen Verhältnissen lebenden Kleinadels und strebte zur Entfaltung des Nationalgeistes die Vereinigung aller Kräfte an, wobei er besonders die Bedeutsamkeit der Geistesbildung betonte. Seine Tätigkeit war nach den Schriften der romantischen Dichter, die durch die Verherrlichung der Vergangenheit den nationalen Geist anspornten, ein weiterer Schritt des erwachten Nationalismus, da er zum positiven Schaffen, zur Arbeit an der Zukunft aneiferte. In den folgenden Jahrzehnten beseelte sein Losungswort: „Viele denken: Ungarn — sei gewesen; ich will glauben: Ungarn — wird werden“ alle die-

jenigen, die an der mächtigen Umgestaltung mitwirkten.

Im Jahre 1830 trat der Reichstag von neuem zusammen, doch waren die Deputationen mit ihrer Arbeit noch nicht fertig. Auch die Regierung wollte nach der Julirevolution dokumentieren, daß sie mit Ungarn keine Schwierigkeiten habe und ließ darum nach der Krönung des Thronfolgers die Beratungen schleunigst abbrechen. Doch inmitten der Vorbereitungen erschien das erste große Werk Széchenyis, „Der Kredit“, das die Avitizität, in welcher er das größte Hindernis der intensiven Volkswirtschaft erblickte, bekämpfte. Er wünschte im Interesse der Entwicklung gesunder Kreditverhältnisse die Aufhebung der Unveräußerlichkeit der Adelsgüter und enthüllte auch die übrigen Fehler des Gütersystems: den Frondienst und die ungünstige Lage der Hörigen. Auch wies er auf die inneren Übelstände der Produktion und des Handels hin. Seine Erörterungen erregten neben großer Begeisterung in weiten Kreisen auch Anstoß. Er wurde von konservativer Seite wegen seines Werkes angegriffen, wodurch er aber nur noch zu weiterer Tätigkeit angespornt wurde. In seinem 1833 erschienenen Werke: „Stadium“ gab er schon ein abgeschlossenes Programm. Auch in diesem war der Ausgangspunkt seiner Erörterungen die Frage des Kredits, dieses wichtigsten Mittels der wirtschaftlichen Entwicklung. Er forderte die Aufhebung der Avitizität und der Fiskalität und als deren Folge die allgemeine Besitzfähigkeit. Dieser sollte die Gleichheit vor Gericht und die Besteuerung des Adels folgen. Zugunsten der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte wünschte

er eine allgemeine Beisteuer zur Regulierung der Verkehrsangelegenheiten, die er unabhängig von anderen Behörden allein dem Reichstage anvertrauen wollte. Dann forderte er die Aufhebung der Zünfte, Monopole und Limitationen, sowie die alleinige Gültigkeit der ungarischen Sprache, sowohl im wirtschaftlichen Leben, wie auch im amtlichen Verkehr.

Seine agitative Tätigkeit kam zuerst auf gesellschaftlichem Gebiete zur Geltung. Die in raschem Nacheinander entstandenen Gesellschaftskreise beförderten in bedeutendem Maße die Herausbildung einer allgemeinen Meinung, die durch Széchenyi gegründeten wirtschaftlichen Vereine in Besonderheit die zielbewußte wirtschaftliche Arbeit. Bis zu Beginn der dreißiger Jahre hatten die neuen Ideen die breiten Schichten des Publikums vollkommen erobert. Die für die Reformen empfänglichen Elemente, besonders der intelligentere Teil des Kleinadels, begeisterte sich für die Abschaffung der Avitizität, für die Errichtung einer Kreditanstalt, für den Loskauf der Urbarialpflichten, für die gesellschaftliche Gleichberechtigung, die Besserung der Rechtspflege usw. Die Gegenbewegungen büßten hingegen viel von ihren Kräften ein; am stärksten behauptete sich noch diejenige, welche sich gegen die Besteuerung des Adels verwahrte und sich besonders auf den ungebildeten Kleinadel stützte. Doch auch diese geriet mit der allgemeinen Meinung in Gegensatz.

Als der Reichstag im Jahre 1832 die Verhandlung der Deputationselaborate tatsächlich in Angriff nahm, hatten die Reformen auf der unteren Tafel schon eine große Majorität erlangt. Dennoch erwiesen sich Szé-

chenyis Hoffnungen, die Regierung werde die Reformen nicht hindern, als trügerisch. Die Regierung verbündete sich mit den vor den Neuerungen zurückschreckenden Magnaten. Auch ihre höfischen Anhänger drängte sie in diese Richtung und bereitete den Reformen schon auf der oberen Tafel eine Niederlage. Die frühere Verhandlungsordnung des Reichstages sah man zwar schon im Jahre 1807 für veraltet an, dennoch dachte die Regierung auch jetzt nicht an ihre Abänderung, denn nach alter Sitte durfte die obere Tafel — die der Magnaten — die Beschlüsse der Stände zu neuer Erwägung zurücksenden, ja selbst die Hofkanzlei konnte sie, im Falle ihrer Annahme durch die Magnaten, noch abweisen. Diese schwerfällige Einrichtung erleichterte durch ihren vielfachen Notenwechsel die Lage der Regierung und wälzte das Odium der Abweisung zumeist auf die obere Tafel.

Die Verhandlungen des im Jahre 1832 einberufenen Reichstages verzogen sich also bis 1836, konnten jedoch sozusagen erst in den letzten Monaten eine Produktivität aufweisen. Der ablehnende Standpunkt Metternichs verhinderte auch die Ausschaltung der Gravaminalpolitik. Nach dem Tode König Franz' I. wurde die staatsrechtliche Frage von neuem wieder in voller Schärfe aufgeworfen. Sein Sohn Ferdinand benannte sich als I. dieses Namens (1835—1848) obschon in Ungarn vier Ferdinande gekrönt waren. Das war also ein neuer Angriff gegen die Selbständigkeit Ungarns und eine offenbare Verletzung des Patentes von 1804. Der Streit um diese Frage zog sich ein Jahr herum, bis Ferdinand geneigt war, sich als König von Ungarn den V. zu nennen. Auf diese Weise gab es nur höchst

spärliche Erfolge. Die Reformpartei mußte sich mit Kompromissen begnügen, um wenigstens in prinzipieller Hinsicht in die veralteten Institutionen eine Bresche zu schlagen. Die Steuerfreiheit des Adels wurde z. B. durchbrochen, indem ein Beschluß gefaßt wurde, auf der neu zu erbauenden ständigen Donaubrücke zwischen Ofen und Pest (der heutigen Kettenbrücke), auch vom Adel das Brückengeld zu erheben. Auch die Debatten für den Loskauf von urbarialen Dienstleistungen hatten nur teilweisen Erfolg. Viele wegen den Mißerfolgen erbitterte Edelleute führten aber auf ihren eigenen Gütern durch Abschließung besonderer Verträge den Loskauf doch durch. Wie schroff sich die Regierung den ungarischen Wünschen gegenüber verhielt, wird besonders durch jene Vorlagen bewiesen, welche auch die obere Tafel annahm, die der König aber trotzdem ablehnte. So stand z. B. die Offiziersakademie schon fertig, doch wurde ihre Eröffnung nicht gestattet. Der Reichstagsbeschluß, der die Errichtung eines Polytechnikums und einer Realschule plante, wurde mit der Begründung, daß die Verfügung in Schulangelegenheiten ein königliches Hoheitsrecht sei, verhindert. Es wurde bloß in Aussicht gestellt, wenn es der König für notwendig erachten würde, werde er die entsprechenden Institute errichten.

Noch feindseliger verhielt sich die Regierung nach der Auflösung des Reichstages, was auch in der Kanzlerkrise zum Ausdruck gelangte. Zur Verhinderung der Bildung einer nationalen öffentlichen Meinung untersagte die Regierung unter anderem auch den Blättern eingehendere Berichte über die Reichs-

tagsverhandlungen zu veröffentlichen. Diesem Mangel wollte am ungarischen Reichstage Ludwig Kossuth, der damals das erstemal dort unter den Ablegaten der ferngebliebenen Magnaten erschienen war, gemeinsam mit dem Siebenbürger Baron Nikolaus Wesselényi abhelfen. Kossuth ließ seine Berichte mit der Hand schreiben, Wesselényi stellte in seinem eigenen Hause eine Handpresse auf. Der letztere wurde jedoch deswegen noch im Verlaufe der Reichstagssitzung gefangen genommen und wegen Hochverrat verklagt, vor Gericht gestellt. Gegen Kossuth trat die Regierung erst im Jahre 1837 auf, als dieser seine Berichte als Nachrichten von den Komitatskongregationen auch nach Schließung des Reichstages fortsetzte. Wesselényi durfte bloß zur Heilung seines schweren Augenleidens sein Gefängnis verlassen, erblindete aber bald darauf. Kossuth war auch zur Zeit der Einberufung des nächsten Reichstages im Gefängnis. Nebst ihnen wurden die Führer der Reichstagsjugend, die Sekretäre der Deputierten waren, verhaftet. Die Reichstagsjugend störte zwar oft durch laute Zwischenrufe die Verhandlungen, das Verschulden aber, wegen dem sie verfolgt wurde, war die Gründung eines Lesevereins zu ihrer Selbstbildung. Sogar die Redefreiheit geriet in Gefahr, da die Regierung auch gegen den Deputierten, der wegen Wesselényis Verhaftung das Wort ergriffen hatte, den Hochverratsprozeß einleitete.

Alles das steigerte nur die Erregung im Reiche. Als im Jahre 1835 der Reichstag wieder zusammentrat, begannen die Stände einen heftigen Streit wegen der Freilassung der politischen Gefangenen. Die Regierung mußte damals nachgeben, sie gewährte den Verurteilten

Amnestie, und der Hofkanzler mußte seine Stelle niederlegen. Die Einschüchterung der öffentlichen Meinung gelang nicht. Die Hindernisse, welche sich den Gesetzgebern entgegenstellten, bewogen die Gesellschaft, die Initiative zu ergreifen. 1830 begann die ungarische Akademie der Wissenschaften ihre Tätigkeit, 1836 bildete sich unter dem Namen Kisfaludys eine Gesellschaft für schöne Literatur, 1837 legte man den Grund zum Nationaltheater. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete riß die Gesellschaft die Leitung an sich. Széchenyi gründete die Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft und im Jahre 1830 richtete er schon einen regelmäßigen Dampfschiffverkehr zwischen Wien und Pest ein. Um den Wasserweg auch gegen Süden zu ermöglichen, begann er im Jahre 1833 die Sprengung der Felsen am Eisernen Tore. Die Erbauung der Kettenbrücke, sowie die Idee der Theißregulierung gehören ebenfalls zu Széchenyis Verdiensten. Kossuth gründete einen Gewerbeverein, Andreas Fáy im Jahre 1840 die Erste Pester Vaterländische Sparkasse, und 1841 wurde die Pester Ungarische Kommerzialbank gegründet. Die Schriftsteller interessierten sich für die neuen Pläne und warfen in Flugschriften in rascher Folge die der Lösung bedürftigen Fragen auf. Als ob die während der letzten Jahrhunderte schlummernden Kräfte nacheinander erwachten, bemächtigte sich der ganzen Nation ein fieberhafter Schaffensdrang. Alles, was zustande kam, war ein Werk gesellschaftlicher Betätigung; weder das Herrscherhaus noch die Regierung unterstützten die neuen Unternehmungen. Bloß der Palatin Erzherzog Joseph beteiligte sich an der mächtigen Organisationsarbeit, der aber ihretwegen ebenso

bittere Kämpfe zu führen hatte, wie die übrigen Reformatoren und Plänemacher.

Auf dem Reichstage von 1839/40 erstarkte die Opposition unter dem Einflusse der in den letzten Jahren erfolgten Verfolgungen. An der unteren Tafel organisierten sich zwar auch die die Regierung unterstützenden Konservativen und machten sich das gemäßigte Fortschrittsprogramm des Grafen Aurel Desseffy zu eigen. Die überwiegende Mehrheit stellte sich jedoch völlig in den Dienst der liberalen Reformen. Sogar die die Reformen anstrebenden oppositionellen Magnaten der oberen Tafel organisierten sich unter Führung des Grafen Ludwig Batthyány. Die Lage hatte sich jedoch auch trotz Veränderung der Kräfteverhältnisse kaum gebessert. Der Loskauf der urbarialen Dienstleistungen wurde ohne Schwierigkeit durchgesetzt, auch das Wechselgesetz wurde angenommen und die ungarische Sprache als Amtssprache weiter entwickelt. Dennoch vereitelte die Regierung das Inkrafttreten des Strafgesetzbuches, die Besteuerung des Adels und mehrere wirtschaftliche Reformen.

Die in ihrer Entwicklung nach 1792 und 1812 wiederholt gehemmt gewesene Reformbewegung bahnte sich also seit 1825 unaufhaltsam ihren Weg und erzielte im Laufe der dreißiger Jahre eine schöne Entfaltung der nationalen Kräfte, sowohl auf kulturellem, wie auf wirtschaftlichem Gebiete. Während aber diese Erfolge nach harten Kämpfen mit der Regierung errungen wurden, begann sich die Gefahr eines inneren Konfliktes zu zeigen. Der Sieg der nationalen Richtung riß naturgemäß auch die übrigen Völkerschaften Ungarns mit sich. Jetzt machte sich erst zerstörend die Wir-

kung der Türkenherrschaft und der ungarfeindlichen Ansiedelungspolitik des XVII.—XVIII. Jahrhunderts fühlbar.

Gleichzeitig mit der Erhöhung des kulturellen Niveaus war auch die Kultur der Kroaten, Serben, Slowaken und Walachen in Aufschwung begriffen. Den Weg der walachischen Nationalliteratur bahnte noch im Interesse der Reformation Fürst Georg Rákóczi I. an. Die ersten Preßerzeugnisse in walachischer Sprache wurden in ungarischen protestantischen Druckereien hergestellt, um die Walachen für den Potestantismus zu gewinnen. Dieses Bestreben führte damals zu keinem Erfolg. Erst Maria Theresia gewann einige für die Idee der Union und ließ zu Balázsfalva ein griechisch-katholisches Bistum und anschließend daran auch Schulen mit walachischer Sprache, Geistliche- und Lehrerbildungsinstitute errichten. Von hier ging dann die Theorie eines Dakoromanentumes aus. Trotzdem hatte die nationale Bewegung des XIX. Jahrhunderts die Walachen am wenigsten mit sich gerissen, da diese in kultureller Hinsicht noch immer am meisten zurückgeblieben waren und mit der westlichen Kultur kaum irgendeine Fühlung hatten, deshalb auch von der romantischen Strömung nicht tiefer berührt wurden.

Aber das nationale Selbstbewußtsein der Slaven begann zu erwachen. Die Bestrebungen der Südslawen wurden besonders durch das von Napoleon errichtete illyrische Königtum, das die Wiener Regierung auch nach der Wiedererwerbung dieses Gebietes noch eine geraume Zeit aufrecht erhielt, unterstützt. Durch diesen Versuch wurde der Gedanke genährt, daß sich die

Südslaven in einem Staatsgebilde zu vereinen hätten. Der unermüdliche Verfechter dieser Idee war ein Kroat, namens Ludwig Gaj, der ganz im Sinne Széchenyis für die Südslaven eine Literatursprache und ein gemeinsames geistiges Leben zu schaffen bestrebt war. Die durch ihn ins Leben gerufene illyrische Bewegung erreichte jedoch ihren Zweck nicht. Wegen ihres kroatischen Charakters standen ihr die griechisch-orientalischen Serben fremd gegenüber und entfalteten für sich selbst eine nationale Bewegung, die durch ihre Schulen in Ungarn sowie durch den Neusatzer „Srbska Matica“-Verein und durch ihre literarischen Institute gehegt wurden.

Zur selben Zeit begannen auch die Slowaken eine selbständige Bewegung. Dieses Volk war in seiner Entwicklung in bezug auf seine Geschichte und Institutionen mit den Ungarn am meisten verwachsen. Stark mit ungarischem Blute vermischt, wurden viele von ihnen in den ungarischen Adelsstand erhoben. Zu denselben Konfessionen wie ihre ungarischen Landsleute, der römisch-katholischen und evangelischen gehörend, trennte sie auch die Religion nicht von dem Ungarntum. Das war die Ursache, daß sich keine besonderen slowakischen Institutionen entwickelten. Ihren nationalen Bestrebungen gewährte im XIX. Jahrhunderte die evangelische Kirche Raum, die in ihren Preßburger und Leutschauer Lycäen gleich zu Beginn des Jahrhunderts einen slowakischen Lehrstuhl und slowakische Selbstbildungsvereine errichtet hatte.

Die Wiener Regierung, die mit Ende des XVIII. Jahrhunderts bereits darauf baute, die ungarischen nationalen Bestrebungen besiegt zu haben und das Land

nunmehr ohne größeren Widerstand in das zentralisierte Reich verschmelzen zu können, erblickte in dem entwickelten Nationalismus der dreißiger Jahre eine große Gefahr für ihre Pläne. Um diese zu verhindern, suchte sie ebenso wie 1790 das Bündnis mit den Nationalitäten. Anfangs gelangen diese Bestrebungen nur dort, wo die politischen Traditionen die stärksten waren, bei den Kroaten und den Siebenbürger Sachsen. Diese veranlaßten die Regierung im Kampfe um die ungarische Amtssprache gegen diesen Wunsch der Nation Einsprache zu erheben. Der Erfolg, der sich auf diesem Gebiete zeigte, bewog die Wiener Kreise zu weiterem Ausbau des Bündnisses, wobei nebst dem Fürsten Metternich besonders Graf Kollowrat in tschecho-slavischem Geiste gegen die ungarischen Aspirationen kämpfte. So richtete bereits in den dreißiger Jahren unter den Slowaken die Tätigkeit Johann Kollárs, eines evangelischen Predigers, in Kroatien diejenige Gajs eine aggressive Spitze gegen das Ungartum. Seit 1835 konnte Kollowrat die Nationalitäten um so mehr gegen die Ungarn ausspielen, als statt des schwachsinnigen Ferdinand V. in Wirklichkeit die Staatskonferenz die Geschäfte leitete, in der Kollowrat dem Fürst Metternich gegenüber seinen Willen immer mehr zur Geltung bringen und auch die erzherzoglichen Mitglieder der Staatskonferenz für seine Politik gewinnen konnte.

Von dieser Zeit an hetzte die Wiener Regierung im geheimen die Nationalitäten gegen die ungarischen nationalen und konstitutionellen Bewegungen, die Kluft zwischen ihnen immer tiefer erweiternd, damit bei einer Krise die ungarischen Bestrebungen an diesem

Punkte Schiffbruch erleiden sollten. Nebst der illyrischen Bewegung wurde vor allem die unter den Slowaken Oberungarns angezettelte panslawistische Agitation benützt, die auch von Böhmen und Rußland aus geschürt wurde. Der Auftritt der evangelischen Kirche gegen die aus ihrem Schoße ausgehende Wühlerei und die Bestrebung der ungarischen Regierung zum Ausgleich der Gegensätze blieben erfolglos infolge jener Ermunterungen, durch die die Agitatoren von Wien aus zu immer gewagterem Vorgehen angeeifert wurden. Die öffentliche Meinung Ungarns wurde dadurch naturgemäß in Erregung versetzt und ungeduldig gemacht. Széchenyi erkannte zwar rasch die in der Entwicklung des neuen Gegensatzes verborgene Gefahr und ermahnte bereits Ende des Jahres 1842 in einer seiner Reden zur Mäßigung, büßte aber dadurch viel von seiner Volkstümlichkeit ein und entfremdete sich selbst seinen intimen Freund, Baron Nikolaus Wesselényi.

Übrigens ging anfangs der vierziger Jahre in der Denkungsart der Nation eine wesentliche Veränderung vor sich, die eine radikalere Richtung einschlug. Széchenyi hielt an seinem ursprünglichen Grundgedanken fest, daß man im Interesse der Reformen mit der Regierung jeden Konflikt vermeiden müsse. In seinen Reformen nahm er unter der Last einer tiefen Verantwortlichkeit einen konservativen Standpunkt ein. Er rückte die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund, damit sich seine Nation bereichern sollte. Von dieser Wendung erwartete er auch die kulturelle Entwicklung. Eingehendere soziale Reformen beabsichtigte er erst dann, wenn das Volk schon eine gewisse

Wohlhabenheit und eine höhere Bildungsstufe erreicht haben würde und die Umgestaltung ohne Gefahr stattfinden konnte. Daher trat er auch nicht für die Freiheit der Hörigen ein, sondern dafür, daß der Adel die Lasten von den Schultern der Hörigen auf sich nehme. Es war aber schwer, diese Politik der Mäßigung durchzuführen. Einerseits wegen des von oben aus empfundenen Mißtrauens, andererseits wegen der von unten immer schärfer hervortretenden Ungeduld. Die Regierung bereitete durch ihre Schroffheit und die hartnäckige Aufrechterhaltung der schon früher als unhaltbar erkannten Verhältnisse in Ungarn den Boden einer Revolution vor. Nach der Ende der dreißiger Jahre begonnenen Verfolgung erregte Széchenyi's Freundschaft mit der Regierung schärferen Anstoß. Dadurch, daß er die heftigen Streitigkeiten der Opposition verurteilte und sich selbst den liberalen Magnaten nicht angeschlossen hatte, sondern außerhalb der Parteien blieb, ließ er die Leitung beinahe freiwillig aus seinen Händen gleiten.

Seit 1841 wurde er durch Ludwig Kossuth von der Führerrolle verdrängt, den nach seiner Verhaftung die Märtyrerkrone schmückte. Nach seiner Freilassung gewährte ihm die Regierung 1841 die Gründung eines Tagblattes (*Pesti Hirlap*) um seine publizistische Tätigkeit leichter überwachen zu können. Doch jener unduldsame Ton, in welchem Kossuth in Leitartikeln des Blattes die Reformen forderte, rief die Kritik Széchenyis heraus. Dieser kannte die fieberhafte Stimmung des Volkes und befürchtete, daß Kossuth eine Revolution heraufbeschwöre. Er bekämpfte deshalb Kossuths Kampfmethod in einem Buche (*Kelet Népe*).

Die daraus hervorgegangene Polemik erwarb die Sympathien jedoch nicht für ihn, sondern für Kossuth. Nach der Erfolglosigkeit des Reichstages hatte Széchenyis vorsichtige Taktik ihre Popularität schon verloren, sein Programm genügte nicht mehr den Wünschen der Nation. Kossuths Propaganda, die die sozialen Reformen in den Vordergrund schob, wollte vor allem dem rechtlosen Volke die Rechte gewähren, sie übte also einen viel größeren Einfluß auf die Gemüter und der glänzende Stil, mit dem er für dessen Interessen kämpfte, riß die Nation mit sich. Dieser Gegensatz der Führer kräftigte jedoch nur den Standpunkt der Wiener Regierung zur selben Zeit, als sie durch die Schürung der Nationalitätenfrage ohnedies zu großen Vorteilen gelangt war. Die Spaltung der Liberalen wurde durch die Konservativen zu ihrer eigenen Stärkung ausgenützt. Auf dem Reichstage von 1843/44 stellte diese Partei, auch der Anzahl nach verstärkt, hervorragende Führer (Graf Georg Apponyi, Paul Somssich) der Opposition gegenüber. Dieser hingegen fehlten ihre hervorragendsten Vorkämpfer, die die Regierung bei den Wahlen mit Hilfe des Bundschuh-Adels durchfallen ließ. Es führte nämlich die Regierung den armen Kleinadel mit dem Losungswort „wir zahlen keine Steuer“ in den Kampf. Sogar der gemäßigte Franz Deák fiel durch und damit wurde auch sein Strafgesetzbuchsprojekt und zugleich die Aufstellung von Schwurgerichten und die Regulierung der Gefängnisse vereitelt. Das einzige bedeutendere Ergebnis, das der Reichstag erreichte, war, daß die Besitz- und Amtsfähigkeit der Nichtadeligen zum Gesetze erhoben wurden.

Der Reichstag von 1843/44 stellte übrigens wieder die Zollfrage in den Vordergrund, die seit dem schädlichen Zollsystem Maria Theresias und Josephs II. zu vielen Kontroversen Anlaß gegeben hatte. Seit Ende des XVIII. Jahrhunderts bekämpfte die Gesetzgebung und die Literatur mit gleichem Eifer und mit unermüdlicher Ausdauer die Handelspolitik, die Ungarn den Interessen Österreichs preisgab. Anfangs des XIX. Jahrhunderts machten die Agrarier, die auf konservativer Grundlage die Reformen projektierten, die Aufhebung der Zwischenzolllinie noch zu ihrem Hauptziele. Seit jener Zeit haben sich die Meinungen hierüber geändert. Die ungarischen Politiker begeisterten sich für Friedrich List. Sie wollten eine Industrie schaffen, was bis dahin die Wiener Regierung konsequent verhindert hatte. Österreichs Bestreben, sich in den Deutschen Zollverein aufnehmen zu lassen, erweckte allgemeine Erregung, da man nur von einem selbständigen Zollgebiet und von den Schutzzöllen den erwünschten Aufschwung der Industrie erwartete. Man forderte daher wieder, daß der Reichstag über die Zölle entscheide, aber die Regierung vereitelte jedwede Änderung der bestehenden Verhältnisse. Auf diese Weise konnte der Schutz der Industrie nur von der Gesellschaft bewerkstelligt werden. Im Jahre 1844 wurde also eine besondere Gesellschaft für Fabrikgründungen, sowie eine zum Schutze der Nationalindustrie gegründet. Diesen Schutzverein (Védegyelet) organisierte Kossuth. Seine Mitglieder leisteten das Gelöbniß, bis 1850 von Gewerbeartikeln, die auch in Ungarn erzeugt werden, nur heimische Fabrikate zu kaufen. Um diese Frage entstand eine neue Agitation.

Vergebens verfolgte die Regierung den Schutzverein, umsonst befahl sie den Beamten, ihre Namen aus der Mitgliederliste streichen zu lassen, die Bewegung nahm immer mehr zu.

Die Erregung wurde auch durch Verwaltungsmaßnahmen gesteigert. Noch 1844 versprach Fürst Metternich in einem an den Palatin gerichteten Briefe, daß die Regierung sich selbst an die Spitze der Reformen stellen wolle. Sie eignete sich das Programm der Konservativen an und suchte durch Umgestaltung der Komitatsverwaltung deren Widerstand zu brechen, um ihr Programm zum Siege zu führen. Die an Stelle der Obergespänne eingesetzten Administratoren nahmen 1845 den Kampf gegen die Opposition der Liberalen auf. Dieser neue Angriff gegen die Autonomie der Komitate war jedoch nur Öl ins Feuer.

Während dieser Aufregungen erfolgten 1847 die Vorbereitungen für den neuen Reichstag. Die gehäufte Erbitterung brachte noch vor den Wahlen unter den verschiedenen Fraktionen der Opposition ein Bündnis zustande, um mit einheitlichem Programm die Reformen endlich allem Widerstande zum Trotz durchzubringen. In der Opposition bildete sich nämlich in neuerer Zeit eine doktrinäre, die Notwendigkeit innerer Zentralisation verkündende Gruppe, die mit den Kossuthianern besonders in der Verwaltungsfrage — da diese die Komitatsautonomie beschützten — in Gegensatz geriet. Franz Deák gelang es jedoch, die die Parteien scheidende Kluft zu überbrücken. Das gemeinsame Programm wurde unter dem Namen einer „Unabhängigkeits-Erklärung“ publiziert, deren Angelunkte die Aufstellung einer verantwortlichen unab-

hängigen Regierung, das Volksvertretungssystem, Siebenbürgens vollständige Union mit dem Mutterlande, allgemeine Steuerpflicht, Rechtsgleichheit und Preßfreiheit bildeten.

Anfangs betrieb der Reichstag von 1847/48 ebenfalls eine Gravaminalpolitik. Da aber die obere Tafel die Beschwerden dem König nicht unterbreiten wollte, beantragte Kossuth, — der bei dieser Gelegenheit in Vertretung des Pester Komitats auf dem Reichstage erschienen war und deshalb nicht nur Votierungsrecht besaß, sondern auch das Wort führen konnte — daß von dem althergebrachten Usus abweichend kein weiterer Notenwechsel mit der oberen Tafel erfolge, sondern die Wünsche der Stände je in einem besonderen Gesetzentwurf der oberen Tafel und dem Könige unterbreitet werden sollten. Der Kanzler Graf Georg Apponyi dachte schon an die Auflösung des Reichstages, wurde aber durch den Ausbruch der Pariser Februar-Revolution an der Ausführung dieses Planes gehindert. Unter dem Einflusse der aus Frankreich erhaltenen Nachrichten forderte Kossuth am 3. März in einer großen Rede die Ernennung einer selbständigen, unabhängigen Regierung und — um in Ungarn die Umgestaltung leichter durchzuführen — auch für Österreich die Verleihung einer Verfassung. An der unteren Tafel wurde sein Antrag, der die Selbständigkeit und das Volksvertretungs-System bedeutete, angenommen, nur die obere Tafel konnte sich nicht entschließen. Inzwischen war aber am 13. März die Revolution auch in Wien ausgebrochen. Fürst Metternich mußte fliehen und die Magnaten erhielten keine Weisungen mehr aus Wien.

Damit schienen die Hindernisse vorläufig beseitigt zu sein. Die Magnaten nahmen die Adresse an, die dann durch eine große Deputation unter Führung des Palatins Erzherzog Stephan, des Sohnes des Palatins Joseph, zum Könige nach Wien gebracht wurde. Zur selben Zeit setzte auch in Pest die revolutionäre Bewegung ein und die Universitätsjugend ertrotzte am 15. März 1848 unter Führung von Petöfi und Jókai die Preßfreiheit. In Wien wurde man aber durch die ungarischen Forderungen stutzig. Obwohl das Wiener Volk die ungarische Deputation mit großem Jubel empfangen hatte, zögerte der Hof und betraute erst am 17. März den Palatin mit der Ernennung des Ministeriums. Graf Ludwig Batthyány wurde mit der Kabinettsbildung betraut. Der Ernennung stellten sich jedoch noch manche Hindernisse entgegen. In Wien wollte man nichts davon wissen, daß Ungarn in Kriegs- und Finanzangelegenheiten selbständig verfüge und deshalb wurde erst nach langer Verzögerung am 7. April die Ernennung des Ministeriums verkündet. Es bestand aus den hervorragendsten Führern der Opposition, darunter Széchenyi, Kossuth und Deák. Inzwischen verhandelte der Reichstag mit fieberhaftem Eifer die dem Könige zu unterbreitenden Gesetze. Es wurden zumeist die Institutionen der französischen Charte von 1830 zum Vorbild genommen. Am 11. April konnte der König bereits das Gesetzbuch sanktionieren und schloß den letzten ständischen Reichstag.

Die Bevölkerung Ungarns war vor Freude wie berauscht und glaubte, alles erreicht zu haben, sowohl die Unabhängigkeit als auch die zeitgemäßen liberalen Institutionen. Die Regierung hatte aber von Anfang an

große Schwierigkeiten zu überwinden. Die Frage des gemeinsamen Finanz- und Kriegswesens war nicht gelöst und dies lastete einer Erbsünde gleich auf der neuen Verfassung. Von Wien aus richtete man beständig Angriffe gegen das selbständige Verwalten der Finanz- und Militärangelegenheiten; im Reiche aber mußte man die Ruhestörungen der radikalen Elemente bekämpfen: die Tumulte, Judenverfolgungen und die zügellosen Bestrebungen der Pester Radikalen. Auch hafteten der Regierung innere Schwächen an: in ihrer Mitte waren die verschiedensten Auffassungen vertreten, zwischen denen man die innere Harmonie vergebens anstrebte. Das größte Übel drohte jedoch von seiten der Nationalitäten. Die Walachen empfangen zwar anfangs die neue Verfassung mit großem Jubel, da diese ihre innigsten Wünsche erfüllte, doch schon einige Tage später nahmen die Nationalitäten wieder ihren aggressiven Standpunkt ein. Da die Hofkreise die Verfassung von 1848 mit ihrer Hilfe zu stürzen hofften, ermunterten sie sie zur Forderung der Gleichberechtigung. Im Monate Mai spreizten sich also Slowaken, Serben und Walachen — die sich bei dieser Gelegenheit zuerst Rumänen nannten — nacheinander gegen die neue Verfassung, den Standpunkt der territorialen Autonomie verfechtend und jedes für sich eine besondere Gesetzgebung fordernd.

Noch bevor die Ernennung der Regierung erfolgt war, ernannte die Wiener Regierung den Oberst Joseph Jellachich ohne ministerielle Kontrasignierung, also mit Schädigung des Verantwortlichkeitsprinzips, zum Banus von Kroatien. Seine Ernennung war die Scylla, woran die ungarische Regierung Schiffbruch leiden

sollte. Der neue Banus widersetzte sich tatsächlich den Befehlen des Palatins sowie der Minister und proklamierte schon am 25. April Kroatiens Lostrennung von der Stephanskronen. Das Kabinett Batthyány sendete zwar einen königlichen Kommissär nach Kroatien, doch war dieser dort machtlos. Die geheime Verbindung zwischen dem Banus und dem Wiener Hofe wurde immer mehr offenbar und die Kühnheit, mit der Jellachich auftrat, flößte auch den übrigen Nationalitäten Mut ein. Nacheinander wendeten sie sich an den Hof mit ihren Beschwerden gegen die Ungarn und die neue Verfassung. Die nationale Bewegung wurde infolgedessen gezwungen, nach zwei Seiten hin zu kämpfen. Am 11. Juli lehnten sich die Serben im Süden offen auf, stürzten sich auf die Häuser und Dörfer der Ungarn, mordeten und brandschatzten. In dieser Lage konnte die ungarische Regierung nicht einmal auf das Heer rechnen. Von Wien aus wurden die Offiziere im geheimen ermuntert, den Eid auf die ungarische Verfassung nicht zu leisten und der Regierung den Gehorsam zu verweigern.

Unter solchen Umständen mußte die soeben einberufene Volksvertretung für die Verteidigung des Reiches sorgen. Kossuth bat um Bewilligung von Kredit und einer Reichswehr (Honvéds). Der Reichstag stimmte seinen Anträgen mit großer Begeisterung zu, aber die Sanktionierung des Beschlusses vermochte die Regierung in Wien nicht durchzusetzen. Dagegen gingen die österreichischen Offiziere so flau gegen die gleichfalls durch österreichische Offiziere befehligten Serben vor, daß sie deren Aufstand nicht unterdrücken konnten. Diese große Spannung benützte der Hof dazu,

die Errungenschaften von 1848 zu vereiteln. Er säumte nicht nur mit der Sanktionierung des erbetenen Kredits und Militärs, sondern wünschte selbst dann, als sich alles um die Angelegenheit der nationalen Selbstverteidigung drehte, daß die ungarische Regierung einen Teil des in Ungarn stationierenden Militärs an die italienische Front abschicke. Als die Regierung diesem Wunsche mit Hinweis auf die bedrohte innere Lage auswich, rückte man in Wien Ende August mit neuen Wünschen hervor. Es sollte das Ministerium seine Bevollmächtigten zur Vereinbarung mit Jellachich nach Wien entsenden und dann die 1848er Verfassung den Interessen der Gesamtmonarchie entsprechend umgestalten. Zwei Monate lang zog und steigerte sich diese Spannung. Im September erfolgten dann in rascher Folge die tragischen Wendungen. Am 5. September befiel Széchenyi infolge der vielen Aufregungen eine schwere Gemütskrankheit, am 8. dankte Fürst Esterházy, der konservativ gesinnte Minister des Äußeren ab, am 11. folgte ihm die ganze Regierung. Batthyány wurde zwar Tags darauf mit der Bildung eines neuen Kabinettes betraut, doch unterblieb die Ernennung dieses Ministeriums. Ebenfalls am 11. September setzte Jellachich auf einen Befehl von Wien über die Drau und fiel in Ungarn ein. Unter den von allen Seiten sich auftürmenden Gefahren riß der radikale Flügel der Opposition die Führung an sich, dem sich auch Kosuth anschloß. Dieser suchte die Städte der Tiefebene auf, forderte das Volk auf, die Waffen zu ergreifen und schickte es gegen Jellachich, der in der Nähe von Stuhlweißenburg, bei Pákozd am 29. September eine

Niederlage erlitt und sich in der Richtung gegen Wien zurückzog.

Die letzten Septembertage vergingen in höchster Spannung. Von Wien wurde statt des Palatins Graf Lamberg mit der Vollmacht eines königlichen Kommissars nach Pest geschickt, um mit Hilfe der Konservativen die früheren Zustände herzustellen und den Reichstag zu vertagen. Jellachich war damals noch im Vormarsch nach Ofen begriffen. Lamberg wurde also von der aufgeregten Menge bei seinem Einzuge ermordet, worauf man in Wien den Reichstag für aufgelöst erklärte. Damit ist es zum Bruch gekommen. Die Befürchtungen, die seit Ende August beständig drohten, die Széchenyi zur Verzweiflung trieben, wurden zur Wirklichkeit: die Nation wurde in die Revolution gedrängt. Da der Hof, statt ein neues Ministerium zu ernennen, die alten Regierungsbehörden herstellen wollte, beschloß der Reichstag am 8. Oktober beisammenzubleiben und zur Verhinderung der äußeren Gefahr die Gewalt einem Ausschusse unter Kossuths Präsidium zu übertragen. Die gemäßigten Elemente zogen sich zurück und der „Reichswehr-Ausschuß“ (Honvédelmi bizottmány) machte sich mit großer Energie an die Organisierung der Verteidigung. Die Leute boten ihr Vermögen mit größter Opferbereitschaft zu Kriegszwecken an, die ungarischen Soldaten eilten aus der Fremde nach Hause; selbst Kinder stellten sich unter die Rekruten. Privatmänner errichteten Waffenfabriken und ein Székler, namens Aaron Gábor, goß Kanonen aus Glocken.

Dennoch dauerte es einige Wochen, bis es zu ersten Kriegooperationen kam, denn als am 6. Oktober die

Truppen von Wien nach Ungarn abgehen sollten, brach auch dort die Revolution wieder aus, und der Hof mußte nach Olmütz flüchten. Die dringendste Aufgabe des Fürsten Windischgrätz war daher vor allem die Wiener Revolution niederzuschlagen. Bei dieser Gelegenheit eilten ungarische Truppen den bedrohten Wienern zu Hilfe, kämpften aber bei Schwechat unglücklich.

Infolge der Eroberung Wiens trat eine große Veränderung ein. Fürst Felix Schwarzenberg übernahm die Regierung und die Führung der Angelegenheiten. Am 8. Dezember wurde dann der Monarch gezwungen zugunsten seines Neffen Franz Josef (1848—1916) abzutreten, der durch Ferdinands Eide und Versprechungen nicht gebunden war. Nach dem Thronwechsel setzten sich Windischgrätz' Truppen Mitte Dezember gegen Ungarn in Bewegung. Bis dahin hatten die Ungarn nur gegen die aufständischen Nationalitäten zu kämpfen gehabt, von denen besonders die Rumänen und Serben ihrer brutalen Greuelthaten wegen berüchtigt waren. Bald stellten sich jedoch kaiserliche Generale an die Spitze der Nationalitäten, die sich zum konzentrischen Angriff vorbereiteten. Anfangs war die ungarische Reichswehr (Honvéds) und die Nationalgarde nicht kriegsfertig und diszipliniert, um dem regulären österreichischen Militär gegenüber Widerstand leisten zu können. Görgei wick also den Österreichern aus und machte eine große Diversion nach Oberungarn. Auch die Hauptstadt geriet in die Hände der Österreicher, während der Reichstag nach Debreczin flüchtete. Im Winterfeldzug wurden die ungarischen Waffen bloß in Siebenbürgen und im Kampf gegen

die Serben von Glück begünstigt, wo der Pole Bem die Rumänen, und Damjanich die Serben bezwang. Im Februar hatte sich jedoch Görgei in der oberen Theißgegend mit Klapka vereinigt, wodurch sich das Kriegsglück wendete. Am 26/27. Februar erlitt zwar Dembinszky bei Kápolna abermals eine Niederlage, doch am 5. März focht der vom Süden herangezogene Damjanich bei Szolnok bereits einen Sieg aus. Die vereinten ungarischen Truppen schlugen hiernach in rascher Folge die sich zurückziehenden Truppen des Fürsten Windischgrätz. Am 26. April war auch die Festung von Komorn (Komárom) befreit worden und die österreichischen Truppen mußten aus dem Reiche weichen. Doch verhinderte die drei Wochen sich hinziehende Belagerung Ofens die weitere Verfolgung des Feindes.

Während des siegreichen Frühlingfeldzuges ließ sich aber der Reichstag zu einem gefährlichen Schritte hinreißen. Veranlassung dazu gab die am 4. März verkündete neue Verfassung. Unter dem Einflusse der eingetroffenen Siegesnachrichten von Windischgrätz wurde in Wien eine neue Verfassung verkündet, welche Ungarn als erobertes Land zerstückelte und Österreich einverleibte. Kossuth und sein Anhang antworteten hierauf damit, daß sie am 11. April in Debreczin durch den Reichstag die Dethronisation des Hauses Habsburg und Ungarns Unabhängigkeit erklären ließen. Dadurch war aber der Weg friedlichen Ausgleiches abgeschnitten, gerade zu einem Zeitpunkte, als die österreichischen Truppen in Italien frei wurden und die Russen ihre Hilfe anboten. Nach der Dethronisation wurde Kossuth zum Reichsverweser erwählt und die Leitung der Geschäfte übernahm eine repu-

blikanisch gesinnte Regierung. Dies letztere war um so schlimmer, weil das Heer der sich entfaltenden republikanischen Richtung feindselig gegenüber stand und weil der persönliche Gegensatz zwischen Kossuth und Görgei sich immer mehr verschärfte. Im Juni marschierten die Russen ein und der Übermacht gegenüber war jeder Widerstand vergeblich. Die einzige Hoffnung, die Vereinigung Görgeis mit der Südarkmee, mißlang und damit war der Krieg verloren. Kossuth übertrug also die Vollmacht dem General Görgei, der, um sein Heer vor der Vernichtung zu retten, am 13. August bei Világos vor den Russen die Waffen streckte.

Die nationale Bewegung war mit Hilfe der russischen Armee bezwungen. Die Reaktion trachtete sogar, den Begriff des historischen Ungarns zu verwischen. Nach Világos wurde die am 4. März verkündete Verfassung eingeführt, Siebenbürgen, sowie Kroatien, Slavonien und ein Teil des Zalaer Komitates südlich der Mur wurden vom Reiche abgetrennt. Auch ein Teil Südungarns wurde abgerissen, um auf Verlangen der Serben eine separate serbische Wojwodina organisieren zu können. Der Rest wurde in fünf Distrikte eingeteilt. Doch vermied man bei dieser Einteilung, den Nationalitäten — die Kroaten und Serben ausgenommen — eine territoriale Autonomie einzuräumen, was bei den Rumänen und Slowaken, die in dieser Richtung aufgestachelt wurden, großen Widerwillen erweckte. Es war aber das Ziel der Distriktualeinteilung, daß ein eventuell entflammender ungarischer Nationalismus in jedem Distrikte mit der Hilfe irgendeiner Nationalität niedergehalten werden könne.

Es begann nun eine neue traurige Zeit in der Verfolgung der Ungarn. Sie wurde durch Haynaus militärische Diktatur eingeleitet, welche die Bevölkerung durch grausame Hinrichtungen und Einkerkungen von jedweder Äußerung ihres Nationalgefühls abzuschrecken suchte. Die ungarischen Soldaten wurden nach Arad gebracht, wo sie entweder eingekerkert oder in das Heer nach Italien eingereiht wurden. Dreizehn der hervorragendsten Stabsoffiziere, die ursprünglich im kaiserlichen Heere gedient hatten, doch treu zu ihrem der ungarischen Verfassung geleisteten Eide den Freiheitskampf in der ungarischen Armee durchfochten, wurden hingerichtet. Die Russen konnten bloß für Görgei Gnade erwirken; selbst der Ministerpräsident Graf Batthyány wurde hingerichtet. Hunderte von Hinrichtungen, Festungshaft, sowie das Durchpeitschen sogar vornehmer Frauen waren die Schreckensmittel dieses Regierungssystems.

Nach dieser einige Monate dauernden grausamen Rache erfolgte die endgültige Einrichtung der Verwaltung, an deren Spitze ein Militärgouverneur gestellt wurde. Die Selbstverwaltung des Komitats wurde aufgehoben, die Komitatvorstände übten eine unbeschränkte Gewalt aus. Zur Amtssprache wurde die deutsche bestimmt; das Tragen von Nationalfarben und Nationaltrachten wurde verboten. Im Nationaltheater wurde deutsch gespielt und die Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften wurde eingestellt. Die Zensur überwachte streng die Zeitungen, gegen welche Prozesse angestrengt wurden, um sie einstellen zu können. Die Geheimpolizei überwachte alles und schlich sich überall ein; auf ihre Anzeige hin wurde jeder

in Haft genommen. Die Unterdrückung währte in dieser Form volle zehn Jahre. Der eigentliche Exponent des Systems war der österreichische Minister des Innern, Alexander Bach, nach dem die zumeist tschechischen Beamten Bach-Husaren genannt wurden.

In Wien gab man sich der Hoffnung hin, es werde gelingen, für die neue Staatsordnung durch Gewinnung der Sympathien der niederen Volksklassen eine feste Grundlage zu schaffen. Daher hielt Bach an den Ideen der Befreiung der Hörigen und der allgemeinen Steuerpflicht fest. Auch in materieller Hinsicht verhinderte er nicht die Entfaltung der Kräfte. 1857 ließ er sogar ein Buch verfassen, um zu beweisen, wie segensreich seine Regierung für Ungarn war, doch Széchenyi widerlegte es in einem anonym erschienenen Buch „Blick auf den anonymen Rückblick“ mit ätzendem Hohn. Die Zwischenzolllinie, deren Entfernung die Agrarier anfangs des XIX. Jahrhunderts vergebens angestrebt hatten, stürzte jetzt nieder, da ihr Bestehen im Gegensatz zur industriefördernden Politik der letzten Jahre, besonders der Bewegung des Schutzvereines stand und weil man dadurch auch den Verlust der Selbständigkeit Ungarns dokumentieren wollte. Die industrielle Entwicklung ging aber nur sehr gezwungen vor sich. Bei der Bodenentlastung wurde hingegen der Kleinadel planmäßig zugrunde gerichtet, da dieser bis dahin Vorkämpfer der nationalen und konstitutionellen Bestrebungen und der Reformen war. Das Bachsystem trug auf diese Weise alle Merkmale einer Fremdherrschaft an sich und stand in stetem Gegensatz zum Nationalgefühl. Es schien in dieser Zeit des Absolutismus so, als ob die nationalen Pläne des Ungartums

auf ewig vernichtet waren. Doch ließ sich die Nation durch Durchführung einiger moderner Reformen nicht betören. Selbst die Konservativen, von deren Seite man in Wien unbedingte Unterstützung erhofft hatte, widersetzten sich mit Ausnahme einiger Magnaten dem System Bachs, und das Nationalgefühl wurde durch die Unterdrückung nur noch gesteigert. Wenn dies eine Zeitlang auch nicht zum Ausdrucke gebracht werden konnte, versiegte das Vertrauen auf eine bessere Zukunft nicht.

Die moderne Zeit

Der Freiheitskampf von 1848/49 und der darauf folgende Absolutismus warf die nationale Entwicklung auf zwei volle Jahrzehnte zurück. Dennoch sind der in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts erfolgte Aufschwung und die Grundlagen der Institutionen dieser Zeit der Epoche der großen Reformbewegungen zu verdanken. Der Umgestaltung, die zwischen 1790 und 1848 erfolgte, fehlte jeder revolutionäre Zug. Das Ende des XVIII. Jahrhunderts ausgearbeitete Reformwerk wollten konservativ gesinnte Magnaten durchsetzen. Selbst Széchenyi schrak vor jeder Möglichkeit einer Revolution zurück und auch die 1848er Gesetze gingen nicht über die liberalen Einrichtungen des französischen Bürgertums hinaus. Revolutionäre Bestrebungen zeigten sich erst, als sich nach 1792 die Reaktion Franz' I., und später als dessen Fortsetzung das System des Fürsten Metternich den Neuerungsbestrebungen in den Weg stellten. Doch das Betreten des revolutionären Weges brachte der Nation kein Glück; die Unzufriedenen, nach 1792 Abt Martinovics, im Freiheitskampf die Radikalen, stürzten die Sache, für die sie gekämpft hatten, in eine Katastrophe. Der Prozeß Martinovics hatte keine ernsteren Folgen für die Konstitution, da damals die Reaktion durch die Persönlichkeit und das Wohlwollen des Palatins Erzherzog Joseph aufgewogen wurde. 1848 aber war dieser nicht mehr

am Leben (er starb 1847) und es fehlte ein ähnlicher paralysierender Faktor. Doch wie sehr auch der Absolutismus seiner Kraft vertraute, konnte man die Kämpfe der vorangegangenen Jahrzehnte nicht mehr verwischen und auch das Festhalten an den sanktionierten 1848er Gesetzen nicht mehr ausrotten. Mit Martinovics' Hinrichtung verstummte die Nation eine Zeitlang, in den Verfassungskämpfen des XIX. Jahrhunderts machte sie aber eine schwere Schule durch und, wenn sie vorläufig ihre Meinung auch nicht äußern durfte, hielt sie dennoch an ihrem vorher gefaßten und als richtig befundenen Entschlusse fest.

Die größte Enttäuschung erlitt das absolutistische Regime dadurch, daß die Unterstützung von seiten der konservativen Magnaten ausblieb. Sämtliche politische Erfahrungen des vorangegangenen Jahrhunderts lieferten den Beweis, daß die sozialen Fragen, ja sogar die Regierungsform in Ungarn in den Augen der Wiener Regierungsbehörden von ziemlich untergeordneter Bedeutung waren, daß ihr Hauptbestreben die Unterdrückung der politischen Selbständigkeit Ungarns und seiner nationalen Eigenart war. Dadurch wurde aber selbst der Widerstand der Konservativen heraufbeschworen. Sogar die nach großen Verheißungen im Stich gelassenen Nationalitäten zeigten infolge ihrer bitteren Enttäuschung eine große Neigung, sich von ihrem Verbündeten abzuwenden.

Die Ungarn gruppierten sich dem absoluten Regime gegenüber in drei Parteien. Kossuth nebst einigen hervorragenden Politikern und einige tausend Soldaten flohen auf türkischen Boden. Die Österreicher forderten zwar ihre Auslieferung, doch wurden sie davor durch

die englische Diplomatie bewahrt. Von der Türkei ging Kossuth nach England und Amerika, wo er durch Reden und Vorlesungen agitierte und lebhaftes Sympathie für Ungarn erweckte. In Gemeinschaft mit seinen emigrierten Genossen wollte er die ungarische Frage durch die Intervention der Außenmächte lösen. 1852 organisierte er mit Oberst Mack einen Aufstand unter den Székeln, der jedoch verraten wurde. 1860 wollte er durch Rumänien Waffen einschmuggeln, was aber mißlang. Er hielt an der Dethronisation und an der völligen Selbständigkeit Ungarns, d. h. an der Verfassung von 1849 fest. Mit den anderen Emigranten trachtete er die europäischen Verwicklungen auszunützen und erhoffte viel von diesen, besonders von der Hilfe Napoleons III. und Cavour's. Das Ausland benützte aber die Emigranten bloß zu seinen eigenen Zwecken. Seitdem Österreich und Rußland sich im Krimkrieg voneinander entfremdeten, erblickten die europäischen Mächte in Österreich das paralysierende Element der russischen Bestrebungen und waren kaum geneigt, seine Macht abzuschwächen. Die Emigranten beschäftigten sich also mit abenteuerlichen Plänen, sie trugen zwar im wesentlichen zur Erhaltung der Hoffnung der Bevölkerung bei und erfreuten sich auch großer Volkstümlichkeit, konnten jedoch keine positiven Erfolge aufweisen.

In dieser Hinsicht trugen sich die Konservativen mit größeren Hoffnungen, da sie die Verbindung mit dem Hofe aufrecht erhielten und jede Gelegenheit benützten, um durch Gesuche und Bittschriften nach Änderung der Lage zu drängen. Obgleich sich ihre Tätigkeit ebenfalls als vergeblich erwies, und ihre

Wünsche abgelehnt wurden, hatten sie dennoch das Verdienst, die höfischen Kreise mit dem Gedanken eines Systemwechsels befreundet zu haben. In Ungarn erfreuten sie sich jedoch keiner Popularität, da sie geneigt waren, die 1848er Gesetze fallen zu lassen und zu dem früheren, bis 1847 bestandenen Verwaltungssystem zurückzukehren, worin die öffentliche Meinung eine Preisgabe der Rechte erblickte. Diese hielt an den 1848er Gesetzen fest und suchte dem Absolutismus auch dadurch das Gepräge einer Fremdherrschaft aufzuprägen, daß sie mit dessen Exponenten keine gemeinsame Sache machen wollte. Das österreichische Militär und die tschechischen Beamten standen unter einem gesellschaftlichen Boykott, die Ungarn hielten sich von den Ämtern fern. Mit der Zeit verlor zwar diese Passivität an Kraft, da der Mittelstand eine solche Politik nicht ertragen konnte, dennoch wurde die Haltung der Nation durch diese Passivität gekennzeichnet. Die Seele dieser Politik war Franz Deák, der bestimmt hoffte, daß die Versöhnung mit dem Herrscher ohne Preisgabe der Rechte, doch mit Vermeidung eines Konfliktes gelingen werde und der daher seine Kompatrioten zu geduldiger Ausdauer aneiferte.

Die weiteren Ereignisse haben ihm recht gegeben. Die Verwicklungen des lombardischen Krieges erschütterten Österreich. In Ungarn hatte sich zu dieser Zeit zwar noch nichts geändert, doch die Hoffnungen hatten sich derart gesteigert, daß sich auf allen Gebieten eine eifrige Bewegung bemerkbar machte. Anonyme Flugschriften, besonders in deutscher Sprache, suchten das Ausland aufzuklären, die Tagespresse suchte die Gegensätze zu überbrücken. Die Gesellschaft ergriff jede

Gelegenheit zur Arrangierung von nationalen Festlichkeiten, ja im Jahre 1859, als man die protestantischen Konfessionen ihrer Autonomie berauben wollte, gab die Jugend ihren Gefühlen durch Demonstrationen Ausdruck. Von Wien aus wurde zwar alles unternommen, um diese Bewegung zu ersticken; seiner schriftstellerischen Tätigkeit wegen wurde auch Széchenyi einer Verfolgung ausgesetzt und dadurch zum Selbstmord getrieben, dennoch wurde es ganz unmöglich, das System in seiner Schroffheit aufrecht zu erhalten. Da die ersten schwachen Versuche zur Abänderung der Zustände daran scheiterten, daß selbst die Konservativen ihre Mitwirkung in den neu aufgestellten Körperschaften verweigerten, ließ endlich am 26. Oktober 1860 der Ministerpräsident Rechberg auf Grund ihrer Entwürfe eine neue Verfassung verlauten.

Das Oktober-Diplom bedeutete eine konstitutionelle Lösung und sicherte auch Ungarn Österreich gegenüber eine gewisse Selbständigkeit zu. Die gemeinsamen Angelegenheiten wurden in den Wirkungskreis des in Wien residierenden Reichsrates verwiesen. Seine Mitglieder wurden durch die Landtage entsendet. Auch der ungarische Reichstag wurde in solcher Weise geplant, daß er nur die inneren Angelegenheiten leiten sollte. Die Finanzen, das Kredit-, das Zoll- und Handelswesen, die Banken und das Heerwesen sollten in den Wirkungskreis des Reichsrates gehören. Von 343 Reichstagsdeputierten sollten 85 Ungarn, 28 Siebenbürgen und 9 Kroatien zufallen. Sanguinische Hoffnungen wucherten empor, welche vielerseits auch den 1849er Standpunkt begünstigten, doch im allgemeinen

hielt die Nation an der Verfassung von 1848 fest. Vor Einberufung des Reichstages gaben die Politiker auf ihrer Besprechung beim Primas die Erklärung ab, daß die Wahlen bloß auf Grund des Gesetzes von 1848 vollzogen werden durften. Dies wurde von der Regierung zwar nicht angenommen, bei den Wahlen haben jedoch die Anhänger des 1848er Standpunktes gesiegt, während die Konservativen und 1849er nur wenig Mandate bekamen. Jedoch führte auch dieser Versuch zu keinem Ergebnis. Der Reichstag betrachtete sich ohne den Deputierten Siebenbürgens und Kroatiens und bis zur Wiederherstellung der 1848er Gesetze als rechtswidrig.

Bloß in einem Punkte gab es Meinungsverschiedenheiten. Die Mehrheit mit Graf Ladislaus Teleki an der Spitze wollte nämlich die Rechtswidrigkeit des Reichstages durch einen einfachen Beschluß kundgeben und dem Herrscher zur Kenntnis bringen, wogegen nach der Meinung Franz Deáks man die günstige Gelegenheit nicht fallen lassen durfte, um den Standpunkt der Nation in einer Adresse Franz Joseph zu eröffnen. Seiner Ansicht nach gebe der Reichstag mit dieser Adresse auch keineswegs die nationalen Rechte preis. In der Vorlage zu dieser erklärte er und bezeichnete es als Grundlage der Vereinbarung, daß Ungarn, insofern es möglich sei, geneigt sei, seine eigenen Interessen mit denen des österreichischen Reiches in Einklang zu bringen, wenn die Aufrechterhaltung seiner konstitutionellen Selbständigkeit gesichert würde. Er verwahrte sich aber gegen die Verletzung der territorialen Integrität des Königreichs, gegen die Form des Thronwechsels sowie die gesetzwidrigen politischen Urteile und forderte die

Ergänzung des Reichstages sowie die Herstellung der 1848er Gesetze. Dieser Standpunkt wurde jedoch vom Kaiser nicht angenommen, worauf der Reichstag in einer neueren ausführlichen Adresse die oktroyierte Verfassung ablehnte. Hiernach nahm der Reichstag auf Antrag Deáks eine Verwahrung an — bevor er durch die entsendete militärische Macht hätte aufgelöst werden können, — in der die Deputierten erklärten, daß sie sich der Gewalt tätlich nicht widersetzen könnten, doch die den Gesetzen zuwider handelnde Regierung als verfassungswidrig erklärten.

Nach dem Reichstag von 1861 wurde der Absolutismus wieder hergestellt. Das System kam jetzt unter Schmerlings Führung abermals in seiner völligen Schroffheit zur Geltung. In Österreich stellte man sich im allgemeinen auf die Grundlage der Verwirkungstheorie. Diese wurde durch Wenzeslaus Lustkandl in seinem Werke „Das ungarisch-österreichische Staatsrecht“ entwickelt, worin er erklärte, daß Ungarn 1848 seine staatsrechtliche Selbständigkeit verspielt habe. Dieser Theorie stellte sich Franz Deák in eigener Person entgegen. Es begann abermals eine politisch-literarische Tätigkeit. Neue Blätter und Denkschriften arbeiteten an der Abwendung der Hindernisse der Vereinbarung. Nach und nach sah man auch in Österreich ein, daß ohne Wiederherstellung der ungarischen Verfassung für das Kaiserreich auch keine Verfassung möglich sei. Die Anhänger einer Konstitution in Österreich kamen also den ungarischen Bestrebungen zu Hilfe. In dieser Hinsicht konnte aber die Nation das Meiste der jungen Kaiserin Elisabeth und dem aus der Emigration heimgekehrten Grafen Julius An-

drássy verdanken, der sich das Vertrauen des Herrschers in vollem Maße erwarb. Die entscheidende Wendung brachte am Ostermontag 1865 ein polemischer Artikel Franz Deáks, der in seiner Beweisführung klarlegte, daß Ungarn sich niemals von der Dynastie los-trennen wollte. Der Grund der Aufstände sei darin zu suchen, daß die ungarischen Gesetze oft verletzt wurden. Diese Verletzungen stammten jedoch stets von österreichischen Staatsmännern her, wogegen es immer die Fürsten gewesen waren, die die verletzten Gesetze wieder herstellten, da sie tiefere Einsicht und strengeres Gewissen hatten. Die Aufmerksamkeit des Herrschers wurde vor allem durch die Erörterungen des Artikels über die gemeinsame Wehrpflicht erregt, die aus der Pragmatischen Sanktion für Ungarn und Österreich hervorging. Er entließ Schmerling und kam nach Ungarn, wo sein persönlicher Verkehr mit den führenden Politikern die Gegensätze wesentlich abstumpfte.

Es wurde also noch im Jahre 1865 ein neuer Reichstag einberufen, um den Vergleich zustande zu bringen. Der Herrscher wünschte vor allem, daß die ungarische Verfassung mit den Reichsinteressen in Einklang gebracht werde. Bei dieser Arbeit ruhte die Führung vollständig in den Händen Deáks und Andrássys. Da die Konservativen und die 1849er bei dieser Gelegenheit nur wenige Mandate erhielten und die Konservativen infolge der gegen sie geführten Angriffe alsbald sich ganz zurückzogen, hing die Entscheidung der Frage völlig von der Partei Deáks und der Linken ab. Zu den Vorbereitungsarbeiten wurde ein größerer und ein engerer Ausschuß entsendet. Die Schwierigkeiten waren jedoch noch überhaupt nicht beseitigt worden,

als die Verhandlungen wegen dem Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges abgebrochen werden mußten. Die Niederlage der kaiserlichen Truppen und der Prager Friede machten die Vereinbarung zur unverzüglichen Notwendigkeit. Österreich schied aus dem Deutschen Reich aus, wodurch Ungarns Bedeutung im Reiche der Habsburger wesentlich stieg. Unter solchen Umständen beschleunigte Franz Joseph selbst die Vereinbarung. Bevor der Reichstag wieder zusammengetreten war, ließ er Franz Deák zu sich rufen und fragte ihn, mit welchen Wünschen die Nation nach dem Krieg hervortrete. Deáks Antwort lautete: Sie wünscht nicht das Geringste mehr als vor dem Kriege. Der Reichstag nahm die Vorschläge des Ausschusses bald an, während der König seine Zustimmung zur Herstellung der Rechtskontinuität gab. Er wollte Deák mit der Bildung eines Kabinetts betrauen, dieser lehnte es jedoch ab und schlug statt seiner Andrassy vor. Im Februar 1867 wurde also abermals eine verantwortliche ungarische Regierung gebildet.

Die schwerste Frage des Ausgleichs war aber noch zu lösen, die nämlich, wie die gemeinsamen Angelegenheiten zu regulieren wären. Sie wurde endlich durch Andrassy gelöst, der den Gedanken aufwarf, daß beide Reichstage je einen Ausschuß entsenden mögen, dem die Minister des Äusseren, sowie des gemeinsamen Kriegs- und Finanzwesens verantwortlich sein sollten. Dies war kein zentrales Parlament. Die beiden Delegationen wirkten völlig unabhängig und hielten auch keine gemeinschaftlichen Beratungen. Die Stipulationen wurden als 12. Gesetzartikel 1867 inartikulierte. Der Ausgleich war also abgeschlossen und wurde durch die Krönung

des Königs und der Königin (8. Juni 1867), die unter glänzenden Festlichkeiten erfolgte, besiegelt.

Da der König schon anlässlich des Reichstages von 1861 den Wunsch geäußert hatte, daß die Rechte der Nationalitäten in einem Gesetze festgestellt werden sollten, setzte der Reichstag sein Werk in dieser Richtung fort. Da mußte aber Kroatien anders beurteilt werden als die Nationalitätenfrage des eigentlichen Ungarnlandes. Kroatien hatte nämlich schon in den früheren Jahrhunderten eine gewisse Autonomie und die dort seit der Türkenzeit beständig abgehaltenen partikulären Ständetagen wurden sozusagen zu einem Landtage. Es bekam also in inneren Angelegenheiten eine völlige Autonomie mit einer eigenen Regierung unter der Leitung des Banus und eigenen Landtages, der zum ungarischen Reichstage Deputierte absendete. Diese staatliche Einheit gelang es zu bewahren, obgleich drei früher unmittelbar zu Ungarn gehörenden Komitate zwischen der Drau und der Save (Pozsega, Verovititz und Syrmien), die größtenteils durch Serben bewohnt waren, Kroatien angeschlossen wurden.

Bezüglich des Mutterlandes hielt das Ungarntum an dem Standpunkt fest, den es auch 1848 einnahm: es war geneigt, den Nationalitäten alle jene Rechte zu geben, die zum Gebrauche ihrer Sprache und zur Entfaltung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte notwendig waren, doch ohne jede Störung der staatlichen Einheit, es wurden also ihre Autonomiebestrebungen abgewiesen. Das Nationalitätengesetz vom Jahre 1868 wurde auf dieser Grundlage abgefaßt. Sämtliche Staatsbürger Ungarns wurden für gleichberechtigte Mitglieder der einheitlichen und unzertrennbaren ungari-

schen Nation erklärt; in politischer Hinsicht wurden aber keine besonderen Nationen anerkannt. Die Amtssprache blieb die ungarische, doch bei den Organen der Verwaltung, wo es $\frac{1}{5}$ der Körperschaft wünschte, wurde auch der parallele Gebrauch der Nationalitätensprachen erlaubt. Bei dem Gerichte durfte jeder Staatsbürger sich seiner eigenen Sprache bedienen, auch wurde sowohl den Konfessionen wie Privatpersonen die Errichtung von Schulen mit Unterrichtssprache einer Nationalität gestattet, die aber, wie sämtliche öffentlichen Schulen des Reiches, der Aufsicht des Staates unterlagen.

Die große Mehrheit wurde durch diese Regelung völlig zufriedengestellt; wirkte doch die Märzverfassung ernüchternd und stellten sich 1861 die Kroaten, als die Ungarn die Mitwirkung an dem Reichsrat verweigerten, ebenfalls auf denselben Standpunkt. In demselben Jahre 1861 propagierte jedoch die Wiener Regierung von Amts wegen in Siebenbürgen föderalistische Pläne, was dann auch die slowakischen Ultras, ja selbst die Ruthenen dazu bewog, um eine Autonomie zu bitten. In Siebenbürgen wollte der Gouverneur die föderalistische Umgestaltung schon durchführen, als dessen endgültiger Ausbau bloß daran scheiterte, daß die Ungarn am Landtag nicht erschienen. Auch hatten die Ereignisse von 1865 und Schmerlings Sturz diesen Prozeß verhindert. Der Siebenbürgische Versuch bedeutete demnach eine große Gefahr für die organische Einheit. Die Rumänen hielten schon im Mai 1869 zu Reißmarkt (Szerdahely) eine Besprechung, wo die Radikalen mit einer Stimmenmehrheit von vier Stimmen den Beschluß faßten, an der Arbeit der ungarischen

Gesetzgebung nicht teilzunehmen, sondern zur Ordnung der politischen Angelegenheiten der Siebenbürger Rumänen ein National-Komitee zu wählen. Dieses wurde zwar durch den Minister des Innern aufgelöst, doch blieben auch weiterhin die Rumänen Siebenbürgens die stärksten Propagatoren separatistischer Bestrebungen.

Wenngleich die Ultras der Nationalitäten gegen den Ausgleich und das Nationalitätengesetz von 1868 eine große Agitation entwickelten, erregte dieser Umstand damals keine Besorgnis in Ungarn. Das Reich kam erst jetzt in die Lage, die Reformen von 1848 zu genießen und nach dem langen Absolutismus hatte die freie Entfaltung der nationalen Kräfte eine große Erleichterung und Beruhigung zur Folge. Es begann eine fieberhafte Tätigkeit. Sämtliche während des Bachsystems unterdrückten kulturellen Institutionen mußten sozusagen neu geschaffen werden. Neben der ungarischen Akademie der Wissenschaften bildeten sich zur Entwicklung der verschiedenen Wissenschaften, sowie der Künste besondere Gesellschaften. Im Wirtschaftsleben, dem die Vorteile der Selbständigkeit erst jetzt zugute kamen, beschäftigte man sich mit Gründungen von Banken, Industrieunternehmungen, Fabriken und Bergbaugesellschaften. Im Vordergrund des Interesses standen aber vor allem die Verkehrsfragen. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes machte schon während des Absolutismus bedeutende Fortschritte. Die Regierung Andrassy nahm zu diesem Zwecke einen besonderen Kredit in Anspruch und es begann ein Wett-eifern in der Erbauung von subventionierten Vizinal-eisenbahnen, was in den siebziger Jahren schon eine

schiefe Richtung einschlug. Diese Ergebnisse, die Korruption, die diesem Gründungsfieber folgte und deren Heraufbeschwörung der Regierung vorgeworfen wurde, vor allem aber die Geldkrise von 1873 drohten dem Reiche schon bald mit ernster Gefahr, was in der Politik wesentliche Umgestaltungen zur Folge hatte.

Diese Krise der siebziger Jahre war aber nur eine Kinderkrankheit des neuen Regierungssystems. Das Kabinett Andrássys hatte zwar kein leichtes Spiel, als es den wirtschaftlichen Ausgleich mit Österreich schließen, kroatische und Nationalitätenfragen lösen, außerdem eine fortwährend erstarkende Opposition bekämpfen mußte. Die Art und Weise der Schlichtung der Heeres- und der auswärtigen Angelegenheiten zog nämlich keine allgemeine Beruhigung nach sich. Der Ausgleich hatte nicht nur die Partei der 1849er als Gegner, sondern auch die durch Koloman Tisza und Koloman Ghiczy geführte mittlere Linke wünschte ein ungarisches Nationalheer. In dieser Hinsicht standen aber die Dinge nach dem Ausgleich nicht anders, als vor 1790. Das Gros der Intelligenz stellte sich also an die Seite der Tisza-Partei und bei den Wahlen konnte sich die Regierung die Mehrheit nur durch die Mandate der national Gesinnten erringen.

Das größere Übel drohte jedoch wieder von Österreich her. 1871 übernahm dort die Leitung der Geschäfte das Ministerium Hohenwart, das die Aspirationen der Nationalitäten Österreichs durch Übergang zum Föderalismus zufriedenstellen wollte. Dadurch geriet das ganze Werk des Ausgleiches von österreichischer Seite in Gefahr. Die Föderalisation bedeutete eine Rückkehr zu den vormärzlichen slavisie-

renden Bestrebungen. Die entschlossensten Propagatoren dieser Ideen waren die Tschechen, die noch eingedenk ihrer Rolle während des Bach-Regimes keineswegs dazu geeignet waren, diesem Gedanken in Ungarn Popularität zu verschaffen. Österreich hätte sich zu einem Bunde von 17 Provinzen umgestaltet, eine jede mit eigenem Parlament, die in das gemeinsame Reichsparlament aus ihrem Schoße Deputierte entsenden sollten. Diese Änderung hätte die festgestellte Ordnung der gemeinsamen Angelegenheiten und den Dualismus überhaupt in ihren Grundlagen angegriffen. Andrassy stellte sich daher mit voller Energie diesem Plane entgegen und verbündete sich mit den Deutschen Österreichs, was den Sturz des Hohenwart-Ministeriums zur Folge hatte. Dieser Sieg bedeutete für Ungarn insofern eine Beruhigung, als der Dualismus erstarkt aus dem Kampfe hervorging. Infolgedessen mußte jedoch Andrassy das Ministerium des Äußern übernehmen und seine Nachfolger hatten der Volkstümlichkeit der Deák-Partei viel geschadet. Graf Melchior Lónyai wurde von den Wellen der Korruptionsanklage hinweggeschwemmt; dann kam 1873 die finanzielle Krise, die die bestehenden Parteirahmen sprengte. Die Deák-Partei begann sich aufzulösen, doch eilte ihr im Interesse des Reiches ein Teil der mittleren Linken mit Ghiczy an der Spitze zu Hilfe. Die Sanierung der Lage erfolgte aber erst, als auch Koloman Tisza zu Beginn des Jahres 1875 samt seiner Partei, seine bisherige oppositionelle Stellung aufgebend, sich zur Unterstützung der Regierung entschloß.

Die Fusion der Deák-Partei und der mittleren Linken und damit die Bildung einer neuen liberalen Partei,

kräftigte auf lange Zeit hinaus die innere Lage. Die erfolgten Neuwahlen brachten der Regierung, deren Leitung Koloman Tisza übernahm, eine große Majorität. Von 1875—1890 leitete er den Staat, anfangs mit großer Energie, später eher mit viel Taktgefühl, Vorsicht und Gewandheit. Sein Verdienst war es, daß er das damals noch immer hinfällig scheinende Werk des Ausgleiches stabilisierte. In seinen ersten Regierungsjahren hatte zwar auch er seine Scylla und Charybdis, doch vermochte er, das Ruder glücklich handhabend, zur ruhigen Arbeit hinzusteuern. Die erste Schwierigkeit lag 1877 in dem mit Österreich alle zehn Jahre zu erneuernden wirtschaftlichen Ausgleiche. Die hartnäckige Haltung Österreichs rief im ungarischen Parlament neue Verwicklungen hervor. Aus diesem Grunde dankte der Handelsminister ab, ansehnliche Mitglieder der Partei traten aus und bildeten neue Gruppen, bis endlich die Entlassung Tiszas die Lösung der Krise beschleunigte. Zu gleicher Zeit türmten sich jedoch die Wolken eines neuen Gewitters auf. Im russisch-türkischen Kriege stand die allgemeine Meinung auf seiten der Türken und gab diesen Gefühlen auch durch lärmende Demonstrationen Ausdruck. Andrassy, der Minister des Äußeren, bereitete sich hingegen auf die Eroberung Bosniens vor. Als dies veröffentlicht wurde, dankte Finanzminister Széll ab und es traten weitere Gruppen aus der Regierungspartei aus, die unter Führung des Grafen Albert Apponyi und Desiderius Szi-lágyis eine neue gemäßigte Opposition, die nationale Partei, bildeten. Ja, auf die Nachrichten der ersten Opfer der in Bosnien einmarschierten ungarischen Truppen konnte die Regierung sich bei den Wahlen

nur überaus schwer die Majorität verschaffen. Andrássys Politik wurde erst durch den Berliner Kongreß gerechtfertigt, wodurch der Ruhm des Ministers des Äußern und das Prestige der Monarchie gesteigert wurden.

Nach Beilegung dieser Schwierigkeiten, besonders nach dem Ordnen der Finanzangelegenheiten kräftigte sich die Lage der Regierung. Ihre Verdienste in dieser Hinsicht waren ihr nicht abzustreiten und sicherten ihr auf eine geraume Zeit die Majorität. Die Deák-Partei konnte sich in den ersten Jahren mit einer ganzen Reihe ernster Schöpfungen brüsten, diese Arbeitsamkeit scheiterte jedoch in den parlamentarischen Stürmen der 70er Jahre. Tiszas Regierung nahm nun den Faden wieder auf. Es folgte eine ganze Reihe liberaler Reformen. Die Festigung der Lage eiferte im Wirtschaftsleben auch die Privattätigkeit zu gesteigerter Arbeit an. Während zu Beginn des XIX. Jahrhunderts selbst die Wiener Regierungsbehörden sich stets über die in Ungarn herrschende Geldnot beklagten, und die Krise von 1873 ähnliche Beängstigungen heraufbeschwor, steigerte sich jetzt rasch das Volksvermögen, der Staatskredit besserte sich, es konnte sogar ein ansehnlicher Reservefonds gesammelt werden. Diese Sanierung führte dann zu einer bewunderungswürdigen Differenzierung der wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen. Besonders die fast in amerikanischen Dimensionen gesteigerte Entwicklung der Hauptstadt Budapest (1720: 12 000; 1800: 55 000; 1910: 880 000 Einwohner) bezeugte laut diesen mächtigen Fortschritt. Als ob das Land in fieberhafter Eile auf einmal all das

einbringen wollte, was ihm die bedrängten Verhältnisse früherer Jahrhunderte geraubt hatten!

Ordnung, Ruhe und Fortschritt haben diesen Aufschwung hervorgerufen. Doch hinter diesem eitlen Glanz lauerten stets die aus der Vergangenheit übernommenen zwei schwierigen Probleme des ungarischen politischen Lebens: das Verhältnis zu Österreich und die Nationalitätenfrage. Wenn auch die Nationalitätenfrage nach dem Ausgleiche viel von ihrer Schärfe einbüßte, war sie noch immer mit den österreichischen und außenpolitischen Verhältnissen verwickelt. Schon der Hohenwart'sche Versuch rief eine große Bewegung besonders bei den ungarischen Slaven hervor. Die Tschechen machten auch kein Geheimnis daraus, daß sie im Falle der Vereitlung ihrer Pläne in Kroatien eine Bewegung hervorrufen würden. Seit der Zeit kamen dort tatsächlich Unabhängigkeitsbestrebungen zum Vorscheine, die sich eine selbständige kroatische Regierung und eine unabhängige Gesetzgebung zum Ziele setzten und zu erweisen suchten, daß zwischen den beiden Reichen bloß eine Personalunion bestehe. Zu gleicher Zeit begann auch die Agitation in Oberungarn, wo im literarischen Vereine „Slovenska Matica“ zu Turóczentmárton und in slowakischen Gymnasien einige evangelische Pastoren und Lehrer unter der slowakischen Jugend eine zügellose ungarfeindliche Agitation in Gang setzten. Infolge dieser Umtriebe wendete sich das Komitat Zólyom an die Regierung, die eine Untersuchung gegen die Matica und die Gymnasien einleitete und unter dem Einflusse der verblüffenden Ergebnisse des Verfahrens — 1875 die slowakischen Gymnasien schloß und die Matica auflöste.

Eine ernstere Organisation hatte damals jedoch bloß die serbische Agitation aufzuweisen, die Miletits geschaffen hatte. Dieser zettelte zur Zeit des Türkenkrieges eine Verschwörung an, wofür er vors Gericht gestellt wurde.

Doch erhielt die Nationalitätenfrage erst nach dem Balkankrieg einen politischen Inhalt. Damals befreiten sich auch die Balkanvölker vom türkischen Joch und gaben sich in ihren erst befreiten unabhängigen Staaten imperialistischen Träumen hin. Die Kroaten hofften nach Bosniens Eroberung, daß sich unter ihrer Führung ein katholisches slavisches Reich im Westen des Balkans bilden werde, das in der Organisation der Monarchie zu bedeutender Rolle berufen sei. Von ihren sanguinischen Hoffnungen betört, begingen sie 1883 den ungarischen Insignien gegenüber Verletzungen des Wappens und der Fahne, was zu ernststen Konflikten führte. Der neue Banus, Graf Karl Khuen-Héderváry schaffte zwar Ordnung, doch seine Politik, die sich auf die Serben Kroatiens stützte, steigerte statt der kroatischen die serbischen Ansprüche. Träumten doch auch die Serben davon, daß sie mit ihrem Fürstentume an der Spitze, sämtliche Slaven des Balkans vereinen würden. Am aggressivsten traten aber die Rumänen auf, die 1881 ein neues Programm verkündend, die 1863 für Siebenbürgen in Aussicht gestellte Autonomie forderten, dann aber den Gedanken der Vereinigung der gesamten von Rumänen bewohnten Gebiete unter der Führung des rumänischen Königreichs aufwarfen. Während ihr gemäßigterer Teil unter Mocsonys Führung sein Ansehen für die Anerkennung des ungarischen Staates in die Wagschale

warf, trachtete das siebenbürgisch-rumänische Blatt: „Tribuna“ auf Vereitlung einer jeden Vereinbarung mit den Ungarn hinzuwirken. Die im Königreich Rumänien gegründete Kulturliga (Liga Culturala) entwickelte die zügelloseste Agitation zugunsten der „Befreiung“ der siebenbürgischen Brüder und erstreckte die Propaganda auf die lateinischen Staaten, ja fast auf ganz Europa. 1890 richteten die Rumänen auch eine Denkschrift an Franz Joseph, die er ihnen aber im Wege der Regierung uneröffnet zurückschickte. Diese Angelegenheit hatte zu jener Zeit in ganz Europa viel Aufsehen erregt. Die Rumänen veröffentlichten den Text des Memorandums, wegen dessen staatsverletzenden Aussprüchen jedoch die Unterzeichneten vor Gericht gestellt wurden. Der Prozeß wurde erst 1894 verhandelt und die Angeklagten wurden zu Arreststrafen verurteilt, aber die Rumänen benützten diesen Fall in sehr geschickter Weise dazu, um gegen Ungarn eine feindselige Stimmung zu erwecken. Die siebenbürgische Frage wurde übrigens auch ein wichtiger Faktor der inneren Politik Rumäniens, sozusagen ein Mittel zum Sturze der wechselnden Regierungen. Erst nach Stillung der inneren Kämpfe in Rumänien büßte auch die siebenbürgische Bewegung ihre Schärfe ein.

Da war aber das Ungartum schon zum vollen Bewußtsein der Nationalitätengefahr erwacht, und suchte die Mittel zu deren Paralsyierung in administrativen Verfügungen und mit gesellschaftlicher Betätigung. In dieser Hinsicht wies die evangelische Kirche den Slowaken gegenüber den größten Erfolg auf, indem sie durch neue Einteilung ihrer Kirchensprengel die Bildung eines Sprengels mit einer slowakischen Majorität

verhinderte und auch ihre Zustimmung dazu verweigerte, daß die evangelische Gemeinde zu Túrócszentmárton ein slowakisches Gymnasium errichtete.

Für Tiszas Regime wurde aber das andere Hauptproblem gefährlich. In den Reibereien mit Österreich war, seitdem die wirtschaftspolitischen Angelegenheiten ihre Schärfe verloren hatten, der empfindlichste Punkt die Militärfrage. Im Heere lebte der alte ungarfeindliche Geist weiter. Auch weiterhin schien die Armee mit ihrer deutschen Sprache und mit den Hindernissen, die sie der Geltung der ungarischen Sprache in den Weg gelegt hatte, ein Bundesgenosse der Nationen zu sein. Bei den Offiziersernennungen und Beförderungen wurden die Ungarn auffallend übergangen. Die Militärverwaltung bezeugte den Nationen noch immer, daß man die Erstarkung des Ungartums in Wien mit scheelen Augen betrachte. Ja, die Offiziere des Heeres gaben diesen ihren Gefühlen lauten Ausdruck und anläßlich der Miletitschen serbischen Bewegung mußte das Temesvárer Korpskommando sie ermahnen, sich nicht in die Politik einzumischen. Seit dem Ausgleich bestanden eben in bezug auf die Heeresfrage die schärfsten Gegensätze unter den Parteien. Selbst die einstige mittlere Linke der Tisza-Partei wich in diesem Punkte am entschiedensten von Deáks Programme ab. Seitdem Tisza nach der Auflösung der Partei von 1875 in dieser Frage seinen oppositionellen Standpunkt aufgab, eignete sich die äußerste Linke, die sich gegenüber dem 1867er Ausgleich die 48er Partei nannte, das Programm einer Nationalarmee an. Da auch Kossuth diese Partei unterstützte, besaß sie in den kernungarischen Gegenden eine überaus

große Volkstümlichkeit. Diese Gegensätze führten 1888 in dem um das projektierte Wehrgesetz entsponnenen parlamentarischen Streite zu einem scharfen Konflikte. Die Nationalpartei Apponyis griff vereint mit der 48er Partei das Ministerium Tisza heftig an, wobei es auch zu Straßendemonstrationen kam. Der König gab zwar seine Bewilligung, daß die Armee kaiserlich „und“ königlich heiße, doch Tiszas Macht geriet ins Schwanken und 1890 folgte ihm Graf Julius Szapáry als Ministerpräsident.

Szapáry hatte als Regierungschef eine unglückliche Hand. Um seine Verwaltungsreformen, welche eigentlich die Nationalpartei aufs Tapet brachte, tobten heftige Kämpfe und er konnte sie schließlich bloß im Prinzip zur Annahme bringen. Sein Versuch zur Glättung der Gegensätze in der Militärfrage erweckte statt des erwünschten Zieles die größte Erregung und rief sogar einen Skandal hervor. Um das Interesse von diesem Gebiete auf innerpolitische Fragen zu lenken, steuerte nun Graf Szapáry der Kirchenpolitik zu, verursachte aber dadurch seinen Sturz. Die durch ihn aufgeworfene Frage der bürgerlichen Eheschließung brachte erst das nach ihm folgende Kabinett Werkerle vors Parlament. Diese Frage rief jedoch wieder heftige Debatten hervor, welche die Parteien sprengten. Ein großer Teil der Konservativen kehrte der Regierung den Rücken, während Apponyis Nationalpartei mit dem Losungswort der fakultativen bürgerlichen Ehe den Kampf aufnahm. Der König war infolge seiner religiösen Gefühle unschlüssig. Die Kirche und die Magnaten waren gegen den Gesetzesentwurf, und diese Richtung wurde auch durch die Zu-

stände in Österreich unterstützt, wo zu dieser Zeit die Christlichsozialen in den Vordergrund drangen. Die kirchenpolitischen Gesetzentwürfe der Regierung wurden daher mit Unterstützung der 48er Partei gerettet. Nur im Magnatenhause konnte der Gesetzentwurf zu keiner Majorität gelangen, weshalb 1895 auch Wekerle, obwohl er sich besonders auf finanziellem Gebiete durch Übergang zur Goldvaluta überaus große Verdienste erworben hatte, abdanken mußte. Sein Nachfolger, Baron Desiderius Bánffy, führte die Annahme des kirchenpolitischen Gesetzentwurfes auch im Magnatenhause durch, doch konnte man nur die erste Hälfte seines Regimes eine ruhige nennen, indem die Millenniums-Festlichkeiten von 1896 zur Tausendjahrfeier der Landeinnahme die Parteien zum Waffenstillstand bewogen.

Ende 1896 entzündete der gewaltsame Wahlkampf Bánffys die Leidenschaften von neuem. Seine Gesetzesentwürfe wurden durch die Opposition gehindert, 1898 aber stürzte die staatsrechtliche Frage die Lage völlig um. Den Stoßpunkt bildete der mit Österreich zu erneuernde wirtschaftliche Ausgleich, dessen Abschließung sich diesmal ein bloß formelles Hindernis in den Weg stellte. Infolge der österreichischen Parlamentswirren konnte man die Vereinbarungen der beiden Regierungen doch nicht dem Parlamente vorlegen. Der Finanzminister Ladislaus Lukács wollte daher in Ungarn ein eigenes Gesetz bringen lassen, das den bisherigen Zustand aufrecht erhielt, solange bis die gesetzmäßige Abschließung des Ausgleiches mit Österreich ermöglicht werde. Diese Lösung wurde aber von der Opposition für gesetzwidrig erklärt und zu ihrer

Vereitelung eine technische Obstruktion eingeleitet, die durch die Abdankung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses unterstützt wurde. Aus der widrigen Lage wollte der alte Tisza die Regierung retten, indem er durch die liberale Partei, die eine große Majorität besaß, einen Beschlußantrag einreichte. In diesem wurde die Erklärung abgegeben, der Regierung, der man Vertrauen entgegenbringe, die Indemnität zu votieren, im Falle die Obstruktion deren Verhandlung vor Neujahr verhindern würde. Durch diese Wendung wurde die Lage jedoch noch mehr verschärft. Bánffy mußte sich entfernen und seinen Platz Koloman Széll übergeben, zu dessen Unterstützung auch Graf Albert Apponyi samt seinen Anhängern in die liberale Partei eintrat.

In den ungarischen sozialen Verhältnissen und in der Denkungsart des Publikums machte sich inzwischen eine große Umwälzung fühlbar. Der kirchenpolitische Streit hatte den konfessionellen Frieden gestört. Der konservative Standpunkt war derben Angriffen ausgesetzt. Neue, oft nur kurzlebige Blätter entstanden, die sich durch Anzüglichkeiten, Skandalsucht, radikale Aufreizungen die Sympathie der Menge zu gewinnen suchten. Die alten besonnenen Blätter wurden in den Hintergrund gedrängt und gingen auch ein. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete machten sich zügellose Umtriebe bemerkbar, wo neue Unternehmungen den alten bürgerlichen Handlungshäusern und meistens staatlich-subventionierte Industrieunternehmungen dem Klein-gewerbe eine Krise herbeiführten. Infolge der raschen Entwicklung des Großgewerbes tauchte den alten einfacheren Zuständen gegenüber auch der Sozialismus

auf. Allgemeine Unzufriedenheit bemächtigte sich der verschiedenen Gesellschaftsschichten, durch die auch die führende Intelligenz, besonders der infolge der Bodenentlastung herabgekommene Adelsstand von Mittel- und Kleingrundbesitzern mitgerissen wurde. Es begannen sich die schädlichen Folgen der raschen Umwälzung des wirtschaftlichen Lebens zu zeigen. Es wurde klar, daß die Nation zu diesem Laufe der Dinge noch nicht gehörig vorbereitet und erzogen war, daß der große Aufschwung keine gesunde Weiterentwicklung des Übernommenen, sondern größtenteils die Frucht einer aus fremdem Boden übersetzten und künstlich getriebenen Pflanze war. Das Prinzip der natürlichen Zuchtwahl war das allverbreitete Losungswort der Zeit, ohne daß man es bemerkt hätte, daß es für die nationalen Traditionen und Interessen die größte Gefahr bedeute.

Dieser Umwälzung gegenüber begannen sich vorläufig nur noch schwache Triebe einer konservativen Reaktion zu entfalten. Die Intelligenz, besonders die jüngere Generation, begann sich vom Judentum abzuwenden, in dem sie die Heraufbeschwörung der sittlichen Verwilderung und der gesellschaftlichen Übelstände zu erblicken meinte. Die Zahl der Juden war seit Ende des XVIII. Jahrhunderts von achtzigtausend auf neunhundertundelftausend gestiegen, d. h. mehr als aufs Elffache, während die Zahl der gesamten Einwohnerschaft in derselben Zeit kaum das Sechsfache erreichte, was besonders durch die massenhafte Einwanderung aus Galizien zu erklären war. Sie wurden durch die verlockenden Möglichkeiten einer mannigfachen wirtschaftlichen Tätigkeit besonders nach dem

Ausgleiche zur Einwanderung bestimmt, indem sie in Ungarn, wo das Volk — infolge des Mangels an industriellen und Handelstraditionen — wirtschaftlich noch ungeschult war, den Wettkampf mit diesem unter unvergleichlich günstigeren Bedingungen aufnehmen konnten. Dieser Entwicklung gegenüber hätte es Verfügungen bedurft, die das Überkommene geschützt hätten. Der doktrinäre Liberalismus öffnete aber die Türen einem unbeschränkten freien Wettkampfe, was zu neuen gefährlichen Gegensätzen führte.

Die Hastigkeit, mit welcher sich das Judentum des wirtschaftlichen Lebens, der Banken, des Handels und der Fabriken bemächtigte und mit welcher es die Intelligenzberufe, besonders die der Ärzte, Ingenieure, Advokaten und Journalisten überströmte, erweckte eine starke Antipathie gegen sie. Bereits in den siebziger Jahren bildete sich eine Antisemitenpartei, die jedoch damals der Strömung des Liberalismus gegenüber nicht zur Geltung kommen konnte. Infolge der kirchenpolitischen Streitigkeiten gründete aber Graf Ferdinand Zichy die christliche Volkspartei, die besonders im Kreise der katholischen Bevölkerung der oberungarischen Slowaken feste Wurzeln schlug. Dadurch erhielt diese Partei jedoch eine gewisse Nationalitätsfärbung, um so mehr als zur selben Zeit die evangelische Kirche sich den slowakischen Bestrebungen entgegenstellte. Deshalb wurde die neue Partei von dem Ministerium Bánffy und dem Publikum mißtrauisch aufgenommen. Das Judentum hingegen erwachte zum Bewußtsein der Gefahr, die seine erworbene Macht bedrohte und trachtete mittels der verjudeten Presse danach, die Aufmerksamkeit auf ein anderes Gebiet zu lenken. Nichts

zeigte sich zu diesem Zwecke günstiger als die staatsrechtliche, besonders die militärische Frage, wegen der sich das Zusammengehen der erstarkenden Konservativen mit den Liberalen leicht zustande bringen ließ und die auch die Gefühle der Massen in Bewegung setzen konnte.

Die Regierung Széll kämpfte daher trotz aller Popularität mit beständigen Schwierigkeiten. Obwohl es Ende 1902 Széll gelang, mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Körber unter viel günstigeren Bedingungen als vorher den Ausgleich zu erneuern, war er in seiner Tätigkeit fortwährend gehemmt. Die bedeutend erstarkte Opposition rückte immerfort mit dem Losungswort der Weiterentwicklung des Ausgleiches hervor und erregte die Gemüter mit einer Agitation für die Personalunion. Diese aus der 48er Partei hervorgegangene Bewegung, die bereits 1903 in stille Obstruktion ausgeartet war, wurde von innen auch durch Graf Albert Apponyi unterstützt, der als Präsident des Abgeordnetenhauses im Interesse der ungarischen Kommandosprache die aus der Provinz kommenden Deputationen scharenweise empfing, um ihre Adressen zu übernehmen. Die Energielosigkeit des jeden Zusammenstoß vermeidenden Ministerpräsidenten untergrub selbst in der Regierungspartei die Disziplin, die infolge der Obstruktion ohnedies überaus gelockert war und für die Zukunft eine große Gefahr bedeutete.

An die Stelle Szélls trat im Juni 1900 Graf Karl Khuen-Héderváry, der sich mit Franz Kossuth, dem Führer der 48er Partei vereinigte und den inkrimierten Antrag über die Erhöhung der Standeszahl zurückzog. Die 48er Partei folgte aber ihrem Führer nicht,

sondern machte sogar durch Aufdeckung eines Bestechungsskandals auch Khuens Lage unhaltbar. Die Verwirrung wurde noch gesteigert durch einen ohne Kontrasignierung zu Chlopy erlassenen Kriegsbefehl des Herrschers. In diesem erklärte der König, daß er an seinem Recht als oberster Kriegsherr festhalte. Nebenbei wurden aber die Ungarn in dem Kriegsbefehl — nach einer veralteten Phraseologie — als Volksstamm unter den Volksstämmen der Monarchie erwähnt. Die Militärfrage hatte also eine neue Scheidewand zwischen Nation und König errichtet. Die letzten Wogen des Kampfes hatten aber die Nation unter der Flagge der militärischen Forderungen vereint und eine kritische Situation geschaffen.

Im Herbst 1903 entwarf daher die an Khuens Stelle getretene neue liberale Regierung, an deren Spitze Graf Stephan Tisza stand, ihrerseits einen gemäßigten Plan über militärische Reformen, den auch der König annahm. Die zügellose Opposition griff jedoch, als Tisza den Grund des Parlamentsübels beseitigen wollte und durch die Revision der Geschäftsordnung des Parlaments eine weitere Obstruktion unmöglich machen wollte, von neuem auf ihre alten, gegen die Regierung gebrauchten Mittel zurück. Auch Kossuth wurde von einem Teil seiner Partei verlassen. Obwohl die Majorität durch eine plötzliche Abstimmung die Verschärfung der Geschäftsordnung annahm, trennten sich zuerst Graf Albert Apponyi, dann Graf Julius Andrássy samt ihren Gruppen von Tisza. Die zur Erhaltung der Ordnung organisierte Parlamentswache aber, obwohl sie sich völlig passiv verhielt, wurde durch die Opposition noch vor Beginn der ersten Sitzung auseinander ge-

trieben, wobei man sogar die Präsidententribüne demonstrierte. Tisza schritt also zu Neuwahlen, wurde jedoch bei diesen 1905 samt seiner Partei gestürzt. Im Wahlkampfe stellte sich Apponyi an die Seite der 48er Unabhängigkeitspartei und wurde der eigentliche Führer der Agitation. Da man keinen Ausweg fand, führte Tisza die Angelegenheiten weiter, er beschleunigte jedoch, der Willkür der Majorität ausgesetzt, seine Enthebung. Schließlich erhielt Baron Géza Fejérváry die Betrauung zur Bildung einer Regierung, die sich auf keine der parlamentarischen Parteien stützte. Dadurch geriet aber die konstitutionelle Verwaltung in eine Krise.

Die neue Regierung wurde von keiner Seite unterstützt. Das Parlament bezeugte ihr sein Mißtrauen, sie bekam keine Indemnität, die Steuerzahlung hörte sozusagen auf, und die Komitate leisteten starken Widerstand gegen „die Trabanten-Regierung“. Fejérváry und sein Minister des Innern, Joseph Kristóffy, versuchten daher durch das allgemeine Stimmrecht einen Teil der liberalen Partei und des Bürgerstandes sowie die Sozialdemokraten und die Nationalitäten zu gewinnen. Um den Widerstand der Komitate zu brechen, wendete sich Kristóffy tatsächlich an den Mob um Hilfe. Trotzdem gelang die Bildung der geplanten radikalen „Fortschrittspartei“ nicht. Unterdessen führten die Verhandlungen Franz Kossuths mit Fejérváry dahin, daß man eine Grundlage fand, auf welcher die oppositionelle Koalition die Regierung übernehmen konnte. Alexander Wekerle, der zu keiner der Parteien gehörte, wurde Ministerpräsident und auf den Wunsch des Königs wurden die Militärfragen ausgeschaltet.

Das fast fünf Jahre währende Regime der Koalition brachte jedoch der Nation eine große Enttäuschung. Während der Parlamentskämpfe verwilderte das öffentliche Leben und bot wenig Trost. Die Zügellosigkeit der Parteien schuf ein allgemeines Chaos. Ein großer Teil der Abgeordneten verlor jedes Verantwortlichkeitsgefühl. In ihren Handlungen und Reden kümmerten sie sich nicht um das Gemeinwohl, sie haschten nur nach Popularität und überboten einander mit radikalen Losungsworten, indem sie die Realpolitik ganz verließen. Sogar die oppositionellen Parteien waren fortwährenden Zersetzungsprozessen ausgesetzt. Neben dem Parlament kamen die Presse und die sozialistische Arbeiterpartei, die erst in den letzten zwei Jahrzehnten organisiert, seither aber mächtig angewachsen war, zu immer größerem Einflusse. Doch fehlte diesen der Sinn für Verantwortung in noch größerem Maße. Nach dem im Zeichen nationaler Losungsworte erfolgten Kampfe erwartete die allgemeine Meinung von ihren gefeierten Führern eine schöpferische nationale Tätigkeit, dies um so mehr, als der Fejérváry-Kristóffy'sche Versuch neue Übelstände beleuchtete.

Wie strenge auch der greise König an den durch den Ausgleich geschaffenen Dualismus festhielt, an dem er keine Änderung gestattete, erhoben sich dennoch in seiner unmittelbaren Umgebung Stimmen gegen diese Verfassung der Monarchie. In der Umgebung des Thronfolgers Franz Ferdinand tauchten neue imperialistischen Pläne auf, die, sich an die alten föderalistischen Traditionen anschließend, die Monarchie am Balkan gegen Saloniki zu entwickeln suchten. Die westlichen Teile des Balkans plante man unter Füh-

rung der katholischen Kroaten in einem slavischen Reiche zu vereinen und unter das Szepter des Hauses Habsburg zu zwingen, wodurch der Dualismus in einen Trialismus umgewandelt worden wäre. Sogar der Plan tauchte auf, Siebenbürgen den Walachen zu überlassen und das gesamte von Walachen bewohnte Gebiet zum Anschluß an Groß-Österreich zu bewegen. Der Thronfolger machte aus seinen ungarfeindlichen Gefühlen überhaupt kein Hehl, und diese wurden von den Nationalitäten bei ihrer neuen Propaganda nur zu oft erwähnt. Diese Hofpartei benützte eben die in Militärfragen bewiesene Empfindlichkeit des Herrschers dazu, um nebst der ungarischen Verfassungskrise auch den Dualismus in eine Krise zu stürzen und ihren föderalistischen Plänen zum Siege zu verhelfen. Die Wahlreform Kristoffys war mit diesen Bestrebungen in Verbindung. Das Ungarntum wollte nämlich den Nationalitätenhetzereien dadurch ein Hindernis in den Weg legen, daß es im öffentlichen Leben der Intelligenz die Führerrolle zusicherte. Mehrere Gesetze der letzten Jahrzehnte dienten zu diesem Zweck. Die Rumänen und Slowaken forderten aber schon in den ersten Jahren des XIX. Jahrhunderts das allgemeine Wahlrecht. Die Politik Kristóffys bezweckte damit die Zersetzung der Einheit.

Die vereinigte Opposition war sich dieser Gefahr bewußt, als sie die Übernahme der Regierung unternahm, lernte jedoch nichts aus den Ereignissen. Die Abgeordneten widersetzten sich ihren Parteiführern, die Parteien und Fraktionen rivalisierten in einem fort und hemmten durch gegenseitige Eifersucht die positive Arbeit. Auch Erbsünden lasteten auf der Koalition, be-

sonders ihr Bündnis mit der kroatisch-serbischen Koalition, wegen der sie es zulassen mußte, daß die kroatischen Abgeordneten, dann auch die übrigen Nationalitäten im Parlament in ihrer Muttersprache die Rede führten. Andrassy wollte die demokratische Richtung mit den nationalen Interessen vereinbaren und reichte daher einen Gesetzentwurf zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes auf Grund der Pluralität ein. Dem stellte sich aber der äußere linke Flügel der Koalition scharf entgegen. Nach der Annexion Bosniens wollte die Regierung die noch rückständigen Punkte des Militärprogramms der liberalen Partei zum Gesetz erheben, wurde jedoch daran durch die Anhänger Julius Jusths verhindert, die die Aufstellung einer Nationalbank mit dem Termin von 1911 forderten. Diese Forderung zersetzte von neuem die 48er und Unabhängigkeitspartei und grub der Koalition ein Grab.

Als die Krise eintrat, wurden mit der Partei Jusths Verhandlungen gepflogen auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts, da dieser jedoch an der Lösung der Bankfrage festhielt, blieb nichts anderes übrig, als die Wiederherstellung der alten liberalen Partei. Diese hatte als gesellschaftlicher Klub fortbestanden und konstituierte sich nun, dem Rufe des Grafen Stephan Tisza folgend, als „Nationale Arbeitspartei“. Ministerpräsident wurde Graf Karl Khuen-Héderváry und die Nationale Arbeitspartei gelangte in großer Majorität ins Parlament. Obwohl es nur eine sehr geringe Opposition gab, mußte die Regierung dennoch mit vielen Übeln kämpfen. Nach der Annexion Bosniens war es infolge der Balkangefahr nötig, den Militärstand

zu erhöhen, wodurch die Skandale der Obstruktion erneuert wurden. Justh widersetzte sich samt seinem kleinen Anhang der Vereinbarung und die Regierung wurde 1912 durch Ladislaus Lukács übernommen. Ihm gegenüber verbündete sich die sonst schwache Opposition mit den Sozialisten, die am 23. Mai einen Angriff gegen das Parlament richteten, jedoch zurückgeschlagen wurden. Die Gefahr der Lage konnte bloß Graf Stephan Tisza in vollem Maße überblicken. Als Präsident des Abgeordnetenhauses bekämpfte er die zügellosen Traditionen der Opposition. Er ließ die Wehrvorlage unter Lärmen der Opposition votieren, sodann die Skandalereger aus der Sitzung führen, um sie von einigen Sitzungen auszuschließen. Inzwischen ereigneten sich leidenschaftliche Szenen und Tisza, gegen den einer der Abgeordneten ein Revolverattentat verübte, machte sich viele der hinausgeführten Abgeordneten zu persönlichen Feinden. Mit noch größerer Energie ergriff er die Zügel, als er im Sommer 1913 Lukács als Ministerpräsident folgte. Die Szenen des vorigen Jahres brachten ihm zwar keine Popularität, ja sie machten im Gegenteil seine Person verhaßt, doch er kümmerte sich nicht darum und setzte unbeugsam seinen Weg fort, um seine Nation aus der drohenden Gefahr zu retten.

Über dem Land türmten sich inzwischen gefährliche Wolken auf. Seit der Annexion wurde die außenpolitische Lage immer drohender. Die Serben träumten von einem Großserbien und verkündeten unter lärmenden Demonstrationen ihre Pläne, daß sie die durch Serben bewohnten Gebiete Ungarns ebenfalls lostrennen wollten. In Rumänien wurde eine ähnliche Agitation

getrieben, wenn auch nicht mit offenkundiger Unterstützung der Regierung. Das Geld, das von dort nach Siebenbürgen kam, wurde im geheimen in Verkehr gebracht, es wurden durch die Kulturliga Hetzvorträge arrangiert und zugleich leitete man unter der Leitung des Bukarester Professors Jorga einen zähen Preßkampf gegen Ungarn ein. Die Idee der auswärtigen Propaganda stammte aber eigentlich vom Prager Professor Massaryk. Dieser hatte, den Gedanken der tschecho-slowakischen Bruderschaft aufgreifend, die Leitung der unter den Slowaken erfolgten Agitationen in die Hand genommen und bereits vor Jorga zugunsten der Slowaken eine ähnliche Kampagne geführt, worin ihm der Engländer Scotus Viator als Hauptwaffenbruder zur Seite stand. Infolge der durch Eduard VII. eingeleiteten Einkreisungspolitik fanden diese Mystifikationen einen fruchtbaren Boden. Doch hatte zur Verwirklichung seiner politischen Zwecke bereits auch Rußland die pravoslave Agitation in Ungarn begonnen, die durch den Prozeß von Mármaros enthüllt wurde. Die Luft glühte, dennoch setzte die Opposition, die ihre persönlichen Beleidigungen nicht verschmerzen konnte, den Kampf fort. Graf Michael Károlyi richtete in der Delegation einen Angriff gegen den Dreibund und betrieb eine französisch-russische Orientierung.

Unter solchen Umständen erfolgte der Mord in Serajevo. Die großserbische Wühlarbeit trat offen an den Tag. Tisza hielt zwar die Monarchie zu einer Abrechnung mit den Waffen für unvorbereitet, nahm auch im Kronrat und beim König entschieden Stellung für eine friedliche Lösung, als aber der Krieg bereits un-

aufhaltbar war, bemühte er sich mit ganzer Seele, seine Nation ohne Demütigung aus diesem Konflikte herauszuführen. Der Ausbruch des Krieges hatte auch eine Zeitlang einen Parlamentsfrieden zur Folge. Die Kriegserklärung geschah unter begeistertem Anschluß sämtlicher Parteien. Die ungarischen Soldaten, auch die ungarischen Nationen, mit Ausnahme der Serben, zogen mit heldenmütiger Opferbereitschaft ins Feld. Jedermann hoffte auf rasche und ruhmvolle Beendigung des Feldzuges und vertraute, mit Ausnahme der den irredentistischen Ideen huldigenden Nationalitätsagitatoren auf gegenseitiges Verständnis in der Zukunft. Diese Stimmung wurde bloß durch die lange Kriegsdauer geändert. Die damit verbundenen vielen traurigen Ereignisse, Leiden und Schicksalsschläge trübten langsam die Verhältnisse. Die österreichische Heeresführung stand nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe. Die galizischen Niederlagen und im Zusammenhang damit der Einfall der Russen in die Komitate Sáros, Zemplén und Mármaros, die Schlappe in Serbien und die Kämpfe in der Savegegend, dann das Eindringen der Rumänen in das wehrlose Siebenbürgen; die Flüchtlinge, die Evakuierungen, die vielen unglücklich gelösten Fragen der Kriegswirtschaft, dies alles machte die Seelen schwanken. Nach Verlust der Bukowina und Ostgalizien mußte auch deren Kontingent von Ungarn bestritten werden. Nach dem Verrat der Tschechen, dann später infolge der Unverlässlichkeit anderer Nationalitäten lasteten immer mehr Bürden auf den Schultern des ungarischen Militärs, das überall die schwierigsten Posten besetzen mußte. Trotz-

Ungarn

Übersichtskarte mit Bezeichnung der Komitatseinteilung



- Reichsgrenze bis 1918
- Grenzlinie des Friedens von Trianon
- Komitatsgrenze

Namen der Komitate:

- | | |
|------------------------------------|-------------------------------|
| 1. Pest (Pest-Pilis-Solt-Kiskún) | 37. Maros-Torda |
| 2. Stuhlweißenburg (Fejér) | 38. Klausenburg (Kolozs) |
| 3. Gran (Esztergom) | 39. Torda-Aranyos |
| 4. Komorn (Komárom) | 40. Klein-Kokel (Kisküküllő) |
| 5. Raab (Győr) | 41. Udvarhely |
| 6. Ödenburg (Sopron) | 42. Csik |
| 7. Wieselburg (Moson) | 43. Háromszék |
| 8. Preßburg (Pozsony) | 44. Kronstadt (Brassó) |
| 9. Neutra (Nyitra) | 45. Groß-Kokel (Nagyküküllő) |
| 10. Bars | 46. Fogaras |
| 11. Hont | 47. Hermannstadt (Nagyszeben) |
| 12. Sohl (Zólyom) | 48. Karlsburg (Alsó-Fejér) |
| 13. Turóc | 49. Hunyad |
| 14. Trencsin (Trencsén) | 50. Arad |
| 15. Árva | 51. Krassó-Szörény |
| 16. Liptau (Liptó) | 52. Temes |
| 17. Zips (Szepes) | 53. Torontál |
| 18. Gömör-Kishont | 54. Csanád |
| 19. Neograd (Nógrád) | 55. Békés |
| 20. Heves | 56. Csongrád |
| 21. Borsod ^a | 57. Bács-Bodrog |
| 22. Abaúj-Torna | 58. Syrmien (Szerém) |
| 23. Sáros | 59. Virovititz (Verőcze) |
| 24. Zemplin (Zemplén) | 60. Baranya |
| 25. Ung | 61. Tolna |
| 26. Bereg | 62. Somogy |
| 27. Máramaros | 63. Veszprim (Veszprém) |
| 28. Ugocsa | 64. Eisenburg (Vas) |
| 29. Szatmár | 65. Zala |
| 30. Szabolcs | 66. Varasdin (Varasd) |
| 31. Hajdú | 67. Kreuz (Kőrös-Belovár) |
| 32. Szolnok (Jász-Nagykún-Szolnok) | 68. Pozsega |
| 33. Bihar | 69. Agram (Zágráb) |
| 34. Szilágy | 70. Modrus-Fiume |
| 35. Szolnok-Doboka | 71. Lika-Krbava |
| 36. Bistritz (Besztercze-Naszód) | |

dem kargte man ihm gegenüber stets mit Anerkennungen.

Die auf diese Weise angesammelte Erbitterung benutzte die Opposition zu neuerlichen Angriffen. Der führende Geist war Graf Michael Károlyi, den die Franzosen interniert hatten, dann aber in seine Heimat zurückkehren ließen. Damit begann der Streit im Parlament von neuem und Károlyi schloß mit den Sozialisten ein offenes Bündnis. Ihre Agitation drang aus dem Hinterlande durch Vermittlung der Beurlaubten und Verwundeten bis an die Front. Nach Franz Josephs Tode gab der junge König Karl (1916—1922) dem Druck der Opposition nach und entließ Tisza. Die oppositionelle Minorität bildete anfangs unter der Leitung des Grafen Moritz Esterházy, dann Alexander Wekerles, eine Koalitionsregierung der Minorität. Tisza leistete ihr mit der Majorität eine loyale Unterstützung in der Votierung der staatlichen und Kriegsbedürfnisse, hielt jedoch dem allgemeinen geheimen Wahlrecht gegenüber an seinem ablehnenden Standpunkte fest. Dies war also der Punkt, womit man die Aufreizung gegen ihn fortsetzte und wodurch die noch immer zügellos agitierenden Blätter das Durchhalten der Bevölkerung verhinderten.

Als im Herbst 1918 auch der Durchbruch der bulgarischen Front erfolgte, richtete der aus der Koalitionsregierung später verdrängte Károlyi im Bunde mit den Sozialisten auch gegen Wekerle einen Angriff. Damals war er jedoch nur mehr ein Spielball in den Händen seiner internationalen sozialistisch-kommunistischen Umgebung. Die durch sie geplante Revolution brach nach mehreren Verzögerungen am 30. Ok-

tober aus, als noch keine neue Regierung an die Stelle der abgedankten getreten war. In der Hauptstadt löste sich jede Ordnung auf, Tisza wurde ermordet, und es zeigten sich bereits bolschewistische Symptome. Der König ernannte Károlyi zum Ministerpräsidenten, der ein gemischtes sozialistisch-bürgerliches Kabinett zusammenstellte und in seiner Proklamation dem Publikum jubelnd verkündete, daß das historische Ungarn gestürzt sei. Einige Tage später ließ man den König von der Regierung zurücktreten, und rief die Volksrepublik aus. Kriegsminister Linder ordnete die Entwaffnung des Heeres an und entließ die Soldaten aus dem Dienst. Den mit General Diaz abgeschlossenen Waffenstillstand, worin die alte Reichsgrenze als Demarkationslinie aufgestellt wurde, wies Károlyi zurück und ging nach Belgrad, wo er sich hergab, den Feind bis an die Maroslinie vordringen zu lassen. Die an der unteren Donau und in Siebenbürgen stehenden Truppen zwang er zur Einstellung des Widerstandes, ja er ließ sogar die durchziehenden Truppen des Marschalls Mackensen hinterlistig entwaffnen. Seine sozialistischen Minister lenkten seine Politik durch Demonstrationen und Aufmärsche des Pöbels und als die Hände des Bürgerstandes schon gebunden waren, wurde im Frühling 1919 auch er verjagt.

Es erfolgte dann die Proklamierung des Sowjets. Der alles erlahmende Terror des Kommunismus und seine Greueltaten konnten sich jedoch nicht lange halten. Er hätte gar nicht durchdringen können, wenn das Publikum nicht am ersten Tage mit trügerischen Losungsworten der Integrität irregeführt worden wäre. Die meisten glaubten daran, daß die Räterepublik den

Kampf gegen die durch Károlyi in Oberungarn eingelassenen Tschechen ernst aufnehmen werde. Jene rote Armee, die dort kämpfte, war keine bolschewistische Gestaltung, wenn auch seine Führer Bolschewiken waren; die aus ihrer Heimat vertriebenen Leute versammelten sich unter den roten Fahnen und erfochten über die erschrockenen Tschechen leichte Siege. An ihrem Vorwärtsdringen wurden sie jedoch durch die Einmischung der Entente aufgehalten. Inzwischen wurden in Ostungarn, jenseits der Theiß die Roten durch gegenrevolutionäre Truppen verjagt, doch wurden diese bald genötigt, sich den Rumänen zu ergeben. Der Kommunismus erstreckte sich aber eigentlich bloß auf Budapest und einige Provinzstädte. Gegen den Widerstand der Dörfer mußten die Terroristen einen beständigen Kampf führen. Ihr vielgepriesenes Produktionssystem erlitt eine vollständige Schlappe. Nach ihrem Sturze mußten Ungarn und die Hauptstadt auch die Demütigung der rumänischen Besetzung und die Plünderung erdulden.

Bei Ausbruch der Revolution standen Ungarns Soldaten noch unerschüttert in Waffen. Abgesehen von der italienischen Front war an den Grenzen vollständige Ordnung und ihrer Verteidigung gegen Rumänien und Serbien stand nichts im Wege. Die Tschechen wagten sich auch noch anfangs 1919 nur mit Furcht in Oberungarn vorzudringen. Der ohnmächtige Schmerz einer Nation, wenn sie den Boden, den sie Jahrhunderte hindurch mit ihrem Blut begossen hatte, ohne Schwertschlag dem Feinde überlassen muß, ist eines der entsetzlichsten Gefühle. Michael Károlyi machte sich durch die sündige Leichtfertigkeit und Selbstüberhebung ver-

haßt, womit er den Boden seines Vaterlandes den Feinden preisgab, nachdem er alle zum Widerstand bereiten Formationen unter dem Titel einer Gegenrevolution hatte entwaffnen lassen. Es ist nicht zu verwundern, daß der fast ein Jahr hindurch angehäuften Haß sich gegen die Heraufbeschwörer dieser Lage mit größter Erbitterung Bahn brach.

Was irredentistische Bewegungen nicht erreichen konnten, was böswillige Nachbarn mit ihren Waffen nicht zu erkämpfen vermochten, wurde durch eine einzige ungünstige Konstellation erreicht. Die Mächte der Entente zerstückelten Ungarn im Frieden von Trianon unbekümmert um die geschichtliche Vergangenheit, geographische Lage, gebieterische wirtschaftliche Notwendigkeiten und teilten zwei Drittel ihres Bodens unter ihre geschlagenen Verbündeten auf, Leute aus ihrem Geburtsort und aus dem uralten Gut ihrer Vorfahren verjagend und zu heimatlosen Flüchtlingen verdammend.

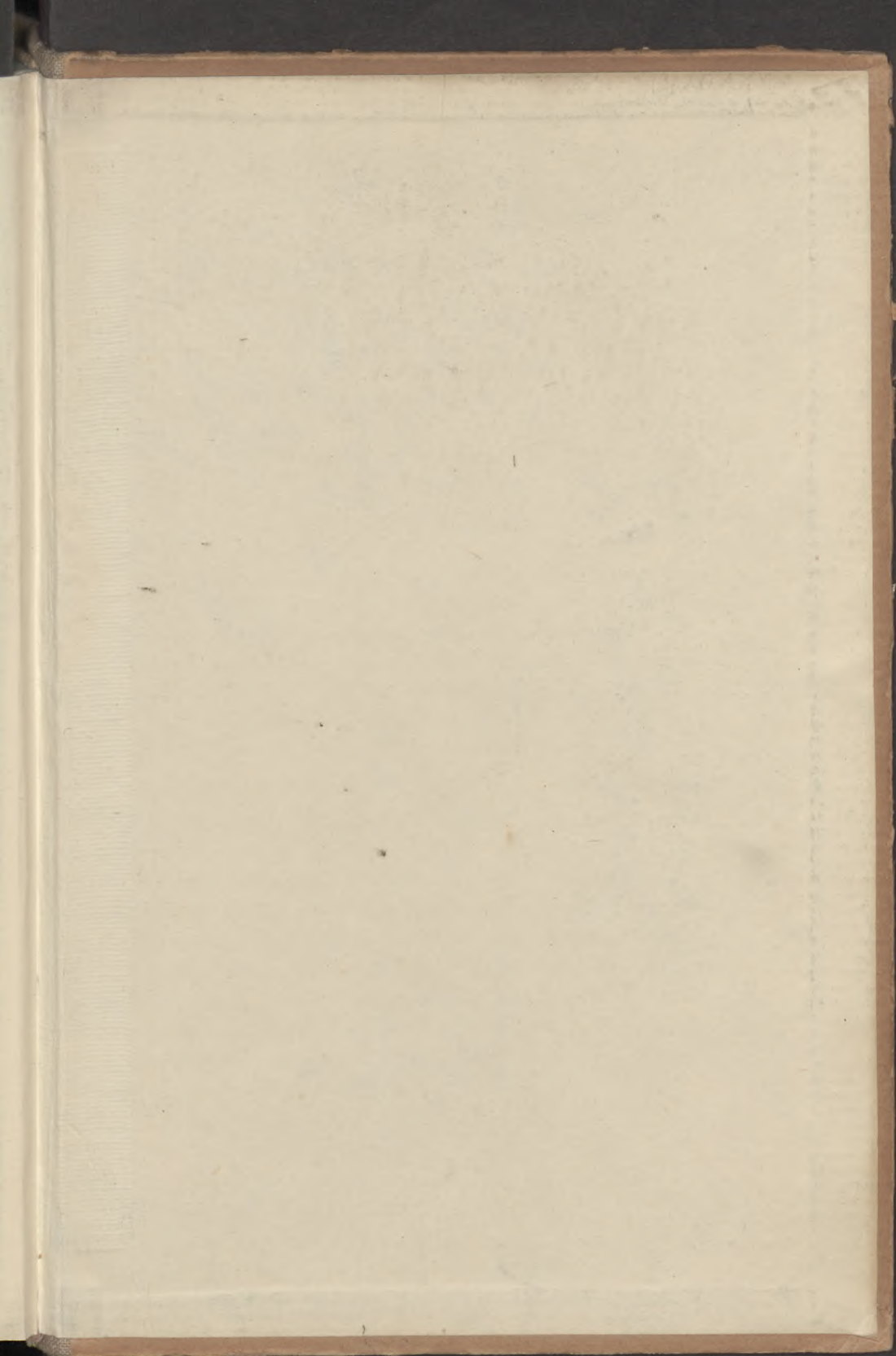
Es war wieder einmal der alte Kampf, in dem Ungarn — diesmal nicht allein — unterlag. Und wieder einmal war es sein Unglück, wie in der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts und zur Zeit Leopold I., daß auch im Weltkriege die Ostfront nur als ein Kriegsschauplatz zweiten Ranges angesehen wurde. Bei den europäischen Gegensätzen ist das eine begreifliche Konsequenz der Lage: die gemeinsamen Interessen der westlichen Kulturwelt werden zurückgedrängt. Nach dem Umsturz in Rußland sank die Bedeutung dieser Front noch tiefer, und die vereinzelter Stimmen, die für eine gründliche Lösung am Balkan eintraten, wie z. B. die Helfferichs, konnten nicht durchdringen. Also

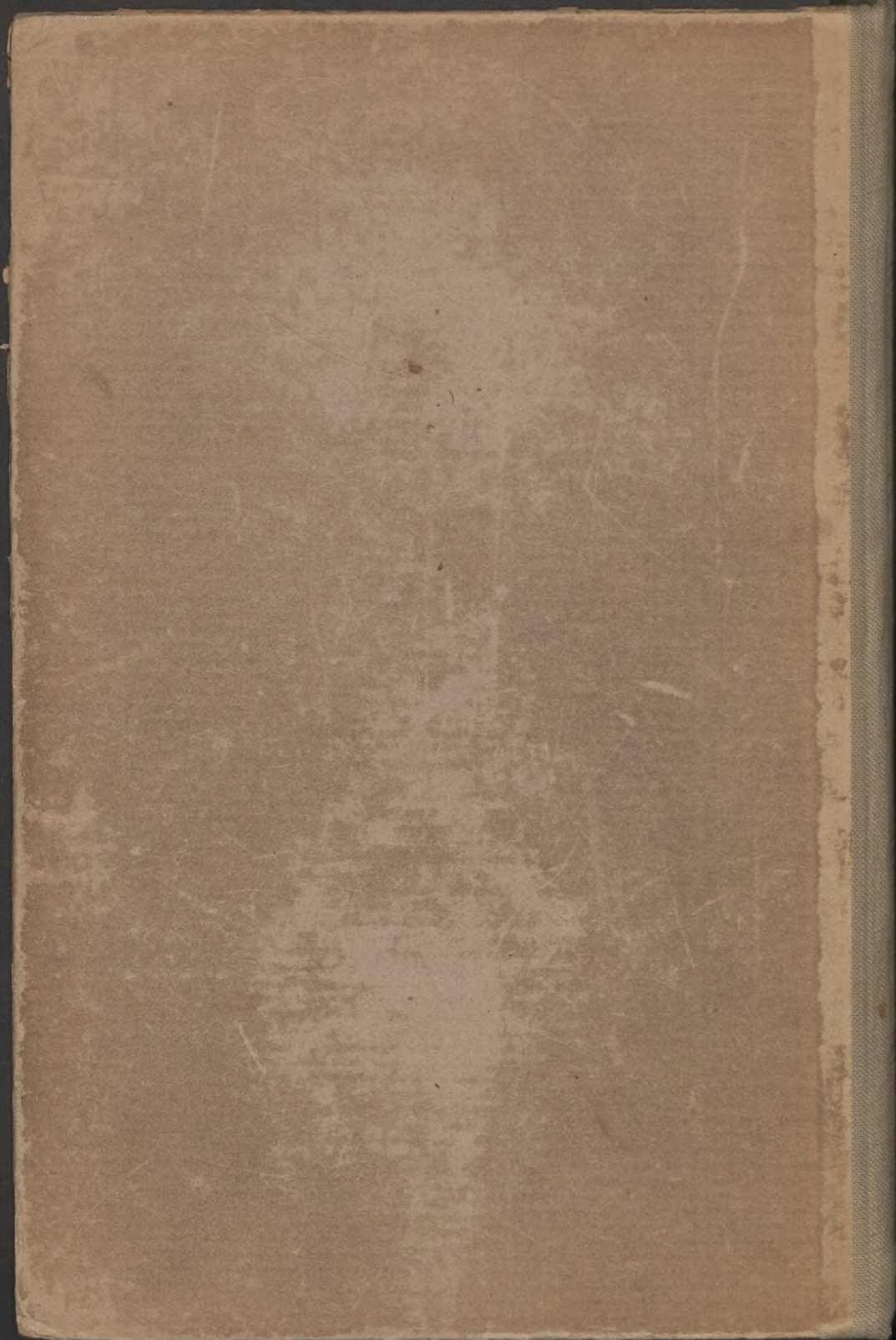
wurde Ungarn zum Sündenbock des Krieges, auf dessen Kosten die Belohnungen ausgeteilt wurden, ja es wurde auch seiner geographischen Grenzen, seiner altbewährten Palisaden und damit seines historischen Berufes beraubt in einem Zeitpunkt, wo das Vordringen des Slaventums, der orientalischen Kirche und die Fratze des Bolschewismus mehr als je eine feste Stütze im Osten Europas erwünschen ließen.



Druck von
E. Haberland in Leipzig

дн 16 —





214384